

Bayerisches Staatsministerium des
Innern



VERFASSUNGS SCHUTZ BERICHT 2000

VERFASSUNGSSCHUTZ
BERICHT

BAYERN

20
00

Bayerisches
Staatsministerium
des Innern



Die Väter unseres Grundgesetzes haben bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland die neue Staatsordnung als eine streitbare, wehrhafte Demokratie ausgestaltet. Damit sollte die Wiederholung einer Entwicklung verhindert werden, in der Grundprinzipien der Verfassung von ihren Gegnern ausgehöhlt und schließlich beseitigt werden konnten.

Rechtsextremisten treten heute immer dreister und brutaler auf und nutzen verstärkt das Internet für ihre Propaganda. Anlass zu Sorge bietet auch die Einflussnahme von Rechtsextremisten auf Jugendliche. Skinheadmusik mit häufig volksverhetzenden, rassistischen und gewaltverherrlichenden Texten findet sogar bei eher unpolitischen Jugendlichen Anklang und ist für manche von ihnen ein gefährlicher Anreiz zum Einstieg in die rechtsextremistische Szene.

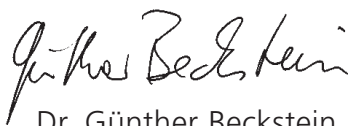
Militante Skinheads und Neonazis haben in letzter Zeit ihre politische Heimat in der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und ihrer Jugendorganisation gefunden. Die NPD hat mit dem von ihr propagierten „Kampf um die Straße“ ihr Erscheinungsbild grundlegend gewandelt. Sie bindet in besonderer Weise junge Menschen an sich und spielt für den militanten Rechtsextremismus eine zentrale Rolle. Die Beschlüsse der zuständigen Verfassungsorgane, beim Bundesverfassungsgericht ein Verbot der NPD zu beantragen, folgen letztlich also nur dem Verfassungsauftrag, vor Gegnern der freiheitlichen Gesellschaft nicht zurückzuweichen, sondern diese Demokratie gegen ihre Feinde zu verteidigen.

Der Bericht zeigt auch die Entwicklung der anderen Arten des politischen Extremismus auf sowie die Bedrohung durch Spionage und Organisierte Kriminalität. So sehr wir die menschenverachtenden Aktionen des Rechtsextremismus bekämpfen müssen, dürfen wir doch nicht vergessen, dass auch Linksextremisten, ausländische Extremisten und die Scientology-Organisation unsere freiheitliche demokratische Grundordnung untergraben und das friedliche Zusammenleben in Deutschland gefährden. Bedrohungen durch Spionagetätigkeit für fremde Mächte und die Organisierte Kriminalität bedürfen ebenso staatlicher Abwehrarbeit.

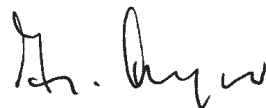
Die Erhaltung des demokratischen Rechtsstaats obliegt freilich nicht allein den staatlichen Behörden, sondern ist Aufgabe aller Bürger. Deren Bereitschaft, sich mit unserer Verfassungsordnung zu identifizieren, an ihrer Bewahrung aktiv mitzuwirken und den Gegnern der freiheitlichen Demokratie entschlossen entgegen zu treten, ist der beste und wirksamste Verfassungsschutz. Nur der informierte Bürger erkennt die von extremistischen Kräften angestrebte propagandistische Irreführung. Dieser Bericht soll als Teil praktizierter wehrhafter Demokratie zur Aufklärung über die unserer Verfassung drohenden Gefahren beitragen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz haben durch ihre engagierte Arbeit maßgeblichen Anteil an der Sicherung von Demokratie, Freiheit und Menschenwürde in unserem Land. Ihnen gilt unser Dank für ihre schwierige, vielfach verkannte Tätigkeit.

München, im März 2001



Dr. Günther Beckstein
Staatsminister



Hermann Regensburger
Staatssekretär

1. Abschnitt

Verfassungsschutz in Bayern

1.	Gesetzliche Grundlagen	12
2.	Aufgaben des Verfassungsschutzes	12
3.	Informationsbeschaffung	13
4.	Kontrolle	14
5.	Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes	15

2. Abschnitt

Entwicklung des politischen Extremismus im Jahr 2000

1.	Rechtsextremismus	16
2.	Linksextremismus	18
3.	Ausländerextremismus	19
4.	Scientology-Organisation	20
5.	Graphische Darstellungen	21

3. Abschnitt

Rechtsextremismus

1.	Allgemeines	23
1.1	Rechtsextremismus	23
1.2	Entwicklung der Organisationen	24
1.3	Rechtsextremistische Gewalt	26
2.	Parteien, Organisationen und Verlage	27
2.1	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	27
2.1.1	Ideologisch-politischer Standort	27
2.1.2	Organisation	33
2.1.3	Teilnahme an Wahlen	34
2.1.4	Reaktionen auf die Verbotsinitiative	35
2.1.5	Sonstige Aktivitäten	37
2.1.5.1	Öffentliche Kundgebungen in Berlin	38
2.1.5.2	Veranstaltungen zum 1. Mai	38

2.1.5.3	Zentrale Veranstaltung in Passau	39
2.1.6	Junge Nationaldemokraten (JN)	40
2.2	Deutsche Volksunion (DVU)	42
2.2.1	Ideologisch-politischer Standort	42
2.2.2	Organisation	45
2.2.3	Aktivitäten	45
2.3	Die Republikaner (REP)	46
2.3.1	Ideologisch-politischer Standort	47
2.3.2	Interne Richtungskämpfe	51
2.3.3	Organisation	53
2.3.4	Teilnahme an Wahlen	53
2.3.5	Aktivitäten in Bayern	54
2.3.6	Verwaltungsgerichtsverfahren	54
2.4	Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	56
2.5	Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP)	56
2.6	Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V.	57
2.7	Deutschland-Bewegung/Friedenskomitee 2000	58
2.8	Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag)	59
2.9	Nation Europa Verlag GmbH	61
3.	Organisationsunabhängiger Neonazismus	62
3.1	Allgemeines	62
3.2	Annäherung von Neonazis an Linksextremisten	63
3.3	Autonome Kameradschaften	64
3.3.1	Freizeitverein Isar 96 e.V. (FZV)	65
3.3.2	Neonazikreis um Sven Schlechta (Kameradschaft Schwabach)	65
3.3.3	Bund Frankenland	66
3.3.4	Aktionsbüro Nationaler Widerstand/Freilassing	66
3.3.5	Katakombenakademie des Friedhelm Busse	66
3.4	Informationelle Vernetzung	67
3.5	Aktivitäten zum 13. Todestag von Rudolf Heß	69
4.	Skinheads	69
4.1	Überblick	69
4.2	Politische Ausrichtung	70
4.3	Strukturen	72
4.4	Anziehungskraft für Jugendliche	72
4.5	Bedeutung der Skinhead-Musik	73

4.6	Skinhead-Magazine	74
4.7	Verbot der neonazistischen Skinhead-Organisation „Blood & Honour Division Deutschland“ sowie deren Jugendorganisation „White Youth“	75
5.	Rechtsextremistisch motivierte Straftaten	77
5.1	Gewalttaten	77
5.1.1	Sicherstellung von Waffen, Munition und Sprengstoff	78
5.1.2	Gewalttaten und Urteile im Einzelnen	80
5.2	Sonstige Straftaten	85
6.	Revisionismus	86
6.1	Ziele	86
6.2	Entwicklung und Träger der Revisionismus-Kampagne	87
7.	Verbindungen zum ausländischen Rechtsextremismus	89
7.1	Kontakte der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)	89
7.2	Kontakte der Deutschen Volksunion (DVU)	89
7.3	Kontakte der Republikaner (REP)	89
7.4	NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)	90
8.	Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Organisationen und Verlage sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse	91

4. Abschnitt

Linksextremismus

1.	Allgemeines	93
1.1	Merkmale des Linksextremismus	93
1.2	Entwicklung der Organisationen	94
1.3	Linksextremistische Gewalt	96
2.	Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten	96
2.1	Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	97
2.1.1	Ideologische Ausrichtung	97
2.1.2	Organisation	104
2.1.3	Plattformen, Arbeits- und Interessengemeinschaften ..	105
2.1.3.1	Kommunistische Plattform (KPF)	106
2.1.3.2	Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS	108

2.1.3.3	Marxistisches Forum (MF)	108
2.1.4	Jugendverband 'solid'	109
2.1.5	PDS Landesverband Bayern	110
2.1.6	Teilnahme an Wahlen	112
2.1.7	Kommunistischer Internationalismus	112
2.1.8	Zusammenarbeit mit anderen Linksextremisten	113
2.2	Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	114
2.2.1	Ideologische Ausrichtung	115
2.2.2	Organisation	116
2.2.3	Teilnahme an Wahlen	117
2.2.4	Umfeld der DKP	117
2.2.4.1	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)	117
2.2.4.2	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	118
2.3	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) ..	120
2.4	Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)	121
2.5	Marxistische Gruppe (MG)	122
2.6	Münchner Bündnis gegen Rassismus	122
3.	Gewaltorientierte Linksextremisten	123
3.1	Autonome Gruppen	123
3.1.1	Überblick	124
3.1.2	Ideologische Ausrichtung und Aktionsformen	124
3.1.3	Strukturen	125
3.1.3.1	Autonome in Bayern	125
3.1.3.2	Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO)	127
3.1.4	Informationelle Vernetzung	129
3.1.5	Autonome Publikationen	129
3.1.6	Schwerpunktthemen und Aktionen	130
3.1.6.1	Strategiedebatte	131
3.1.6.2	Antifaschismus	133
3.1.6.3	Antifaschistische Aktionen in Bayern	135
3.1.6.4	Weitere Aktionen	137
3.1.6.5	Einflussnahme auf die Antikernkraftbewegung	138
3.1.6.6	Einflussnahme auf die EXPO 2000	139
3.2	Gewalttaten und sonstige Straftaten	140
3.3	Antiimperialistischer Widerstand (AIW)	142

3.4	Revolutionäre Zellen (RZ)	143
4.	Übersicht über erwähnenswerte linksextremistische und linksextremistisch beeinflusste Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse	146

5. Abschnitt

Extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

1.	Allgemeines	149
1.1	Merkmale des Ausländerextremismus	149
1.2	Entwicklung der Organisationen	149
1.3	Integrationsfeindlichkeit des islamischen Extremismus	151
1.4	Entwicklung der Gewalttaten	153
2.	Türkische Gruppen	154
2.1	Islamische Extremisten	154
2.1.1	Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG)	154
2.1.2	Hilafet Devleti (Der Kalifatsstaat)	156
2.2	Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)	159
2.3	Linksextremisten	162
2.3.1	Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)	162
2.3.2	Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)	167
2.3.3	Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)	169
3.	Arbeiterpartei Kurdistan (PKK)	170
3.1	Ideologie	170
3.2	Organisation	172
3.3	Strategie	174
3.4	Unterstützer der PKK	177
3.5	PKK-interne Opposition	177
3.6	Aktivitäten und Gewalttaten	178
3.7	Strafverfahren und Exekutivmaßnahmen	181
4.	Arabische Gruppen	184
4.1	Muslimbruderschaft (MB) in der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)	184

4.2	Islamische Heilsfront (FIS) - algerischer Zweig der MB -	185
4.3	Al-Gamaa Al-Islamiya (GI)	185
4.4	Internationale Islamische Front	186
4.5	Hizb Allah (Partei Gottes)	187
5.	Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)	188
6.	Israel-Palästina-Konflikt	190
7.	Übersicht über erwähnenswerte extremistische Organisationen von Ausländern sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse	192

6. Abschnitt

Scientology-Organisation (SO)

1.	Zur Geschichte der SO	196
2.	Ideologie und Aktivitäten	198
2.1	Schriften der SO	199
2.1.1	Errichtung einer scientologischen Gesellschaft	200
2.1.2	Lenkung der Regierung durch Scientology	201
2.1.3	Einführung eines scientologischen Rechtssystems	201
2.1.4	Abwehr von Kritik an Lehre und Praxis - aggressive Expansionstechnik	202
2.2	Aktivitäten der SO	203
2.2.1	Angriffe auf Repräsentanten des Staats	203
2.2.2	Techniken der Verhaltenskontrolle und -steuerung	204
2.2.3	Ausforschung und Bekämpfung von Kritikern	205
2.2.4	Kampagne gegen Schutzzerklärung	206
2.2.5	Nutzung des Internets	207
2.2.6	Aktivitäten im Ausland	207
2.3	Bewertung der Schriften und Aktivitäten	210
3.	Organisations- und Kommandostruktur der SO	211
3.1	Weltweite Kommandostruktur der SO	211
3.2	Organisation der SO in Deutschland	211
3.2.1	„Scientology Kirchen“ (Church-Sektor)	211
3.2.2	WISE-Sektor	213
3.2.3	ABLE-Sektor	215
3.2.4	Office of Special Affairs (OSA)	215

4.	Mitglieder der SO	216
5.	Veranstaltungen der SO	216
5.1	Ausstellung „Was ist Scientology?“	217
5.2	Veranstaltung der International Association of Scientologists (IAS) „Kreuzzug für völlige Freiheit“	217
5.3	PR-Veranstaltung	218
5.4	Weitere Veranstaltungen	218
6.	Verwaltungsgerichtsverfahren	218
7.	Vertrauliches Telefon und Informationsangebot im Internet	219

7. Abschnitt

Spionageabwehr

1.	Ausgangslage	220
2.	Wirtschaftsspionage - Ausforschung von Wissenschaft und Technik	221
3.	Proliferation	222
4.	Spionage im Bereich der Kommunikationstechnik	222
5.	Schutzmaßnahmen - Beratung durch den Verfassungsschutz	223
6.	Ausblick	224

8. Abschnitt

Organisierte Kriminalität

1.	Ausgangslage	225
2.	Beobachtungsschwerpunkte	225
3.	Ausblick	231

Anhang

Bayerisches Verfassungsschutzgesetz (BayVSG)	232
Parlamentarisches Kontrollgremium-Gesetz (PKGG)	240
Sachwortregister	242

1. Abschnitt

Verfassungsschutz in Bayern

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach ihrer Verfassung eine wertgebundene, wachsame und wehrhafte Demokratie. Der Staat kann gegen Bestrebungen, die freiheitliche demokratische Grundordnung abzuschaffen, die in der Verfassung vorgesehenen Abwehrmittel einsetzen, z.B. durch ein Partei- oder Vereinsverbot. Dies setzt voraus, dass er solche Bestrebungen oder Aktivitäten, die als „extremistisch“ oder als „verfassungsfeindlich“ bezeichnet werden - diese Begriffe sind gleichbedeutend -, rechtzeitig erkennen kann. Hier setzt die Aufgabe des Verfassungsschutzes ein. Er dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie dem Schutz des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes.

*Wehrhafte
Demokratie*

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist unter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung eine Ordnung zu verstehen, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt.

*Freiheitliche
demokratische
Grundordnung*

Zu den grundlegenden Prinzipien dieser freiheitlichen demokratischen Grundordnung gehören mindestens:

- die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung,
- die Volkssouveränität,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip,
- die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Rechtliche Grundlagen

1. Gesetzliche Grundlagen

Die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes sind gesetzlich genau festgelegt. Das Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz beschreibt die von Bund und Ländern auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes gemeinsam zu erfüllenden Aufgaben. Es ist zugleich Rechtsgrundlage für die Arbeit des Bundesamts für Verfassungsschutz. Neben diesem Bundesgesetz bestehen in allen Ländern eigene Verfassungsschutzgesetze. In Bayern regelt das im **Anhang** abgedruckte Bayerische Verfassungsschutzgesetz die Aufgaben und Befugnisse des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz, das seinen Sitz in München hat und dem Bayerischen Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnet ist. Für das Landesamt wurden im Haushaltsplan 2000 insgesamt 412 Stellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter ausgewiesen; das Haushaltsvolumen 2000 betrug 38,5 Millionen DM.

Beobachtungsauftrag

2. Aufgaben des Verfassungsschutzes

Nach dem Bayerischen Verfassungsschutzgesetz hat das Landesamt für Verfassungsschutz im Wesentlichen den Auftrag der Beobachtung von

- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind,
- sicherheitsgefährdenden oder geheimdienstlichen Tätigkeiten für eine fremde Macht (Sabotage und Spionage),
- Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden und
- Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität.

Darüber hinaus wirkt das Landesamt für Verfassungsschutz u.a. bei Sicherheitsüberprüfungen mit. Rechtsgrundlage hierfür ist das Bayerische Sicherheitsüberprüfungsgesetz.

Im Mittelpunkt der Beobachtung stehen Aktivitäten von extremistischen Organisationen. Dazu müssen zwangsläufig auch die Mitglieder und Unterstützer erfasst werden. Aber auch die Beobachtung von Einzelpersonen ist zulässig.

Der Verfassungsschutz beobachtet verfassungsfeindliche Bestrebungen im Inland. Er informiert die politisch Verantwortlichen und die Öffentlichkeit über die Ergebnisse der Beobachtung, vor allem über mögliche Gefahren. Er versetzt die zuständigen staatlichen Stellen des Bundes und der Länder in die Lage, verfassungsfeindlichen Kräften rechtzeitig und angemessen zu begegnen. Die Erkenntnisse bilden die Grundlage für Exekutivmaßnahmen wie beispielsweise Verbote von Vereinen, Verbotsanträge gegen Parteien - wie sie jetzt von Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag gegen die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) beschlossen wurden -, Verbote von Versammlungen, Verhinderung finanzieller oder sonstiger Förderung, Verweigerung erforderlicher Erlaubnisse (z.B. für Sammlungen, Info-Stände).

Im Gegensatz zum Verfassungsschutz beschafft der Bundesnachrichtendienst (BND) Informationen über das Ausland, die für die Bundesrepublik Deutschland außen- und sicherheitspolitisch von Interesse sind. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) nimmt Verfassungsschutzaufgaben im Bereich der Bundeswehr wahr.

*Abgrenzung zu
BND und MAD*

3. Informationsbeschaffung

Zur Erfüllung seines gesetzlichen Auftrags ist der Verfassungsschutz verpflichtet, Informationen zu beschaffen, auszuwerten und zu speichern. Diese Nachrichten werden zum weit überwiegenden Teil aus offenen Quellen gewonnen (z.B. aus Zeitungen, Zeitschriften, Flugblättern, Programmen, Broschüren und sonstigem Material extremistischer Organisationen sowie bei deren öffentlichen Veranstaltungen). Nur etwa 20% der Informationen erhält der Verfassungsschutz durch Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel. Zu diesen Mitteln gehören im Wesentlichen:

*Nachrichten-
dienstliche Mittel*

- der Einsatz von verdeckt arbeitenden V-Leuten („V“ steht für „Vertrauen“) in extremistischen Organisationen,
- das Beobachten verdächtiger Personen (Observation) sowie
- verdeckte Bild- und Tonaufzeichnungen.

Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Öffnen von Briefen, Abhören von Telefongesprächen) sind besonders strengen rechtsstaatlichen Anforderungen unterworfen. Sie sind in einem eigenen Gesetz geregelt, das nach dem Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses „Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz“ (G 10)

*Brief- und
Telefonkontrolle*

genannt wird. Ein Verfahren mit mehreren voneinander unabhängigen Kontrollinstanzen stellt sicher, dass in dieses Grundrecht nur eingegriffen wird, wenn die im Gesetz genannten besonderen Gründe vorliegen. Rechtsstaatliche Sicherungen gelten auch für den Einsatz besonderer technischer Mittel im Schutzbereich des Art. 13 des Grundgesetzes, also für den Einsatz von Abhörgeräten oder versteckten Kameras in Wohnungen und Büros.

Keine polizeilichen Befugnisse

Dem Verfassungsschutz stehen keine polizeilichen Befugnisse zu. Polizeibehörden und Verfassungsschutz sind voneinander getrennt. Deshalb dürfen die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes keinerlei Zwangsmaßnahmen, wie z.B. Festnahmen, Durchsuchungen, Beschlagnahmen usw., durchführen. Verfassungsschutzbehörden dürfen auch keiner polizeilichen Dienststelle angegliedert werden. Dies steht aber einer informationellen Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung nicht entgegen. Im Gegenteil sind diese unabdingbare Voraussetzungen für eine effiziente Arbeit der Sicherheitsbehörden.

Erscheint aufgrund der dem Verfassungsschutz vorliegenden Informationen ein sicherheitsrechtliches Eingreifen erforderlich, so wird die zuständige Sicherheitsbehörde unterrichtet. Diese entscheidet dann selbständig, ob und welche Maßnahmen zu treffen sind.

4. Kontrolle

Vielfältige Kontrollen

Die Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden unterliegt einer vielfältigen Kontrolle. Dazu gehört die allgemeine parlamentarische Kontrolle, die durch die Berichtspflicht des verantwortlichen Ministers gegenüber dem Landtag im Rahmen von aktuellen Stunden, Anfragen von Abgeordneten, Petitionen usw. ausgeübt wird. Eine besondere Kommission des Bayerischen Landtags, das Parlamentarische Kontrollgremium, überwacht die Arbeit des Verfassungsschutzes. Die G 10-Kommission überprüft die Maßnahmen zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs. Die Verwaltungskontrolle obliegt dem Innenminister im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht, ferner dem Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz und dem Bayerischen Obersten Rechnungshof. Diese Kontrollen werden ergänzt durch eine mögliche gerichtliche Nachprüfung belastender Einzelmaßnahmen sowie durch die Öffentlichkeit in Form von Presse, Funk und Fernsehen.

5. Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes

Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann auf Dauer nicht ohne die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus gesichert werden. Die Tätigkeit des Verfassungsschutzes gewährleistet, dass Regierung und Parlament, aber auch die Bürger über Aktivitäten und Absichten verfassungsfeindlicher Organisationen informiert werden.

*Aufklärungs-
tätigkeit*

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes werden der Verfassungsschutzbericht sowie weitere Informationsmaterialien zur Verfügung gestellt. Das Informationsmaterial erhalten Sie kostenlos beim Bayerischen Staatsministerium des Innern - Sachgebiet Verfassungsschutz -, Odeonsplatz 3, 80539 München (Telefax: 0 89 / 2 19 21 28 42). Die meisten Materialien, insbesondere der jährliche Verfassungsschutzbericht und auch Informationen zur Scientology-Organisation, sind zusätzlich im Internet unter folgender Adresse abrufbar:



<http://www.innenministerium.bayern.de>

Das Internet-Angebot des Bayerischen Staatsministeriums des Innern wird durch die unter der Adresse

<http://www.verfassungsschutz.bayern.de>

erreichbare Homepage des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz ergänzt.



2. Abschnitt

Entwicklung des politischen Extremismus im Jahr 2000

1. Rechtsextremismus

*Keine einheitliche
Ideologie*

Die öffentliche Diskussion um die menschenverachtenden Gewalttaten von Neonazis und Skinheads sowie die Forderung nach einem Verbot der NPD gaben auch innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums Anlass zur Erörterung von Gegenstrategien. Eine einheitliche Position wurde jedoch nicht erreicht, da es dem ideologisch und personell zerstritten rechtsextremistischen Lager nach wie vor an einer Führungsperson mit Ausstrahlungskraft mangelt.

*Aufwärtstrend
der NPD*

Der organisierte Rechtsextremismus wird von den Parteien Die Republikaner (REP), Deutsche Volksunion (DVU) und Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) geprägt. Während die REP sowohl bundesweit als auch in Bayern einen leichten Mitgliederrückgang zu verzeichnen hatten, konnte sich die DVU auf ihrem Vorjahresniveau halten. Die NPD erzielte sogar einen leichten Mitgliederzuwachs.

Agitationsthemen

Die rechtsextremistischen Parteien griffen in ihrer Agitation aktuelle politische Probleme auf, so zum Beispiel die Frage nach der Rolle Deutschlands in der Europäischen Union (EU), die Einführung des EURO als Zahlungsmittel und die Erweiterung der EU. Weitere Themen waren die Problematik der Zuwanderung von Ausländern und die zwischenzeitlich beendeten Maßnahmen der EU gegen Österreich wegen der Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Durch Verknüpfung dieser Politikfelder mit nationalistischen Parolen suchten die rechtsextremistischen Parteien Erfolge bei Wahlen, jedoch ohne nennenswerte Ergebnisse.

Die NPD hat sich in den letzten Jahren massiv verändert. Sie ist wegen ihrer Öffnung gegenüber Neonazis und Skinheads Nahtstelle zum gewaltbereiten rechtsextremistischen Spektrum geworden und verfolgt in letzter Zeit ihre gegen die freiheitliche demokratische Ordnung gerichteten Ziele in aggressiv-kämpferischer Weise. Diese

Entwicklung, insbesondere die wachsende Bedeutung der Partei als Anziehungs- und Kristallisationspunkt für militante Rechtsextremisten, veranlassten die zuständigen Verfassungsorgane, Verbotsanträge gegen die Partei beim Bundesverfassungsgericht zu beschließen.

*Verbotsanträge
gegen die NPD*

Der Zerfall der DVU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt zeigt, dass die Partei zu einer sachlich orientierten politischen Arbeit nicht fähig ist. Ursache ist der bedingungslose Machtanspruch des Parteivorsitzenden Dr. Gerhard Frey, der eine innerparteiliche demokratische Willensbildung nicht duldet und Andersdenkende als „Verräter und Agenten“ ausgrenzt. Nach wie vor ist die DVU von der von ihr angestrebten Führungsrolle im rechtsextremistischen Parteienspektrum weit entfernt. Dr. Frey kann weder charismatische Führungseigenschaften vorweisen noch auf das ideologisch, politisch und personell zerstrittene Lager integrierend einwirken.

*Politikunfähigkeit
der DVU*

Die Situation der REP ist maßgeblich durch anhaltende Richtungskämpfe um den 1990 beschlossenen Abgrenzungskurs gegenüber anderen Rechtsextremisten sowie durch Niederlagen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren wegen der Beobachtung der Partei mit nachrichtendienstlichen Mitteln gekennzeichnet. Die Prozessniederlagen veranlassen die Funktionäre offenbar, ihre taktische Zurückhaltung in der Formulierung ihrer politischen Position aufzugeben.

*Umstrittener
Abgrenzungskurs
der REP*

Die organisierte neonazistische Szene in Bayern entfaltete wiederum nur relativ geringe Aktivitäten. Die Zahl der von Neonazis und rechtsextremistischen Skinheads gegen Ausländer, Farbige, „Linke“ und andere Feindbilder verübten Gewalttaten ist insgesamt gestiegen; die dabei demonstrierte Brutalität und Menschenverachtung sind nach wie vor erschreckend. Die Anzahl sonstiger Straftaten, insbesondere der Propagandadelikte, hat deutlich zugenommen. Vereinzelt sind auch in Bayern Ansätze einer Diskussion erkennbar, bei der nicht der Wille einer Gesellschaftsänderung mit Waffengewalt, sondern der Gedanke an Gegenwehr im Vordergrund steht. Die Waffenfunde, mehrere Fälle der Schusswaffenverwendung in Bayern und die Ansätze einer Gewaltdiskussion zeigen die Notwendigkeit der weiteren intensiven flächendeckenden Beobachtung dieser Szene. Diese Beobachtung gestaltet sich zunehmend schwieriger, da sich alle rechtsextremistischen Gruppierungen, auch Skinheads und Neonazis, immer konspirativer verhalten und enger zusammenrücken.

*Zunahme der
Gewalttaten*

Ein neu eingerichtetes **Hinweistelefon** beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz, das der Aufklärung rechtsextremistischer Aktivitäten in Bayern dienen soll, nimmt unter Nummer 0 18 02 00 07 86 Informationen von Bürgern und von aussteigewilligen Rechtsextremisten entgegen.

2. Linksextremismus

*Gewalttätige
Antifa*

Die Zahl der linksextremistisch motivierten Gewalttaten in Bayern ist von 25 auf 39 gestiegen. Das linksextremistische Gewaltpotenzial wird zu 80 % von Gruppen und Einzeltätern aus dem autonomen und anarchistischen Spektrum gestellt. Ihre Gewalttaten richten sich in Bayern fast ausschließlich gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten im Rahmen des Antifa-Kampfs. Ihr eigentliches Angriffsziel ist jedoch der demokratische Staat, der die Freiheit Andersdenkender wie auch das verfassungsrechtlich gesicherte Versammlungsrecht von Rechtsextremisten zu schützen hat und sich in Form der Polizei und anderer Sicherheitskräfte als „Repressionsapparat“ der gewaltsamen Verfolgung ihrer kommunistischen und anarchistischen Ziele entgegenstellt. Entgegen den ursprünglichen Planungen konnten linksextremistische Aktionen die EXPO 2000 in Hannover nicht ernsthaft gefährden.

*Neue
Parteivorsitzende
der PDS*

Mit der Verabschiedung der Resolution „Nein zu UN-Militäreinsätzen - Internationale Krisen und Konflikte friedlich lösen“ auf ihrem Parteitag vom 7. bis 9. April in Münster/Nordrhein-Westfalen verschärfen sich bestehende Spannungen zwischen der Parteiführung und der Kommunistischen Plattform der PDS (KPF). Der politische Rückzug der „Reformer“, des Parteivorsitzenden Prof. Dr. Lothar Bisky und des Fraktionsvorsitzenden der PDS im Deutschen Bundestag Dr. Gregor Gysi, war die Folge. Mit der Wahl der thüringischen PDS-Landesvorsitzenden Gabriele Zimmer zur neuen Parteivorsitzenden bei der 1. Tagung des 7. Parteitags vom 14. bis 15. Oktober in Cottbus gelang es der Partei, bei den Mitgliedern wieder Aufbruchstimmung zu vermitteln. Gabriele Zimmer machte deutliche Koalitionsangebote an die Sozialdemokraten in den neuen Bundesländern. Die Wahl des Mitglieds des Bundeskoordinierungsrats der KPF, Sahra Wagenknecht, in den Parteivorstand ließ zugleich deutlich werden, dass kommunistische Positionen in der Partei weiterhin als unverzichtbar gesehen werden. Nach wie vor unterhält die PDS Kontakte zu fast allen anderen linksextremistischen und linksextremistisch

beeinflussten Gruppierungen sowie zu gewaltbereiten Autonomen und arbeitet mit ihnen zusammen.

3. Ausländerextremismus

Während noch im Vorjahr die Gewaltbereitschaft der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) eine erhebliche akute Bedrohung der Inneren Sicherheit in Deutschland darstellte, hat sich die Lage mittlerweile trotz des von einem türkischen Staatssicherheitsgericht gegen den PKK-Generalvorsitzenden Abdullah Öcalan verhängten Todesurteils beruhigt. Die derzeit von der PKK demonstrierte Haltung als politisch „kämpfende“ Bewegung dürfte zumindest bis zu einer endgültigen Entscheidung über die Vollstreckung des Todesurteils gegen Öcalan anhalten. Die Beschlüsse des „Präsidialrats“ der PKK vom Januar 2000, sich künftig nur noch um eine politische Lösung der Kurdenfrage zu bemühen, setzten die im Vorjahr nach der Inhaftierung Öcalans eingeleitete Trendwende fort. Öcalan selbst nannte die Abkehr von der Gewalt unumkehrbar. Jedoch artikuliert bzw. entwickelt sich in den Reihen der PKK-Anhänger eine noch schwache Opposition zur eingeschlagenen Friedenspolitik.

„Friedenskurs“
der PKK

Die Aktivitäten türkischer Linksextremisten konzentrierten sich auf europaweite Solidaritätsaktionen für rund 800 inhaftierte Gesinnungsgenossen in der Türkei, die am 20. Oktober aus Protest gegen ihre bevorstehende Verlegung in kleinere Zellen neu erbauter Gefängnisse einen Hungerstreik begonnen hatten.

Das Wiederaufflammen des Palästinakonflikts führte auch in Deutschland zu Demonstrationen von Arabern. Während diese Kundgebungen friedlich verliefen, verübten in der Nacht zum 3. Oktober zwei Männer arabischer Herkunft einen Brandanschlag auf die jüdische Synagoge in Düsseldorf.

In der Anhängerschaft der extrem nationalistischen Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF) gibt es ein latentes Gewaltpotenzial, das vor allem auf politische Gegner zielt. Bei einer Auseinandersetzung mit linksextremistischen Landsleuten in Rotterdam töteten türkische Nationalisten eine Person und verletzten eine weitere Person schwer.

Latente Gewalt-
bereitschaft
türkischer
Nationalisten

Eine zwar weniger spektakuläre, langfristig aber größere Gefahr für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung stellt der islami-

*Expansiver
islamischer
Fundamentalismus*

sche Fundamentalismus dar, insbesondere im Hinblick auf seine weltweiten Expansionsbestrebungen. Zu ihm bekennen sich in Bayern neben einigen Angehörigen arabischer Gruppen vor allem etwa 5.000 Mitglieder der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG). Zwar ist diese ständig bemüht, öffentliche extremistische Aussagen zu vermeiden. Ihr Fernziel bleibt aber die Islamisierung Europas und die Bildung einer weltweiten Union islamischer Staaten. Der islamische Fundamentalismus ist überaus integrationsfeindlich, da er auf die Errichtung einer islamischen Parallelgesellschaft abstellt. In seinen extremen Formen ist er zudem äußerst gewaltbereit.

Deutlicher Rückgang der Gewalttaten

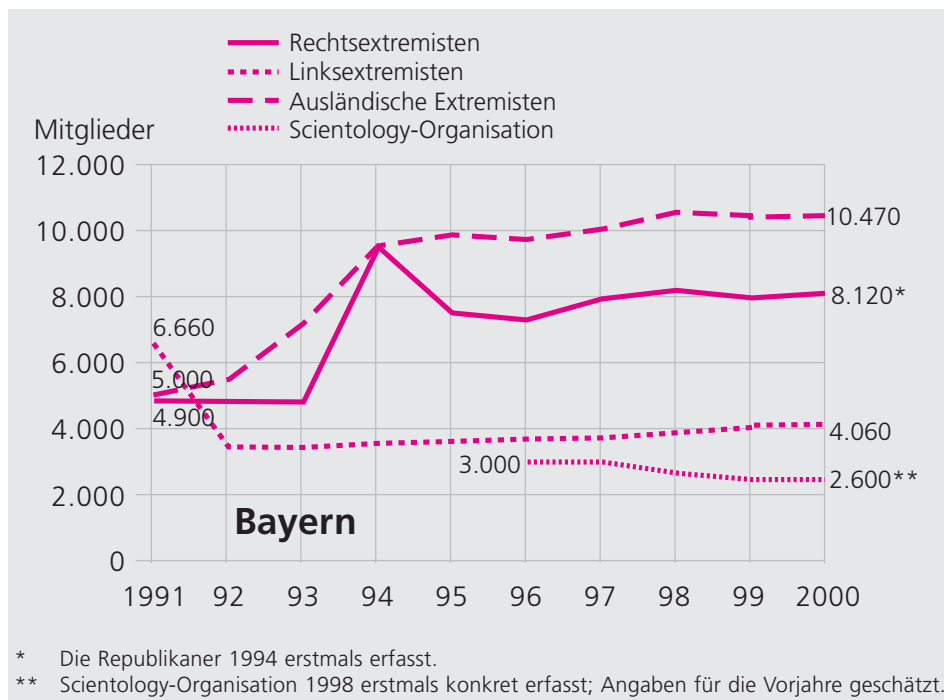
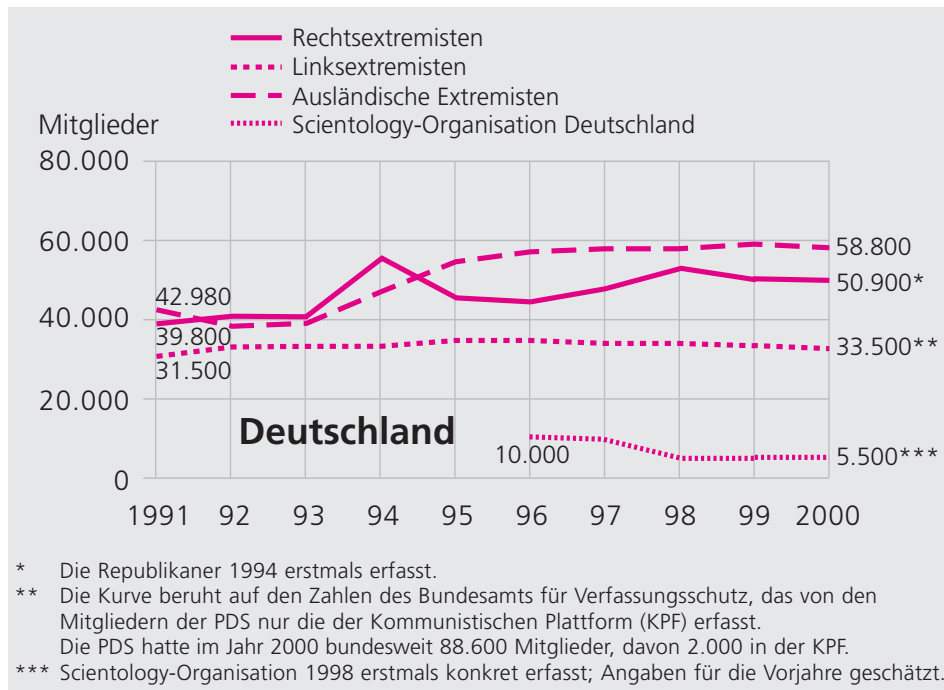
Die Zahl der Gewalttaten ausländischer Extremisten, insbesondere von PKK-Anhängern, hat im Vergleich zum Vorjahr erheblich abgenommen.

4. Scientology-Organisation

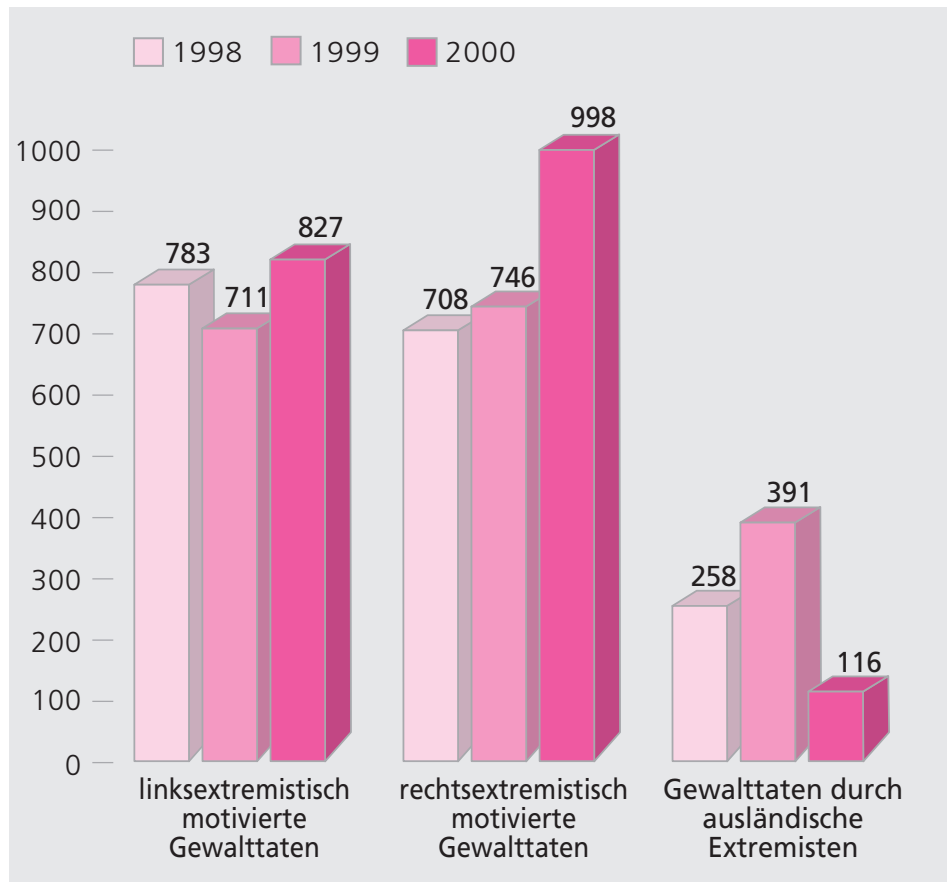
*Missachtung der
Grundprinzipien
unserer Verfassung*

Die Scientology-Organisation (SO) will die Staaten der Welt letztlich nach eigenen Regeln beherrschen und regieren. Diese Regeln missachten insbesondere die Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wie Gewaltenteilung, Rechtsstaatsprinzip und Demokratieprinzip. Ihre Verwirklichung würde darüber hinaus auch zu einer massiven Beeinträchtigung der Menschenrechte führen, da Nicht-Scientologen im Rechtssystem der SO rechtlos wären. Die SO in Deutschland verfolgt deshalb nach übereinstimmender Auffassung der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder verfassungsfeindliche Ziele. Auch im Jahr 2000 versuchte die SO, Aufklärungs- und Abwehrmaßnahmen des Staats zu diffamieren und mit der Verfolgung der Juden im Dritten Reich gleichzusetzen, jedoch stoßen diese Aktionen in der internationalen Öffentlichkeit wie bereits in den Vorjahren auf zunehmende Ablehnung.

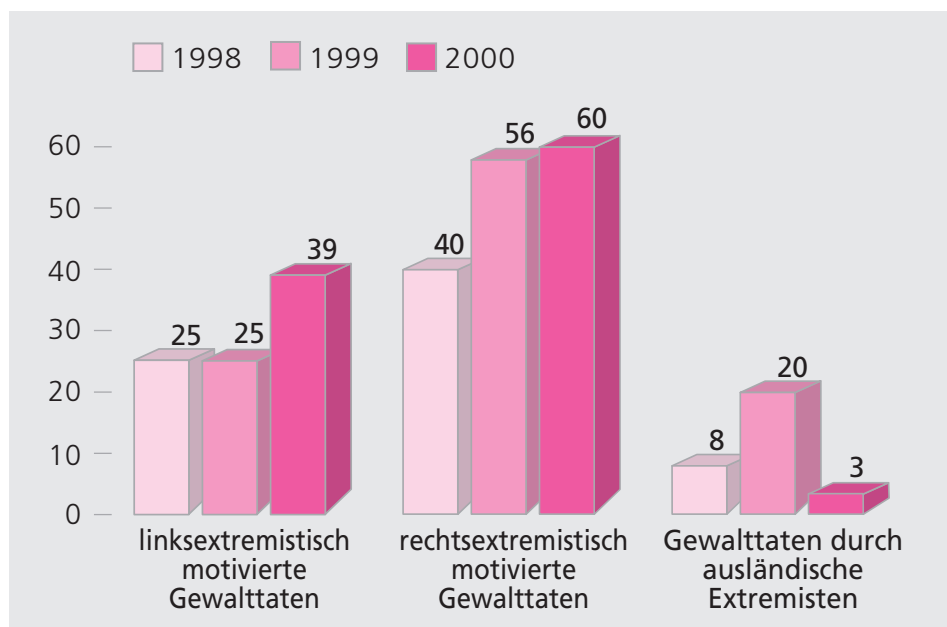
5. Graphische Darstellungen



Entwicklung
politisch
motivierter
Gewalttaten
in Deutschland



Entwicklung
politisch
motivierter
Gewalttaten
in Bayern



3. Abschnitt

Rechtsextremismus

1. Allgemeines

1.1 Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus weist keine gefestigte einheitliche Ideologie auf. Die Bestrebungen rechtsextremistischer Organisationen in Deutschland sind im wesentlichen dadurch gekennzeichnet, dass sie die Grundlagen der Demokratie ablehnen und statt dessen - aus tak-tischen Gründen meist nicht offen erklärt - eine totalitäre Regierungsform unter Einschluss des Führerprinzips anstreben, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren ist. Bestimmende Merkmale des organisierten Rechtsextremismus sind vor allem

*Ablehnung der
Grundlagen der
Demokratie*

- die pauschale Überbewertung der Interessen der „Volksgemeinschaft“ zu Lasten der Interessen und Rechte des Einzelnen, die zu einer Aushöhlung der Grundrechte führt (völkischer Kollektivismus),
- ein den Gedanken der Völkerverständigung missachtender Nationalismus,
- die offene oder verdeckte Wiederbelebung rassistischer Thesen, unter anderem des Antisemitismus, die mit dem Schutz der Menschenwürde und dem Gleichheitsprinzip nicht vereinbar sind,
- immer wiederkehrende Versuche, die nationalsozialistische Gewaltherrschaft unter Herausstellung angeblich positiver Leistungen des Dritten Reichs zu rechtfertigen, die Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime zu diffamieren und die Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu verschweigen, zu verharmlosen oder sogar zu leugnen.

Kollektivismus

Nationalismus

Rassismus

*Relativierung des
NS-Unrechts*

Hinzu kommt die allen Extremisten gemeinsame planmäßige Verunglimpfung der bestehenden Staatsform und ihrer Repräsentanten. Ziel dieser Angriffe ist es, die eigene Organisation und ihre Repräsentanten als die alleinigen Wahrer der Interessen von Staat und Bürgern

*Verunglimpfung
der Demokratie*

darzustellen, was im Ergebnis auf die Ablehnung des Mehrparteienprinzips und des Rechts auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition hinausläuft.

Diese Merkmale sind nicht gleichmäßig bei allen Rechtsextremisten zu beobachten. Manchmal sind nur Teilaspekte bestimmend; auch die Intensität und die Strategie des Kampfs gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind unterschiedlich.

Sozialpolitische Themen

Seit einigen Jahren treten in der Propaganda von Rechtsextremisten sozial- und wirtschaftspolitische Themen zunehmend in den Vordergrund. Durch Verknüpfung sozialer Problemfelder mit rechtsextremistischen Theorie-Elementen hoffen Rechtsextremisten, aus den Fragen der Bevölkerung nach der Sicherheit des Arbeitsplatzes, des Wettbewerbs und der Finanzierung der Renten Kapital schlagen zu können und in der politischen Auseinandersetzung akzeptiert zu werden. Teile des rechtsextremistischen Spektrums bedienen sich immer offensiver des „Antikapitalismus“. Sie propagieren einen „volksbezogenen Sozialismus“ mit dem Ziel, in das PDS-Wählerpotenzial einzudringen.

Antiamerikanismus

Organisierte und unorganisierte Rechtsextremisten sind sich einig in der Ablehnung der „One-World-Ideologie“ der Weltmacht USA. Ihr lagerübergreifendes, im Antiamerikanismus begründetes Feindbild ist die westliche Werteordnung. Sie empfinden diese als wesensfremd, da sie den Deutschen von der „amerikanischen Fremdherrschaft“ aufgezwungen worden sei. Ebenso ablehnend stehen sie dem freien Welthandel und der zunehmenden Globalisierung gegenüber, die sie als Einebnung nationaler Vielfalt verstehen und somit als eine Gefahr für die nationalstaatlichen Strukturen erachten.

1.2 Entwicklung der Organisationen

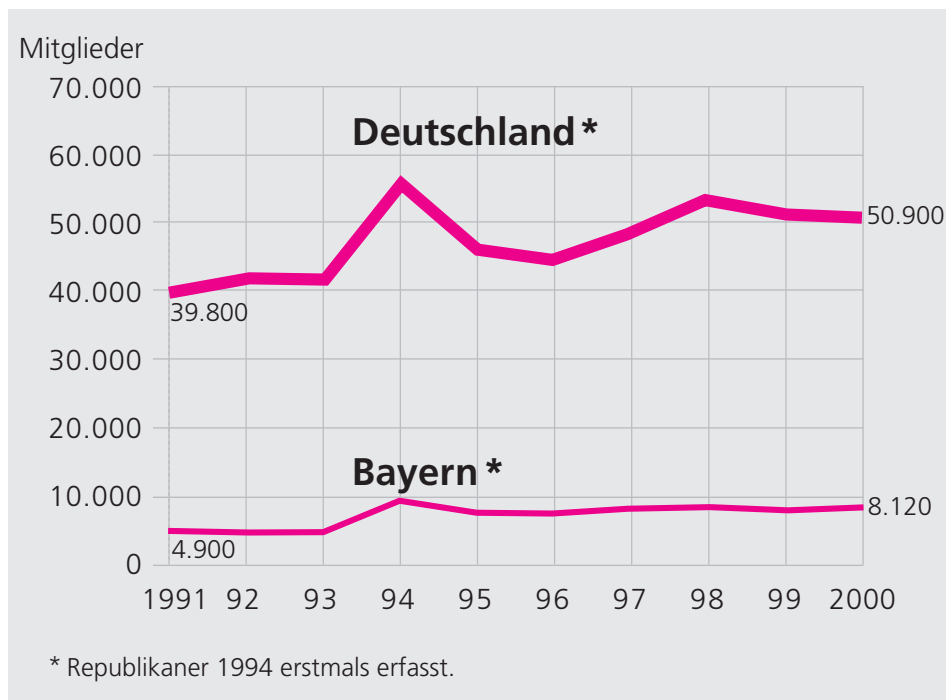
Die Entwicklung der Zahl rechtsextremistischer Organisationen in Bayern und deren jeweilige Mitgliederstärke ist aus den nachfolgenden Übersichten zu ersehen. Bei erkannten Mehrfachmitgliedschaften wurde die Person nur bei einer Organisation mitgezählt.

Die REP sind in Bayern wie im Vorjahr trotz rückläufiger Mitgliederzahlen die personell größte Partei mit rechtsextremistischer Zielsetzung. Einen leichten Mitgliederzuwachs hatte nur die NPD aufgrund des Zulaufs von rechtsextremistischen Skinheads und Neonazis zu verzeichnen.

	1998	1999	2000
Anzahl der Organisationen	27	30	33
Mitgliederstärken			
Die Republikaner (REP)	4.300	4.200	4.000
NPD mit JN und NHB	870	950	1.050
Deutsche Volksunion (DVU)*	2.000	1.800	1.800
Neonazistische Organisationen	110	60	60
Sonstige Organisationen	250	250	330
	7.530	7.260	7.240
Neonazistische Einzelaktivisten	70	60	100
Rechtsextremistische Skinheads	600	650	780
Rechtsextremisten insgesamt	8.200	7.970	8.120

Zahl und Mitgliederstärke rechtsextremistischer Organisationen in Bayern

* Die Zahlen umfassen die Mitglieder der Partei und des gleichnamigen Vereins.



*Erfolgreiche Bündnis-
bemühungen*

Bei Wahlen übte die DVU Abstinenz. Den übrigen rechtsextremistischen Parteien gelang es durchwegs wiederum nicht, an die Ergebnisse des Vorjahrs anzuknüpfen. Ein formelles Bündnis zwischen rechtsextremistischen Parteien kam auch im Jahr 2000 nicht zustande. Die NPD richtet ihre Parteiarbeit auf Eigenständigkeit aus. Sowohl die Führung der REP als auch der DVU lehnen die NPD als Bündnispartnerin ab. Ebenso blieben Bemühungen einer Anfang 2000 gegründeten Deutschen Aufbau-Organisation (DAO) um ein Bündnis mit „patriotischen und nationalen Parteien“ erfolglos.

*Zunahme der
Anzahl der
Skinheads*

Der weitgehend inaktive organisierte Neonazismus sucht nach einem Konzept zur Überwindung der eigenen politischen Isolation und Ohnmacht. Sozialistische Ideologiemerkmale wurden erneut stärker betont. Der Freiheitliche Volks Block (FVB) trat nicht mehr in Erscheinung. Die Skinhead-Szene ist zwar strukturell nicht gefestigt, die Zahl ihrer Anhänger aber erheblich gestiegen.

1.3 Rechtsextremistische Gewalt

*Zunehmende
Gewalt*

Die Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten in Deutschland ist mit 998 gegenüber 746 im Jahr 1999 gestiegen. In Bayern stieg die Zahl der Gewalttaten auf 60 (1999: 56). Im Vergleich der Bundesländer weist Bayern unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl die geringste Belastung auf. Die Gewalttäter waren ganz überwiegend Skinheads.

In Bayern waren als besonders schwerwiegende Straftaten der Mordversuch eines Skinheads am 5. Februar in Aichach und drei Brandanschläge zu verzeichnen. Die anderen 56 Gewaltdelikte sind Körperverletzungen. Insgesamt 45 der Gewalttaten waren fremdenfeindlich motiviert.

*Sicherstellung
von Waffen*

In letzter Zeit wurden im Rahmen von Exekutivmaßnahmen bei Rechtsextremisten vermehrt Waffen sichergestellt. Rechtsextremisten neigen von jeher zum Besitz bzw. der Verherrlichung von Waffen. Hinweise auf die Gründung bzw. Existenz organisierter terroristischer Strukturen sind in Bayern bislang nicht erkennbar. Ebenso wenig haben sich in Bayern Hinweise auf eine zielgerichtete Verwendung von Waffen ergeben. Im Bundesgebiet gelang es den Sicherheitsbehörden durch rechtzeitige Exekutivmaßnahmen, mehrere Gruppen, die Ansätze für rechtsterroristische Strukturen zeigten, bereits in der Entstehungsphase zu zerschlagen.

Die Beschaffung und der Besitz von Schusswaffen durch gewaltbereite Rechtsextremisten sind unübersehbare Warnsignale. Entsprechenden Hinweisen muss deshalb besonders intensiv nachgegangen werden. Exemplarisch hierfür sind die Waffenfunde am 28. September in Garching, Landkreis München, und am 23. November im Raum Dachau.

Bei Durchsuchungen im Rahmen des „Blood & Honour“-Verbots ergaben sich zudem in Nordbayern Hinweise, die auf die Existenz einer Wehrsportgruppe hindeuten. Die Ermittlungen hierzu sind noch nicht abgeschlossen.

2. Parteien, Organisationen und Verlage

2.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Deutschland	Bayern
Mitglieder: 6.500	975
Vorsitzender: Udo Voigt	Ralf Ollert
Gründung: 1964	
Sitz: Berlin	
Publikationen: Deutsche Stimme (DS), Deutsche Stimme EXTRA	

2.1.1 Ideologisch-politischer Standort

Neonazistische und nationalrevolutionäre Thesen sind inzwischen integraler Bestandteil des ideologischen Spektrums der NPD geworden und haben deren Erscheinungsbild nachhaltig verändert. Die bereits seit mehreren Jahren erkennbare und in den Verfassungsschutzberichten dokumentierte Entwicklung der NPD zu einem Sammelbecken gewaltbereiter Skinheads und Neonazis hat sich fortgesetzt. Das von der Partei vertretene Staats- und Menschenbild steht in krassem Gegensatz zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Für die NPD resultiert die Würde des Einzelnen nicht aus dem freien Willen des Individuums, sondern sie ist von biologisch-genetischer Teilhabe an der „Volksgemeinschaft“ abhängig. Dementsprechend ist das Allgemeinwohl - so die NPD - stets und bedingungslos höher zu bewerten als das Wohl des Einzelnen:

„Volksherrschaft setzt die Volksgemeinschaft voraus. (...) Der Staat hat dabei über den Egoismen einzelner Gruppen zu stehen und die Gesamtverantwortung wahrzunehmen.“
(Parteiprogramm, Abschnitt 3)

*Sammelbecken
militanter Neonazis
und Skinheads*

*Völkischer
Kollektivismus*



Rassismus und Nationalismus

„Wir ... setzen uns ... für eine neue Gemeinschaftsordnung ein, die in nationaler Solidarität vorhandene Gruppenegoismen überwindet und zu sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit führt.“

(Parteiprogramm, Abschnitt 7)

Eine mit dem Gleichheitsprinzip des Grundgesetzes unvereinbare, rassistisch und nationalistisch geprägte Fremdenfeindlichkeit ist elementarer Bestandteil der Parteiideologie vom „lebensrichtigen Menschenbild“, das sich insbesondere gegen „Fremdbestimmung“ und „Überfremdung“ wendet:

„Im Kampf gegen die zunehmende rassische Überfremdung sollten uns die Nibelungen Warnung und Vorbild zugleich sein.“

(Deutsche Stimme Nummer 6/2000, Seite 13)

„Obwohl das Ausländerproblem in Deutschland ein großes Tabu darstellt, sind die Zusammenhänge für jeden, der sehen möchte, offenkundig. Die Zahl der zehn Millionen wirtschaftlich und sozial ausgegrenzten Deutschen entspricht auffälligerweise ziemlich genau der Zahl der hier lebenden Ausländer, von denen nicht einmal 1,5 Millionen einer steuer- und sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgehen. Die anderen lassen es sich im wesentlichen auf Kosten des deutschen Steuerzahlers gut gehen, dessen Staatsfinanzen nicht zuletzt durch sie zerrüttet werden.“

(Deutsche Stimme Nummer 7/2000, Seite 2)

Antisemitismus

Der Antisemitismus der NPD wurde insbesondere bei Angriffen gegen Repräsentanten jüdischer Institutionen deutlich:

„Um dem Alptraum einer ewigen Schuld- und Büberrolle entrinnen zu können, brauchen wir Politiker, die bereit sind, den ständig wiederkehrenden Forderungen der jüdischen Lobby friedlich, aber dennoch entschlossen entgegenzutreten und zu sagen: ‚Jetzt ist Schluß!‘“

(Deutsche Stimme Nummer 2/2000, Seite 2)

Auf einer Protestdemonstration gegen den Bau des Holocaust-Mahnmals am 29. Januar in Berlin agitierte der Parteivorsitzende Voigt gegen das geplante „Schandmal“ in der Mitte Berlins.

Revisionismus

Die NPD verfolgt auch geschichtsrevisionistische Ziele, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten:

„Keine Bundesregierung war bisher in der Lage, den ewigen Ausbeutungsversuchen und antideutschen Machenschaften auch einmal ein klares Nein entgegenzusetzen. Die etablierten Parteien haben weder die Kraft noch den Willen, primär deutsche Interessen zu vertreten, weil mit

der verlogenen, auslandsgefälligen ‚Vergangenheitsbewältigung‘ jedes natürliche Nationalbewußtsein systematisch zerstört wurde.“

(Deutsche Stimme Nummer 6/2000, Seite 1)

In besonderer Weise bekämpft die Partei die Volkssouveränität und die parlamentarische Demokratie. Dabei tritt an die Stelle konstruktiver Kritik an einzelnen Missständen eine bewusst entstellende und überspitzt verallgemeinernde Form der Darstellung:

Diffamierung

„Wie lange wird sich der Wähler noch von den etablierten Parteien ‚an der Nase‘ herumführen lassen und erkennen, daß er von den Helfershelfern der Besatzer seit 50 Jahren umerzogen, belogen, betrogen und getäuscht wird.“

(Deutsche Stimme Nummer 5/2000, Seite 2)

„In den guten alten Zeiten waren die Politiker in den Parlamenten und die Verbrecher in den Gefängnissen. Heute ist es gerade umgekehrt. Die Politiker sitzen in den Gefängnissen und die Verbrecher in den Parlamenten.“

(Der JN-Bundesvorsitzende Roßmüller auf dem „2. Tag des nationalen Widerstandes“ am 27. Mai in Passau)

Diese diffamierende Polemik lässt darauf schließen, dass die NPD die Prinzipien des Mehrparteiensystems und der Chancengleichheit der Parteien trotz ihres formalen Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung ablehnt. Darüber hinaus offenbart die Diktion der NPD, insbesondere der häufige Gebrauch des Begriffs „System“, den bereits die NSDAP zur Diffamierung der Weimarer Republik eingesetzt hatte, eine Wesensverwandtschaft mit der Terminologie der NSDAP:

„Mit der NPD könnte das deutsche Volk eine sozial gerechte und gesicherte Zukunft haben. Unter der weiten Herrschaft der Systemparteien allerdings steht zu befürchten, daß es im Sumpf von Korruption und Spekulation untergehen wird.“

(Deutsche Stimme Nummer 2/2000, Seite 2)



Die NPD nimmt in letzter Zeit zunehmend eine aktiv-kämpferische, aggressive Haltung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bei der Verfolgung ihrer Ziele und bei ihren Aktivitäten ein. So erklärte der Vorsitzende des NPD-Landesverbands Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Hans Günter Eisenecker, dass nur die NPD in Deutschland dem inzwischen für alle sichtbaren „Fäulnisprozess des Bonner

Aktiv-kämpferische aggressive Grundhaltung

Systems“ eine glaubwürdige Alternative entgegenstellen könne und betonte:

„Wir wollen nicht bewahren, wir wollen dieses System überwinden, weil davon das Überleben unseres Landes abhängt.“
 („Zündstoff - Mitteilungsblatt des NPD-Landesverbands Berlin-Brandenburg“ Nummer 1/2000, Seite 2)

Schon im November 1999 hatte ein hoher JN-Funktionär die „Demokratie in der bestehenden Form“ als „überholt und handlungsunfähig“ abgelehnt; es sei nicht Aufgabe von NPD und JN, „sich durch dieses System nach oben zu mogeln“, sondern „diese Demokratie zu bekämpfen und zu beseitigen“.

„Drei-Säulen-Konzept“

Zur Verfolgung ihrer verfassungsfeindlichen Bestrebungen hat die Partei ein auf drei „strategische Säulen“ gestütztes Konzept entwickelt, nämlich

- Programmatik: Schlacht um die Köpfe,
- Massenmobilisierung: Schlacht um die Straße,
- Wahlteilnahme: Schlacht um die Wähler.

Für den Kampf um die politische Macht werden „Zwischenschritte“ und „Etappenziele“ definiert. Ausdruck der an Etappenzielen ausgerichteten aggressiven Strategie der NPD ist auch das Konzept der „Nationalen Außerparlamentarischen Opposition“ (NAPO). Der NPD-Vorsitzende Voigt umschrieb dies als Synonym für den „Nationalen Widerstand“ und erklärte, die Partei habe den „Kampf um die Straße“ als „Speerspitze der Nationalen Außerparlamentarischen Opposition“ aufgenommen.

„Kampf um die Straße“

Innerhalb ihres „Drei-Säulen-Konzepts“ räumt die NPD dem „Kampf um die Straße“ Priorität ein. Dabei zielt sie insbesondere auf Jugendliche, die sie als Aktionspotenzial nutzen kann. Wie umfangreich das strategische Konzept „Kampf um die Straße“ in die Praxis umgesetzt werden konnte, zeigt die Tatsache, dass seit Voigts Amtsantritt im November 1996 die Zahl der von der NPD getragenen Versammlungen erheblich zunahm. So fanden inzwischen fast 300 - zunehmend mit Neonazis und Skinheads durchgeführte - Demonstrationen und öffentliche Aktionen mit bis zu 5.000 Teilnehmern statt. Nach dem äußeren Erscheinungsbild waren dabei kaum noch Unterschiede zwischen Neonazis und Angehörigen der NPD auszumachen. Insbesondere die Präsenz von Neonazis und Skinheads prägt häufig die Veranstaltungen von NPD und JN. Sie wollen - nach NS-Vorbildern - mit massiver

Häufung uniform auftretender, kahlgeschorener sowie schwarz gekleideter Demonstrationsteilnehmer einen martialischen, aggressiven und Furcht einflößenden Eindruck vermitteln. Mit Parolen wie „Arbeit nur für Deutsche“, „Ausländerrückführung statt Integration“, „Hier marschiert der Nationale Widerstand“ und „Deutschland den Deutschen - Ausländer raus“ werden Ängste vor Arbeitslosigkeit, Fremdbestimmung oder Überfremdung verstärkt und ausgenutzt. Damit soll eine Krisenstimmung geschürt werden, die den Angriff gegen den sozialen Rechtsstaat und die freiheitliche Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland rechtfertigen soll. Die Demonstrationen der NPD, verstärkt durch militante Skinheads und Neonazis, sind deshalb äußerer Ausdruck des aggressiven Bestrebens der NPD, über den außerparlamentarischen Kampf politische Macht in Deutschland zu erringen.

Mit dem aus Sicht der NPD erfolgreichen „Kampf um die Straße“ setzt sich die Partei über einen formal bestehenden Unvereinbarkeitsbeschluss faktisch hinweg. Als Konsequenz der völligen Aufgabe dieser strategisch-taktischen Position entwickelte sich die NPD zu einem bevorzugten Beitrittsobjekt für ehemalige Mitglieder verbotener neonazistischer Organisationen. Voigts Strategie ist es, die NPD auf eine möglichst breite Basis zu stellen und unterschiedlichste Strömungen des „Nationalen Widerstands“ zu bündeln. Hierbei genießt die themen- und aktionsbezogene Zusammenarbeit mit Neonazis Priorität. Dem aus 20 Personen bestehenden NPD-Bundesvorstand gehören derzeit drei ehemalige Aktivisten verbotener neonazistischer Gruppierungen an. Eine entsprechende politische Vergangenheit weist auch der Vorsitzende des NPD-Bundesschiedsgerichts auf. In den NPD-Landesverbänden sind rund 60 Personen mit neonazistischem Vorlauf bekannt, die zum Teil herausgehobene Funktionen ausüben. Darüber hinaus betrachtet die NPD Skinheads als natürliche Bündnispartner. Ihre Nähe zur gewaltbereiten Skinhead-Szene korrespondiert mit ihrem eigenen Verhältnis zur Gewalt.

Öffnung gegen-
über Neonazis

Die aktiv-kämpferische und aggressive Grundhaltung der Partei spiegelt sich auch in ihrer Rhetorik wider. Ihrem Sprachgebrauch ist eine an Militanz grenzende Härte eigen, die nichts mit dem allgemein üblichen politischen Schlagabtausch gemein hat:

Aggressive Rhetorik

„Wenn die Medien und das korrupt-verkommene Regime gegen uns hetzen, dann gibt es nur ein Gegenmittel: Die Wut auf die Straße tragen! (...) Festigen wir unsere Reihen, bauen wir die Bewegung zu einer Festung aus!“
(„Sachsen-Stimme“ Januar - April 2000, Seiten 4 ff.)

*Wachsende
Gewaltbereitschaft*

Mitglieder und Anhänger der NPD schrecken ferner nicht davor zurück, ihre politischen Ziele auch mit Gewalt zu verfolgen. So griffen am 9. Juli verummte Rechtsextremisten mit Schlagstöcken und Steinwürfen die Teilnehmer einer Gedenkveranstaltung am Mahnmal der KZ-Gedenkstätte Kemna/Nordrhein-Westfalen an. Als Anstifter des Überfalls wurde inzwischen ein NPD-Funktionär zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt; gegen neun Mittäter verhängte das Gericht Freiheitsstrafen zwischen 18 und sieben Monaten.

Am 4. August versuchte ein NPD-Mitglied, ein leer stehendes, von Obdachlosen genutztes Gebäude in Wismar/Mecklenburg-Vorpommern in Brand zu setzen. Das Amtsgericht Wismar erließ Haftbefehl u.a. wegen versuchten Mordes und versuchter Brandstiftung.

Ein ehemaliges JN-Mitglied verübte am 10. August in Eisenach/Thüringen einen Sprengstoffanschlag auf einen türkischen Imbisswagen. Der Täter wurde inzwischen zu einer Jugendstrafe von acht Monaten mit Bewährung verurteilt.

*Gewalttaten
in Bayern*

Auch in Bayern wendeten Aktivisten und Anhänger der NPD Gewalt an oder trafen hierfür Vorbereitungen. So misshandelten fünf Skinheads am 29. April in Nürnberg einen Ausländer und verletzten ihn schwer. Ein unter den Tätern befindlicher NPD-Aktivist versuchte, auch den Begleiter des attackierten Ausländers mit Füßen zu treten. Am 1. Juli warf derselbe NPD-Aktivist zusammen mit einem weiteren Skinhead unter anderem Glasscherben auf Ausländer; dabei erlitt ein Kind Verletzungen. Ein Betroffener, der die Skinheads zur Rede stellte, erhielt von dem NPD-Aktivisten einen Faustschlag ins Gesicht. Dabei riefen beide Täter ausländerfeindliche Parolen.

Bei der Durchsuchung der Wohnung eines NPD-Aktivisten aus Unterfranken wegen Verdachts der Volksverhetzung am 12. August fand die Polizei umfangreiches rechtsextremistisches Propagandamaterial, indizierte rechtsextremistische Tonträger, eine Grundsubstanz zur Herstellung von Sprengstoff sowie ein „Anarchisten-Handbuch“, in dem auch die Herstellung von Sprengstoff und der Bau von Bomben beschrieben sind.

Am 17. Oktober verübte ein jugendlicher Sympathisant der NPD einen Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylbewerber in Grainet, Landkreis Freyung-Grafenau. Nur einem glücklichen Umstand war es zu verdanken, dass das Feuer einer von ihm im Hauseingang in Brand gesetzten Papiertonne nicht auf das gesamte Anwesen übergriff.

Ein alkoholisierter Skinhead, der Mitglied der NPD ist, beleidigte am 28. Oktober in Ansbach zwei türkische Staatsangehörige und verletzte einen von ihnen durch einen Fußtritt. In der Wohnung des Täters wurden zehn Gewehrpatronen sichergestellt.

Die NPD hat damit in den vergangenen Jahren eine bedeutende Wandlung erfahren. Ihr Schwerpunkt liegt nicht mehr in der organisierten Form einer Wahlpartei. Vielmehr sieht sie sich als Anführerin einer breiten sozialen Protestbewegung, als Bewegung, die mit Neonazis und Skinheads zur Verfolgung ihrer auf die Überwindung des Systems ausgelegten Ziele Aktionsbündnisse auf vornehmlich außerinstitutionellem Wege eingeht. Sie bekennt sich zunehmend zu den Zielen des historischen Nationalsozialismus und ist mitverantwortlich für ein geistiges Klima, das den Boden für gewaltsame Übergriffe von Rechtsextremisten auf Ausländer und andere Minderheiten schafft. Die NPD hat sich zudem in den letzten Jahren in erschreckendem Maße radikalisiert und zur Speerspitze des aggressiven Kampfes gegen die Demokratie entwickelt. Ganz offen verlangt sie die Beseitigung des - wie sie abfällig sagt - „Systems“. Angesichts dieser Entwicklung beschlossen die Bundesregierung, der Bundesrat und der Bundestag, beim Bundesverfassungsgericht Verbotsanträge gegen die Partei zu stellen.

Verbotsanträge

2.1.2 Organisation

Nach einem im Vorjahr vorübergehend stagnierenden Zulauf hat sich die Aufwärtsentwicklung der Partei vor allem in den neuen Ländern fortgesetzt. Auch die Verbotsdiskussion löste im rechtsextremistischen Spektrum einen Solidarisierungseffekt aus und brachte der NPD neuen Zulauf. Ende 2000 zählte die NPD bundesweit rund 6.500 (1999: 6.000) Mitglieder. Die Partei gliedert sich in 15 Landesverbände, die wiederum in Bezirks- und Kreisverbände unterteilt sind. Der seit März 1996 amtierende Bundesvorsitzende Udo Voigt wurde auf dem Bundesparteitag am 18./19. März in Mühlhausen, Landkreis Neumarkt i.d.OPf., wieder gewählt, desgleichen seine Stellvertreter Holger Apfel, Jürgen Schön und Dr. Hans-Günther Eisenecker.

Aufwärtsentwicklung



Im Januar verlegte die NPD ihre Parteizentrale nach Berlin, während sich Redaktion und Anzeigenabteilung des Parteiorgans „Deutsche Stimme“ (DS) weiterhin in Riesa/Sachsen befinden.

Parteiorgan

Landesverband Bayern

Der Landesverband Bayern mit derzeitigem Sitz in Salching, Landkreis Straubing, der zahlreiche Angehörige der Neonazi- und Skinhead-Szene an sich binden konnte, zählt rund 975 (1999: 950) Mitglieder. Er gliedert sich in sieben Bezirks- und rund 50 Kreisverbände, von denen aber mehr als die Hälfte nicht aktiv ist.

Auf dem Landesparteitag am 18. November in Rudelstetten, Landkreis Donau-Ries, wurde der bisherige stellvertretende Landesvorsitzende Ralf Ollert zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Seine Stellvertreter sind der vormalige Landesvorsitzende Franz Salzberger sowie die bisherigen Beisitzer im Landesvorstand Sascha Roßmüller und Axel Michaelis. Zwei Beisitzer haben Verbindungen zur Skinhead-Szene, zwei weitere sind der parteiinternen oppositionellen „Revolutionären Plattform - Aufbruch 2000“ (RPF) zuzurechnen.

Nutzung des Internets

Die NPD verfügt mittlerweile über das umfassendste Angebot aller rechtsextremistischen Parteien im Internet. Sie bietet als Provider über eine Domain „npd.net“ in Bochum einen eigenen Zugangsservice in das Internet an und verbreitet aktuelle Informationen zu besonders bedeutenden Veranstaltungen. Die Netzseite verfügt über mehrere Diskussionsforen sowie ein eigenes Textarchiv mit Schlagwortsuchmodus, über den alle bislang von der NPD veröffentlichten Texte verfügbar sind. Alle 15 NPD-Landesverbände verfügen über eigene Internetseiten. Über die Linkliste sind alle Angebote von Untergliederungen der NPD und ihrer Jugendorganisation zugänglich.

2.1.3 Teilnahme an Wahlen

Die vom Parteivorsitzenden eingeleitete Öffnung gegenüber Neonazis und dem rechtsextremistischen Teil der Skinhead-Szene hat der Partei erhöhte Medienaufmerksamkeit und teilweise einen Reputationsgewinn im rechtsextremistischen Spektrum verschafft. Gleichwohl blieb die NPD bei Wahlen selbst dann erfolglos, wenn ihr keine Konkurrenz aus diesem Lager gegenüberstand. Dies zeigte sich bei der Landtagswahl am 27. Februar in Schleswig-Holstein, an der die NPD als einzige rechtsextremistische Partei teilnahm. Mit einem Stimmenanteil von 1 % erreichte die NPD allerdings die Teilhabe an der staatlichen Parteienfinanzierung.

Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai nominierte die NPD nur elf Direktkandidaten. Offenbar ging es ihr vor allem darum, dort Präsenz zu demonstrieren, wo sie bereits auf kommu-

naler Ebene vertreten war. Sie erzielte lediglich etwa 2.300 Stimmen (0,0 %).

Beide Landtagswahlergebnisse belegen die anhaltende Erfolglosigkeit der NPD als Wahlpartei. Darüber können auch vereinzelte örtliche Gewinne bei Kommunalwahlen, insbesondere in den neuen Bundesländern, nicht hinwegtäuschen.

2.1.4 Reaktionen auf die Verbotsinitiative

Die in letzter Zeit feststellbare Wandlung der NPD zu einer am Neonazismus orientierten Partei und ihre Öffnung für gewaltbereite Rechtsextremisten führten im Sommer 2000 zur öffentlichen Diskussion eines Parteiverbots. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe von Verfassungsschutz- und Verfassungsrechtsexperten kam im Herbst zu dem Ergebnis, dass die Verbotsvoraussetzungen vorliegen. In der Folge beschlossen sowohl die Bundesregierung als auch der Bundesrat und der Bundestag, jeweils eigene Anträge auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD beim Bundesverfassungsgericht zu stellen.

Verbotsanträge

Die NPD-Führung begegnete anfangs der Forderung nach einem Parteiverbot äußerlich gelassen, unterschätzte aber offenbar die Dynamik der öffentlichen Diskussion und die Ernsthaftigkeit der Verbotsüberlegungen. Die eigene Gefolgschaft reagierte dagegen mit zunehmender Verunsicherung. Um nicht weitere Argumente für ein Verbot zu liefern, erklärte die Partei Mitte August, bis auf weiteres auf öffentlichkeitswirksame Auftritte und Versammlungen mit Neonazis und Skinheads zu verzichten. Außerdem startete der NPD-Partei-vorstand Anfang September unter dem Motto „Argumente statt Verbote - Nein zum NPD-Verbot“ eine breit angelegte Werbekampagne, die aber kaum Resonanz fand.



Der Verzicht auf Demonstrationen und eine „Abgrenzungserklärung“ gegenüber der Neonazi-Szene führten alsbald zu Spannungen. Verschiedene neonazistische, bisher mit der NPD verbündete Kameradschaften warfen ihr vor, sie habe sich durch die aktuelle Medienkampagne einschüchtern lassen und weiche vor dem „Feind“ zurück, weil sie ein Parteiverbot befürchte.

Interne
Differenzen

Auch innerparteilich stieß der Verzicht auf öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen auf heftigen Widerstand. Eine parteiinterne Opposi-

*Interne
Oppositionsgruppe*

tionsbewegung, die sich als „Revolutionäre Plattform - Aufbruch 2000“ (RPF) bezeichnet - sie war erstmals bei der NPD-Veranstaltung am 27. Mai in Passau öffentlich in Erscheinung getreten - , plädierte dafür, auch weiterhin spektakuläre Großveranstaltungen durchzuführen. Die RPF versteht sich als eine Gemeinschaft von Aktionisten innerhalb der NPD/JN, die sich „verstärkt für einen konsequenten, revolutionären und systematischen politischen Weg der Partei einsetzen“. Eine von der RPF mitgetragene „Initiative für Versammlungsfreiheit“ mobilisierte für eine Großveranstaltung am 4. November in Berlin unter dem Motto „Meinungs- und Versammlungsfreiheit statt Verbote!“. Den Aufruf unterstützten neben der RPF vor allem süddeutsche Gliederungen der NPD/JN, aber auch die neonazistischen „Freien Nationalisten“.

Am 7. Oktober nahm die Polizei in München an einem Info-Stand der NPD zum Thema „Argumente statt Verbot - Nein zum NPD-Verbot“ zwei NPD-Aktivistinnen wegen Verdachts der Volksverhetzung fest. Einer hatte geäußert, die „einzigen anständigen Toten in Dachau“ seien die Männer der Waffen-SS gewesen. Sein Gesinnungsgenosse hatte behauptet, die Juden in Auschwitz seien an der Ruhr gestorben

*Erfolgloser
Eilantrag*

Am 22. August beantragte die NPD beim Verwaltungsgericht München, dem Freistaat Bayern Äußerungen zu untersagen, wonach die NPD etwas mit „rechter Gewalt“ zu tun habe und die Voraussetzungen für ein Verbot durch das Bundesverfassungsgericht gemäß Art. 21 Abs. 2 Grundgesetz vorlägen. Dieser Eilantrag wurde am 2. November vom Verwaltungsgericht München abgelehnt. Das Gericht betonte, dass es Aufgabe eines Innenministers sei, die Öffentlichkeit über Bedrohungen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu informieren. Unzulässig überspitzte Formulierungen seien dabei nach Ansicht des Gerichts nicht verwendet worden.

*Kundgebung
in Berlin*

Als Zugeständnis an die interne Opposition beschloss der NPD-Parteivorstand Ende Oktober, das im August aus Gründen der formalen Abgrenzung gegenüber Neonazis und neonazistischen Skinheads verhängte Demonstrationsverbot aufzuheben und öffentliche NPD-Versammlungen ab dem 25. November wieder zuzulassen, allerdings mit Zustimmungsvorbehalt der Bundesorganisationsleitung. Am 25. November veranstaltete die NPD in Berlin einen Aufzug unter dem Motto „Argumente statt Verbote - Nein zum NPD-Verbot!“. Die Teilnehmer zeigten Transparente und Fahnen mit Aufschriften wie „Argumente statt Verbote“, „Nationaler Widerstand lässt sich nicht

verbieten“ und „Sie sagen NPD-Verbot und meinen Deutschlands Tod“ mit. Sie riefen Parolen wie „Hier ist der Aufstand der Anständigen“, „Straße frei dem Nationalen Widerstand“ und „Trotz Terror und Verbot, sie kriegen uns nicht tot“. Am Alexanderplatz standen den 1.400 NPD-Anhängern etwa 3.000 Gegendemonstranten gegenüber, darunter zahlreiche militante Autonome, die den Aufzug blockierten sowie Steine und Flaschen gegen NPD-Anhänger und Polizei schleuderten. Eine Schlusskundgebung fand nicht statt, da die Polizei die NPD-Veranstaltung aus Sicherheitsgründen vorzeitig beendete.

Diese ursprünglich für München geplante Veranstaltung hatte die NPD nach Berlin verlagert, nachdem das Kreisverwaltungsreferat München erklärt hatte, anstelle des angemeldeten Aufzugs sei allenfalls eine „stationäre Kundgebung“ möglich.

Bei der Veranstaltung in Berlin handelte es sich um die erste bundesweite und vom Parteivorstand initiierte NPD-Demonstration seit Beginn der Verbotsdiskussion. Sie stellte die konsequente Fortführung des strategischen Konzepts „Kampf um die Straße“ dar und sollte zugleich eine Anschlusskampagne des Parteivorstands „Deutschland lässt sich nicht verbieten“ einleiten. Die Teilnehmerzahl war mit 1.400 Personen im Vergleich zu früheren öffentlichen NPD-Veranstaltungen deutlich geringer, obwohl das Präsidiumsmitglied Per Lennart Aae erklärt hatte, die Demonstration sei das geeignete Mittel, der Öffentlichkeit zu zeigen, dass die „Nationale Opposition“ handlungsfähig sei.

Die Verbotsdiskussion und die Aktivitäten der RPF haben zu einer Destabilisierung der Partei geführt, die durch strategische Differenzen innerhalb des Vorstands noch verstärkt wird. So sind die Aussagen der NPD-Führung weder hinsichtlich der innerparteilichen Opposition noch in Bezug auf die künftige Zusammenarbeit mit Neonazis und neonazistischen Skinheads einheitlich, obwohl die Partei bestrebt ist, Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Die Bestellung des früheren RAF-Terroristen und jetzigen Neonazi Horst Mahler zum Vertreter der NPD im anstehenden Verbotsverfahren birgt zusätzlichen Konfliktstoff.

Destabilisierung

2.1.5 Sonstige Aktivitäten

Im strategischen „Drei-Säulen-Konzept“ der NPD liegt der Schwerpunkt der politischen Aktivitäten derzeit beim „Kampf um die Straße“.

Die Partei will mit zahlreichen öffentlichen Kundgebungen Präsenz demonstrieren, der Bevölkerung das Bild einer durchsetzungsfähigen politischen Kraft vermitteln und als organisationsübergreifende „Nationale Außerparlamentarische Opposition“ (NAPO) den Boden für einen erfolversprechenden „Kampf um die Parlamente“ bereiten.

2.1.5.1 Öffentliche Kundgebungen in Berlin

Die NPD initiierte am 29. Januar gemeinsam mit nicht organisierten Rechtsextremisten in Berlin eine Protestdemonstration gegen den Bau des Holocaust-Mahnmals. Bei einer Zwischenkundgebung agitierte der Parteivorsitzende Voigt vor rund 500 Teilnehmern gegen die „Systemparteien“ und das geplante „Schandmal“ in der Mitte Berlins.

Am 12. März, dem Jahrestag des Einmarschs deutscher Truppen in Österreich, veranstaltete die NPD in Berlin unter dem Motto „Wir sind ein Volk - nationale Solidarität mit Wien“ wiederum eine Kundgebung. Daran beteiligten sich rund 500 Rechtsextremisten, darunter viele Skinheads. Der führende Hamburger Neonazi Christian Worch behauptete in seiner Rede, das Fundament Europas werde nicht von Haider und der FPÖ, sondern von der Europäischen Union angegriffen. Voigt bezeichnete die NPD als Oppositionspartei gegen den nationalen Verrat. Die Herrschenden setzten die Politik der Alliierten mit anderen Mitteln fort. Die Entwicklung in Österreich sei ein Zeichen, dass sich die Machtverhältnisse in Europa änderten.

2.1.5.2 Veranstaltungen zum 1. Mai

Zum 1. Mai führte die NPD sechs regionale Veranstaltungen in Berlin (1.200 Teilnehmer), Dresden (300 Teilnehmer), Fürth (500 Teilnehmer), Grimma (600 Teilnehmer), Ludwigshafen (300 Teilnehmer) und Wetzlar (140 Teilnehmer) durch, die vielfach von gewaltsamen Protesten politischer Gegner begleitet waren. So konnte die Demonstration in Fürth wegen massiver Behinderungen durch rund 800 Gegendemonstranten erst mit Verspätung beginnen. Die Störer bewarfen die Rechtsextremisten mit Steinen und versuchten, den NPD-Aufzug zu blockieren. Am Zielpunkt, dem Fürther Hauptbahnhof, wurden die NPD-Anhänger von rund 2.500 bis 3.000 weiteren überwiegend friedlichen Gegendemonstranten erwartet.

1999 war der Versuch der NPD gescheitert, mit einer zentralen Mai-Kundgebung in Bremen an frühere Erfolge anzuknüpfen, da die geplante Veranstaltung verboten wurde. Diesmal konnte die NPD ein ähnliches Verbot vermeiden, indem sie bundesweit eine Vielzahl von Demonstrationen anmeldete. Es gelang ihr indes nicht, den Mobilisierungsgrad der zentralen Veranstaltung vom 1. Mai 1998 in Leipzig zu erreichen, wo bis zu 5.000 Personen ihrem Aufruf gefolgt waren.

2.1.5.3 Zentrale Veranstaltung in Passau

Unter dem Motto „Bewegung muss Partei ergreifen“ veranstaltete die NPD am 27. Mai in der Passauer Nibelungenhalle ihren „2. Tag des nationalen Widerstandes“. Unter den rund 4.000 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet und dem angrenzenden Ausland befanden sich neben zahlreichen Skinheads auch bekannte Neonazis wie Friedhelm Busse, Manfred Roeder, Christian Worch und Thomas Wulff.

Der Parteivorsitzende Udo Voigt betonte den Anspruch der NPD, sich zu einer wirklichen Alternative zum „liberalkapitalistischen System“ der Bundesrepublik Deutschland zu entwickeln und alle nationalen Kräfte zu konzentrieren. Der frühere Rechtsterrorist Manfred Roeder behauptete, die Bundesrepublik Deutschland sei ein Besatzungsregime unter US-amerikanischer Knute; nur ein neues Deutsches Reich könne helfen. In einem weiteren Beitrag kritisierte der ehemalige Linksterrorist Horst Mahler die nach seiner Auffassung bestehende politische und geistige Überfremdung Deutschlands. Auch gebe es keine deutsche Kollektivschuld, diese sei lediglich eine Erfindung der Juden. Man müsse es deshalb wieder wagen, einen Begriff wie Volksgemeinschaft frei auszusprechen.



An Protestaktionen gegen diese NPD-Veranstaltung beteiligten sich knapp 1.000 Personen, davon rund 750 Anhänger autonomer Antifagruppen, die einem Aufruf der militanten Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) und weiterer ihr zuzurechnender örtlicher linksextremistischer Gruppierungen gefolgt waren. Trotz der starken Polizeipräsenz kam es vereinzelt zu militanten Aktionen.

Mit dieser Veranstaltung ist es der NPD erneut gelungen, ein breites rechtsextremistisches Spektrum aus dem In- und Ausland zu mobili-

sieren. Am 7. Februar 1998 hatte die NPD in Passau mit ebenfalls 4.000 Teilnehmern den „1. Tag des nationalen Widerstands“ durchgeführt.

2.1.6 Junge Nationaldemokraten (JN)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	350	75
Vorsitzender:	Sascha Roßmüller	Frederick Seifert
Gründung:	1969	
Sitz:	Riesa/Sachsen	
Publikation:	Der Aktivist	

Mit den JN verfügt die NPD als einzige rechtsextremistische Partei über eine Jugendorganisation mit Bedeutung und Einfluss. Die JN



bekennen sich in Ideologie und Zielsetzung zum Programm ihrer Mutterpartei. Sie verstehen sich als „weltanschaulich geschlossene Jugendbewegung neuen Typs mit revolutionärer Ausrichtung“ und wollen die „Volksgemeinschaft“ in einer „neuen nationalistischen Ordnung“ verwirklichen. So betonen sie die „zwingende Notwendigkeit des nationalistischen Befreiungskampfes“ und streben danach, das „Leitbild des politischen Soldaten zu verkörpern“. Führungskader der JN pflegen weiterhin intensive Kontakte zur Neonazi-Szene und zu Skinheads. Die Zusammenarbeit mit NPD und

JN ermöglicht es den neonazistischen „Freien Nationalisten“, unter dem organisatorischen Dach einer Partei unbehelligt an Demonstrationen teilzunehmen und sich an der politischen Arbeit zu beteiligen. Der Anteil der Neonazis und Skinheads unter den JN-Mitgliedern liegt bei annähernd 40%.

Neonazistische
Tendenzen

Der JN-Bundesvorsitzende Sascha Roßmüller wurde auf dem JN-Bundeskongress am 5. Februar in Straßenshaus bei Neuwied/Rheinland-Pfalz wieder gewählt. Die rund 100 Delegierten bestätigten damit den von ihm eingeschlagenen aktionistischen Kurs. Seine Stellvertreter sind Mike Layer und Alexander Delle. Dem neuen JN-Bundesvorstand gehört auch der bayerische JN-Landesvorsitzende als Beisitzer an.

Der im Januar gewählte bayerische JN-Landesvorsitzende Frederick Seifert hatte zuvor den Landesverband seit dem Rücktritt seines Vorgängers Carsten Beck im Herbst 1999 kommissarisch geleitet. Er ist zugleich Vorsitzender des NPD-Bezirksverbands Oberbayern. Wie der JN-Bundesvorsitzende vertritt er nach dem Motto „Kampf - Aktion - Widerstand“ einen aktionistischen Kurs, der auch von den weiteren Vorstandsmitgliedern mitgetragen wird und zur Expansion des Landesverbands beitragen soll.

*Aktionistischer
Kurs*

Bereits am 14. Januar gründete der JN-Landesverband unter neuer Führung einen JN-Stützpunkt in Regen, dem überwiegend Personen der örtlichen Skinhead-Szene angehören. Die Aktivitäten dieser „Widerstandszelle“ stehen unter dem Einfluss des ehemaligen REP-Funktionärs Otmar Wallner, der im März u. a. einen „politischen Frühschoppen“ unter dem Motto „Nur Einigkeit macht stark, wir sind das Volk“ organisierte.

Anlässlich des Wegzugs des NPD-Parteiorgans nach Riesa/Sachsen demonstrierten am 22. Januar mehr als 100 JN-Anhänger, überwiegend Skinheads, in Neuburg a. d. Donau unter dem Motto „Deutschland in Not - Widerstand jetzt“. Auf einer anschließenden „Reichsgründungsfeier“ in Karlshuld, Landkreis Neuburg-Schrobenhausen, bezeichnete ein NPD-Aktivist die Bundesrepublik Deutschland als „verdammten Judenstaat“.

Auf dem „2. Tag des nationalen Widerstandes“ am 27. Mai in der Passauer Nibelungenhalle forderte der JN-Bundesvorsitzende Roßmüller dazu auf, „unser Volk zu verteidigen, notfalls auch gegen die gewählte Regierung der Bundesrepublik Deutschland“.

Mit mehr als 100 Teilnehmern veranstalteten die JN im Juni als „Grundstock für eine nationalistische nordeuropäische Allianz“ ein deutsch-schwedisches Pfingstlager mit einem Aktivisten der „Nationalen Jugend“ aus Schweden. Als „Begegnungsstätte“ diente das Gelände einer ehemaligen nationalsozialistischen Bildungseinrichtung in Sachsen-Anhalt. Mit dem Austausch von Fahnen wurde eine „noch intensivere Zusammenarbeit“ vereinbart.

Pfingstlager

Am 28. Oktober hielten die JN in Dreisen/Rheinland-Pfalz unter Beteiligung von rund 300 Personen ihren „7. Europäischen Kongress der Jugend“ ab. Die Anwesenheit von Gästen aus mehreren europäischen Staaten sollte wie in den Vorjahren den Eindruck einer funktionierenden internationalen Kooperation erwecken. Der angestreb-

*7. Europäischer
Kongress der
Jugend*

ten „europäisch-nationalistischen Einheitsfront“ sind die JN indes nicht näher gekommen, zumal die Besucherzahl gegenüber 1999 deutlich zurückgegangen ist. Am Rande des Treffens kam es zu Auseinandersetzungen mit Anhängern der innerparteilichen Opposition „Revolutionäre Plattform - Aufbruch 2000“, die mit Flugblättern für die Teilnahme an der für den 4. November angemeldeten Demonstration in Berlin warben.

2.2 Deutsche Volksunion (DVU)

Deutschland	Bayern
Mitglieder: 17.000	1.800
Vorsitzender: Dr. Gerhard Frey	Bruno Wetzel
Gründung: 1987	
Sitz: München	
Publizistisches	
Sprachrohr: National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung (NZ)	

2.2.1 Ideologisch-politischer Standort

Extremistische Grundhaltung

In ihrem Programm bekennt sich die DVU formal zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, doch will sie einige für alle Menschen gültige Grundrechte zu Bürgerrechten reduzieren, die ausschließlich Deutschen zustehen sollen. Die rechtsextremistische Grundeinstellung der Partei wird in Äußerungen führender Funktionäre sowie im Inhalt der im Verlag des Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Frey erscheinenden National-Zeitung deutlich.

Revisionismus

Wie bisher zählt die Kritik an der „extrem einseitigen Vergangenheitsbewältigung“ zu den Schwerpunkten der Programmatik.

„Während der 16 Jahre seiner Kanzlerschaft hatte Helmut Kohl viele Gelegenheiten gesucht und gefunden, um durch maßlose und an Einseitigkeit unüberbietbare Anklagen das deutsche Volk zu belasten. So teilte er den Deutschen alle Schuld zu beispielsweise am Zweiten Weltkrieg, dem Krieg zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion und selbst der Vertreibung der Ost- und Sudetendeutschen.“

(NZ vom 7. Juli, Seite 1)

„Im Schattenboxen mit dem seit über einem halben Jahrhundert toten Adolf Hitler vollbringt Johannes Rau immer neue Heldentaten nach

Ladenschluss. (...) Aus der moralisch gebotenen wie wohl auch politisch erforderlichen Verneigung vor jüdischen Opfern (...) ist nach der Phase von Kotau und Kniefall inzwischen die krasse Kriecherei geworden. (...) Ein Volk, das wegen Verbrechen eines längst verflossenen Regimes den Gummischlauch statt Rückgrat im Kreuz hat, ist für gegenwärtige Machthaber biegsamer.“

(NZ vom 25. Februar, Seite 3)

Dabei werden die Verbrechen der Nationalsozialisten zwar nicht ausdrücklich geleugnet, doch wird versucht, die deutsche Schuld an der massenhaften Ermordung der Juden durch wiederholte Hinweise auf historische Verbrechen anderer Völker zu bagatellisieren.



„Allein seit 1940 haben die USA unzählige Kriege geführt. (...) Wir haben es nicht notwendig, von denen uns moralische Ratschläge geben zu lassen. Wir müssen uns wehren gegen die ständigen absurden Angriffe, wir seien schuld an allen Schandtaten dieser Erde. (...) Vor allem wehren wir uns dagegen, dass die Deutschen eine Art Kollektivverantwortung tragen sollen und dass alle kommenden Generationen unseres Volkes mit einem Kainszeichen durch die Weltgeschichte gehen.“

(Dr. Frey auf der jährlichen Großveranstaltung der DVU am 23. September in Passau)

Die DVU vermeidet offenen Antisemitismus, doch wird ihre antisemitische Grundhaltung in ihrem publizistischen Sprachrohr deutlich, dessen Berichterstattung über Israel und die Juden vielfach negativ gefärbt ist:

*Latenter
Antisemitismus*

„Ist es nicht rührend, wie der bekennende Junggeselle Michel Friedman vom Zentralrat der Juden der alternden Schauspielerin Iris Berben bei der kürzlichen Veranstaltung ‚Gesicht gegen Rechts zeigen‘ in Berlin in die Augen trieft?“

(NZ vom 6. Oktober, Seite 8)

Häufig werden demokratische Institutionen und ihre Repräsentanten diffamiert. Auf diese Weise soll das Vertrauen in diese Institutionen und den von ihnen getragenen demokratischen Rechtsstaat untergraben werden:

*Diffamierung
demokratischer
Institutionen*

„Wir sehen, dass die Bundestagsparteien in ihrer heutigen Verfassung sich gegen das deutsche Volk und seine Interessen wenden. Helfen kann hier

nur eine direkte Demokratie, wo das deutsche Volk selbst abstimmt in den Lebensfragen, was es selbst will.“

(Dr. Frey am 23. September in Passau)

„Die DVU ist angetreten, um die Politik der Herrschenden, die gegen Menschenwürde, Volk und Vaterland gerichtet ist, zu beseitigen.“

(Der stellvertretende DVU-Vorsitzende am 23. September in Passau)

Rassismus

Trotz des Bekenntnisses zur Freundschaft mit anderen Völkern, das Dr. Frey in seinen Reden regelmäßig wiederholt, ist die Grundhaltung der Partei von einer fremdenfeindlichen und latent rassistischen Motivation geprägt:

„Wir wollen keine Massenzuwanderung und wir sehen auch keinen Grund, warum sich die Struktur der Bevölkerung entdeutschen lassen sollte. Sondern wir wollen, nachdem Millionen von Deutschen ihr Leben gaben, dass dieses Volk in Deutschland erhalten bleibt.“

(Dr. Frey am 23. September in Passau)

Relativierung rechtsextremisti- scher Gewalt

Nach wie vor ist die Partei bestrebt, das Ausmaß rechtsextremistisch motivierter Militanz zu relativieren.

„In Hunderten von Fällen so genannter rechtsradikaler, neonazistischer oder antisemitischer Gewalttaten haben sich früher oder später ganz andere Hintergründe herausgestellt. Mal wurden solche politischen Motive nur vorgetäuscht, um andere kriminelle Machenschaften zu vernebeln. Mal erwies sich, dass die Täter weder eine auch nur im weitesten Sinne rechte Gesinnung haben noch dass sie irgendwie auf der politischen Rechten organisiert gewesen sind. Mal flog auf, dass die Anschläge von Rauschtätern oder Psychopathen verübt wurden. Und immer wieder gab es Fälle, dass derartige Delikte auf die Kappe von Halbwüchsigen gingen, die zuvor von Agenten und Provokateuren entsprechend angeheizt worden waren.“

(NZ vom 5. Mai, Seite 4)

„Jeder weiß doch, dass wir in jeder Hinsicht absolut gegen jede Gewaltanwendung, gegen jede Straftat ohne Vorbehalt sind. Jeder weiß doch, dass die Dreckskerle, die sich volllaufen lassen am Abend und dann die Straftaten begehen, die das Fernsehen ihnen vorher vormacht, dass diese Lumpen mit uns, mit der deutschen Rechten, mit unserem Volk und Vaterland ... überhaupt nichts zu tun haben, sondern Schädlinge am Leib unseres Volkes sind.“

(Dr. Frey am 23. September in Passau)

2.2.2 Organisation

Die Mitgliederzahl der DVU ist mit rund 17.000 konstant geblieben. Die Partei hat keine Jugendorganisation und betreibt keine Jugendarbeit. Sie verfügt in allen Bundesländern nominell über Landesverbände, die jedoch nach außen kaum in Erscheinung treten. Auf Kreis- und Ortsebene ist die DVU ebenfalls kaum vertreten. Der bedingungslose Machtanspruch des Vorsitzenden Dr. Frey lässt den Unterorganisationen keinen Handlungsspielraum.



Im Verlag des Parteivorsitzenden erscheint als Werbeträger und publizistisches Sprachrohr der DVU die „National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ). Die Partei verzichtete im Berichtszeitraum auf eine Teilnahme an Wahlen und konnte damit die Verbindlichkeiten bei ihrem Vorsitzenden auf rund zehn Millionen DM reduzieren. Die Personalunion von Vorsitzendem und Kreditgeber verleiht Dr. Frey eine ungewöhnliche Machtfülle.

Hoher Schuldenstand

Ein seit geraumer Zeit schwelender Konflikt zwischen Anhängern und Gegnern des DVU-Bundesvorsitzenden führte am 28. Januar zur Spaltung der DVU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt. Der dortige DVU-Landesvorsitzende und drei weitere DVU-Abgeordnete erklärten ihren Fraktionsaustritt. Nachdem bereits im Vorjahr fünf Abgeordnete die DVU-Fraktion verlassen hatten, verblieben von den ehemals 16 DVU-Abgeordneten nur noch sieben Frey-Kritiker in der Fraktion. Diese forderten am 1. Februar den DVU-Bundesvorsitzenden erfolglos zum Rücktritt auf, da er die politische Verantwortung für das negative Erscheinungsbild der Partei trage.

Spaltung der DVU-Fraktion in Sachsen-Anhalt

Die loyal zu Dr. Frey stehenden sechs DVU-Abgeordneten in Sachsen-Anhalt bildeten am 14. Februar unter der Bezeichnung „DVU - Freiheitliche Liste“ eine eigene Fraktion.

2.2.3 Aktivitäten

Am 12. Februar hielt die DVU in München ihren diesjährigen Bundesparteitag ab. Daran beteiligten sich rund 320 Personen, davon etwa 270 stimmberechtigte Mitglieder. Hauptzweck der Veranstaltung war offensichtlich die Ausschaltung unbotmäßiger Funktionäre durch vor-

Bundesparteitag

gezogene Neuwahlen. DVU-Parteitage wurden nämlich bisher nur alle zwei Jahre durchgeführt; der letzte Bundesparteitag mit Neuwahlen hatte am 16. Januar 1999 stattgefunden. Abweichend von der bisherigen Praxis wurde die Tagung auch nicht mit einem Parteitag des DVU-Landesverbands Bayern und einer Mitgliederversammlung der DVU e.V. verbunden.

Bei der Wahl des Bundesvorstands wurde Dr. Frey mit 98,9% der abgegebenen Stimmen als Bundesvorsitzender bestätigt. Seine Stellvertreter sind Heinrich Gerlach aus Hamburg, Peter Jürgensen aus Baden-Württemberg und Bruno Wetzel aus Sielenbach, Landkreis Aichach-Friedberg.

Großkundgebung in Passau

Unter dem Motto „Recht und Freiheit für das deutsche Volk“ hielt die DVU am 23. September in Passau ihre diesjährige Großkundgebung ab. Trotz hohen Werbeaufwands war sie mit 2.200 Personen nicht wesentlich besser besucht als die Veranstaltung des Vorjahrs. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand wie in früheren Jahren die Rede des DVU-Vorsitzenden. Dr. Frey polemisierte gegen „Ausländer- und Asylantenzuzug“ sowie gegen die europäische Integration und wandte sich gegen eine Politik, die sich des „Schweinejournalismus“ bediene, um Nationalisten die Straftaten pseudorechter Gewalttäter anzulasten. Ferner sprach er sich gegen einen EU-Beitritt der Türkei aus und forderte eine Rückkehr zum deutschen Nationalstaat. Den mit 10.000 DM dotierten „Andreas-Hofer-Preis“ der NZ erhielt erneut die deutsche Volkstumsgruppe in Schlesien. Gegen Ende der Veranstaltung wurde ein Videoband mit dem britischen Revisionisten David Irving abgespielt. Dieser referierte über die alliierten Luftangriffe auf Dresden im Zweiten Weltkrieg.

An Protestaktionen gegen die Veranstaltung der DVU beteiligten sich insgesamt über 3.000 Personen, darunter auch Linksextremisten und Punks.

2.3 Die Republikaner (REP)

Deutschland	Bayern
Mitglieder: 13.000	4.000
Vorsitzender: Dr. Rolf Schlierer	Johann Gärtner
Gründung: 1983	
Sitz: Berlin	
Publikation: Der Republikaner	

2.3.1 Ideologisch-politischer Standort

In den öffentlichen Verlautbarungen der REP wurden wie bisher Aussagen mit eindeutig rechtsextremistischer Zielsetzung weitgehend vermieden. Äußerungen der Partei lassen aber immer wieder einen übersteigerten Nationalismus, verbunden mit Resentiments gegen fremde Staaten und Minderheiten erkennen.



„Wir lehnen eine EU ab, die offenkundig keine Gemeinschaft souveräner Mitgliedstaaten sein will, sondern die Entmündigung und Gleichschaltung der Völker Europas anstrebt.“

(Resolution des REP-Bundesvorstands vom 6. Februar)

Nationalismus

„Der Rückgang der deutschen Bevölkerung ... wird bisher durch eine ungeordnete Zuwanderung mehr als ausgeglichen. Daß diese Zuwanderung keineswegs deutschen Interessen dient, sondern in erster Linie der Beglückung des internationalen Wanderproletariats, hat die derzeitige Diskussion um die ‚Green Card‘ nebenbei an den Tag gebracht.“

(Der Republikaner Nummer 4/2000, Seite 3)

„In Wahrheit haben unsere Politiker längst vor den europäischen Zumutungen kapituliert. Sie nehmen tatenlos hin, dass die Schleusen weit aufgemacht werden. Und einige drehen noch kräftig mit an der Kurbel.“

(Der Republikaner Nummer 5/2000, Seite 1)

Darüber hinaus verunglimpfen führende Vertreter der REP planmäßig die bestehende Staatsform und ihre Repräsentanten.

Diffamierung
demokratischer
Institutionen

„Die moralisierenden Spitzenpolitiker haben sich den Staat als Beute genommen. Manche plündern unseren Staat in einer Selbstverständlichkeit aus, daß es einem die Sprache verschlägt. Unverschämt wird es, wenn dieser schwarz-rote Raubritterverein der Bevölkerung erklärt, wir Republikaner seien eine Gefahr.“

(Der Republikaner Nummern 1-2/2000, Seite 2)

„Während sich unsere Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker in einer immer unverschämteren Weise selbst bedienen, sich bis in die untersten Ebenen der Politik ein Parteien- und Familienfilz entwickelt hat, welcher nur noch die eigenen Interessen vertritt, wird das deutsche Volk zunehmend ins Elend gestürzt!“

(Flugblatt des REP-Landesverbands Bayern im Internet)

„Die Berliner Politiker haben offenbar nichts Eiligeres zu tun, als Souveränität und Handlungsfähigkeit unseres Staates in Brüssel an der Pforte abzuliefern. Sie wollen die Verantwortung dafür loswerden, was in unserem Land geschieht und wer bei uns ein- und ausgehen darf. Dagegen wehren wir uns. Nur die Republikaner widersetzen sich dem Ausverkauf deutscher Interessen.“

(Der Republikaner Nummer 5/2000, Seite 1)

In einem Einladungsschreiben vom 8. Januar für ein Treffen verdeutlichte der Bezirksvorsitzende von Oberbayern und stellvertretende Landesvorsitzende Martin Huber die fremdenfeindliche Haltung der Partei:

„Wir Republikaner wollen keinen Vielvölkerstaat, Schluss mit Milliarden Zahlungen an das Ausland. Unser Ziel muß es sein, nicht Integration der Ausländer, sondern Rückführung in ihre Heimat. Unser Land braucht eine Opposition, die in erster Linie deutsche Interessen vertritt.“

Zum Thema „Doppelte Staatsangehörigkeit“ hieß es im Parteiorgan:

„Hauptsache, möglichst viele Einbürgerungen, Hauptsache, das deutsche Volk wird möglichst schnell ausgetauscht. (...) Konsequenter Widerstand gegen die Auflösung und Auswechslung unseres Volkes gibt es nur mit den Republikanern.“

(Der Republikaner Nummern 1-2/2000, Seite 2)

Im Gästebuch des Internet-Forum REP Sachsen antwortete die Landesvorsitzende Kerstin Lorenz am 12. März auf das Thema „Mit allen Mitteln gegen die neue Gastarbeiterschwemme“:

„Leute wie Henkel und Stihl würden doch jeden Deutschen entlassen und durch einen Billigausländer ersetzen. (...) Billigarbeitskräfte werden eben immer gebraucht und wenn die dann auch noch ihre Familien mitbringen und für immer in unserem Land bleiben, hat die Bundesregierung einen weiteren Schritt in Richtung ‚Vernichtung des deutschen Volkes‘ erfolgreich getan. Auf etwas anderes läuft es doch nicht hinaus! Unser Volk wird zielgerichtet unterwandert und durch Menschen anderer Völker ersetzt. Hier zwingen sich Parallelen zur Ausrottung der Indianer in Amerika auf. (...) Entwicklung in Deutschland geht auch in diese Richtung. Wie anders ist es zu erklären, dass immer öfter ein farbiger Mensch Mister Deutschland wird, die beste deutsche Nachwuchssängerin eine Farbige ist, immer mehr Moderatoren Farbige sind, im Bundestag schon jetzt Türken sitzen, mancher Oberbürgermeister ein Türke ist und selbst auf Plakaten Farbige als typisch deutsch gezeigt werden. Der Bürger merkt leider nicht, dass wir weißen Deutschen bald Exoten im eigenen Land sein werden!“

Rassismus und
Fremdenfeind-
lichkeit

In einer an die Kemptener Medien gerichteten Pressemeldung vom 20. November beschimpfte der Vorsitzende des REP-Kreisverbands Kempten-Oberallgäu die „Altparteien, die aufgrund ihrer Hetze und Verleumdungen gegen die Republikaner als die wahren Nachfolger der Nationalsozialisten und der Kommunisten anzusehen“ seien. Ferner propagierte er den „Kampf ... gegen die laufenden Verunglimpfungen und Beleidigungen der Republikaner durch die linksextremen und verfassungsfeindlichen Parteien wie ‚SPD-SED-PDS‘, der grünen Schwuchtelpartei und der Schwarzfascisten“. Den stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der Juden beleidigte er mit dem Wort „Zigeunerjude“. Die Staatsanwaltschaft Kempten leitete ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Volksverhetzung ein. Der REP-Landesverband Bayern distanzierte sich am 23. November in einer Pressemitteilung von den antisemitischen Äußerungen des Kreisvorsitzenden und forderte ihn zum sofortigen Rücktritt auf.

Darüber hinaus waren erneut Verstöße von Funktionären und Mitgliedern gegen den 1990 in Ruhstorf bei Passau beschlossenen Abgrenzungskurs gegenüber anderen rechtsextremistischen Organisationen festzustellen, der eine Zusammenarbeit mit anderen Rechtsextremisten formell untersagt, aber offenbar selbst von der Parteispitze nicht mehr ernst genommen wird. Mit der Duldung von Kontakten auch führender Parteifunktionäre zu bekannten Rechtsextremisten sowie eigenen Verhandlungen mit der DVU unter formaler Beibehaltung des „Ruhstorfer Beschlusses“ hat Dr. Schlierer die Konturen seiner eigenen Abgrenzungspolitik immer mehr verwischt.

*Aushöhlung
des offiziellen
Abgrenzungskurses*

Die Stadtverordnetenfraktion der REP in Wiesbaden führte am 22. Januar eine Podiumsdiskussion mit Horst Mahler, Franz Schönhuber und Professor Dr. Klaus Sojka durch. In einem Schreiben vom 25. Januar erklärte der stellvertretende REP-Bundesvorsitzende Johann Gärtner, eine Gruppe von jungen Leuten habe sich bereits auf dem Anmarsch zu der Veranstaltung mit Rufen wie „Sieg Heil“ artikuliert. Die Ordner der „Republikanischen Jugend“ (RJ) hätten auf eine weitere Gruppe, die sich als „Freunde“ von der NPD zu erkennen gegeben hätten, sehr euphorisch reagiert.

Die Distanz zum Abgrenzungsbeschluss zeigt auch eine Pressemitteilung der NPD auf, wonach der REP-Landesgeschäftsführer von Schleswig-Holstein Werner Frey am 23. Januar anlässlich einer NPD-Wahlveranstaltung in Bad Bramstedt ein Grußwort sprach. In der Pressemitteilung wird weiter berichtet, die entscheidenden

REP-Funktionäre in Schleswig-Holstein ermunterten ihre Mitglieder, die NPD zu wählen.

In einem Artikel in *Nation & Europa*, Ausgabe Februar 2000, zum Thema „Zur Zusammenarbeit deutscher Patrioten“ bezeichnete der ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende Hans Hirzel den „Ruhstorfer Abgrenzungsbeschluss“ der REP als für die Partei schädlich. Weiter plädierte er für eine zweckgebundene Zusammenarbeit mit jedem, der dazu bereit und fähig sei, wenn politisch gefährliche Nebenwirkungen ausreichend vermieden werden.

Nach einem Schreiben des damaligen NPD-Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein, Ingo Stawitz, vom 11. Februar an die Funktionärin des Republikanischen Beamtenbundes (REPBB) Gesine Göttsche bestanden im Vorfeld der Landtagswahlen auch Kontakte der REP-Bundesführung zur NPD. So habe bereits Anfang 1999 in Hamburg ein Gespräch zwischen Stawitz, dem REP-Bundesgeschäftsführer Tempel und dem seinerzeitigen DVU-Funktionär Professor Dr. Sojka stattgefunden. In demselben Brief heißt es, die stellvertretende Bundesvorsitzende Winkelsett und Tempel hätten versucht, eine Landesliste mit Hilfe von DVU-Leuten aufzustellen.

Beim Landeskongress der Republikanischen Jugend (RJ) Hessens am 7. Mai trat als Ehrengast und Hauptredner der frühere REP-Bundesvorsitzende und Protagonist einer „Vereinigten Rechten“ Franz Schönhuber auf. Der hessische RJ-Landesvorsitzende Andreas Lehmann wandte sich in seiner Rede gegen jegliche Ausgrenzung von Jugendlichen und befürwortete eine Zusammenarbeit mit der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) und den Freien Nationalisten (FN). Unter starkem Beifall der rund 150 Teilnehmer schlug er vor, Schönhuber zum Ehrenvorsitzenden der REP zu ernennen.

Der hessische Landesvorsitzende der Republikanischen Jugend (RJ) Andreas Lehmann gehört seit Sommeranfang auch zum Redaktionskollegium der Zeitschrift „Nation & Europa - Deutsche Monatshefte“. Sein Name ist erstmals im Impressum der Juli/August-Ausgabe aufgeführt. Er ergänzt die aus Werner Baumann alias Harald Neubauer, Peter Dehoust, Dietmar Engelhard und Karl Richter bestehende Redaktion. Die Schrift ist eines der wichtigsten rechtsextremistischen Theorie- und Strategieorgane. Das Engagement in einer solchen Publikation und die Kooperation mit namhaften rechtsextremistischen Autoren belegen erneut die mangelnde Akzeptanz des Abgrenzungsbeschlusses für maßgebliche REP-Funktionäre.

Nach einem Bericht des Parteiorgans „Der Republikaner“ (Nummern 1-2/2000) gibt es „freundschaftliche Kontakte“ der Republikanischen Jugend (RJ) zu den Vlaams Blok Jongeren (VBJ), der Jugendorganisation des rechtsextremistischen Vlaams Blok (VB). So hätten drei Vorstandsmitglieder der VBJ im September 1999 den Deutschlandtag der RJ in der Nähe von Leipzig besucht; der Gegenbesuch einer RJ-Delegation habe anlässlich des Bundesjugendparteitags der VBJ in Brüssel stattgefunden.

Die Absprache zwischen DVU und REP vom Herbst 1998, bei Wahlen nicht gegeneinander anzutreten, kam nicht zum Tragen, da die DVU im Jahr 2000 nicht an Wahlen teilnahm.

2.3.2 Interne Richtungskämpfe

Das Erscheinungsbild der Partei ist nach wie vor durch zunehmende Kritik an dem von der REP-Bundesführung offiziell noch immer vertretenen Abgrenzungskurs gegenüber anderen rechtsextremistischen Organisationen geprägt, der nach Ansicht der Kritiker die Partei in die politische Isolation geführt habe. Manche Landesverbände wollen mit Vertretern der DVU und der NPD intensivere Kontakte unterhalten, während andere dies ablehnen und den REP-Bundesvorsitzenden unterstützen. Als die innerparteiliche Opposition Ende 1999 den Rücktritt des Bundesvorstands, die Abhaltung eines Sonderparteitags und eine Beendigung des Abgrenzungskurses forderte, gerieten die REP in eine schwere programmatische und personelle Krise. Die fortwährenden Richtungskämpfe verunsicherten Dr. Schlierer zeitweise so sehr, dass er Kontakte von REP-Funktionären zu bekannten Rechtsextremisten wie Professor Dr. Klaus Sojka von der DVU und Harald Neubauer von der DLVH tolerierte, obwohl er offiziell den Abgrenzungsbeschluss nicht zur Disposition stellte. Diese inkonsequente Haltung führte zum Parteiaustritt des REP-Landesvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen, Burkhard Schmanck, der als einer der exponiertesten Verfechter eines klaren Abgrenzungskurses galt. Bei den Republikanern eskalierte der Streit um die richtige Strategie und um die künftige personelle Führung der Partei. Dr. Schlierer verlor bei den Mitgliedern vorübergehend deutlich an Rückhalt. Ihm wurden Autoritätsverlust, Unglaubwürdigkeit, Fehlentscheidungen und der Versuch einer Annäherung an konservative Parteien vorgeworfen. Umstritten war auch seine indifferente Haltung gegenüber dem offiziell immer noch gültigen Abgrenzungskurs der Partei.

*Interne Kritik am
offiziellen Kurs*

Strategiekonferenz

Vor dem Hintergrund dieser kritischen Situation trafen sich am 19./20. Februar der Bundesvorstand und die Landesvorstände der Partei in Leipzig zu einer Strategiekonferenz. Dr. Schlierer forderte eine bessere Qualifizierung der Parteifunktionäre, einen intensiveren Informationsaustausch zwischen Bundesführung und Parteigliederungen sowie eine verstärkte öffentliche Präsenz der Partei. Anschließend wurde der Abgrenzungskurs kontrovers diskutiert.

Mit der Einberufung dieser Tagung konnte Dr. Schlierer den von der Opposition geforderten Sonderparteitag zunächst verhindern, der wohl personelle Änderungen im Bundesvorstand zur Folge gehabt hätte. Unter diesen Umständen bedeutete die Konferenz zumindest einen kurzfristigen Erfolg für den Parteivorsitzenden, der seine innerparteilichen Kritiker - auch wegen Fehlens einer personellen Alternative - erneut zurückdrängen konnte.

In einer Pressemitteilung vom 8. August bezeichnete Dr. Schlierer die Debatte um ein Verbot der NPD als reinen „Sommerlochaktionismus“ von Politik und Medien; dem deutschen Ansehen werde damit im Ausland nur geschadet. Wer indessen die Zunahme der Gewalt und Brutalität ernsthaft bekämpfen wolle, müsse die Wurzeln anpacken und dürfe nicht nur an Symptomen herumkurieren: Weder sollten vor linker Gewalt die Augen geschlossen werden noch dürfe das Thema „Ausländergewalt gegen Deutsche“ tabu sein.

Bundesparteitag

Auf dem Bundesparteitag am 18. November in Winnenden bei Stuttgart konnte Dr. Schlierer seine Position wieder festigen. Es gab nur noch vereinzelt Stimmen, die ihm eine schlechte Führung der Partei vorwarfen. Die Mehrheit der 384 Delegierten befürchtete, dass ein Sturz Dr. Schlierers die Aussichten der Partei bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg im Jahr 2001 verschlechtern könnte. Mit 312 Ja-Stimmen wurde Dr. Schlierer für weitere zwei Jahre als Bundesvorsitzender gewählt. Für den von der innerparteilichen Opposition aufgestellten Gegenkandidaten Hans Hirzel aus Hessen stimmten lediglich 63 Delegierte. Der bayerische Landesvorsitzende Gärtner wurde als einer der fünf stellvertretenden Vorsitzenden wieder gewählt. Dr. Schlierers bisheriger Stellvertreter und profiliertester Kritiker Christian Käs hatte auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Von den 20 Beisitzern erreichten fünf Mitglieder aus dem Landesverband Bayern die nötige Stimmenzahl. In einer Diskussion über den Verbotsantrag gegen die NPD bekräftigte Dr. Schlierer erneut, dass es zwischen REP und NPD keine Gemeinsamkeiten und keine Kooperation gebe. Die

Republikaner bildeten auch kein Auffangbecken für jene, die jetzt der NPD den Rücken kehrten, um andernorts ihr Unwesen zu treiben.

Der Parteitag hatte unter massivem Polizeischutz begonnen. Bei Kontrollen auf Zufahrtsstraßen und Bahnhöfen wurden bei Linksautonomen Holzknüppel, Benzinkanister und Flaschen sichergestellt. An einer Protestdemonstration politischer Gegner beteiligten sich über 2.000 Personen.

2.3.3 Organisation

Die REP befinden sich weiterhin in einer Krise. Mitgliederverluste als Folge anhaltender Erfolglosigkeit bei Wahlen und interne Richtungskämpfe kennzeichnen die Lage. Der Partei gehörten Ende 2000 im Bundesgebiet rund 13.000 (1999: 14.000) Mitglieder an; die Partei selbst nennt höhere Zahlen. Die Schwerpunkte liegen in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen. Stärkste regionale Untergliederung ist der Landesverband Bayern mit 4.000 Mitgliedern.

*Rückläufige
Mitgliederzahlen*

Der Bundesverband, der Landesverband Bayern, die Republikanische Jugend und weitere REP-Gliederungen sind im Internet mit einer Homepage vertreten.

*Homepage
im Internet*

2.3.4 Teilnahme an Wahlen

Die Hoffnung der Partei, von dem Spendenskandal der CDU und der Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich politisch zu profitieren, hat sich nicht erfüllt. Die REP werden vom Wähler nicht als Protestpartei akzeptiert.

An der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai beteiligten sich die REP nahezu flächendeckend in 132 von 151 Wahlkreisen mit Direktkandidaten. Daneben nominierten sie auf einer Landesliste unter Führung der stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Wahlkampfleiterin Ursula Winkelsett 20 weitere Bewerber. Die Partei führte den Wahlkampf mit Forderungen wie „Deutschland den Deutschen“ und „Schluss mit der Bimbis-Republik - für eine saubere Politik“. Sie erhob die Verhinderung weiterer Zuwanderung zur „nationalen Existenzfrage“.

Mit einem Stimmenanteil von 1,1 % (1995: 0,8%) erreichte die Partei lediglich einen Anspruch auf Wahlkampfkostenerstattung.

2.3.5 Aktivitäten in Bayern

Politischer Aschermittwoch

An der Aschermittwochsveranstaltung der REP am 8. März in Geisenhausen, Landkreis Landshut, nahmen wie im Vorjahr rund 800 Personen teil, darunter der Bundesvorsitzende Dr. Rolf Schlierer und der Landesvorsitzende Johann Gärtner. Die Redner befassten sich mit dem Parteispendenskandal und dem Einsatz deutscher Truppen im Kosovo. Sie wandten sich gegen die angebliche Ausbeutung des Sozialstaats durch „Scheinasylanten“, die zunehmende Islamisierung Deutschlands, die Osterweiterung der EU und die Isolierung Österreichs; ferner agitierten sie gegen die Sozialpolitik der Bundesregierung und das geplante Holocaust-Mahnmal in Berlin. Starken Beifall fand ein kritischer Redebeitrag zur Agrarpolitik der Bayerischen Staatsregierung und der Europäischen Union.

An einer Versammlung am 30. September in München unter dem Motto „Entwickelt sich die EU zu einer Gesinnungsdiktatur?“ nahmen etwa 50 Personen teil. Als Redner traten der Münchner Bezirksvorsitzende Dr. Echtler und der oberbayerische Bezirksvorsitzende Huber auf. Einen Gegendemonstrant warf einen Knallkörper zum Rednerpult.

Am Nachmittag sprach Dr. Schlierer vor 130 Parteimitgliedern im Münchner „Rhaetenhaus“. Er befürwortete ein schnelles NPD-Verbot, sofern die Sicherheitsbehörden tatsächlich über relevantes Beweismaterial verfügten; langandauernde Diskussionen schaden indessen sowohl Deutschland als auch den REP.

Landesparteitag

Am 11. November fand der bayerische Parteitag der Republikaner in Kissing statt. Vor rund 150 Teilnehmern sprach sich der Bundesvorsitzende Dr. Schlierer weiterhin für eine Distanzierung zur NPD aus. Man werde ein neues Parteiprogramm auflegen.

2.3.6 Verwaltungsgerichtsverfahren

Rheinland-Pfalz

Die Bestrebungen der REP, ihre Beobachtung durch den Verfassungsschutz unterbinden oder erschweren zu lassen, haben erneut Rückschläge erlitten. Bereits am 10. September 1999 hatte das Oberverwaltungsgericht Koblenz ein Urteil des Verwaltungsgerichts Mainz vom 10. Dezember 1997 aufgehoben, das die weitere Beobachtung des REP-Landesverbands Rheinland-Pfalz mit nachrichtendienstlichen Mitteln untersagt hatte. Die Beschwerde der REP gegen die Nichtzu-

lassung der Revision wurde nunmehr am 3. März vom Bundesverwaltungsgericht verworfen. Ferner wies das Verwaltungsgericht Stuttgart am 26. Mai eine Klage des REP-Landesverbands Baden-Württemberg gegen die Beobachtung der Partei mit nachrichtendienstlichen Mitteln zurück. Auch ein vorangegangener Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gegen die nachrichtendienstliche Beobachtung war erfolglos geblieben. Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg ließ am 17. Oktober die Berufung des REP-Landesverbands gegen das Urteil vom 26. Mai zu.

Baden-Württemberg

Das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg gab am 19. Oktober der Berufung des Landes Niedersachsen gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts Hannover vom 29. November 1993 statt. Das Verwaltungsgericht Hannover hatte dem Land Niedersachsen untersagt, den dortigen REP-Landesverband mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu beobachten. Anders als die Vorinstanz stellte das Obergerverwaltungsgericht bei den REP tatsächliche Anhaltspunkte von hinreichendem Gewicht und in ausreichender Zahl für verfassungsfeindliche Bestrebungen fest, so dass die gesetzlichen Voraussetzungen für eine nachrichtendienstliche Beobachtung unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit erfüllt seien. Das Obergerverwaltungsgericht begründete die Entscheidung im Hinblick auf eine Gesamtbetrachtung der Verhaltensweisen und Äußerungen von Funktionären und Mitgliedern der Partei. So schürten Teile der Partei Ressentiments gegen Ausländer in einer Weise, die deren durch Art. 1 Grundgesetz geschützte Menschenwürde missachte. Weiter agitierten REP-Mitglieder auf allen Ebenen der Partei gegen die im Grundgesetz konstituierte parlamentarische Demokratie. Darüber hinaus unterhielten Funktionsträger der REP entgegen dem offiziellen Abgrenzungskurs nach wie vor Kontakte zur DVU und NPD. Vor diesem Hintergrund sei die Beobachtung der REP durch den Verfassungsschutz auch im Hinblick auf die nicht absehbare künftige Entwicklung der Partei gerechtfertigt.

Niedersachsen

In einer Pressemitteilung vom 20. Oktober kritisierten die REP die Entscheidung als „offenkundig politisch motiviertes Fehlurteil“ und kündigten an, gegen das Urteil Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesverwaltungsgericht einzulegen.

Mit einer ähnlichen Begründung wies das Obergerverwaltungsgericht Münster am 21. Dezember die Berufung des REP-Landesverbands Nordrhein-Westfalen gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts

Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf vom 25. März 1994 zurück und erklärte damit ebenfalls die Beobachtung der REP mit nachrichtendienstlichen Mitteln für zulässig.

2.4 Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	500	60
Gleichberechtigte Sprecher (Vorsitzende):	Jürgen Schützinger, Ingo Stawitz, Andre Beiersdorf	Werner Eichinger
Gründung:	1991 (1996 Verzicht auf den Parteistatus)	
Sitz:	Coburg	
Inoffizielles Organ:	Nation & Europa - Deutsche Monatshefte	

Nationalismus und
Kollektivismus

Die DLVH versteht sich seit der 1996 beschlossenen Umwandlung in einen Verein als eine „überparteiliche und unabhängige Gemeinschaft demokratischer Patrioten“, die Gleichgesinnte über Partei- und Vereinsgrenzen hinaus integriert und deren Kräfte bündelt. Trotz vorsichtiger Formulierung sind in ihrem „Manifest“ nationalistische und völkisch-kollektivistische Elemente feststellbar:

„Die DEUTSCHE LIGA bekennt sich zu einer Wirtschafts- und Sozialordnung der nationalen Präferenz. (...) Ihr Ziel ist eine sozialpatriotische Solidargemeinschaft des Ganzen.“

Die DLVH ist unverändert inaktiv. Von Bedeutung ist nur ihre Nähe zu einigen rechtsextremistischen Presseorganen, vor allem zu „Nation & Europa - Deutsche Monatshefte“.

2.5 Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	450	40
Vorsitzender:	Dr. Rolf Kosiek	
Gründung:	1960	
Sitz:	München	
Publikation:	Das Freie Forum	

Die von ehemaligen SS- und NSDAP-Angehörigen gegründete, von dem früheren NPD-„Chefideologen“ Dr. Rolf Kosiak geleitete GFP stellt als „Kulturvereinigung“ vor allem ein Forum für rechtsextremistische Verleger, Buchhändler, Redakteure und Schriftsteller dar. Sie gibt vor, „tabuisierte Lebensfragen der Deutschen“ zu thematisieren und sich für die „Freiheit und Wahrheit des Wortes“ einzusetzen. In Vorträgen und auf GFP-Veranstaltungen wird rechtsextremistisches Gedankengut verbreitet. Die GFP will in einer angeblich „durch Siegerrechte und Besiegtenpflichten beschränkten Öffentlichkeit“ eine „Freistatt für den deutschen Gedanken und das deutsche Wort“ schaffen und erhalten

Rechtsextremistische „Kulturvereinigung“

Unter dem Motto „National 2000 - Freie Völker statt Globalismus“ fand vom 14. bis 16. April in Regensburg der GFP-Jahreskongress statt. Als Referenten traten bekannte Rechtsextremisten auf, darunter die Redakteure Harald Neubauer und Karl Richter von „Nation & Europa“ sowie der Verleger Dr. Gert Sudholt und der Vorsitzende der Deutschland-Bewegung Alfred Mechtersheimer. Ein Redner behauptete, der Bau eines gemeinsamen europäischen Hauses werde „von weitreichenden Umerziehungsmaßnahmen begleitet, die dem deutschen Volk durch die gebetsmühlenhafte Beschwörung der ewigen historischen Schuld letztendlich seine Identität rauben“ sollten.

Jahreskongress

2.6 Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V.

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	280	30
Vorsitzende:	Lisbeth Grolitsch	
Gründung:	1982	
Sitz:	Starnberg	
Publikation:	Huttenbriefe - für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht	

Der von Rechtsextremisten gegründete Freundeskreis Ulrich von Hutten vertritt rechtsextremistische, insbesondere rassistische Thesen und verbreitet Äußerungen, die das NS-Regime verharmlosen und die Bundesrepublik Deutschland verunglimpfen. Der Freundeskreis trat vorwie-



gend mit der Herausgabe und Verbreitung der Schrift „Huttenbriefe - für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht“ in Erscheinung. Darin hieß es:

„Anstatt den Wunsch des Volkes in die politische Tat umzusetzen, investiert das Super-Vichy in Berlin unser Geld in Werbekampagnen, damit das Volk sich wünscht, was die Politiker nach Vorgabe der Sieger durchsetzen müssen.“

„Die Woche des ‚ausländischen Mitbürgers‘ ist eine Facette bei der Erzwingung von Toleranz für die große demographische Operation, aus der eine im Innersten andere Bevölkerung hervorgehen wird. Wer dagegen nicht ankämpft auf dieser Welt, verdient das Leben nicht.“

Darüber hinaus veranstaltete der Freundeskreis vom 27. Oktober bis 1. November in Rosenheim eine Gästewoche mit rund 120 Teilnehmern aus Deutschland und Österreich. Die geschlossene Tagung stand unter dem Leitsatz „Aufbruch zur seelischen und geistigen Gesundung Deutschlands und Europas durch die Neuwertung der Werte“. Als Mitveranstalter trat die „Deutsche Kulturgemeinschaft Österreich“ auf.

2.7 Deutschland-Bewegung/Friedenskomitee 2000

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	100	50
Vorsitzender:	Dr. Alfred Mechtersheimer	
Gründung:	1990	
Sitz:	Starnberg	
Publikationen:	Frieden 2000 - Nachrichten für die Deutschland-Bewegung, Pressespiegel	

Die 1990 in Berlin gegründete, heute in Starnberg ansässige Deutschland-Bewegung/Friedenskomitee 2000 ist bundesweit organisiert und umfasst in Bayern etwa 50 Personen in lokalen Kleingruppen. Die Verbandsaktivitäten beschränken sich auf Treffen einiger weniger Personen, die sich teilweise auch in anderen rechtsextremistischen Parteien bzw. Gruppierungen betätigen. Die politische Position der Gruppierung ergibt sich aus regelmäßig erscheinenden Publikationen wie „Frieden 2000“ und „Pressespiegel“ sowie aus Flugblättern, die unter anderem mit Parolen wie „Volksherrschaft oder Medien-Demo-

*Antidemokratische
und rassistische
Positionen*

kratur“ oder „Schützenhilfe aus New York für rot-grüne Umvolkungspläne“ ein demokratiefeindliches, die Volkssouveränität ablehnendes und rassistisch geprägtes Deutschland fordern. Die örtlichen Aktivitäten erreichten meist nur eine regional begrenzte Aufmerksamkeit. So störten Aktivisten der Deutschland-Bewegung am 22. Oktober eine Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing.

Der Vorsitzende bzw. Sprecher der Deutschland-Bewegung/Friedenskomitee 2000 arbeitet mit bekannten rechtsextremistischen Funktoren bzw. Aktivisten verschiedener Gruppen zusammen und versucht, seine Gruppierung zu einer Sammlungsbewegung auszubauen. Dabei bedient er sich auch der im Frühjahr gegründeten Deutschen Aufbau-Organisation (DAO), die über eine Sammlungsbewegung hinaus auf die Bildung einer Sammlungspartei abzielt und dabei die bisherige Zersplitterung der rechtsextremistischen Partein Szene überwinden möchte. Die nach eigenen Angaben noch im Gründungsstadium befindliche DAO ist eine Teilorganisation der Deutschland-Bewegung und wird von dieser als „Initiative der Deutschland-Bewegung“ bezeichnet. Verantwortlicher der Deutschen Aufbau-Organisation (DAO) ist ebenfalls Dr. Alfred Mechtersheimer.

Bündnispolitik

2.8 Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag)

Der 1958 gegründete, von Dr. Gerhard Frey geleitete DSZ-Verlag in München ist weiterhin das bedeutendste rechtsextremistische Propagandainstrument in Deutschland. Die Auflage der im Verlag erscheinenden Wochenzeitung „National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ) ist von bisher 50.000 auf 45.000 Exemplare zurückgegangen.



Als publizistisches Sprachrohr der DVU vertritt die NZ deren nationalistische, rassistische und revisionistische Grundhaltung. Die Beiträge sind geprägt von Vereinfachung, Schematisierung und dem Aufbau von Freund-Feind-Bildern.

*Bedeutendstes
rechtsextremisti-
sches Propaganda-
instrument*

„Zu den Millionen hier lebenden Ausländern kommen Asylanten, Flüchtlinge, Illegale, Heimatlose, De-facto-Flüchtlinge usw. Dies alles kostet uns

Nationalismus

Jahr für Jahr Hunderte Milliardenbeträge, während das soziale Elend immer mehr Deutsche erfasst. Deutsches Geld fehlt an allen Enden für deutsche Aufgaben. Gleichzeitig halten sich in der Bundesrepublik allein etwa eine Million rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber auf; also Scheinasylanten, die hier nichts verloren haben.“

(NZ vom 21. April, Seite 16)

„Dass das deutsche Volk von der Mitentscheidung über die Lebensfragen Deutschlands nach dem Willen der Herrschenden ferngehalten werden soll, wissen wir zur Genüge: Die Entmachtung Deutschlands als Nationalstaat, die Aufwertung der Europäischen Union zur alles bestimmenden Kolonialmacht, die Ersetzung der DM-Hartwährung durch den miserablen wachswweichen Euro - das alles geschah gegen den Willen der übergroßen Mehrheit der Bundesdeutschen und Österreicher durch eine kleine, von den Lebensinteressen unseres Volkes losgelöste Politikerkaste.“

(NZ vom 5. Mai, Seite 3)

„Und der deutsche Bedarf an der wissenschaftlichen Elite kann am besten gedeckt werden, wenn endlich Bund und Länder alljährlich viele Dutzende Milliarden Mark zusätzlich für Ausbildung und Forschung aufwenden, anstatt das sauer verdiente Geld des Steuerzahlers als Reparationen, Tribute an EU und Zahlungen in alle Himmelsrichtungen hinauszuerwerfen.“

(NZ vom 5. Mai, Seite 3)

Rassismus

„Offenbar berauschen sich etliche der hiesigen Rotgrünen an der Vorstellung, durch die EU-Freizügigkeit für die Türkei die Bundesrepublik endgültig zu entdeutschen und für alle Zeiten in eine multikulturelle Gesellschaft umzuwandeln.“

(NZ vom 2. Juni, Seite 3)

Antisemitismus

„Zu den Unbegreiflichkeiten unserer Zeit gehört die Tatsache, dass Juden aus Russland und den GUS-Staaten ohne jede Beziehung zum deutschen Volk, zur deutschen Kultur und zur deutschen Sprache in jeder Zahl in Deutschland einwandern können, wenn sie nur den Nachweis zu führen vermögen, seit Generationen ‚reine Juden‘ zu sein. (...) Gleichzeitig unternehmen die Bundestagsparteien das Maximale, Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion die Heimkehr ins Land ihrer Vorfäter nach Kräften zu erschweren oder zu verunmöglichen. (...) Juden hingegen, selbst wenn sie kein Wort Deutsch sprechen oder verstehen, können unverzüglich einreisen und erfahren dann nebst allen Vergünstigungen eines für sie besonders ausgeprägten Sozialnetzes Vorzugsbehandlungen.“

(NZ vom 2. Juni, Seite 3)

Typisches Kennzeichen der NZ ist ihr ständig betonter Wahrheitsanspruch, mit dem sie alle anderen Meinungen indirekt der Unwahrheit bezichtigt:

„Mit dem regelmäßigen Bezug der NATIONAL-ZEITUNG sichern Sie sich Informationen über die wahren Hintergründe des ... Geschehens, wovon der Durchschnittsbürger nicht einmal ahnt.“

(NZ vom 22. September, Seite 3)

In einer festen Kolumne der NZ schreibt der Publizist und ehemalige REP-Vorsitzende Franz Schönhuber; in unregelmäßigen Abständen erscheinen Artikel des wegen Leugnung des Holocaust verurteilten ehemaligen NPD-Vorsitzenden Günter Deckert, der Ende 2000 aus der Haft entlassen wurde.



2.9 Nation Europa Verlag GmbH

Der Nation Europa Verlag in Coburg wurde 1953 gegründet. Ein Jahr später konstituierte sich der mit den politischen Interessen des Verlags eng verbundene Verein Nation-Europa-Freunde e.V., dem derzeit etwa 200 Mitglieder angehören. Herausgeber der im Verlag erscheinenden Monatsschrift „Nation & Europa - Deutsche Monatshefte“ sind die DLVH-Funktionäre Peter Dehoust und Harald Neubauer. Mit einer Auflage von 16.000 Exemplaren gehört die Zeitschrift zu den wichtigsten rechtsextremistischen Theorieorganen. Sie bietet insbesondere Rechtsextremisten eine publizistische Plattform. So veröffentlicht der frühere REP-Bundesvorsitzende Franz Schönhuber in der Zeitschrift regelmäßig seine Kolumne „Aus meiner Sicht“.



„Nation & Europa“ verbreitet sowohl revisionistische als auch rassistische Thesen. Als Strategieorgan tritt die Schrift seit Jahren ohne Erfolg dafür ein, die Zersplitterung der rechtsextremistischen Parteien durch die Orientierung an ausländischen Sammlungsparteien wie dem Front National (FN) in Frankreich und dem Vlaams Blok (VB) in Belgien zu überwinden.

3. Organisationsunabhängiger Neonazismus

3.1 Allgemeines

Agitations- schwerpunkte

Der Neonazismus umfasst alle Aktivitäten und Bestrebungen, die ein offenes Bekenntnis zur Ideologie des Nationalsozialismus darstellen und auf die Errichtung eines vom Führerprinzip bestimmten autoritären bzw. totalitären Staates gerichtet sind. Schwerpunktthemen waren wie im Vorjahr die angebliche staatliche Verfolgung des „nationalen Lagers“, die Ausländer- und Asylpolitik der Bundesregierung sowie rassistische und antisemitische Agitation.

Ideologische Durchdringung der NPD

Die Gewinner der seit den Verboten neonazistischer Organisationen im Jahre 1992 einsetzenden Ideologie- und Strategiedebatte des „nationalen Lagers“ sind die NPD und die JN bzw. deren aus dem neonazistischen Spektrum stammende Führungskader. So ist es dem JN-Vorsitzenden Sascha Roßmüller gelungen, seine aus jüngeren Neonazis und Skinheads bestehende Klientel an die NPD heranzuführen. Seine neonazistischen und nationalrevolutionären Gedankenelemente sind inzwischen integraler Bestandteil des ideologischen Spektrums der NPD geworden und haben deren Erscheinungsbild nachhaltig verändert.

Zweckbündnis von Neonazis und NPD

Das Verhältnis zwischen der NPD und den Neonazis ist als Zweckbündnis zu charakterisieren. Insbesondere bei Demonstrationen kann sich die NPD die Aktionsstärke der Neonazis zunutze machen. Andererseits verbuchen es neonazistische Initiativen als ihren Erfolg, die NPD und deren Umfeld als Anmelder und Teilnehmer von Demonstrationen zu instrumentalisieren. Da im Auftreten und äußeren Erscheinungsbild kaum noch Unterschiede bestehen, profitieren beide Lager wechselseitig voneinander.

Schulterschluss des rechtsextre- mistischen Spek- trums

Die chronische Erfolglosigkeit der seit den Organisationsverboten auch unter der Bezeichnung „Freie Nationalisten“ agierenden „autonomen Kameradschaften“ konnte gestoppt werden. Insbesondere in Nordbayern entstanden neue „Kameradschaften“. Dort ist eine zunehmende Verzahnung des rechtsextremistischen Spektrums erkennbar. Sowohl Teilbereiche der NPD als auch autonome Kameradschaften und politisch agierende rechtsextremistische Skinhead-Szenen üben den Schulterschluss. Grund für diese Entwicklung ist nach Ansicht der Initiatoren der ungeheure staatliche Druck auf alle „Nationalen“, dem man nur mit Geschlossenheit begegnen könne, um weitere Verbote von Parteien und Organisationen zu verhindern.

Führende Neonazis, wie etwa Christian Worch und Thomas Wulff aus Norddeutschland sowie Michael Swierczek für den Bereich Süddeutschland, konnten dagegen ihr Konzept der Vernetzung autonomer nationaler Gruppen nicht entscheidend voranbringen.

Das dem neonazistischen Lager zuzurechnende Potenzial hat sich in Bayern auf rund 160 (199: 120) Personen erhöht; davon sind etwa 60 in neonazistischen Organisationen aktiv. Daneben sind rund 780 rechtsextremistisch orientierte Skinheads bekannt. Insgesamt beträgt das gewaltbejahende rechtsextremistische Potenzial in Bayern rund 900 Personen. Weiterhin bestehen in verschiedenen Regionen Bayerns strukturlose Gruppen mit rechtsextremistischen Verhaltensweisen, die sich aus Skinheads, Neonazis, aber auch aus sonstigen „rechtsorientierten“ Jugendlichen zusammensetzen. Hierbei handelt es sich um jugendliche Mischszenen, die sich von rechtsextremistischen Parolen leicht beeinflussen und mobilisieren lassen.

*Zunahme des
neonazistischen
Potenzials*

Die Anzahl und Auflagenstärke neonazistischer Publikationen stagnierte auf dem Vorjahresniveau.

3.2 Annäherung von Neonazis an Linksextremisten

Einige Neonazis betonen verstärkt die sozialistischen Elemente ihrer nationalsozialistischen Überzeugung und öffnen sich den bisher als politische Gegner betrachteten Linksextremisten. So forderte die Publikation „Der Angriff“, die sich als „Mitteilungsblatt für alle freien Nationalisten und Sozialisten“ versteht, die „Zusammenfassung der gewaltigen Strömungen des Nationalismus und des Sozialismus“, um die „Genialität jener politischen Lösung“ zu erreichen, für die auch der aus „linken Kreisen“ stammende ehrliche und seinem Volk verpflichtete deutsche Arbeiter gewonnen werden könne. Nicht jeder „Linke“ sei automatisch als Gegner anzusehen. Da in „vielen Linken“ dieselbe „antikapitalistische Sehnsucht“ brenne, werde sich für die Zukunft eine Annäherung insbesondere „mitteldeutscher Linker“ an die nationalen und sozialistischen Ideen und Strukturen ergeben.

*Versuche einer
Synthese von
Nationalismus
und Sozialismus*

Die seit Frühjahr 1999 vom Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS) herausgegebene Schrift „Der Gegenangriff“ deklarierte den 1. Mai 2000 zum „Kampftag gegen Massenarbeitslosigkeit, Lohnraub und Multi-Kulti-Wahn“ und forderte den deutschen Arbeiter dazu auf, sich mit „Stirn und Faust gegen die Politik der kapitalistischen Ein-

heitspartei Deutschlands“ (KED) zu wenden. Der KDS versteht sich als „Diskussions- und Kampfforum“ zur „Bündelung revolutionärer, sozialistischer Energien und Gedanken“:

„Die erste rot-braune Bündnistruppe Deutschlands hat den gegenseitigen Brudermord an den Nagel gehangen und bringt die reiche Ideenwelt sozialistischer Revolutionäre von Ernst Thälmann bis Michael Kühnen, von Dr. Joseph Goebbels bis Friedrich Engels aktiv in unsere heutigen Kämpfe zur Befreiung Deutschlands mit ein. Was uns voranbringt, auf dem Weg zu einem Staat, in dem Arbeiter von Stirn und Faust das Sagen haben, wird schöpferisch auf die Gegenwart angewandt. Was uns in Hader und alten Hass zurückwirft, wird über Bord geworfen.“

Auch die von dem bekannten Neonazi Friedhelm Busse herausgegebene Publikation „Nachrichten-Informationen-Meinungen“ (NIM) griff linksextremistische Positionen auf. In der Ausgabe Nummer 20 vom Mai/Juni erklärte sie zum kriegesischen Konflikt im Kosovo, dass „das klare Ziel des amerikanischen Präsidenten und Außenministeriums die Dämonisierung von Milosevic“ gewesen sei. Das Bombardement stelle sich als „Krieg gegen die Wahrheit“ heraus. Nur die pauschale Verurteilung von Jugoslawien und Milosevic als Völkermörder habe es ermöglicht, die Serben und nicht die NATO „als den Aggressor zu verkaufen“. Die beschönigenden Worte vom „humanitären Bomben“ hätten sich als Täuschungsmanöver der Propaganda entpuppt, um die wahren Absichten der NATO zu verschleiern. Ferner thematisierte das Blatt den 1. Mai und stellte in einem „Appell an die Nation“ fest, dass der „Klassenstaat“ der Vergangenheit angehöre und der „Volksstaat“ die Zukunft bedeute. Das deutsche Volk müsse wieder „Luft und Licht zum Atmen und zum Leben“ haben; deshalb sei es entscheidend, dass die „Sache der Nation“ wieder die „Sache des Volkes“ sei. Es gelte, die „deutsche Arbeit den Klauen der internationalen Raubfinanz“ zu entreißen.

3.3 Autonome Kameradschaften

Nach dem Verbot zahlreicher rechtsextremistischer Organisationen seit 1992 entwickelten führende Neonazis das Konzept strukturloser Zusammenschlüsse. Dadurch sollten staatliche Gegenmaßnahmen erschwert werden. Für diese in ihrem Erscheinungsbild vielfältigen Gruppierungen wurde alsbald der Begriff der „autonomen Kamerad-

schaften“ gebräuchlich. In Bayern sind folgende derartige Zirkel erwähnenswert:

3.3.1 Freizeitverein Isar 96 e.V. (FZV)

Der 1996 gegründete FZV zählt wie im Vorjahr rund 15 Mitglieder, die sich unter dem Einfluss des ehemaligen „Bereichsleiters Süd“ der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF) in der Tradition des verstorbenen Neonazis Michael Kühnen sehen. Die Aktivitäten des FZV beschränkten sich bisher auf kleinere Veranstaltungen wie Fußballturniere und Stammtische, zum Teil mit Verbindungen nach Österreich. Obwohl sich der FZV als eingetragener Verein eine formelle Struktur gegeben hat, ist er in seinem Wirken einer autonomen Kameradschaft gleichzusetzen.

Der FZV führte am 12. Januar 2001 in einer Münchener Gaststätte ein Stammtischtreffen durch, zu dem sich auch etwa 50 Skinheads einfanden. In der Nacht zum 13. Januar wurde aus dem Kreis der Skinheads ein griechischer Staatsangehöriger vor dem Lokal angegriffen und schwer verletzt. Die Ermittlungen zu dieser Gewalttat sind noch nicht abgeschlossen.

3.3.2 Neonazikreis um Sven Schlehta (Kameradschaft Schwabach)

Bei dem Neonazikreis handelt es sich um eine unorganisierte Personengruppe von etwa fünf Personen. Der Führer der Kameradschaft Schwabach Sven Schlehta sieht sich in der Tradition des verstorbenen Rechtsextremisten Michael Kühnen und pflegt in diesem Rahmen regionale und überregionale Kontakte zu führenden Neonazis. Die Kameradschaft organisiert Veranstaltungen wie „Aktionstage für Gottfried Küssel“ und Feierlichkeiten anlässlich des Geburtstags von Adolf Hitler.

Bei einem im September von Schlehta organisierten Neonazitreffen traten Friedhelm Busse und der niederländische Neonazi Konstant Kusters als Redner auf. Zu dieser Veranstaltung erschienen rund 80 Personen des rechtsextremistischen Spektrums. Diese relativ hohe Teilnehmerzahl zeigt, dass Schlehta wieder einen verstärkten politischen Aktionismus entwickelt und erneut Zustimmung für seine politischen Ideen findet.

3.3.3 **Bund Frankenland**

Der am 21. Dezember 1991 als Partei gegründete „Bund Frankenland“ (BF) wurde am 29. Januar 1992 als eingetragener Verein registriert. Vorstandsmitglieder waren zu diesem Zeitpunkt die bekannten Rechtsextremisten Jürgen Schwab und Uwe Meenen. Ziel des BF war die Beseitigung des Grundgesetzes und der parlamentarischen Demokratie sowie die Schaffung eines „Vierten Deutschen Reiches“ nationalistisch-rassistischer Prägung.

In den letzten Jahren ist der BF kaum mehr in Erscheinung getreten. Im Herbst wurden im Raum Bamberg zwei Flugblätter mit rechtsextremistischen, insbesondere fremdenfeindlichen Inhalten verteilt, für die ein „Bund Frankenland e. V., Ortsgruppe Bamberg, Kameradschaft Heinrich II“, verantwortlich zeichnete.

3.3.4 **Aktionsbüro Nationaler Widerstand/Freilassing**

Der Neonazi Norman Bordin initiierte zusammen mit seinem im FZV aktiven Gesinnungsgenossen Manfred Eichner und dem Rechtsextremisten Steffen Holzmüller in Freilassing das „Aktionsbüro Nationaler Widerstand/Freilassing“. In der Gründungsmitteilung vom 29. Mai versteht sich das Aktionsbüro als „unabhängiger Bestandteil des nationalen Widerstands/Deutschland“ und verweist bei der Frage nach seinen politischen Vorstellungen auf die im Internet eingestellten Veröffentlichungen. Der darin propagierte Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ ist gleich lautend mit Ziffer 24 des „25-Punkte-Programms der NSDAP vom 24. Februar 1920, wonach der „jüdisch-materialistische Geist“ zur „dauernden Genesung unseres Volkes“ zu bekämpfen sei.

3.3.5 **Katakombenakademie des Friedhelm Busse**

Die Bedeutung der Katakombenakademie des 72-jährigen Neonazi Friedhelm Busse in München-Putzbrunn ist geschwunden. Die zuletzt spärliche Anhängerschaft hat sich teilweise den JN, dem FZV oder den Skinheads angeschlossen. Busses Aktivitäten beschränken sich im wesentlichen auf Reden bei Veranstaltungen der NPD. Ferner unterstützt er die NPD als Betreiber des „Nationalen Info-Telefons Bayern“ (NIT). Daneben firmiert Busse unter der Bezeichnung „Deutscher politischer Presse- und Informationsdienst“ (dpi) und verfasst

die Publikation „Nachrichten - Informationen - Meinungen“ (NIM), die er anlässlich von Referaten und Veranstaltungen an die Anwesenden verteilt.

3.4 Informationelle Vernetzung

Seit mehreren Jahren nutzen Rechtsextremisten auch moderne Kommunikationstechniken, insbesondere um die nach den Verboten neonazistischer Organisationen weggefallenen Kontaktmöglichkeiten zu ersetzen. Der Zugriff auf das Internet - einem weltweiten, rechtlich und tatsächlich schwer fassbaren Raum - bietet Rechtsextremisten eine willkommene Plattform zur Verbreitung verfassungsfeindlicher Ziele. Insbesondere die Einschaltung ausländischer Provider vermindert das Risiko der Strafverfolgung. Zu den Schwerpunkten des Angebots gehören einschlägige Literatur und Musik, Propagandamaterialien aus dem In- und Ausland, Informationen über rechtsextremistische Organisationen, deren Postanschriften und Telefonnummern, so genannte „Schwarze Listen“ mit den Namen politischer Gegner sowie Verzeichnisse weiterer Internet-Inhalte mit rechtsextremistischen Bezügen. In zunehmendem Maße dient das Internet aber auch der Mobilisierung der rechtsextremistischen Szene. So wurden auf einigen Homepages Flugblätter mit Aufrufen zu verschiedenen Demonstrationen eingestellt.

Internet

Derzeit sind rund 800 (1999: 300) deutsche rechtsextremistische Homepages bekannt. Hinzu kommt eine Vielzahl ausländischer Homepages; die Schätzungen belaufen sich derzeit auf weltweit über 2.800 (1999: 1.400) einschlägige Homepages aus über 30 Staaten. Deutsche Rechtsextremisten werben für ihre verfassungsfeindlichen Ziele mit immer anspruchsvollerer Technik. So binden sie aufwendige Grafiken ein und bieten sogar indizierte Skinhead-Musik über Tondateien an, die auf dem heimischen PC gespeichert und vervielfältigt werden können. Die attraktiven Gestaltungsmöglichkeiten des „world wide web“ (www) mit Farbgrafiken, Audio- und Videosequenzen machen dieses kostengünstige Medium für rechtsextremistische Organisationen zu einem wichtigen Werbe- und Propagandaträger, mit dem sich ungefiltert neue Interessentenkreise, vor allem Jugendliche, ansprechen lassen. Dem Internet kommt daher bei der Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts sowie bei der Koordinierung von Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene eine weiterhin steigende Bedeutung zu.

*Zunehmende
Bedeutung als
Propagandaträger*

Strafbare Inhalte

Die zunehmende Anonymisierung der Homepage-Benutzer und die Nutzung ausländischer Provider (z.B. in den USA) erschweren die Tätigkeit der Sicherheitsbehörden. Rechtsextremisten, die ihre politischen Inhalte über Dienste in Deutschland anbieten, halten sich im Allgemeinen an die deutschen Gesetze. Bei Nutzung ausländischer Anbieter, beispielsweise in Übersee, geben sie ihre Zurückhaltung auf. So werden rassistische, revisionistische und volksverhetzende Aufrufe verbreitet, etwa durch den kanadischen Revisionisten Ernst Zündel, dessen Propaganda auch mit Ton- und Videosequenzen abrufbar ist. Zum rechtsextremistischen Internetspektrum zählen ferner detaillierte Anleitungen zur Herstellung von Spreng- und Brandsätzen sowie sonstiger Sabotagemittel, aber auch gezielte Aufforderungen zur Gewaltanwendung gegen politische Gegner bis hin zu Mordaufrufen. Allerdings sind selbst anonyme Homepage-Benutzer identifizierbar, wenn auch mit großem Aufwand. Strafbare Inhalte führten daher wiederholt zu Strafverfahren. So beschlagnahmte die Polizei am 28. März den PC und die Software des Betreibers der Homepage „Siegener Bärensturm“. Ihm wird vorgeworfen, über seine Internetseite „links“ (automatisierte Verknüpfungen) zu rechtsextremistischen Homepages mit strafbaren Inhalten angeboten zu haben. Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 12. Dezember können Ausländer in Deutschland auch dann strafrechtlich belangt werden, wenn sie in Deutschland abrufbare Schriften mit strafbarem Inhalt auf Servern im Ausland ins Internet einstellen.

In Bayern verfügen nur wenige Neonazis und Skinheads über eigene Internet-Homepages.

*Nationale
Info-Telefone*

Der informationellen Vernetzung von Rechtsextremisten dienen auch die Nationalen Info-Telefone (NIT), die mittels Anrufbeantworter Meldungen verbreiten und die Möglichkeit bieten, Nachrichten zu hinterlassen. Die Betreiber mobilisieren damit die rechtsextremistische Szene insbesondere zu bestimmten Anlässen und Großveranstaltungen. Daneben fungieren die NIT auch als eine Art Binde-Element und Motivationsinstrument innerhalb der rechtsextremistischen Szene. Das von dem Münchener Neonazi Friedhelm Busse betriebene Nationale Info-Telefon Bayern (NIT-Bayern) hat sich inzwischen in der rechtsextremistischen Szene etabliert. Busse agitiert im NIT-Bayern nach wie vor massiv gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und ruft regelmäßig zur Teilnahme an Veranstaltungen des rechtsextremistischen Spektrums auf.

Mobiltelefone

Mobiltelefone (Handys) werden insbesondere zur Steuerung von Anreisenden zu konspirativen Treffen oder nicht angemeldeten

Versammlungen genutzt. Das Short-Message-System der Handy-Betreiber dient daneben vielfach der Verbreitung von volksverhetzenden und antisemitischen Texten.

3.5 Aktivitäten zum 13. Todestag von Rudolf Heß

Nachdem die Neonazi-Szene schon in den Vorjahren mit ihrer Strategie zur Durchführung der „Rudolf-Heß-Aktionswochen“ scheiterte, haben ihre Aktivitäten zum Gedenken an Rudolf Heß aufgrund entschlossener staatlicher Reaktionen weiter an Bedeutung und Attraktivität verloren. Auch in diesem Jahr konnten Neonazis keine größere Kundgebung zum Todestag von Rudolf Heß durchführen. Nach dem Verbot der in Iphofen, Landkreis Kitzingen, geplanten zentralen Gedenkveranstaltung, zu der bundesweit mobilisiert worden war, kam es wie schon in den Vorjahren nur zu vereinzelt regionalen Aktivitäten. Im Vordergrund standen Propagandaaktionen mittels Plakaten, Transparenten und Aufklebern. Auch diese brachten nicht den erhofften Erfolg, da die Polizei viele Aktivisten bereits beim Plakatieren vorläufig festnahm und schon im Vorfeld Propagandamaterial in großen Mengen sicherstellen konnte.

*Versammlungs-
verbot in Bayern*

Außerhalb Bayerns wurden mehrere von Neonazis angemeldete regionale Demonstrationen verboten, so in Berlin, Frankfurt/Oder, Lübeck, Schwerin, Rostock und Lüdenscheid. Versuche, konspirativ vorbereitete Aufmärsche als „Spontandemonstrationen“ durchzuführen, konnte die Polizei durch konsequentes Einschreiten häufig schon im Ansatz unterbinden.

*Konsequentes
Einschreiten
der Polizei*

Der Neonazi Christian Worch, der bis vor wenigen Jahren zu den führenden Köpfen des Rudolf Heß-Aktionskomitees gehörte, veranstaltete am 20. August unter dem Motto „Gegen Lüge und Hetze der Bild-Zeitung! Enteignet Springer!“ in Hamburg eine Kundgebung, an der sich rund 150 Rechtsextremisten beteiligten. Das Bundesverfassungsgericht hatte die ursprünglich verbotene Versammlung mit der Auflage zugelassen, vor allem jeglichen Bezug zu Rudolf Heß zu vermeiden.

4. Skinheads

4.1 Überblick

Die Subkultur der Skinheads ist seit der deutschen Wiedervereinigung, insbesondere in den neuen Bundesländern, immer stärker in



den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Kaum eine andere Protestbewegung der Jugend hat in der Bundesrepublik Deutschland für so viel politische Aufmerksamkeit gesorgt wie die der Skinheads. Die öffentliche Beachtung, die ihnen in den Medien zuteil wird, ist auf ihre brutalen und menschenverachtenden Gewalttaten gegen Ausländer und Asylbewerber zurückzuführen. Der ganz überwiegende Teil der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten geht von Skinheads aus.

Die Skinhead-Bewegung entstand in Großbritannien und trat erstmals Ende der 70er Jahre auch im Bundesgebiet in Erscheinung. Sie war ursprünglich eine jugendliche Subkultur, die durch ihr Auftreten eine extreme Ablehnung der bürgerlichen Gesellschaft signalisierte. Äußerlichkeiten wie Kleidung oder Haarschnitt lassen heute keine eindeutigen Schlüsse auf eine Zuordnung zur Skinhead-Szene mehr zu, da mittlerweile auch viele unpolitische Jugendliche ein entsprechendes Aussehen zeigen.

4.2 Politische Ausrichtung

Die politischen Ansichten dieser Subkultur reichen von den so genannten Redskins (linksextremistisch beeinflusste Skinheads) über die so genannten SHARPs (Skinheads against racial prejudice - Skinhead gegen rassistische Vorurteile) und die Oi-Skins („unpolitische Skinheads“) bis hin zur Mehrheit der rechtsextremistischen Skinheads einschließlich der so genannten White-Power-Skinheads.

Weltanschauung und Politikver- ständnis

Die entsprechende politische Überzeugung bildet sich je nach Einzelfall nicht selten erst nach Beitritt in die Szene stärker aus. Skinheads sind deshalb zunächst zu einer rational bestimmten politischen Meinungsbildung kaum fähig und an einer fundierten politischen Auseinandersetzung nicht interessiert. In ihren Kreisen hat sich eine vom organisierten Rechtsextremismus unabhängige diffuse rechtsextremistische Weltanschauung herausgebildet. Sie ist von rassistisch motivierter Fremdenfeindlichkeit sowie übersteigertem Nationalbewusstsein geprägt und knüpft insofern an wesentliche Elemente des Nationalsozialismus an. Diese Einstellung spiegelt sich in meist spontanen Gewalttaten wider. Opfer waren nach wie vor Ausländer, aber auch Personen aus sozialen Randgruppen sowie „Linke“, also zu den „Feindbildern“ zählende Menschen.



Skinheads dienen rechtsextremistischen Organisationen vor allem als Mobilisierungspotenzial für öffentlichkeitswirksame Aktionen. Grundsätzlich herrscht in der Szene eine Abneigung gegen organisatorische Bindungen. Allerdings werden Aktionen der NPD und JN von Skinheads mitunter massiv unterstützt; frühere Vorbehalte der Skinheads gegenüber diesen Organisationen haben stark abgenommen. So gehörte der Großteil der Besucher der NPD-Großkundgebung am 27. Mai in Passau der Skinheadszene an. Enge Kontakte bestanden ins-

besondere in Nordbayern sowie in Cham/Roding und Weilheim i. OB zwischen den dortigen Skinhead-Szenen und den JN bzw. der NPD. Versuche von Neonazis, Skinheads für eine längerfristige ernsthafte politische Tätigkeit zu gewinnen, waren bislang wenig erfolgreich, da Skinheads einer intensiven ideologischen Schulung kaum zugänglich sind.

4.3 Strukturen

Die Skinhead-Szene unterliegt einer starken Fluktuation und kennt in der Regel weder feste Organisationsstrukturen noch formelle Mitgliedschaften. Die Bindungen zur Gruppe reichen von losen gelegentlichen Kontakten über regelmäßige Beteiligung an Aktionen bis zur vollen sozialen Integration oder der Wahrnehmung von Führungsfunktionen. Diese informellen Führer wandern später häufig in andere rechtsextremistische Gruppierungen ab.

Gruppen in Bayern

In Bayern sind rund 780 Skinheads mit rechtsextremistischem Hintergrund bekannt. Im Jahr 2000 entstanden im Raum Garmisch-Partenkirchen, Pfaffenhofen a.d. Ilm, Cham/Roding, Starnberg/Planegg und dem Großraum Bodensee neue Szenen, in denen rechtsextremistisches Gedankengut artikuliert wird. Diese neu entstandenen Szenen und zusätzlich durch verstärkte Aufklärungsarbeit der Sicherheitsbehörden bekannt gewordene Skinheads erklären die zahlenmäßige Steigerung auf 780 (Vorjahr: 650). Der Schwerpunkt der Gewalttaten lag erneut in den Großräumen München und Nürnberg.

4.4 Anziehungskraft für Jugendliche

Mögliche Einstiegs motive

Die Anziehungskraft dieser Szene insbesondere auf männliche Jugendliche hält an. Die Beweggründe, die junge Menschen in diese Subkultur treiben, sind vielfältig: jugendliche Protesthaltung, Provokation und Tabubruch, der gesamtgesellschaftliche Umbruch mit den häufigen Folgen einer Entwurzelung und zunehmenden Entfremdung vom Elternhaus, Perspektivlosigkeit in Verbindung mit wirtschaftlichen Problemen und tatsächlichem oder befürchtetem sozialem Abstieg. Hinzu kommt das durch die Szene vermittelte Gemeinschaftserlebnis und das daraus folgende Gefühl eigener Stärke und Anerkennung in einer sozialen Gruppe. Den Jugendlichen werden einfache Erklärungen und einfache Lösungen für komplexe Probleme angeboten.

Skinheads entstammen zu einem erheblichen Teil, aber nicht ausschließlich, den unteren sozialen Schichten. Die meisten Skinheads finden sich in der Altersgruppe von 16 bis 24 Jahren. Ältere Szeneangehörige sind die Ausnahme. Der Anteil der unter 16 Jahre alten Skinheads wächst jedoch ständig, zum Teil sind Skinheads erst 12 bis 13 Jahre - so genannte „Baby-Skins“ - alt. Auch Mädchen, die Reenes, gehören dieser Subkultur an, sind jedoch zahlenmäßig in der Minderheit. Ihr Anteil beträgt je nach Szene ca. 10 bis 15 %.

Die rechtsextremistische Skinhead-Szene erfährt zudem seit Jahren verstärkt Zulauf durch Jugendliche, die sich für Skinhead-Musik als Stilrichtung der Rockmusik interessieren. Dieser Bereich ist somit auch für unpolitische Jugendliche attraktiv. Daneben finden Jugendliche Spaß an dem in dieser Szene üblichen exzessiven Lebensgenuss einschließlich des enormen Alkoholkonsums unter dem Motto „Fun & Froide“. Die Grenzen zur eindeutig rechtsextremistisch geprägten Skinhead-Szene sind vielfach fließend.

4.5 Bedeutung der Skinhead-Musik

Mit der Skinhead-Musik können die Szeneangehörigen ihren exzessiven Lebensdrang verwirklichen. Dieses Medium vermittelt die subkulturellen Botschaften der Skinhead-Szene. In den Liedern werden Eigenverständnis und Abgrenzung der Szene gegenüber der Gesellschaft beschrieben, Kritik am Establishment formuliert und andere politische Themen aufgegriffen.

Rechtsextremistische Skinhead-Bands verbreiten in ihren Liedtexten neonazistische Ideologiefragmente und rufen zum Hass gegen Skinhead-Feindbilder wie Ausländer, „Linke“ und Juden auf. In Bayern bestehen nach wie vor zehn derartige Musikgruppen. Skinhead-Musik wird daneben auch von neun rechtsextremistischen Tonträgervertrieben angeboten. Führend war dabei die mittlerweile nach Sachsen verzogene, der NPD angegliederte Deutsche Stimme Verlags GmbH. Von bayerischen Skinhead-Bands waren lediglich zwei Tonträger-Neuerscheinungen gegenüber acht im Vorjahr zu verzeichnen. Ebenso rückläufig ist die Zahl der Skinhead-Konzerte in Bayern auf fünf gegenüber zwölf im Vorjahr. Die Sicherheitsbehörden in Bayern treffen bei solchen Konzerten die erforderlichen Maßnahmen, um Straftaten zu verhindern. An den Veranstaltungen nahmen zwischen 100 und 300 Personen teil. Die NPD organisierte am 23. April in Bruck-

*Musikgruppen und
Tonträgervertriebe*

*Rückgang der
Skinhead-Konzerte*

mühl, Landkreis Rosenheim, ein Skinhead-Konzert. Auf Flugblättern hieß es: „NPD lädt ein - zu etwas Politik und viel nationalem Rock“. An diesem Konzert nahmen rund 80 Skinheads und etwa 20 der NPD zuzurechnende Personen teil. Während des Konzerts wurden zahlreiche verbotene Lieder gespielt und mehrfach der „Führergruß“ gezeigt. Das Lokal hat sich im vergangenen Jahr darüber hinaus zu einem zentralen Trefflokal der oberbayerischen Skinhead-Szene entwickelt. Hier fanden regelmäßig Skinhead-Veranstaltungen in Form von „Skinhead-Partys“ statt. Das Landratsamt Rosenheim hat gaststättenrechtliche Maßnahmen eingeleitet.

4.6 Skinhead-Magazine

Mit den Aktivitäten rechtsextremistischer Skinhead-Bands beschäftigen sich auch die **Fan-Magazine**, auch „Fanzines“ oder „Zines“ genannt. Durch Interviews und Bandvorstellungen wird diesen ein Forum zur ausführlichen Selbstdarstellung gegeben. Erlebnisberichte aus der Szene über Konzertveranstaltungen, Feste und gemeinsame Aktivitäten festigen zudem das Zusammengehörigkeitsgefühl der Szene. Weiterer Bestandteil vieler Fanzines sind die ausführlichen Rezensionen sowie Bestelladressen für Tonträger, andere Fanzines und diverse Szene-Artikel wie z.B. T-Shirts, Buttons oder Aufkleber.

Es werden im Einzelnen Auflagenhöhen von bis zu 1.000 Stück erreicht. Häufig enthalten sie kein Impressum und es können nur Postfachadressen kontaktiert werden. In Bayern werden derzeit mit Schwerpunkt Nordbayern etwa zehn verschiedene rechtsextremistische Fanzines herausgegeben.



Die Publikation „Frankens Widerstand“ aus Iphofen, Landkreis Kitzingen, enthält neben typischen Skinhead-Themen wie Konzertberichten auch politische Beiträge zu neonazistischen Themen. Gleiches gilt für das Fanzine „Landser“ der „Nationalisten Nürnberg“, die auch zum Teil unter der Bezeichnung „Arian Hope“ aktiv sind.

Fanzines nutzen auch das Internet. Das aus Bamberg stammende Magazin „Lokalpatriot“ verfügt als einziges bayerisches Fanzine über eine eigene Homepage im Internet. Diese Alternative zur Verbreitung der Fanzines hat für die Herausgeber viele Vorteile. Zum einen liegen die Kosten für die Einrichtung einer neuen Homepage weit unter den

herkömmlichen Druckkosten, zum anderen können die ins Internet eingestellten Fanzines weltweit abgerufen werden und sind damit einem breiten, weit über die Szene hinausgehenden potenziellen Interessentenkreis zugänglich. Hinzu kommt, dass durch den freien und relativ problemlosen Zugang zum Internet die Hemmschwelle gerade bei Jugendlichen zum Konsum solcher Schriften sinkt.

4.7 Verbot der neonazistischen Skinhead-Organisation „Blood & Honour Division Deutschland“ sowie deren Jugendorganisation „White Youth“

Das Bundesministerium des Innern verbot am 14. September die deutsche Division der international tätigen neonazistischen Skinhead-Bewegung „Blood & Honour“ und deren Jugendorganisation „White Youth“ nach dem Vereinsrecht. Die Vereinigung richtete sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung. Das Verbot wurde am selben Tag vollzogen. Die Polizei durchsuchte bundesweit die Wohn- und Geschäftsräume von 39 Aktivisten sowie das Clubhaus von „Blood & Honour“ in Berlin; hierbei wurden umfangreiche Unterlagen und Materialien sichergestellt, so vor allem Computer, interner Schriftverkehr, Propagandamaterial und Sparbücher mit Beträgen von über 13.000 DM. In Bayern konnten bei Durchsuchungen in fünf Wohnungen in Nordostbayern sowie im Allgäu unter anderem umfangreiches Schriftmaterial, Tonträger mit rechtsextremistischem Inhalt, einschlägige Videos und T-Shirts sichergestellt werden.

Vollzug des
Verbots

Die 1987 von Ian Stuart Donaldson, dem Kopf der britischen Skinhead-Band Screw Driver, in Großbritannien gegründete Skinhead-Organisation „Blood & Honour“ verfügte seit 1994 auch in Deutschland über bundesweite Organisationsstrukturen. Die deutsche Division, die wie die Gesamtorganisation ihren Zweck darin sah, nationalsozialistisches und rassistisches Gedankengut durch die Veranstaltung von Skinhead-Konzerten und in Szenemagazinen zu propagieren, zählte zuletzt 240 Mitglieder in 15 Untergliederungen, sog. Sektionen.



Zahlreiche führende Funktionäre der „Blood & Honour“-Bewegung waren Mitglieder verbotener neonazistischer Organisationen; dieser Per-

sonenkreis unterhielt regelmäßigen Kontakt zu anderen neonazistischen Gruppen und Einzelaktivisten sowie zu NPD/JN. Bei dem „2. Tag des nationalen Widerstandes“ der NPD am 27. Mai in Passau, an dem eine Vielzahl von bedeutenden Aktivisten aus dem Skinhead- und Neonazi-Spektrum versammelt war, betrieb „Blood & Honour“ in einem Vorraum der Nibelungenhalle einen Verkaufsstand. Von „Blood & Honour“ in Deutschland organisierte Konzerte zogen bis zu 2.000 Besucher an. Das organisationseigene gleichnamige Magazin erschien zuletzt in einer Auflage von mehreren tausend Exemplaren und berichtete als Fan-Magazin („Fanzine“) nicht nur über Skinhead-Bands, sondern auch in geschichtsfälschender Art und Weise über Angehörige der Waffen-SS, führende Nationalsozialisten, nationalsozialistische Organisationen und die nationalsozialistische Rassenlehre.

Organisation in Bayern

In Bayern unterteilte sich die „Blood & Honour“-Bewegung in die Sektion Franken und die Sektion Bayern. Die Sektion Bayern mit Sitz im Raum Amberg umfasste etwa zehn Mitglieder und veröffentlichte bisher zwei Ausgaben des Fanzines „United White & Proud“. Die Sektion Franken mit Sitz im Raum Bamberg bestand ebenfalls aus etwa zehn Mitgliedern. Am 29. Mai 1999 veranstaltete die Sektion Bayern in Berching, Landkreis Neumarkt i.d.OPf., ein Konzert mit vier Skinhead-Bands und 500 Besuchern; am 27. November 1999 führte sie ein Konzert mit fünf Skinhead-Bands und 300 Gästen in Friedenfels, Landkreis Tirschenreuth, durch. Beide Konzerte wurden konspirativ vorbereitet. Die Polizei beendete die Konzerte vorzeitig und leitete unter anderem mehrere Ermittlungsverfahren wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ein.

Einige jüngere Skinheads gründeten im April die „White Youth-Sektion Bayern“ als Landesverband der bereits 1997 in Thüringen aufgebauten „Blood & Honour“-Jugendorganisation „White Youth Germany“. Die Gruppierung „White Youth Germany“ sollte geeignete Szenemitglieder an die „Blood & Honour“-Bewegung heranzuführen. Darüber hinaus dienten die Jugendgruppen einerseits als Mobilisierungspotenzial für „Blood & Honour“-Veranstaltungen, andererseits stellten sie ein Bindeglied zur subkulturell geprägten Skinhead-Jugendszene dar.

Das Verbot von „Blood & Honour“ schwächte die Handlungsfähigkeit der rechtsextremistischen Skinhead-Szene. „Blood & Honour“-Konzerte, die etwa 20 bis 25 % aller in Deutschland stattfindenden Skinhead-Konzerte umfassten, galten in der Szene als sehr attraktiv.

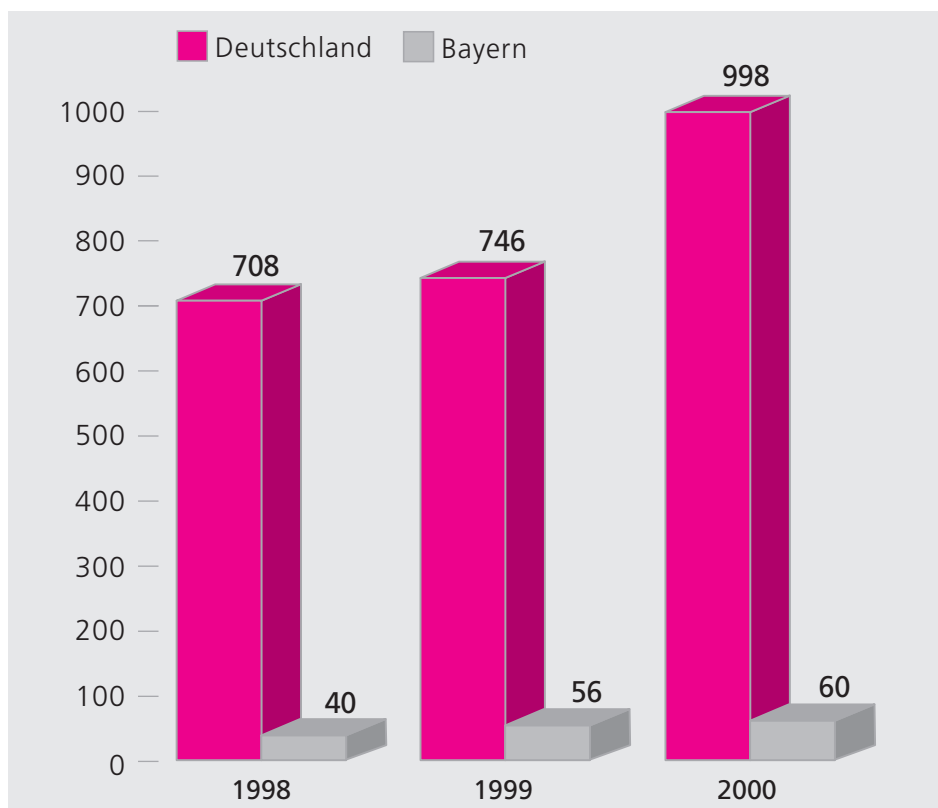
5. Rechtsextremistisch motivierte Straftaten

5.1 Gewalttaten

Bundesweit wurden 998 Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation gegenüber 746 Gewalttaten des Vorjahrs festgestellt. In Bayern betrug die Gesamtzahl der Gewalttaten 60 (1999: 56); das sind rund 7 % der bundesweit registrierten Delikte. Bayern liegt damit, bezogen auf die Einwohnerzahl, im Ländervergleich im unteren Bereich. Die erhebliche Zahl der Gewalttaten im Rechtsextremismus belegt weiterhin die hohe kriminelle Energie und extreme Gewaltbereitschaft insbesondere von Skinheads.

*Zunahme der
Gewalttaten*

Auf die 60 Gewalttaten entfallen der Mordversuch eines Skinhead an einem Ungarn-Deutschen am 5. Februar in Aichach, Landkreis Aichach-Friedberg, und drei Brandanschläge. Im übrigen waren 56 Körperverletzungsdelikte zu verzeichnen. Die Zahl der fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten unter diesen 60 Delikten ist erneut angestiegen. Zu den 45 fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten gehören das versuchte Tötungsdelikt in Aichach und die drei Brandanschläge (1999: insgesamt 31 Gewalttaten).



Entwicklung
rechtsextremis-
tisch motivier-
ter Gewalttaten

*Hoher Anteil
von Skinheads*

Die rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten sind ganz überwiegend der äußerst gewaltbereiten Skinhead-Szene zuzurechnen. Dies zeigt die erschreckende kriminelle Energie und Brutalität dieses Personenkreises. Von 114 ermittelten Tatverdächtigen waren 82 zur Tatzeit jünger als 21 Jahre. Der Anteil der erstmals in Erscheinung getretenen Gewalttäter liegt bei 77 % (88 Tatverdächtige).

Die Gewalttaten wurden ganz überwiegend nicht von Einzeltätern allein, sondern mit anderen gemeinsam begangen. Dabei entstand der Tatentschluss vielfach spontan aus gruppendynamischen Prozessen, gefördert durch Alkohol und Musik mit rechtsextremistischen Texten. Räumliche Schwerpunkte waren die Großstadtregionen München und Nürnberg.

Das typische Ablaufmuster für rechtsextremistisch motivierte Gewalt ist gleich geblieben. Gewalt geht überwiegend von Personen aus, die nicht in politischen Gruppen oder Parteien organisiert sind. Eine überregionale Steuerung durch rechtsextremistische Organisationen konnte in keinem Fall festgestellt werden. Rechtsterroristische Strukturen sind in Bayern nicht bekannt geworden.

*Keine rechts-
terroristischen
Strukturen in
Deutschland*

Ansätze hierzu wurden allerdings im übrigen Bundesgebiet auch in jüngster Vergangenheit festgestellt. Die Polizei konnte Waffen und Sprengmittel beschlagnahmen, die offenbar gezielt für Aktionen besorgt worden waren. In Neonazikreisen wird zur Zeit zudem mehr als früher diskutiert, ob man Gewalt gezielt gegen den politischen Gegner einsetzen soll. Konkrete Strukturen, wie sie die frühere linksextremistische Terrorgruppe „Rote Armee Fraktion“ (RAF) hatte, die aus der Illegalität heraus gezielt Anschläge verübte, sind bisher allerdings nicht feststellbar. Auch ein Abtauchen von möglichen rechtsextremistischen Gewalttätern in den Untergrund ist bisher nicht feststellbar. Durch intensive Beobachtung und rechtzeitige Exekutivmaßnahmen konnten rechtsextremistische Gruppen im Bundesgebiet, die Waffen oder Sprengstoff zur Durchführung von Gewalttaten vorrätig hielten oder beschafften oder durch Ausspähungen derartige Taten gezielt vorbereiteten, bereits in der Entstehungsphase zerschlagen werden. Auch in Bayern wurden bei Rechtsextremisten Waffen und Sprengstoff anlässlich von Durchsuchungen sichergestellt.

5.1.1 Sicherstellung von Waffen, Munition und Sprengstoff

In einer Reihe von Exekutivmaßnahmen unter anderem in Berlin, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen konnte die

Polizei bei Rechtsextremisten Schusswaffen und Sprengstoffe sicherstellen, die von den Tätern zum Teil offenbar gezielt für die Durchführung von rechtsextremistisch motivierten Straftaten beschafft worden waren. Bei den jüngsten Vorfällen außerhalb Bayerns konnten die Sicherheitsbehörden Ansätzen für das Entstehen terroristischer Strukturen rechtzeitig entgegenwirken. Obwohl in Bayern derzeit keine Erkenntnisse vorliegen, dass Rechtsextremisten Waffen und andere Kampfmittel gezielt für Gewalttaten beschaffen, ist dies jedoch kein Anlass zur Entwarnung. Die Beschaffung und der Besitz von Schusswaffen generell durch gewaltbereite Rechtsextremisten sind Warnsignale. Dies gilt umso mehr, als in den vergangenen Monaten Äußerungen, die Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele rechtfertigen, zugenommen haben. Entsprechenden Hinweisen muss deshalb besonders intensiv nachgegangen werden.

Neben dem Mordversuch in Aichach am 5. Februar zeigen weitere Fälle, dass Rechtsextremisten auch in Bayern Waffen beschaffen und vorrätig halten. So erschoss sich am 23. Juni in Münsterhausen, Landkreis Günzburg, ein Skinhead nach einem privaten Streit mit einer am Tag zuvor illegal beschafften Pistole. Am 25. Juni schoss in Planegg, Landkreis München, ein Skinhead beim Hantieren mit einer angeblich gefundenen Pistole auf seine Freundin und verletzte sie am Arm. Bereits zuvor hatte der angetrunkene Täter auf dem Rückweg von einer durch die Polizei aufgelösten Sonnenwendfeier am 24. Juni auf eine Lampe und ein Verkehrszeichen geschossen. Die Polizei stellte neben der Waffe auch 20 Schuss Munition, umfangreiches rechtsextremistisches Schriftmaterial und einschlägige Tonträger sicher. Das Amtsgericht München verurteilte den Skinhead am 17. Januar 2001 wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz und Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten, ausgesetzt zur Bewährung.

Schusswaffen-
delikte

Ferner wurden Waffen und Munition am 28. September in Garching, Landkreis München, und 23. November im Raum Dachau bei Rechtsextremisten gefunden. Ein in Garching wohnender Rechtsextremist, der sich zur Zeit der Durchsuchung wegen ausländerfeindlicher Straftaten in Untersuchungshaft befand, hatte in seiner Wohnung unter anderem drei Panzergeschosse mit Sprengstoff und Zünder, eine Werfergranate, eine Gewehrgranate, eine Schützenmine, einen Karabiner sowie größere Mengen dazugehöriger Munition aufbewahrt. Das Amtsgericht München verurteilte den 25-jährigen Mann am 9. Februar 2001 wegen Verstößen gegen das Kriegswaffenkontroll-

Exekutiv-
maßnahmen

gesetz und Waffengesetz sowie Bedrohung zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten.

Am 23. November durchsuchte die Polizei die Wohnungen von fünf Skinheads aus dem Raum Dachau. Dabei wurden unter anderem fünf Luftgewehre, zehn erlaubnisfreie Faustfeuerwaffen, Wurfsterne, Schlagringe sowie Schwarzpulver gefunden. Ferner wurde bei den auch als Aktivisten der JN bekannten Skinheads rechtsextremistisches Propagandamaterial sichergestellt. Die Skinheads waren bereits vorher wegen Straftaten aufgefallen. Im April hatten sie am Dachauer Stadtweiher zwei Höckergänse brutal mit Holzknüppeln erschlagen. Eine Frau wurde durch einen Schuss aus einem Luftgewehr im Juli leicht verletzt. Einer der Skinheads hatte aus seinem Zimmer geschossen und die Frau, die im gegenüberliegenden Wohnhaus an einem geöffneten Fenster stand, angeblich versehentlich getroffen.

5.1.2 Gewalttaten und Urteile im Einzelnen

Die Zahl der Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund ist im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen. Insgesamt wurden 60 (1999: 56) Gewalttaten bekannt.

Besonders schwerwiegend sind folgende Delikte:

Mordversuch in Aichach

Am frühen Morgen des 5. Februar bedrohte ein 19-jähriger Skinhead in Aichach, Landkreis Aichach-Friedberg, einen 22-jährigen Deutschen ungarischer Herkunft mit einem Gewehr. Der Angegriffene konnte dem Täter das Gewehr zwar entreißen, erlitt jedoch einen Streifschuss. Anschließend schlug der Skinhead auf Autos, mehrere Passanten und die eintreffenden Polizeibeamten ein. Dabei verletzte er drei Personen und verursachte einen Sachschaden in Höhe von 5.000 DM. Bei den Ermittlungen stellte sich heraus, dass der Verhaftete nach dem Besuch einer Geburtstagsfeier der Aichacher Skinhead-Szene in einer Gaststätte den angeschossenen Ungarndeutschen angepöbelte hatte. Danach ging er nach Hause und verschaffte sich ein Gewehr und 100 Schuss Munition aus dem legalen Waffenbestand seines Vaters. Eigenen Aussagen zufolge hatte er die Absicht, wegen seiner Alkoholabhängigkeit sowie Problemen mit den Eltern und der Freundin aus dem Leben zu scheiden. Aus Hass auf Ausländer habe er auf spektakuläre Weise sterben wollen. Er habe einen Ausländer niederschießen wollen in der Hoffnung, bei einem

Amoklauf von der Polizei getötet zu werden. Falls er keinen Ausländer getroffen hätte, habe er beabsichtigt, das Asylbewerberheim „Am Plattenberg“ anzugreifen. Das Landgericht Augsburg verurteilte den Skinhead am 13. Dezember zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und sechs Monaten.

Am 15. April schütteten zum Teil noch jugendliche Täter Benzin durch zwei geöffnete Fenster von leer stehenden Zimmern im Erdgeschoss sowie an die Haustüre eines Gebäudes in Dorfen, Landkreis Erding, und entzündeten es. In dem Gebäude waren zehn Personen gemeldet, bei denen es sich um Sozialhilfeempfänger und türkische Staatsangehörige handelte. Zwei Bewohner konnten den Brand löschen. Es entstand ein Sachschaden von rund 10.000 DM. Im Zuge der Ermittlungen wurden acht Personen im Alter von 14 bis 18 Jahren festgenommen. Die Täter wurden inzwischen verurteilt. Der Haupttäter erhielt am 15. März 2001 eine Jugendstrafe von sechs Jahren wegen 17fachen versuchten Mordes.

*Brandanschlag
in Dorfen*

Am frühen Morgen des 17. Oktober 2000 verübte ein 16-jähriger Deutscher in Grainet, Landkreis Freyung-Grafenau, einen Brandanschlag auf eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende, in der sich zur Tatzeit vier Ausländer aufhielten. Der Täter hatte eine Papiertonne entzündet und in den Flur des Hauses gebracht. Die Feuerwehr konnte den Brand rasch löschen. Es entstand nur Sachschaden. In der Wohnung des geständigen Täters fand die Polizei eine Reihe von Aufklebern der NPD.

In Roth legte am 3. November 2000 ein 41-jähriger Deutscher mit Benzin Feuer an einer leer stehenden, aber wieder zur Belegung vorgesehenen Asylbewerberunterkunft. Die Flammen an der Außenwand des Holzhauses konnten gelöscht werden. Der Täter gab als Motiv Ausländerfeindlichkeit an.

Über diese Fälle hinaus wurden in Bayern unter anderem folgende rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten bekannt:

In Aholming, Landkreis Deggendorf, griffen am 1. Januar nach einer Silvesterfeier drei Skinheads eine polnische Staatsangehörige an. Sie drangen in das Zimmer der Frau ein, schlugen sie und brachten ihr mit einem zerbrochenen Spiegel Verletzungen im Gesicht bei.

Am 3. Januar rissen zunächst unbekannte Täter an einem Döner-Stand in Dorfen, Landkreis Erding, eine Werbefahne ab. Der Besitzer des Imbissstands, ein türkischer Staatsangehöriger, erkannte kurze Zeit

später am Rathausplatz in Dorfen einen der Täter und wollte ihn zur Rede stellen. Der Skinhead schoss ihm ohne Vorwarnung aus unmittelbarer Nähe mit einer Gaspistole ins Gesicht. Der Angegriffene erlitt erhebliche Gesichtsverletzungen.

Am 22. Januar griffen in München etwa 20 Skinheads eine Gruppe von sieben ausländischen Jugendlichen auf einem S-Bahnhof an. Die flüchtenden Ausländer wurden von Skinheads beleidigt, verfolgt und dabei mit Schlägen und Fußtritten traktiert. Die Polizei konnte 16 beteiligte Skinheads festnehmen. Im Laufe der Ermittlungen stellte sich heraus, dass die Skinheads gemeinsam an einem Aufzug der JN in Neuburg a.d. Donau teilgenommen hatten und zusammen nach München zurückgereist waren.

Am 28. Januar beleidigten in Freising zwei Skinheads einen Algerier. Anschließend schlugen sie mit Bierflaschen und Fäusten auf ihn ein, traten ihn mit Stiefeln und zerrissen seine Jacke. Einer der beiden Täter, ein österreichischer Skinhead, hat sich am 31. Januar in Österreich erschossen.

In Freising griffen am 28. Januar sechs Skinheads einen Schüler an, den sie aufgrund seines Aussehens für einen Punk hielten. Sie beleidigten ihr Opfer und verletzten es mit einer brennenden Zigarette und Faustschlägen im Gesicht. Bei der anschließenden S-Bahn-Fahrt schlug einer der Skinheads erneut auf den Schüler ein. Der Haupttäter bezeichnete das Opfer als „genetischen Dreck“ und sich selbst als der „Herrenrasse“ angehörend.

Am 30. Januar kam es in Fürth zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Skinheads und Türken. Den polizeilichen Ermittlungen zufolge sollen zunächst drei Skinheads auf einen Farbigen eingeschlagen haben. Der Geschädigte konnte nicht ermittelt werden. Diesem Farbigen kamen mehrere türkische Staatsangehörige zu Hilfe, so dass er flüchten konnte. In die Auseinandersetzungen griffen Gäste der umliegenden Gaststätten ein. Die Skinheads warfen dabei auch Schottersteine auf ihre Gegner. Die Polizei konnte insgesamt 16 tatbeteiligte Deutsche festnehmen.

Am 26. Februar brachen drei Skinheads in die Wohnung eines früheren Gruppenmitglieds ein und schlugen ihm mit dem Holzstiel einer in der Wohnung vorgefundenen Axt mehrfach auf den Kopf. Im weiteren Verlauf wurde er auch mit Stiefeln getreten. Die Polizei konnte die Täter festnehmen. Als Motiv nannte einer der Tatbeteiligten eine

Bestrafungsaktion, da sich der Angegriffene den Weisungen seiner Gruppe widersetzt hatte. Bei Wohnungsdurchsuchungen bei den drei Tatverdächtigen wurden u.a. Leuchtpurmunition, Gegenstände mit NS-Symbolen und eine Reichskriegsflagge sichergestellt.

Am 18. Mai wurden in einer Gaststätte in München drei aus Kolumbien stammende Personen von fünf Skinheads angegriffen.

Im Rahmen einer Schulabschlussfeier am 9. Juni provozierten in Pfaffenhofen a.d. Ilm sechs Skinheads mehrere Mitschüler mit ausländerfeindlichen Äußerungen. Zwei Personen wurden von den Skinheads mit Faustschlägen und Fußtritten traktiert. Beide erlitten Verletzungen.

In Lauf a.d. Pegnitz, Landkreis Nürnberger Land, warfen am 1. Juli zwei polizeibekannte Skinheads zunächst Steinchen und Glasscherben auf eine Gruppe von Türken. Dabei erlitt ein fünfjähriges Mädchen Verletzungen. Als der Vater des Mädchens die Skinheads zur Rede stellte, wurde er vom Haupttäter mit der Faust ins Gesicht geschlagen und beleidigt. Die Skinheads zeigten ferner den Hitlergruß und riefen unter anderem: „Heil Hitler! Wir sind die größten, wir die Herrscher unter Hitler!“

Am 18. Juli schlugen drei unbekannte Skinheads, die sich als Polizeibeamte ausgaben, auf dem Bahnsteig eines S-Bahnhofs in München einen Deutschen mit südländischem Aussehen mit Schlagstöcken nieder. Anschließend befahlen sie ihrem Opfer, ihnen mit erhobenen Händen zu einem nahegelegenen Parkplatz zu folgen. Dort raubten sie dem Opfer 300 DM und sein Handy.

In der Münchner S-Bahn griffen am 8. August acht Skinheads auf der Fahrt von Fürstenfeldbruck nach München einen Italiener tötlich an. Einen älteren Mann, der sich mäßigend an die Angreifer wandte, bewarfen die Skinheads mit einer Bierflasche, ohne zu treffen. Der Italiener erlitt durch die Faustschläge Prellungen. Am Hauptbahnhof konnten die Haupttäter festgenommen werden.

Am 12. August gerieten in Bad Grönenbach, Landkreis Unterallgäu, zwei Skinheads mit einem Deutschen asiatischen Aussehens in Streit. Nach anfänglichen Beleidigungen und Handgreiflichkeiten versuchte die Schwester des Angegriffenen zu schlichten. Dies nahm einer der Skinheads zum Anlass, seine Zigarette auf ihrer Stirn auszudrücken. Im Verlauf der weiteren Auseinandersetzung erlitt der Deutsche durch Stiefeltritte und Faustschläge erhebliche Verletzungen im Gesicht.

Am 25. Oktober versuchten in Schweinfurt ein US-Amerikaner sowie ein Deutsch-Amerikaner, eine Schlägerei zwischen Skinheads und Türken zu schlichten und wurden nun selbst beleidigt und angegriffen. Dabei entbot ein Skinhead den Hitlergruß und rief: „Deutschland den Deutschen! Ausländer raus!“ Die Skinheads wurden festgenommen. Dabei leisteten sie erheblichen Widerstand und verletzten auch einen Polizeibeamten.

Am 2. November kam es in München in einem Bekleidungsgeschäft zu einem Streit zwischen dem israelischen Ladeninhaber und einer Kundin, welche in zwei Besuchen die Rücknahme einer Jacke begehrte. Um die Forderung zu unterstützen, drohte der 25-jährige Begleiter der Kundin, in der Nacht den Laden „abzufackeln“. Der Ladeninhaber verweigerte die Rücknahme, gab der Kundin jedoch hundert DM und forderte sie auf, das Geschäft mit ihrem Begleiter zu verlassen. Dieser packte daraufhin den Inhaber und würgte ihn. Ein Beschäftigter, der eingreifen wollte, erlitt einen Faustschlag an der Schläfe. Beim Verlassen des Geschäfts drohte der Mann erneut, das Geschäft in der Nacht anzuzünden, entbot den „Kühnen-Gruß“ und rief: „Wir werden euch noch alle nach Ausschwitz schicken, wir werden euch vergasen! Sieg Heil!“ Der 25-jährige Mann wurde festgenommen.

Am 21. November griffen in Vilshofen, Landkreis Passau, zwei Skinheads zwei 13- bzw. 14-jährige Schüler tätlich an. Die zwei Spätaussiedler wurden unter anderem durch Faustschläge am Kopf verletzt. Unmittelbar nach der Übergriff demolierten die Skinheads eine Telefonzelle. Gegen den Haupttäter, einen polizeibekannten Skinhead, erging Haftbefehl.

In Tiefenbach, Landkreis Passau, kam es am 16. Dezember in einer Gaststätte zwischen einer Gruppe von acht Skinheads und drei Handwerkern zu einer tätlichen Auseinandersetzung, in deren Verlauf ein 30-jähriger Firmeninhaber durch Stiefeltritte erhebliche Wirbelverletzungen erlitt. Dem Streit vorausgegangen waren über einen längeren Zeitraum andauernde Beleidigungen der Skinheads gegen einen deutsch-türkischen Mitarbeiter des Handwerkers. Ein weiterer Mitarbeiter, der gegen die Beleidigungen einschreiten wollte, wurde ebenfalls angegriffen.

Das Landgericht Traunstein verurteilte am 16. Mai den 31-jährigen Roman Glaß wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu einer Freiheitsstrafe von zehn Jahren. Er hatte am 15. August 1999 in Kolbmoor, Landkreis Rosenheim, einen Mosambikaner mit Schlägen und

Fußtritten so schwer verletzt, dass dieser an den Folgen am 29. September 1999 verstarb. Die Staatsanwaltschaft und der Vertreter der Nebenklage hatten jeweils eine lebenslange Freiheitsstrafe wegen Mordes gefordert, da das Motiv des Täters Ausländerhass gewesen sei. Der Täter habe mit Tötungsvorsatz und aus niedrigen Beweggründen gehandelt. In seiner Wohnung seien Tonträger rechtsradikaler Musikgruppen und ein Foto gefunden worden, das ihn beim Hitlergruß zeige. Das Gericht sah jedoch keinen Tötungsvorsatz, stellte aber eine ausländerfeindliche Grundhaltung als eines von mehreren Tatmotiven fest.

5.2 Sonstige Straftaten

Die Gesamtzahl der in Bayern bekannt gewordenen sonstigen neonazistischen, antisemitischen und rassistischen Straftaten beträgt 1.574. Sie ist gegenüber 1999 mit 995 derartigen Delikten erheblich gestiegen. Dabei handelte es sich wie im Vorjahr vielfach um Sachbeschädigung, Nötigung, Bedrohung, Volksverhetzung und insbesondere das Verbreiten von Propagandamitteln bzw. Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. So wurden Parolen wie „Sieg Heil“ und „Ausländer raus“ gerufen und antisemitische Pamphlete verbreitet. Anonyme Schmierschriften wie „Heil Hitler“, „Deutschland den Deutschen“, „Kauft nicht bei Kanacken“, „Zur Hölle mit den Juden“ und „Ausländer rein in die Gaskammer“ wurden vielfach in Verbindung mit Hakenkreuzen und SS-Runen angebracht.

*NS-Kennzeichen
und Volksver-
hetzung*

Die Zahl der sonstigen fremdenfeindlich motivierten Straftaten ohne Anwendung physischer Gewalt wie Bedrohungen und Nötigungen sowie der Propagandadelikte hat ebenfalls deutlich von 167 im Jahr 1999 auf 333 und damit um etwa 100 % zugenommen.

Seit Anfang 2000 bedienen sich Rechtsextremisten verstärkt des Short-Message-Systems (SMS) der Mobilfunkbetreiber, um volksverhetzende Propaganda an ausländische Besitzer von Mobiltelefonen zu übermitteln. Die Rufnummern der Adressaten werden aus öffentlich zugänglichen Verzeichnissen beschafft. Die Nachricht kann sowohl über Mobilfunk als auch über das Internet verschickt werden.

Beispiele für die im Berichtszeitraum verübten Straftaten sind folgende Vorfälle:

In der Nacht zum 28. März wurden in Georgensgmünd, Landkreis Roth, im Friedhof der Israelitischen Kultusgemeinde rund 20 Grab-

steine mit Hakenkreuzen, SS-Runen und Parolen wie „Fürs Volk - Juden sterbt - ha ha“, „Ins KZ mit den Volksbetrügern“ und „Jude verrecke“ besprüht. Der Sachschaden beträgt rund 20.000 DM. Der Täter, der in derselben Nacht einen Verkehrsunfall verursachte, konnte aufgrund von Farbspuren im Unfallfahrzeug und einer neben dem PKW aufgefundenen Spraydose überführt werden.

Ende März sprühten unbekannte Täter im jüdischen Friedhof in Walsdorf, Landkreis Bamberg, Hakenkreuze und SS-Runen; ferner warfen sie 31 Grabsteine um.

In Erlangen wurden am 22. Mai rund 30 Ruhebänke mit Hakenkreuzen und den Worten „Juden raus“ und „Türken raus“ beschmiert.

Unbekannte Täter warfen in der Nacht zum 14. Juni an der jüdischen Synagoge in Weiden i.d. OPf. zwei Fenster ein.

In Weißenburg wurde am 12. Juli an einem Schaltkasten der Stadtwerke die Schmierschrift „Vergast alle Türken“ angebracht.

In der Nacht zum 17. August beschmierten unbekannte Täter in Baldham, Landkreis Ebersberg, einen Papiercontainer mit den Worten „Sieg Heil“ und „Nur Türken einwerfen gestattet“.

Zwei Realschüler beschmierten am 10. November die Synagoge in Ermreuth, Landkreis Forchheim, mit SS-Runen, einem Hakenkreuz und der Parole „Sieg Heil“.

6. Revisionismus

6.1 Ziele

*Versuch einer
Rehabilitierung
des National-
sozialismus*

Der Revisionismus, der die Geschichtsschreibung über die Zeit des Dritten Reichs ändern will, ist zu einem Bindeglied zwischen den unterschiedlichsten rechtsextremistischen Strömungen geworden. Seinen Repräsentanten geht es allerdings nicht um die Gewinnung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern gezielt um die mittelbare Rechtfertigung bzw. Aufwertung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft durch einseitige, relativierende oder verharmlosende Darstellung des NS-Regimes. Im Mittelpunkt der revisionistischen Agitation stehen die Leugnung des nationalsozialistischen Massenmords an europäischen Juden in Gaskammern deutscher Konzentrationslager während des Zweiten Weltkriegs (Holocaust) sowie die Behauptung, Deutschland trage keine Schuld am Ausbruch des Zweiten

Weltkriegs. Auf diese Weise soll das auf seriöser Forschung beruhende Geschichtsbild propagandistisch unterminiert werden, um die Deutschen von einem vermeintlich aufgezwungenen „Schuldkomplex“ zu befreien. Revisionisten machen sich zunutze, dass das Wissen über den Nationalsozialismus vor allem bei Jugendlichen oft nur bruchstückhaft vorhanden ist.

6.2 Entwicklung und Träger der Revisionismus-Kampagne

Revisionismus war von Anfang an eine internationale Erscheinung, wobei der Anstoß zunächst aus Frankreich und den USA kam. Seit Beginn der 50er Jahre erschien eine große Anzahl von Büchern, die den historischen Nachweis führen wollten, dass es entgegen der Feststellung seriöser Forscher und Zeitzeugen keine Tötung von Juden in Gaskammern gegeben habe. Hervorzuheben ist hierbei das 1989 veröffentlichte „Gutachten“ des Amerikaners Fred A. Leuchter, wonach es in Auschwitz und einigen anderen Konzentrationslagern aufgrund der technischen Gegebenheiten nicht möglich gewesen sei, Menschen in Gaskammern zu töten. Dieselbe Behauptung stellte der Diplomchemiker Germar Scheerer geb. Rudolf, ein ehemaliges REP-Mitglied, in seinem 1994 verbreiteten „Gutachten über die Bildung und Nachweisbarkeit von Zyanidverbindungen in den ‚Gaskammern‘ von Auschwitz“ auf.

„Leuchter-Bericht“

„Rudolf-
Gutachten“

Die international aktivsten Revisionisten weichen zunehmend in Länder aus, in denen Strafbestimmungen gegen das Verbreiten und die Veröffentlichung revisionistischen Gedankenguts fehlen. So setzte sich der deutsche Revisionist Germar Scheerer im Frühjahr 1996 nach einer Verurteilung u.a. wegen Volksverhetzung ins Ausland ab, wo er seine revisionistische Agitation fortsetzte. Derzeit hält er sich in Großbritannien auf.

Der wohl bekannteste Vertreter des Revisionismus ist der international agierende britische Schriftsteller David Irving, der 1993 aus Deutschland ausgewiesen wurde. Gegen ihn besteht seither ein Einreiseverbot. Erhebliches Aufsehen erregte Anfang des Jahres sein Verleumdungsprozess in London gegen die US-Wissenschaftlerin Deborah Lipstadt, die ihn in einem Buch als „aktiven Holocaust-Leugner, Antisemiten und Rassisten“ bezeichnet hatte. Irving verlor diesen Prozess, da er nach Überzeugung des Gerichts aus ideologischen Gründen absichtlich historisches Material manipuliert und verfälscht wiedergegeben hatte.

David Irving

Ernst Zündel

Ein weiterer Protagonist des Revisionismus ist der deutsche Staatsangehörige Ernst C. F. Zündel, der 1958 nach Kanada übersiedelte. In Toronto besitzt Zündel den Verlag Samisdat Publishers Ltd. Er unterhält internationale Kontakte und verfasst und verschickt zahlreiche Publikationen, darunter in erster Linie den „Germania“-Rundbrief, der neonazistische und antisemitische Thesen enthält und auch über Internet abrufbar ist. Im Internet erscheint ferner seit mehreren Jahren der Beitrag „Good morning from the Zündelsite“, der - so Zündel - monatlich von mehr als 10.000 Interessenten eingesehen wird. Dort sind u.a. Bücher, die in Deutschland der Beschlagnahme unterliegen bzw. von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert wurden, mit vollem Text eingestellt, darunter das „Rudolf-Gutachten“ von Germar Scheerer und „Starben wirklich sechs Millionen“ von Richard Harwood.

*Institute for
Historical Review
(IHR)*

Das 1979 unter rechtsextremistischer Beteiligung gegründete Institute for Historical Review (IHR) mit Sitz in Kalifornien/USA pflegt Verbindungen - auch über das Internet - zu Rechtsextremisten in allen Kontinenten. Mit seiner Zeitschrift „Journal of Historical Review“ und vor allem mit seinen jährlichen Kongressen bietet es eine Plattform, um gegen die Ergebnisse der zeitgeschichtlichen Forschung zu polemisieren.

National Journal

Das monatlich im Verlag des britischen Rechtsextremisten Antony Hancock in Uckfield erscheinende „National Journal“, das ebenfalls mit einer Homepage im Internet vertreten ist, betreibt massive Hetze gegen Ausländer und Juden und leugnet oder bagatellisiert den Holocaust. Der Herausgeberkreis führt die Bezeichnung „Die Freunde im Ausland“ (DFiA).

*Vrij Historisch
Onderzoek
(V.H.O.)*

Die 1985 in Antwerpen gegründete, in Berchem/Belgien ansässige Organisation Vrij Historisch Onderzoek (V.H.O.) hat sich inzwischen zu einer bedeutenden Vertreiberin revisionistischen Propagandamaterials entwickelt. Sie verfügt über weltweite Kontakte zu führenden Revisionisten und bietet nahezu alle wichtigen, in Deutschland teilweise beschlagnahmten oder indizierten revisionistischen Veröffentlichungen an. Seit Anfang 1997 gibt die V.H.O. die revisionistische Zeitschrift „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung“ (VffG) heraus. Autoren sind u.a. David Irving, Robert Faurisson und Germar Scheerer; letzterer fungiert seit September 1999 auch als Herausgeber. Die Schrift rechtfertigt die Politik des Dritten Reichs und leugnet den Völkermord an den europäischen Juden. Ferner polemisiert sie gegen die angeblich ungerechtfertigte Verfolgung der Revisionis-

ten. Das Flugblatt „Holocaust & Revisionismus - 33 Fragen und Antworten zum Holocaust“, in dem die wichtigsten revisionistischen Thesen zusammengefasst sind, wurde auch in Bayern verbreitet.

7. Verbindungen zum ausländischen Rechtsextremismus

7.1 Kontakte der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)

Dem NPD-Landesverband Bayern gehören auch etwa 15 bis 20 österreichische Staatsbürger an. Offenbar wollen die österreichischen Rechtsextremisten mit dem „Anschluss“ an die NPD das „Wiederbetätigungsverbot“ unterlaufen, dem nach einem Urteil des Österreichischen Verfassungsgerichtshofs von 1998 auch die österreichische Schwesterpartei der NPD unterliegt.

Österreich

Umgekehrt ist die NPD bestrebt, durch internationale Kontakte zu Gesinnungsgenossen ihre Position und Reputation im rechtsextremistischen Lager zu stärken. So nahmen an der NPD-Großkundgebung am 27. Mai in Passau u.a. ein ehemaliger Rechtsterrorist aus Italien sowie Gesinnungsfreunde aus Irland, Rumänien, Schweden, Portugal, Belgien (Wallonien), Frankreich, der Tschechischen Republik, Griechenland, Spanien, Australien, der Ukraine und aus Österreich teil.

7.2 Kontakte der Deutschen Volksunion (DVU)

Die Lage der im Vorjahr durch eine Spaltung geschwächten französischen Front National (FN) hat sich inzwischen stabilisiert, so dass die Kontakte zu deutschen Rechtsextremisten wieder intensiviert werden konnten. Der Kolumnist der National-Zeitung (NZ) Franz Schönhuber und zwei DVU-Funktionäre besuchten Anfang Mai den 11. Kongress der FN in Paris. An der DVU-Großkundgebung am 23. September in Passau nahmen mehrere Funktionäre der FN und des rechtsextremistischen Vlaams Blok (VB) aus Belgien teil; einige von ihnen traten als Redner auf.

Frankreich

Belgien

7.3 Kontakte der Republikaner (REP)

Die Fraktion der REP im Landtag von Baden-Württemberg führte am 30. Juni eine Vortragsveranstaltung durch, an der auf Einladung der

Belgien

REP auch ein Vertreter des Vlaams Blok (VB) teilnahm. Das Grußwort sprach der REP-Bundesvorsitzende Dr. Schlierer. Ein REP-Landtagsabgeordneter äußerte, man habe mit dem Vertreter des VB auch über eine mögliche Kooperation gesprochen; die Ziele des VB seien mit den Vorstellungen der REP vielfach vergleichbar. Weitere Treffen zwischen VB und REP sind beabsichtigt.

Etwa seit Mitte 1999 gibt es Kontakte der Republikanischen Jugend (RJ) zur Jugendorganisation des VB (vgl. auch Nummer 2.3.1 dieses Abschnitts).

7.4 NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)

Der amerikanische Neonazi und Propagandaleiter der NSDAP-AO, Gary Rex Lauck, tritt nach seiner Haftentlassung und Abschiebung in die USA im März 1999 nach wie vor durch den Versand neonazistischer Propagandamittel in Erscheinung. In der



Ausgabe Nr. 134 vom September/Oktober des NSDAP-AO-Sprachrohrs „NS Kampfruf“ warb Lauck für seine im Sommer gestartete „Internet Offensive“. Bestandteil dieser Werbekampagne sind neonazistische Computerspiele, die gratis zum Herunterladen zur Verfügung stehen. Auch

Musikdateien sind online verfügbar. Ferner offerierte Lauck rassistische Hetzschriften und die Nachbildung eines „Zyklon B Kanisters in Museumsqualität - Marke Konzentrationslager Auschwitz“. Zugleich setzte er einen Preis für denjenigen aus, „dem es gelingt, die passendste Werbung für die Nachbildung dieses bekannten Schädlingsbekämpfungsmittels zu finden“. Lauck räumte ein, dass die derzeitige Konzentration der Aktivitäten auf das Internet zu Liefer-schwierigkeiten bei den übrigen Publikationen führen könne. Eine Verbreitung des „NS Kampfruf“ unter bayerischen Rechtsextremisten war nicht feststellbar.

8. Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Organisationen und Verlage sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Ende 2000 Bayern Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
1. Parteien einschließlich integrierter Vereinigungen		
Die Republikaner (REP) 26.11.1983, Berlin	4.000 13.000	Der Republikaner monatlich, 20.000
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 28.11.1964, Stuttgart	975 6.500	Deutsche Stimme (DS) monatlich, 10.000 Deutsche Stimme EXTRA monatlich, 80.000
Junge Nationaldemokraten (JN)	75 350	Der Aktivist unregelmäßig, 1.000
Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) 1967, Nürnberg	Funktionärsgruppe	
Deutsche Volksunion (DVU) 05.03.1987, München	1.800 17.000	(Publizistische Sprachrohre: siehe DSZ-Verlag)
Deutsche Volksunion e.V. einschließlich Aktionsgemeinschaften 16.01.1971, München		(siehe DVU)
2. Neonazistische Organisationen und Zusammenschlüsse		
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) 02.07.1979, Frankfurt am Main	60 550	Nachrichten der HNG monatlich, 600
Freizeitverein Isar 96 e.V. (FZV) 1996, München	15	
Kameradschaft Schwabach	5	
Aktionsbüro Nationaler Widerstand/Freilassing 29.05.2000, Freilassing	Funktionärsgruppe	
Bund Frankenland 1992	Funktionärsgruppe	
NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO) 1972, Lincoln/USA		NS Kampftruf zweimonatlich, 500

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Ende 2000 Bayern	Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
3. Sonstige Organisationen			
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) 03.10.1991, Berlin	60	500	(Inoffizielles Organ: siehe Nation Europa Ver- lag GmbH)
Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP) 1960, München	40	450	Das Freie Forum vierteljährlich, 1.500
Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V. Februar 1982, Starnberg	30	280	Huttenbriefe - für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht zweimonatlich, 4.000
Die Artgemeinschaft - Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung (Artgemeinschaft)		120	Nordische Zeitung (NZ) vierteljährlich, 300
Schutzbund für das Deutsche Volk e.V. (SDV) September 1981, München		200	
Deutsches Kolleg (DK) 1994, Berlin		Funktionärsgruppe	
4. Skinheads und sonstige militante Rechtsextremisten			
	780	9.800	
5. Verlage			
Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag)			National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung (NZ), wöchentlich, 45.000
Nation Europa Verlag GmbH 1953, Coburg			Nation & Europa - Deutsche Monatshefte monatlich, 16.000
Verlag Hohe Warte - Franz von Bebenburg KG 1949, Pähl			Mensch und Maß zweimal monatlich, 2.000
Denk mit!-Verlag Nürnberg			Denk mit! unregelmäßig, 1.000
Odal-Verlag Rodach			Der Scheinwerfer monatlich, 600 (Ende 2000 eingestellt)
VGB Verlagsgesellschaft Berg mbH Berg			Deutsche Geschichte zweimonatlich, 10.000
Castel del Monte Verlag München			Staatsbriefe monatlich, 1.000

4. Abschnitt

Linksextremismus

1. Allgemeines

1.1 Merkmale des Linksextremismus

Das ideologische Spektrum der Linksextremisten reicht von Anhängern des „wissenschaftlichen Sozialismus/Kommunismus“ in seiner klassischen Form über Sozialrevolutionäre mit unterschiedlichen diffusen Konzeptionen bis hin zu Anarchisten. Theoretische Grundlagen bilden im Wesentlichen die Werke von Marx und Lenin, aber auch von Trotzki, Stalin, Mao Tse-tung und anderen. Die Bestrebungen der Linksextremisten sind darauf gerichtet, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu beseitigen und durch ein ihren ideologischen Vorstellungen entsprechendes kommunistisches und zum Teil anarchistisches System zu ersetzen. Diese Bestrebungen sind verfassungsfeindlich, weil die Ziele und oft auch die Mittel, mit denen sie erreicht werden sollen, gegen die grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstoßen.

*Ideologisches
Spektrum*

So erstreben Linksextremisten, auch wenn sie es häufig nicht offen aussprechen,

*Ziele der Links-
extremisten*

- die „sozialistische“ Revolution,
- Klassenkampf und Klassenherrschaft,
- die Diktatur des Proletariats.

Diese Ziele verstoßen vor allem gegen das Mehrheits- und das Freiheitsprinzip sowie gegen den Gleichheitsgrundsatz.

Linksextremisten stellen sich in ihrer Propaganda als Vertreter einer hohen Moral, als Kämpfer gegen Unterdrückung und Verfechter von Frieden und sozialer Gerechtigkeit dar. Ihre politische Praxis zeigt jedoch etwas anderes. Sie missachten demokratische Mehrheitsentscheidungen und das Gewaltmonopol des Staates. Sie setzen sich über das Recht der Menschen auf Freiheit und körperliche Unversehrtheit hinweg, wenn dieses Recht ihren Interessen entgegensteht.

Einige der linksextremistischen Gruppierungen bekennen offen, dass ihre Ziele nur unter Anwendung von Gewalt zu erreichen sind. Teil-

Anwendung von Gewalt

weise verüben sie Gewalttaten oder arbeiten zur Erreichung ihrer Ziele mit Gewalttätern zusammen. Dies verstößt gegen den Grundsatz des Ausschlusses jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft und verletzt, wenn sich die Gewalt gegen Personen richtet, das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Die wahren Ziele werden oftmals in Aktionsfelder und Themen eingebunden, die selbst nicht extremistisch sind. Durch gewandte Agitation gelingt es Linksextremisten teilweise, den bisherigen Konsens aller Demokraten in der Ablehnung jeder Art politischen Extremismus zu durchbrechen. Beispiele für eine Aufweichung dieser klaren Grenzziehung sind das Zusammenwirken demokratischer Gruppierungen mit Linksextremisten bei einzelnen Protestthemen wie z.B. in der Antifaschismusbewegung, in der Antikernkraftbewegung und in Fällen der Zusammenarbeit in der Landespolitik einzelner Bundesländer. So ist es der linksextremistischen Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) nach den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern am 27. September 1998 als erster extremistischer Partei seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland gelungen, an einer Koalitionsregierung mitzuwirken. Diese Koalitionsregierung kam im November 2000 zu der Auffassung, dass die Kommunistische Plattform der PDS (KPF) keine Gefahr für das demokratische Gemeinwesen darstelle. Die Beobachtung der KPF durch den Verfassungsschutz in Mecklenburg-Vorpommern wurde daraufhin eingestellt. In Sachsen-Anhalt wird die Landesregierung seit 1994 über ein Tolerierungsmodell von der PDS mitgetragen. Die Zusammenarbeit von Demokraten mit Extremisten schwächt die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie.

Internet

Für ihre Agitation und Mobilität bei Demonstrationen oder anderen Aktionen nutzen Linksextremisten seit mehreren Jahren zunehmend die Vorteile der modernen Kommunikationsmöglichkeiten wie Handy und Internet.

Zentrale Agitationsthemen der Linksextremisten waren Neonazismus/Faschismus, Rassismus, Asyl- und Abschiebeproblematiken, Arbeitslosigkeit und vermeintlicher Sozialabbau.

1.2 Entwicklung der Organisationen

Anstieg der Mitgliederzahlen

Die Zahl der Mitglieder linksextremistischer und linksextremistisch beeinflusster Parteien und Gruppierungen ist leicht gestiegen. In Bayern

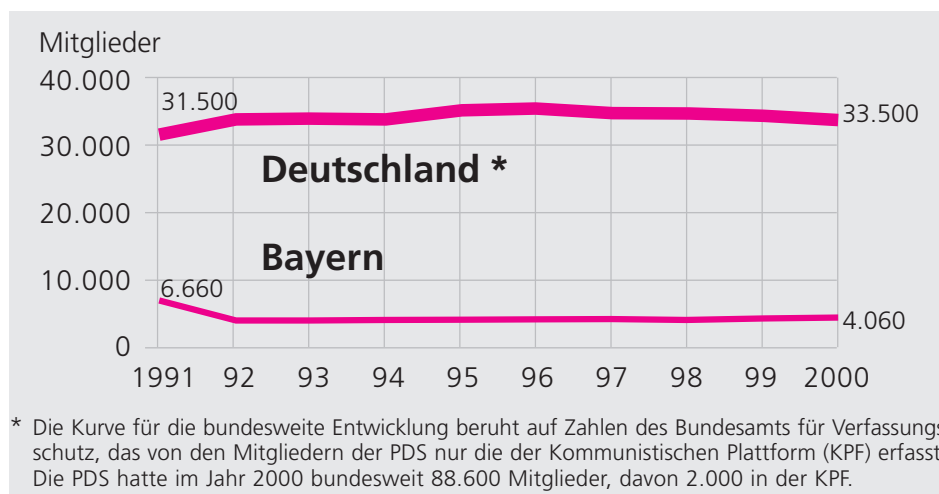
nahm die Zahl der PDS-Mitglieder und -Sympathisanten zu. Die Mitgliederzahl der DKP blieb gleich.

Die Zahl der Anhänger autonomer Gruppen, die eine der bedeutendsten und gewalttätigsten Strömungen des Linksextremismus darstellen, blieb unverändert. Sie werden von anderen linksextremistischen Organisationen wie der PDS zunehmend als Partner für Aktionen akzeptiert.

Die Entwicklung der Zahl linksextremistischer und linksextremistisch beeinflusster Organisationen in Bayern und ihrer Mitgliederstärken ist aus der folgenden Übersicht zu ersehen. Erkannte Mehrfachmitgliedschaften sind jeweils nur bei einer Organisation erfasst.

	1998	1999	2000
Anzahl der Organisationen	41	40	40
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten			
PDS	450	600	650
DKP	600	600	600
Marxistische Gruppe (MG)	700	700	700
weitere Kernorganisationen	510	460	460
Nebenorganisationen	70	70	70
beeinflusste Organisationen	1.080	1.080	1.080
Anarchisten und Sozialrevolutionäre			
	500	500	500
Linksextremisten insgesamt	3.910	4.010	4.060

Zahl und Mitgliederstärke linksextremistischer Organisationen in Bayern



1.3 Linksextremistische Gewalt

Schwerpunkt Antifa

Die Zahl der linksextremistischen Gewalttaten ist in Deutschland von 711 auf 827 angestiegen. In Bayern ist die Zahl der Gewalttaten von 25 auf 39 gestiegen. Schwerpunkt mit 38 Gewalttaten waren wie im Vorjahr tätliche Auseinandersetzungen mit tatsächlichen oder vermeintlichen Rechtsextremisten. Wie in den Vorjahren liegt Bayern im bundesweiten Vergleich im unteren Bereich.

Die linksextremistischen Gewalttaten wurden wieder zu über 80 % von Gruppen und Einzeltätern aus dem gewaltbereiten autonomen und anarchistischen Spektrum begangen. Ziel der gewalttätig agierenden linksextremistischen Gruppen ist nach wie vor die Destabilisierung der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung, in der sie ein „Instrument zur Durchsetzung weltweiter kapitalistischer und imperialistischer Ausbeuterinteressen“ sehen.

Schwere Gewalttaten

Bei der Auseinandersetzung zwischen Links- und Rechtsextremisten kam es wieder zu schweren Gewalttaten gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten. Die Angriffe der Linksextremisten, die sie als „Kampf gegen den Faschismus“ zu rechtfertigen versuchen, richteten sich dabei vor allem gegen Veranstaltungen, aber auch einzelne Personen wurden gezielt angegriffen.

Das Thema „Antifaschismus“ wird auch in Zukunft eines der wichtigsten Aktionsfelder autonomer Politik und damit auch autonomer Militanz bleiben. Auch hier ist aber das eigentliche Angriffsziel der Staat, dem unterstellt wird, „Faschisten“ zu schützen.

2. Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten

Versuch der Bündelung extre- mistischer Kräfte

Marxistisch-leninistisch ausgerichtete Organisationen und andere revolutionäre Marxisten bemühen sich weiterhin, durch massive Kritik an den „herrschenden Verhältnissen“ und Forderungen nach „Fundamentalopposition“ ihren sozialistischen und kommunistischen Zielen näher zu kommen. Dabei gelang es nur begrenzt, die unterschiedlichen Ideologien und Strömungen zu bündeln. Die PDS, die nach dem Zusammenbruch des SED-Unrechtsregimes einen neuen Weg des „demokratischen Sozialismus“ zu beschreiben vorgibt, versucht, Linksextremisten aller Richtungen zu integrieren.

2.1 Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	88.600	650
Vorsitzende(r):	Gabriele Zimmer	Uwe Hixsch, Eva Bulling-Schröter
Umbenennung der SED:	16./17.12.1989	
Gründung:		11.09.1990
Sitz:	Berlin	München
Publikationen:	Neues Deutschland, junge Welt (beides PDS-nahe Zeitungen), DISPUT, PDS-Pressedienst, UTOPIE-kreativ, Mitteilungen der KPF, TITEL	

Die ehemals in der DDR herrschende Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) hat sich nach der friedlichen Revolution und dem Zusammenbruch ihres Unrechtsregimes nicht aufgelöst. Sie beschloss auf ihrem Sonderparteitag am 16./17. Dezember 1989 in Berlin-Weißensee, sich in „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands - Partei des Demokratischen Sozialismus (SED-PDS)“ umzubenennen. Auf einer Tagung des Parteivorstands der SED-PDS am 4. Februar 1990 wurde der Parteiname endgültig in Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) geändert. Der 1. Parteitag der PDS am 24./25. Februar 1990 bestätigte die Namensänderung.

Umbenannte SED

2.1.1 Ideologische Ausrichtung

Die PDS versteht sich als linke „Strömungspartei“ für sozialistische Gruppen und Personen, die die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland kritisieren und ablehnen. Das auf der 1. Tagung des 3. Parteitags der PDS vom 29. bis 31. Januar 1993 in Berlin beschlossene und bis heute gültige Parteiprogramm - ein neues Programm ist in Vorbereitung - stellt fest, die PDS sei ein Zusammenschluss unterschiedlicher linker Kräfte, die - bei allen Meinungsverschiedenheiten - darin übereinstimmen, dass die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums überwunden werden müsse. Die Beseitigung des Kapitalismus, die Überwindung des mit ihm verbundenen politischen Systems der Freiheit und der Demokratie im Sinn unseres Grundgesetzes sowie die Errichtung einer neuen

*Gegen
Kapitalismus*

„sozialistischen Gesellschaft“ gehören somit, auch wenn die Revolutionsrhetorik des Marxismus-Leninismus vermieden wird, zu den Zielen der Partei, die vor allem außerparlamentarisch erreicht werden müssten. Das Bekenntnis der Partei zum außerparlamentarischen Kampf und zum Widerstand gegen die „Herrschenden“ und die „gegebenen Verhältnisse“ ist mit der Grundidee der parlamentarischen repräsentativen Demokratie des Grundgesetzes unvereinbar.

*Bekenntnis zu
Marx und Engels*

Die PDS vertritt einen konsequenten Internationalismus und ist dem Erbe von Marx und Engels, den vielfältigen Strömungen der revolutionären und internationalen Arbeiterbewegung sowie anderen revolutionären und „volks-demokratischen“ Bewegungen verbunden und dem Antifaschismus verpflichtet. Die Berufung auf Marx und Engels, die historische Entwicklung der Partei sowie die politische Herkunft ihrer Mitglieder aus kommunistischen Organisationen, insbesondere der SED, müssen auch bei der Auslegung ihrer programmatischen Äußerungen berücksichtigt werden. Die PDS verwendet Begriffe wie Demokratie und Menschenrechte, die sie auch schon als SED gebraucht hat. Die Realität der DDR bewies jedoch, dass diese Begriffe dort anders, nämlich freiheits- und demokratiefeindlich, definiert waren. Ursache für die andere Interpretation politischer Begriffe ist deren bewusste Umwidmung im Lehrgebäude des Marxismus-Leninismus, in dessen Denkschule die Mehrheit der Mitglieder der PDS erzogen wurde. Deshalb besitzen die in ihrer Programmatik verwendeten Begriffe eine Doppeldeutigkeit.

*Umwidmung
von Begriffen*

*Rechtfertigung
des DDR-Regimes*

In den programmatischen Äußerungen der PDS fällt die Kritik an den früheren kommunistischen Zwangssystemen Mittel- und Osteuropas sowie der DDR zurückhaltend aus. Die bolschewistische Oktoberrevolution von 1917 und die mit ihr verbundenen globalen politischen Umwälzungen bewertet das Parteiprogramm positiv. Es widmet auch der Rechtfertigung des „Sozialismusversuchs“ in der DDR und den übrigen osteuropäischen Staaten breiten Raum.

Einer weiteren programmatischen Orientierung dienen auch die vom Parteivorstand der PDS am 28. November 1994 beschlossenen „10 Thesen zum weiteren Weg der PDS“ und das anlässlich der 1. Tagung des 4. Parteitags der PDS vom 27. bis 29. Januar 1995 in Berlin verabschiedete Fünf-Punkte-Papier „Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel“, das in Kontinuität zum Parteiprogramm steht und am Anspruch grundlegender Veränderung der Staats- und Gesellschaftsordnung festhält.

An der 3. Tagung des 6. Parteitags der PDS vom 7. bis 9. April in Münster/Nordrhein-Westfalen nahmen knapp 500 Delegierte sowie zahlreiche Gäste befreundeter Parteien und Organisationen aus dem In- und Ausland teil. „Solidarisch, gerecht, zukunftsfähig. Die sozialistische Opposition - PDS“ lautete das Motto, mit dem die PDS zum ersten Mal seit ihrem Bestehen einen Parteitag in den alten Bundesländern ausrichtete und damit ein Zeichen für eine Öffnung in den Westen und die gesamte Gesellschaft setzen wollte. Zündstoff im Vorfeld des Parteitags lieferte ein Brief des Fraktionsvorsitzenden der PDS im Deutschen Bundestag Dr. Gregor Gysi vom 6. März - veröffentlicht im PDS-Presse-dienst Nummer 11 vom 17. März - an die Delegierten, in dem er appellierte, die Partei solle sich von der „dogmatischen Linken“ trennen; dies sei Bedingung und Bestandteil der Erneuerung der PDS. Die Kommunistische Plattform der PDS (KPF) betätige sich im Wesentlichen als ideologische Wächterin und enthalte sich jeglicher konkreter Politik. Sie bewerte lediglich die konkreten Politikvorschläge der anderen ideologisch.



Bereits in diesem Brief deutete Dr. Gysi erstmals seinen eventuellen Rücktritt als Fraktionsvorsitzender der PDS an:

„Was wir meines Erachtens viel weniger benötigen, sind permanente ideologische Kontrollinstanzen über diejenigen, die von früh bis spät Politik für die PDS machen. Andernfalls könnten Letztere eines Tages lustlos werden, und das könnte zu einem nicht unerheblichen Substanzverlust für die Partei führen.“

Dr. Gregor Gysi kündigte dann auch in seiner Parteitagsrede an, im Herbst nicht mehr für den Fraktionsvorsitz oder für eine andere Funktion im Fraktionsvorstand der PDS kandidieren zu wollen. Er werde sich im Jahr 2002 auch nicht mehr um ein Bundestagsmandat bewerben.

*Dr. Gysis Rücktritts-
ankündigung*

In seiner Rede zur Eröffnung des Parteitags betonte der PDS-Ehrenvorsitzende, Europaabgeordnete und ehemalige Ministerpräsident der DDR, Dr. Hans Modrow, die PDS habe als Partei für soziale Gerechtigkeit Zustimmung gefunden und gelte noch immer als die-

Umgang mit der
DDR-Vergangen-
heit

jenige Partei, welche die Identität der Bürgerinnen und Bürger der alten DDR achte und deren Interessen am konsequentesten vertrete. Die PDS sei eine aus historischer Entwicklung dieses Landes entstandene Partei, die heute mehr denn je als sozialistische Partei selbstbestimmt links von der SPD für den parlamentarischen und noch viel mehr im außerparlamentarischen Kampf gefordert und gebraucht werde. Wenn über Alternativen zum real existierenden Kapitalismus nachgedacht werde, stehe die PDS damit weder allein in der Gesellschaft noch gegen das Grundgesetz. Dr. Modrow mahnte die Delegierten, Konsens zu suchen, wie es dem Wesen und Charakter einer pluralistischen Partei entspreche. Gegenseitige Blockierungen sollten auf dem Parteitag nicht fortgesetzt werden.

Außerparlamente-
rischer Kampf

Der Parteivorsitzende Prof. Dr. Lothar Bisky äußerte in seiner Rede, die PDS sei die Partei des Alltags und der sozialen Gerechtigkeit; sie sei die erste Adresse in diesem Land für sozialen Protest. Sie verfolge einen unverrückbar antimilitaristischen Kurs; sie sei gegen die Herrschaft des Kapitals, von Profit und Shareholder-Value. Stärker als bisher konzentriere sich die Kapitalmacht bei den international operierenden Banken; ein „Aktionärs-Kapitalismus“ sei entstanden und eine kapitalistische Grundstruktur der Gesellschaft zu beklagen. Für die Linke sei es von Bedeutung, eine Rahmensetzung zu schaffen, die die Profitdominanz zu brechen helfe und auf die Unterordnung unternehmerischer Gewinninteressen unter soziale und ökologische Kriterien ziele. Der Parteichef führte weiter aus:

„Magisches
Dreieck“ sozialisti-
scher Politik

„Wir waren, wir sind und wir bleiben durch und durch antikapitalistisch und darum stehen wir in Opposition in dieser Republik - auch wenn wir sinnvoller Weise hier und da regieren. (...) Gesellschaftliche Opposition, politischer Mit- und Umgestaltungsanspruch und demokratischer und sozialer Widerstand - das ist und bleibt das ‚magische Dreieck‘ sozialistischer Politik!“

In der Partei gehe die Sorge um, die so genannten Reformer könnten, um regierungsfähig zu werden, die sozialistische Identität der Partei aufgeben und eine zweite, überflüssige und funktionslose sozialdemokratische Partei anstreben. Die Gesamtpolitik der Partei stehe gegen solche Sorgen. Weder Dr. Gregor Gysi noch er selbst hätten die Absicht, den demokratisch-sozialistischen, antikapitalistischen Charakter der PDS zu verbiegen.

Prof. Dr. Biskys Rück-
trittsankündigung

Der Parteivorsitzende kündigte in seiner Rede ferner an, im Jahr 2001 nicht mehr für den Parteivorsitz zu kandidieren. Er wolle sich auf die

Arbeit im Landtag in Brandenburg konzentrieren und brauche mehr Zeit für die Leitung der Programmkommission.

Den zentralen Punkt des Parteitags bildete die Diskussion um die Haltung der Partei zu Friedenseinsätzen der Bundeswehr im Spannungsbereich Kosovo. Einem von Dr. Gregor Gysi in seinem Brief vom 6. März an die Parteitagsdelegierten geforderten Prüfungsrecht für Parteivorstand und Fraktion für friedenspolitische Einsätze der UNO mit Beteiligung der Bundeswehr schloss sich Prof. Dr. Lothar Bisky an und appellierte mit Nachdruck an die Partei, sich intensiv mit jedem Einzelfall zu befassen. Dieser Auffassung folgten die Delegierten nicht. Mit der Mehrheit von 219 zu 126 Stimmen fassten sie auf Initiative der stellvertretenden Parteivorsitzenden und Europaabgeordneten Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann den Beschluss „Nein zu UN-Militäreinsätzen - Internationale Krisen und Konflikte friedlich lösen“ und verfolgten damit einen radikal-pazifistischen, antimilitaristischen Kurs. Diesem Beschluss folgte auch der PDS Landesverband Bayern. In dem Beschluss wird unter anderem ausgeführt, die USA und ihre NATO-Verbündeten missachteten bewusst bestehende Chancen für Frieden und Abrüstung. Der globalisierte Kapitalismus maße sich das Recht an, militärisch zu intervenieren, wo und wann immer er es für erforderlich halte. Die regierungsgestützte „Politik der Selbstmandatierung“ missachte das Völkerrecht; globale Kapitalinteressen sollten durch globale Militär- und Interventionsmacht abgesichert werden. Die PDS werde sich weiterhin für die Auflösung der NATO, für das Verbot von Rüstungsexporten und für allgemeine, vollständige Abrüstung engagieren. Sie wende sich gegen jegliche Auslandseinsätze der Bundeswehr, setze sich für die deutliche Reduzierung der Streitkräfte in kürzester Zeit und die Abschaffung der Bundeswehr ein. Die PDS sei die einzige im Deutschen Bundestag vertretene Antikriegspartei.

*Haltung der PDS
zu Friedenseinsätzen
der Bundeswehr*

Der auf dem Parteitag gefasste Beschluss „Die programmatische Debatte in der PDS zielorientiert weiterführen“ sieht eine forcierte Kapitalismuskritik vor; das Profil der PDS als demokratisch-sozialistische Partei müsse durch weitergeführte Diskussionen geschärft werden. Der Parteitag beraumte die Entscheidung über den weiteren zeitlichen Verlauf der Debatte für den 7. Parteitag in Cottbus an.

*Weiterführung der
programmatischen
Debatte*

Um die Führungskrise nach der Ankündigung von Prof. Dr. Lothar Bisky und Dr. Gregor Gysi, ihre Ämter im Herbst abzugeben, zu beenden, schlug der PDS-Bundesvorstand am 15. Mai nach wochenlanger interner Diskussion Gabriele Zimmer, eine der stellvertretenden Par-

*Führungskrise bei
der PDS*

teivorsitzenden und Thüringer Fraktionsvorsitzende, als Kandidatin für die Nachfolge des amtierenden Parteivorsitzenden Prof. Dr. Lothar Bisky vor.

Cottbuser Parteitag



Stärkung der außerparlamentarischen Bewegung

An der 1. Tagung des 7. Parteitags vom 14. bis 15. Oktober in Cottbus unter dem Motto „... dass ein gutes Deutschland blühe - PDS“ beteiligten sich rund 440 Delegierte aus Bund und Ländern sowie Vertreter zahlreicher befreundeter Parteien und Organisationen aus dem In- und Ausland. Nach dem Debakel des Müns-teraner Parteitags im April, der den politischen Rückzug von Dr. Gregor Gysi und Prof. Dr. Lothar Bisky zur Folge hatte, versuchte die Partei nun ein Bild der Geschlossenheit zu vermitteln. Die Tagung war neben der Neuwahl des Parteivorstands (vgl. auch Nummer 2.1.2 dieses Abschnitts) geprägt von einer klaren Orientierung der Gesamtpartei auf eine Öffnung in die Gesellschaft hinein und einem Kooperationsangebot an die SPD. Der Ehrenvorsitzende der PDS und Europaabgeordnete Dr. Hans Modrow appellierte in seiner Eröffnungsrede, es gelte in den alten Bundesländern durch schlüssige alternative Politikangebote, durch Basis- und Bündnisarbeit mehr als bisher antikomunistische Vorurteile abzubauen und Vertrauen für eine Partei des demokratischen Sozialismus zu gewinnen. Parlamentarisches Wirken und außerparlamentarischer Kampf verbänden sich zu einer Einheit im Ringen um soziale Gerechtigkeit; die Mandatsträger sollten ihr Engagement in den außerparlamentarischen Bewegungen forcieren.

Verhältnis zu kommunistischen Positionen in der PDS

Gabriele Zimmer, die Nachfolgerin von Prof. Dr. Lothar Bisky als Parteivorsitzende, erklärte in ihrer Antrittsrede, der Unterschied der PDS zu den anderen Parteien bestehe darin, dass die PDS als demokratische Opposition gesellschaftskritisch bleiben und als Reformkraft zugleich verantwortungsvoll gestalten wolle. Gesellschaftliche Opposition gegen die Kapitaldominanz, politischer Mit- und Umgestaltungsanspruch sowie demokratischer und sozialer Widerstand seien gefordert. Die Partei müsse die sozialen Kämpfe nutzen, um sozialistische Elemente und Bestrebungen in der Gesellschaft zu stärken und die Dominanz des Kapitals und seiner Logik zu brechen. Die Stärke der PDS bestehe in ihrer pluralen Vielfalt. Dazu gehörten Genossinnen und Genossen mit kommunistischen wie mit sozialdemokratischen

Positionen, Radikaldemokraten wie Reformer. Die Kraft der Partei wachse aus der Gemeinsamkeit. Weiter führte sie aus:

„Wir wollen diese Bundesrepublik umgestalten. Sie muss gerechter und sozialer, ökologischer, gebildeter und kultivierter werden. Kurz: Wir streiten für eine gesellschaftliche Alternative, für eine sozialistische Gesellschaft - mitten in Europa und unseren Nachbarn zugetan.“

*Für eine andere
Bundesrepublik*

Der Leitantrag „Den Politikwechsel nachholen! Deutschland braucht mehr sozialistische Politik! Die PDS und die Wahlen 2002“, den Gabriele Zimmer, PDS-Bundesgeschäftsführer Dr. Dietmar Bartsch und der neue Fraktionsvorsitzende der PDS im Deutschen Bundestag Roland Claus vorlegten, wurde von den Delegierten bei nur vier Gegenstimmen angenommen. Der Beschluss ändert die programmatische Ausrichtung der Partei nicht. In ihm benennt die Partei Schwerpunkte für den Bundestagswahlkampf sowie für Landtags- und Kommunalwahlen. Sie versucht zugleich eine Strategie aufzuzeigen, ihre politischen Zielsetzungen in die Bundespolitik einzubringen:

*Nachholung des
„Politikwechsels“*

„Es geht darum, den gesellschaftlichen Druck auf die Bundesregierung so zu vergrößern, dass mittelfristig in Deutschland ein Mitte-Links-Bündnis unter Einschluss der PDS möglich und eine Wende zu einer demokratischen, sozialen und ökologischen Reformpolitik realisierbar wird. (...) Die PDS bietet der SPD die Zusammenarbeit in den ostdeutschen Ländern mit dem Ziel an, mit allen Kräften um einen grundlegenden Wandel der wirtschaftlichen, sozialen und beschäftigungspolitischen Situation in Ostdeutschland zu ringen.“

Weiter heißt es in dem Beschluss, der erhoffte Politikwechsel unter der rot-grünen Bundesregierung sei nicht eingeleitet worden. Die PDS gehe in den Wahlkampf 2002 als die linke Opposition im Deutschen Bundestag, als gesellschaftspolitische Opposition zum Marktliberalismus, als Antikriegs- und Friedenspartei. Mit wirkungsvoller Unterstützung außerparlamentarischer Bewegungen solle eine Veränderung des gesellschaftlichen Klimas in der Bundesrepublik Deutschland erreicht werden. Der soziale und ökologische Umbau der Gesellschaft brauche eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, eine Umverteilung von oben nach unten. Große private Vermögen seien nicht das Ergebnis eigener Arbeit, sondern Resultat staatlicher Enteignung der Arbeitenden. Die PDS werde 2002 mit Listen antreten, die für demokratische Sozialistinnen und Sozialisten mit und ohne PDS-Mitgliedschaft offen seien. Sie wolle mit mehr als sechs Prozent der Stimmen und trotz veränderter Wahl-

*Umbau der
Gesellschaft*

kreise mit mindestens drei Direktmandaten in den nächsten Deutschen Bundestag einziehen.

Resolution zum Antifaschismus

In der ebenfalls vom Parteitag verabschiedeten Resolution „Die PDS und der Antifaschismus“ bekräftigt die Partei ihr programmatisches Bekenntnis zu Antifaschismus, Antirassismus und Antimilitarismus:

„Die Partei des Demokratischen Sozialismus versteht sich als entschieden antifaschistische, antirassistische und antimilitaristische Partei. Sie steht in der Tradition der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung sowie weiterer Bewegungen gegen Faschismus und Krieg, gegen Imperialismus und Kolonialismus, ... (...) Die Partei des Demokratischen Sozialismus unterstützt alle Anstrengungen zur Herstellung breiter Bündnisse auf allen Ebenen, in denen ohne Führungsanspruch und Ausgrenzung sowohl die Gewerkschaften, die Vertreter der Jugendverbände und Kirchen, der demokratischen Parteien, aller Organisationen und Initiativen ihren Platz finden, die sich dem Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus verpflichtet fühlen.“

2.1.2 Organisation

Bundesweit rückläufige Mitgliederzahl

Die PDS ist eine auf Bundesebene organisierte Partei mit Sitz in Berlin. Sie gliedert sich in 16 Landesverbände, deren Gebiete mit den Ländern identisch sind, mit Kreisverbänden und Basisorganisationen. Sie verfügt bundesweit über rund 88.600 Mitglieder (Ende 1999: 94.000), davon etwa 4.000 (1999: 3.200) in den alten Bundesländern. Während die Mitgliederentwicklung in den neuen Bundesländern rückläufig ist, steigt sie in den alten Bundesländern leicht an. Ursache für den Rückgang der Mitgliederzahl insgesamt ist weniger der Austritt als vielmehr der Tod älterer Mitglieder. Über 60 % der Parteimitglieder in Ostdeutschland sind 60 Jahre und älter, nur 2 % sind jünger als 30 Jahre.

Gabriele Zimmer neue Parteivorsitzende

Auf der 1. Tagung des 7. Parteitags vom 14. bis 15. Oktober in Cottbus wurde der 18-köpfige Parteivorstand neu gewählt. Kommunal- und Landespolitiker haben nunmehr deutlich mehr Gewicht erhalten. Die designierte Parteivorsitzende Gabriele Zimmer übernahm mit einem Wahlergebnis von 93,3 % das Amt von Prof. Dr. Lothar Bisky. Als stellvertretende Parteivorsitzende wurden erstmals die Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des PDS Landesverbands Berlin, Petra Pau, und der Vorsitzende der PDS Sachsen, Prof. Dr. Peter Porsch, gewählt; als weiterer stellvertretender Parteivorsitzender wurde

Dr. Diether Dehm erneut gewählt. Dr. Dietmar Bartsch und Uwe Hobler wurden in ihren Ämtern als Bundesgeschäftsführer bzw. Bundesschatzmeister bestätigt. Unter den weiteren neu gewählten Mitgliedern des Parteivorstands befinden sich auch der stellvertretende Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Helmut Holter, der Bundessprecher des PDS-nahen Jugendverbands 'solid (vgl. auch Nummer 2.1.4 dieses Abschnitts), Rouzbeh Taheri, und das Mitglied des Bundeskoordinierungsrats der KPF, Sahra Wagenknecht, die dem Gremium bereits zwischen 1993 und 1995 angehörte und nach Rücktrittsdrohungen der damaligen Parteispitze 1995 nicht wieder gewählt worden war. Mit der Wahl von Sahra Wagenknecht in den Parteivorstand - sie wurde mit 61,6 % der Delegiertenstimmen gewählt - demonstrierte die Partei, dass sie sich von der marxistisch-leninistischen KPF nach wie vor nicht distanziert, sondern sie vielmehr bewusst in die Parteiführung einbindet.



*KPF-Vertreterin im
Parteivorstand*

Seit Jahren nutzt die PDS die Kommunikationsmöglichkeiten im Internet. Verschiedene Gliederungen der Partei, wie die PDS-Delegation in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/ Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament, die Fraktion der PDS im Deutschen Bundestag, der Bundesvorstand und Einzelpersonen sind neben einer so genannten Startseite der PDS mit eigenen Homepages vertreten. Gleiches gilt in Bayern für die Kreisverbände Nürnberg, München und Würzburg sowie die Basisorganisationen Bamberg, Passau, Dachau, Moosburg und die AG Kommunistisches Forum in und bei der PDS Bayern. Die Nutzung des Internets durch den PDS-Bezirksverband Oberfranken befindet sich im Aufbau. Die PDS-Jugendorganisation AG Junge Genossinnen nutzt in Baden-Württemberg, der PDS-nahe Jugendverband 'solid bundesweit das moderne Kommunikationsmedium.

*Nutzung des
Internets*

2.1.3 Plattformen, Arbeits- und Interessengemeinschaften

Plattformen, Arbeits- und Interessengemeinschaften sowie ähnliche innerparteiliche Zusammenschlüsse sind wesentlich für die Bündnis- und Integrationspolitik der PDS. Sie wirken im Rahmen des Statuts in der Partei und können sich eigene Satzungen geben. Sie sind damit integrale Bestandteile der PDS. Diese Strukturen können nach dem

*Integrale Bestand-
teile der PDS*

Gewaltbereite
Gruppen in der
PDS

Statut der PDS ihre politischen Ziele in der Partei offen vertreten. Die PDS muss sich deshalb die Tätigkeit der Plattformen, Arbeits- und Interessengemeinschaften wie auch das Wirken der sonstigen innerparteilichen Zusammenschlüsse sowie die Äußerungen ihrer Mitglieder als Gesamtpartei zurechnen lassen. Plattformen sind in der Regel Zusammenschlüsse mit gemeinsamer Ideologie, während Arbeits- und Interessengemeinschaften themenbezogen auf wichtigen Aktionsfeldern tätig werden. Die Arbeitsgemeinschaften Junge GenossInnen in und bei der PDS, Autonome Gruppen in und bei der PDS sowie das Libertäre Forum bei der PDS zeigen, dass die PDS auch mit gewaltbereiten Gruppen zusammenarbeitet und diese sogar in den eigenen Reihen duldet und agieren lässt.

2.1.3.1 Kommunistische Plattform (KPF)

Bekanntnis zum
Marxismus-Leninismus

Die am 30. Dezember 1989 gegründete KPF der PDS - ihr sind etwa 2.000 Mitglieder zuzurechnen - ist eine marxistisch-leninistische Organisation. Sie betrachtet die DKP als natürliche Verbündete und arbeitet auch mit der noch in der DDR gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zusammen. Innerhalb der PDS ist die KPF die Gruppierung, die sich am deutlichsten zum Kommunismus bekennt. Sie strebt die Fortsetzung marxistischer und leninistischer Politik, also die Diktatur des Proletariats, an. In ihren Thesen zur Gründung der KPF betonte sie:

„Die revolutionäre Arbeiterbewegung mit dem Wissenschaftlichen Kommunismus, mit dem Marxismus-Leninismus, zu verbinden, aufgrund der marxistisch-leninistischen Analyse der realen Gesellschaftsentwicklung Strategie und Taktik zu bestimmen und Politik zu organisieren - ist vornehmste Aufgabe der Kommunisten und sie bleibt es.“

Klassenlose
Gesellschaft als Ziel

Nach einer programmatischen Erklärung vom Februar 1994, verfasst von drei Sprechern der KPF, bildet der Wissenschaftliche Kommunismus, wie er durch Lenin, Luxemburg, Gramsci, Trotzki, Bucharin oder Mao Tse-tung weiterentwickelt worden ist, die Grundlage für die Politik der KPF. Ziel der KPF sei die revolutionäre Transformation der alten, der Klassengesellschaft, in eine neue, klassenlose Gesellschaft.

Die KPF betrachtet es als ihre Aufgabe, die Arbeiterbewegung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus zu verbinden, den Marxismus zu verteidigen und für den Aufbau einer kommunistischen Bewegung in

Deutschland zu arbeiten. Als Grundpositionen werden unter anderem Antikapitalismus, Antiimperialismus und Antimilitarismus, der Vorrang außerparlamentarischer Politik vor Parlamentarismus und die Ablehnung der Teilnahme an bürgerlichen Regierungen genannt. Die KPF strebt eine enge Zusammenarbeit mit anderen kommunistischen Parteien und Organisationen an und sucht die Beteiligung an außerparlamentarischen Initiativen.

Grundpositionen
der KPF

Als Reaktion auf den Brief des seinerzeitigen Fraktionsvorsitzenden der PDS im Deutschen Bundestag, Dr. Gregor Gysi, vom 6. März an die Parteitage delegierten (vgl. auch Nummer 2.1.1 dieses Abschnitts), der die Trennung der „dogmatischen Linken“ von der Gesamtpartei forderte, veröffentlichten Prof. Dr. Michael Benjamin (er verstarb am 7. August), Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer und Dr. Winfried Wolf ein „Minderheitsvotum“, das programmatische Positionen der KPF verteidigt. In dem in den Mitteilungen der KPF Heft 4 vom April veröffentlichten Positionspapier heißt es:

„Angesichts der Tatsache, dass Deutschland erstmals wieder an einem Angriffskrieg mitgewirkt hat, bekennen wir uns nachdrücklich zu dem strikt antimilitaristischen Kurs des Parteiprogramms, ... (...) Wir bleiben dabei: Erste Orientierung der PDS ist der außerparlamentarische und parlamentarische Widerstand. Eine Regierungsbeteiligung der PDS auf Bundesebene scheidet bei den gegebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und dem Fehlen einer starken außerparlamentarischen Bewegung und damit für absehbare Zeit aus. Sie würde die PDS zwingen, Politik gegen ihr Programm zu verantworten, ... (...) Dieses Land braucht die PDS als sozialistische, ökologische, antimilitaristische, demokratische und systemoppositionelle Kraft.“

Außerparlamentarischer
Widerstand

Friedrich Rabe, einer der Sprecher der KPF, verfasste in den Mitteilungen der KPF Heft 6 vom Juni im Nachgang zur 3. Tagung der 9. Bundeskonferenz der KPF vom 26. April in Berlin eine Erklärung über „Die Aufgaben der Kommunistischen Plattform der PDS nach dem Münsteraner Parteitag“. Darin führt er aus:

„Und wenn ich über linke Alternativen spreche, so ist heute in erster Linie Widerstand gegen die immer totalitärer werdende Form der Kapitalherrschaft gemeint. Die so genannte Globalisierung ist die zunehmend totale Dominanz des Kapitals, einschließlich der Tatsache, dass der Krieg wieder ein scheinbar legitimes Mittel der Politik geworden ist. (...) Es nützt nichts, zu beklagen, dass außerparlamentarische Bewegungen schwach sind. Die Feststellung stimmt. Aber der Schluss daraus darf nicht ihre Vernachlässi-

gung und der bloße Rückzug auf den Parlamentarismus sein, sondern muss zu einer stärkeren Konzentration hinsichtlich der Entwicklung aller Keime außerparlamentarischen Kampfes führen.“

2.1.3.2 **Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS**

Die AG Junge GenossInnen trat bisher als bundesweiter Zusammenschluss auf, der innerhalb der PDS unter eigenem Namen agierte. Diese Gruppierung, der sich rund 500 Mitglieder und 1.000 Sympathisanten zurechneten - die Hälfte stammte aus den westlichen Ländern -, diente als Bindeglied der PDS zu jugendlichen undogmatischen Linksextremisten, besonders Autonomen.

Organisatorische Schwächen

Weil der AG Junge GenossInnen in der Vergangenheit organisatorische Schwächen vorgehalten wurden, ist ein neuer bundesweiter PDS-naher Jugendverband (vgl. auch Nummer 2.1.4 dieses Abschnitts) gegründet worden. Ein offizieller Auflösungsbeschluss der AG Junge GenossInnen ist bisher nicht bekannt geworden. Landesweite aktive Strukturen finden sich noch in Baden-Württemberg, Sachsen und Sachsen-Anhalt. In Berlin und Nordrhein-Westfalen beschränken sich Aktivisten der AG Junge GenossInnen auf ein lokales Betätigungsfeld.

2.1.3.3 **Marxistisches Forum (MF)**

Weiterentwicklung der marxistischen Theorie

Am 6. Juni 1995 konstituierte sich in Berlin das orthodox-kommunistisch ausgerichtete MF. Es will die soziale, ökonomische und politische Situation mit den Mitteln des Marxismus analysieren, die marxistische Theorie weiterentwickeln und zur theoretischen Fundierung der Politik der PDS beitragen. Dazu gehören neben der marxistischen Aufarbeitung der Geschichte der DDR und des Sozialismus auch die Untersuchung der Dialektik von systemimmanenten und systemüberwindenden Reformen. Außerdem solle auf die notwendige Verstärkung des antimilitaristischen Kampfes aufmerksam gemacht werden. Dem Zusammenschluss innerhalb der PDS gehören rund 60 Parteimitglieder und Personen des Staatsapparats, des Kultur- und Wirtschaftsbereichs der ehemaligen DDR an. Das Forum übt Einfluss in der Partei unter anderem über die Mitgliedschaft in verschiedenen Parteigremien (wie Programmkommission und Parteirat) aus.

Am 16. September veranstaltete das MF in Berlin eine Konferenz „Zur PDS-Programmdebatte, Positionen, Probleme, Polemik“. Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer, einer von fünf Sprechern des MF, führte im Einführungsreferat aus, das geltende Programm der PDS von 1993 sei ein in den Grundzügen marxistisches. Marxistische Theorie stelle nicht nur Politikberatung dar, sondern analysiere Verhältnisse und Kämpfe, Bedingungen und Möglichkeiten des Kampfes. Während die marxistisch-leninistische Orthodoxie die Theorie der Politik unterworfen habe, stehe die PDS vor der Gefahr, dass sich die Politik von der Theorie gänzlich loslöse und im bürgerlichen Politikbetrieb, im Pragmatismus aufgehe. Die Sprecherin der KPF, Ellen Brombacher, kritisierte in ihrem Vortrag den Kapitalismus, der in der Gesellschaft vorherrsche. In einer anschließenden Plenardebatte beschäftigten sich die Delegierten mit den Problemen von der Funktion von Reformalternativen und Übergangsforderungen im heutigen Kampfabschnitt der sozialistischen Bewegung bis hin zur Festlegung einer realistischen Taktik der PDS im Kampf gegen den „kriegerischen Kapitalismus“.

*Aufrechterhaltung
marxistisch-leninistischer Orthodoxie*

2.1.4 Jugendverband 'solid

Am 19. Juni 1999 wurde in Hannover der Jugendverband 'solid - die sozialistische Jugend gegründet. Der Name des zunächst 175 Mitglieder zählenden Verbands steht für „**sozialistisch, links und demokratisch**“. Ziel des Jugendverbands ist es nach der im PDS-Pressedienst Nummer 25 vom 25. Juni 1999 abgedruckten Gründungserklärung, in organisierter Form der „rechten Hegemonie in der Gesellschaft“ entgegenzutreten. Man wolle keine „Kampfreserve“ der PDS werden, sondern strebe „eine gleichberechtigte Zusammenarbeit auch mit den regionalen und lokalen Jugendstrukturen in und bei der PDS“ an; 'solid sei nicht die Jugendorganisation der PDS. Dem Jugendverband gehören in 16 Landesverbänden zwischenzeitlich rund 650 Mitglieder (davon 25 in Bayern) an.

*Gründungs-
erklärung*

Laut PDS-Pressedienst Nummer 14 vom 7. April veranstaltete die sozialistische Jugend vom 24. bis 26. März in Magdeburg/Sachsen-Anhalt ihre erste Bundesdelegiertenkonferenz unter dem Motto „Für eine sozialistische Zukunft. Gründe haben wir genug“. Etwa 100 Delegierte berieten die programmatische Entwicklung und politische Schwerpunktsetzung im Jahr 2000. Eine politische Plattform wurde verabschiedet. Der sozialistische Jugendverband sieht sich darin in

*Bundesdelegierten-
konferenz*

Verbundenheit mit der PDS

kritisch-solidarischer Nähe zur PDS: „Trotz der sinnvollen politischen und organisatorischen Verbundenheit mit der PDS ist 'solid keine Parteijugend oder PDS-Nachwuchsorganisation.“

Auf der 1. Tagung des 7. Parteitags vom 14. bis 15. Oktober in Cottbus erklärte dagegen der scheidende Parteivorsitzende Prof. Dr. Lothar Bisky:

„Wir haben jetzt mit 'solid einen Jugendverband bei der PDS. Darüber freuen sich alle sehr, aber an der ganz konkreten Hilfe fehlt es. Mein Vorschlag: Wir halbieren unsere Freude und verdoppeln unsere sehr praktische Unterstützung für 'solid in Kreisen, Ländern und auf Bundesebene.“

Organ des PDS-nahen Jugendverbands ist „Die Ware“; es erscheint vierteljährlich. Mit Rouzbeh Taheri, Mitglied des Bundessprecherrats von 'solid, wurde auf dem Parteitag in Cottbus zum ersten Mal ein Funktionär des parteinahen sozialistischen Jugendverbands in den Bundesvorstand der PDS gewählt.

2.1.5 PDS Landesverband Bayern

Organisation in Bayern

Die in Bayern seit dem 11. September 1990 bestehende PDS setzt sich aus dem Landesverband, elf Kreisverbänden und 29 Basisorganisationen zusammen. Der Sitz des Landesverbands Bayern befindet sich in München. Die Bundestagsfraktion der PDS unterhält in Nürnberg und München je ein Regional-Büro. Für eine Reihe von örtlichen Strukturen, die keine Basisorganisationen sind, bestehen Kontakt- und Anlaufadressen.



Mitgliederzuwachs

In Bayern ist die Zahl der beitragspflichtigen Mitglieder der PDS einschließlich Plattformen und Arbeitsgemeinschaften weiter angestiegen. Waren es Ende 1999 noch etwa 400 Mitglieder, so liegt derzeit die aktuelle Mitgliederzahl bei rund 450. Die Zahl der Sympathisanten, die den Mitgliedern gleichgestellt sind, blieb mit 200 unverändert. Das Durchschnittsalter der bayerischen PDS-Mitglieder ist deutlich niedriger als das der Parteimitglieder in Ostdeutschland.

Verbreiterung der Basis

Die organisatorische Basis des PDS Landesverbands Bayern hat sich insgesamt verbreitert. Neu hinzugekommen sind der Bezirksverband Oberfranken, die Kreisverbände Passau und Regensburg sowie Basisorganisationen in Bamberg, Bayreuth, Eichstätt, Fürth, Hof, Ludwigsstadt, Marktleugast, München-Ost und Passau. Der Ausbau der Orga-

nisationsstruktur in Oberfranken wurde maßgeblich von dem im September 1999 von der SPD zur PDS übergewechselten Coburger Bundestagsabgeordneten Uwe Hikschr vorangetrieben. Außerdem wurden beim Landesverband drei neue Arbeitsgemeinschaften ins Leben gerufen: Die AG Rechtsextremismus, die AG Antifaschismus und die „AG zur Kritik kapitaldominierter Politik in Land und Kommunen - Arbeitsgemeinschaft in und bei der PDS Bayern“. Die PDS-Basisorganisation Ansbach wurde aufgelöst.

Ausbau der Organisationsstruktur in Oberfranken

Aktivisten der KPF arbeiten landesweit in der „AG der Kommunistischen Plattform in Bayern“ mit Sitz am Landesbüro der PDS in München. Die KPF ist in Nürnberg mit einer Regionalgruppe und in München mit einer Ortsgruppe vertreten. Ihr gehören etwa 30 Personen an. Die KPF München widmete sich besonders den Lehren von Marx und Lenin. Als Publikationsorgan der KPF der PDS München erscheint die Flugschrift „was tun“.



Die AG Junge GenossInnen verfügt über Ortsgruppen in Ingolstadt, Nürnberg und München. Sie weist allerdings keine nennenswerten Aktivitäten mehr auf. Der PDS-nahe Jugendverband 'solid ist in Nürnberg, München und seit Beginn des Jahres in Marktregast mit Ortsgruppen vertreten.

Auf Initiative des bayerischen Bundestagsabgeordneten Uwe Hikschr wurde am 10. April der PDS-nahe Kurt-Eisner-Verein mit Sitz in Coburg gegründet. Die Zukunft der Erwerbsarbeit und die Geschichte der Arbeiterbewegung in Bayern sind Schwerpunkte seiner Bildungsarbeit.

Der PDS Landesverband Bayern führte insgesamt drei Landesparteitage durch. Auf der 2. Tagung des Parteitags am 28. Oktober in Ingolstadt wurden die Bundestagsabgeordneten Uwe Hikschr und Eva Bulling-Schröter als neue Landessprecher gewählt. Für Finanzen und Ordnung sind nunmehr Anett Lange und Olaf Ostertag verantwortlich. In den neuen achtköpfigen erweiterten Landesvorstand wurde unter anderem der ehemalige stellvertretende Juso-Landesvorsitzende Enrico Junghänel gewählt. Er ist in dem PDS-nahen Jugendverband 'solid engagiert.

Neuwahlen zum Landesvorstand

Der politische Aschermittwoch der PDS Bayern teilte sich in drei Veranstaltungen auf. Der seinerzeitige Fraktionsvorsitzende der PDS im Deutschen Bundestag, Dr. Gregor Gysi, und die bayerische Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter sprachen sowohl in Ingolstadt

Politischer Aschermittwoch

als auch in Passau über aktuelle politische Themen. Der Coburger Bundestagsabgeordnete Uwe Hixsch führte eine Veranstaltung in München durch. Er erklärte, dass die PDS eine antifaschistische und antirassistische Partei bleiben müsse und unterstrich, dass von der Parteiführung geplanten Programmänderung zu den UN-Einsätzen im Kosovo sei entschieden entgegenzutreten. Die PDS müsse eine antimilitaristische Partei bleiben.

2.1.6 Teilnahme an Wahlen

*Im Westen
Deutschlands
Splitterpartei*

Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 27. Februar erzielte die PDS mit rund 20.000 Wählerstimmen einen Stimmanteil von 1,4 % und verfehlte damit wiederum den von ihr angestrebten erstmaligen Einzug in ein Landesparlament in Westdeutschland. Auch bei der am 14. Mai in Nordrhein-Westfalen durchgeführten Landtagswahl erfüllten sich die Erwartungen der PDS nicht. Sie erreichte einen Stimmenanteil in Höhe von 1,1 % und scheiterte ebenfalls an der 5 %-Hürde.

Bei den Kommunalwahlen in Thüringen am 14. Mai erhielt die PDS dagegen landesweit 12,5 % der Stimmen.

2.1.7 Kommunistischer Internationalismus

*Proletarischer
Internationalismus*

Im Rahmen der so genannten internationalen Solidarität unterhält die PDS vielfältige Verbindungen und Kontakte zu ausländischen kommunistischen Parteien und anderen ausländischen Linksextremisten. Das Parteiprogramm der PDS nennt dies „Internationalismus“ und orientiert sich damit an der Idee des Weltkommunismus. Diese Praxis knüpft an das marxistisch-leninistische Prinzip des „Proletarischen Internationalismus“ - der Lehre von der „welthistorischen Mission der Arbeiterklasse“ - an. Der scheidende Parteivorsitzende Prof. Dr. Lothar Bisky betonte auf der 1. Tagung des 7. Parteitags in Cottbus:

„Von diesem Parteitag in Cottbus sollten wir unseren internationalen Partnern in Europa, Afrika, Asien und Amerika versichern: die PDS bleibt internationalistisch. Wir wissen, dass wir in der EINEN Welt leben und dass die Linken in Ost und West, in Nord und Süd ein Gegengewicht zur Globalisierung schaffen müssen. Die PDS wird ihren Beitrag dazu leisten.“

Die PDS unterhält Kontakte und Verbindungen zu ausländischen kommunistischen bzw. sozialistischen Parteien, wie beispielsweise zur

Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KPBM), zur Sozialistischen Partei Chiles (SP), zur Französischen Kommunistischen Partei (FKP), zur Kommunistischen Partei Indiens (KPI), zur Kommunistischen Partei Indiens-Marxist (KPI/M), zur Kommunistischen Partei Vietnams (KPV), zur Koalition der Linken und des Fortschritts - SYNASPISMOS (Griechenland), zur Kommunistischen Partei Chinas und zur südafrikanischen KP.

Beziehungen zu ausländischen kommunistischen und sozialistischen Parteien

Dr. Diether Dehm, stellvertretender Parteivorsitzender der PDS, besuchte vom 10. bis 14. November das „2. Welttreffen der Solidarität mit Kuba“ in Havanna. Er unterstrich dabei das internationalistische Selbstverständnis der PDS und die Unterstützung der AG Cuba Sí beim Parteivorstand. Um der noch nicht voll entfalteten Sympathie für Kuba in Deutschland zum Durchbruch zu verhelfen, werde die PDS in Berlin am 23. und 24. Juni 2001 einen Internationalen Kuba Solidaritätskongress veranstalten.

Solidarität mit Kuba

2.1.8 Zusammenarbeit mit anderen Linksextremisten

Die PDS pflegt Kontakte zu fast allen anderen inländischen linksextremistischen und linksextremistisch beeinflussten Gruppierungen sowie zu gewaltbereiten Autonomen und arbeitet mit ihnen zusammen.

Am 15. Januar fanden in Berlin die ursprünglich für den 9. Januar geplanten traditionellen Gedenkveranstaltungen aus Anlass des 81. Jahrestags der Ermordung der Gründer der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, statt. An der von einem Angehörigen der autonomen Szene angemeldeten Demonstration vom U-Bahnhof Frankfurter Tor zur „Gedenkstätte der Sozialisten“ beteiligten sich insgesamt mehrere tausend Menschen, darunter rund 1.000 gewaltbereite Personen, wie militante Antifas, Angehörige revolutionär-marxistischer Gruppen sowie der PDS. Später nahmen etwa 350 Personen an einer Demonstration unter dem Motto „Von Karl und Rosa bis Mumia Abu-Jamal“ teil, zu der die militante Antifaschistische Aktion Berlin (AAB), die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und die Kommunistische Plattform der PDS (KPF) aufgerufen hatten.

Veranstaltungen in Berlin

In Berlin fand vom 12. bis 14. Mai eine „wissenschaftliche“ Konferenz „Jahrhundertbilanz des Kommunismus“ statt. Ausgerichtet wurde die Veranstaltung von der linksextremistisch beeinflussten „Bürgerinitiative für Sozialismus“. Unter den Referenten und Diskutanten in den Arbeitsgruppen dominierten Anhänger der PDS, der KPF, der DKP

und langjährige Bündnispartner von Kommunisten. Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer vom Marxistischen Forum (MF) der PDS, der DKP-Vorsitzende Heinz Stehr und der Chefredakteur der DKP-Theorieorgans „Marxistische Blätter“ Hermann Kopp äußerten sich in der Abschlussdiskussion zur Zukunft kommunistischer/sozialistischer Entwürfe.

Veranstaltungen in Bayern

Am 27. Mai veranstaltete die NPD in der Passauer Nibelungenhalle ihren „2. Tag des nationalen Widerstandes“ unter dem Motto „Bewegung muss Partei ergreifen“, an dem rund 4.000 Personen des rechtsextremistischen Spektrums aus dem gesamten Bundesgebiet und dem angrenzenden Ausland teilnahmen. Dies führte zu Gegenaktionen auch von linksextremistischen Gruppierungen. Unter dem Motto „Passau demonstriert gegen die NPD und den Ungeist“ fand ein Sternmarsch statt, der sich in drei Aufzüge gliederte. Ein Aufzug mit etwa 750 Teilnehmern konnte dabei dem autonomen/linksextremistischen Spektrum zugeordnet werden. Dabei trat die PDS-Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter als Hauptrednerin auf. In ihrer Ansprache kritisierte sie eine „Kriminalisierung der Antifa“ sowie die alljährlichen rechtsextremistischen Aktivitäten in Passau. Unter den Demonstranten befanden sich Anhänger der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO), des Antifaschistischen Aktionsbündnis Bayern (AABB) und weiterer lokaler Antifa-Gruppen.

Gemeinsam mit gewaltbereiten Autonomen

Am 25. November fand in München eine Bündnis-Veranstaltung zum Thema „Gegen Faschismus und Nazipropaganda“ statt. Bis zu 1.000 Personen, die überwiegend dem linksextremistischen Spektrum zuzuordnen waren, beteiligten sich an einer Kundgebung mit Aufzug. Dabei konnten auch folgende Parteien und Gruppierungen festgestellt werden: PDS, DKP, MLPD, Linksruck, VVN-BdA, Münchner Bündnis gegen Rassismus, Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB) und Antifaschistische Aktion München (AAM).

2.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Deutschland	Bayern
Mitglieder: 4.500	600
Vorsitzender: Heinz Stehr	
Gründung: 26.09.1968	
Sitz: Essen	Nürnberg und München
Publikation: Unsere Zeit (UZ)	

2.2.1 Ideologische Ausrichtung

Die bis zur Wende von der SED der DDR ideologisch und materiell abhängige DKP bestätigte ihre gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Zielsetzung in den auf dem 12. Parteitag am 16./17. Januar 1993 in Mannheim beschlossenen „Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP“. In der Einleitung zu den „Thesen“ heißt es, die DKP kämpfe für eine Politik, die im Sozialismus die Zukunft, im Klassenkampf die zentrale Triebkraft der Geschichte und in der Arbeiterklasse die entscheidende soziale Kraft für den gesellschaftlichen Fortschritt sehe. Sie stütze sich auf die materialistische Wissenschaft, die von Marx und Engels begründet und von Lenin weiterentwickelt worden sei. In einem in der PDS-nahen Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 28. September 1998 mit dem Titel „Nötig ist knallharter Klassenkampf“ veröffentlichten Interview zum 30-jährigen Bestehen der DKP bestätigte der Parteivorsitzende Heinz Stehr, dass die neue Gesellschaftsordnung, für die die DKP nach wie vor eintrete, Sozialismus „und in der Perspektive Kommunismus“ heiße.

*Bekenntnis zu
Sozialismus und
Klassenkampf*

Unter der Überschrift „Das nächste Jahrtausend braucht den Sozialismus“ veröffentlichten der DKP-Vorsitzende Heinz Stehr und sein Stellvertreter Rolf Priemer im DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit“ (UZ) vom 7. Januar ihre Vorstellungen zur Notwendigkeit des Sozialismus im nächsten Jahrtausend. Die Schlussfolgerungen aus der Niederlage des Sozialismus im Europa des 20. Jahrhunderts seien wesentlich für notwendige gesellschaftliche Auseinandersetzungen in der Zukunft, um einen neuen Ausbruchversuch aus dem Kapitalismus durchzusetzen.



Als entscheidende Herausforderung bezeichnen sie weiterhin den „real existierenden Kapitalismus“. Sie bekennen sich als „Teil jener Kräfte, die die Verantwortung zur Veränderung der politischen Verhältnisse annehmen müssen“.

*Festhalten am
Marxismus-Leni-
nismus*

In einem Artikel der UZ vom 17. November stellt der Parteivorsitzende Überlegungen zu einem neuen DKP-Programm an, zeigt Arbeitsschritte auf und geht auf das Erfordernis einer Diskussion zur Entwicklung eines neuen Programms ein. Die Diskussion sei auch deswegen nötig, weil gesellschaftspolitische Herausforderungen alle Parteien zwingen würden, das eigene Selbstverständnis auf den Prüf-

*Entwicklung eines
neuen Programms*

stand zu stellen und Antworten zu den neuen Herausforderungen zu finden. Ziel der Programmdiskussion der DKP müsse es sein, in die öffentliche Auseinandersetzung mit einem politischen Angebot einzugreifen. Bis zum kommenden 16. Parteitag solle den Delegierten der Diskussionsstand übergeben werden. Das Programm der DKP müsse nach seinen Worten auch das strategische Ziel Sozialismus/Kommunismus benennen, Wege dahin aufzeigen und Kräfte benennen, die das Ziel durchsetzen können.

Themenbereiche für die Agitation der DKP waren der Kosovo-Konflikt, „staatlicher Umgang mit Rechtsextremismus und Neofaschismus“, Sozial- und Demokratieabbau, Lohn- und Rentenpolitik sowie der IWF- und Weltbankgipfel in Prag.

2.2.2 Organisation

Organisationsstrukturen

Die DKP ist eine bundesweit organisierte Partei mit Sitz in Essen. Sie ist in 14 Bezirksorganisationen gegliedert - zwölf in den westlichen Bundesländern sowie eine in Berlin und eine weitere in Brandenburg, die beide zugleich die Mitglieder in den übrigen vier neuen Ländern betreuen -, die weiter in 110 Kreis- und in 230 Grundorganisationen unterteilt sind. Die Zahl der Mitglieder liegt derzeit bei 4.500, davon etwa 210 in Ostdeutschland. Die DKP ist damit in Westdeutschland stärker vertreten als die PDS.

Rückläufige Mitgliederzahl

Bei einer Tagung des Parteivorstands am 12./13. Februar beklagte der DKP-Vorsitzende Heinz Stehr die negative Mitgliederentwicklung der Partei, bedingt durch den Tod vieler alter Parteimitglieder und durch den Austritt von Parteiangehörigen, die im organisierten Kampf der Kommunisten keine Perspektive mehr sähen. Die DKP verlor seit dem letzten Parteitag 1998 etwa 15 % ihrer Mitglieder. Die Auswertung der neu ausgegebenen Mitgliedsbücher hat ergeben, dass nur 1 % der Mitglieder unter 20 Jahre und rund 10 % bis 40 Jahre alt sind.

15. Parteitag

Das Motto des 15. Parteitags, der vom 2. bis 4. Juni in Duisburg stattfand und an dem 207 gewählte ordentliche Delegierte teilnahmen, lautete: „Macht die DKP stark!“ 33 „Bruderparteien“ und „Befreiungsbewegungen“ aus 30 Ländern hatten Abordnungen entsandt. Im Mittelpunkt des Parteitags stand neben der Neuwahl des 36-köpfigen Parteivorstands die Verabschiedung der Handlungsorientierung „Widerstand gegen Kriegspolitik, Sozial- und Demokratieabbau“, die auch als Vorlage für das neue Parteiprogramm dienen soll. Der Partei-

tag bestätigte Heinz Stehr als Vorsitzenden und Rolf Priemer als stellvertretenden Parteivorsitzenden. Nina Hager, bisher bereits Mitglied des Parteivorstands, wurde ebenfalls zur stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Insgesamt sieben Mitglieder wurden neu in das Gremium berufen. Unter den weiteren Mitgliedern des Parteivorstands befinden sich nunmehr vier Vertreter aus Bayern.

*Neuwahl des
Parteivorstands*

In Bayern bestehen zwei Bezirksorganisationen (Nord- und Südbayern) und zehn Kreisverbände sowie zwei Betriebsgruppen. Die Mitgliederzahl in Bayern stagnierte bei rund 600. Die DKP wird überwiegend von Altkommunisten repräsentiert. Ende Juli stellte sich eine „Arbeitsgemeinschaft (AG) Junge Kommunisten in der DKP Südbayern“ im Internet vor.

Die Finanzierung der Parteiarbeit bereitet seit Jahren Probleme. Das DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit“ (UZ) erscheint aber trotz dieser erheblichen Finanzierungsprobleme weiterhin wöchentlich.



2.2.3 Teilnahme an Wahlen

Die DKP erhielt bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 27. Februar, zu der sie mit drei Direktkandidaten angetreten war, insgesamt 702 Wählerstimmen.

*Geringe Stimmen-
anteile bei
Landtagswahlen*

Bei der Landtagswahl am 14. Mai in Nordrhein-Westfalen erreichte die DKP, die nur in wenigen ausgewählten Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt hatte, 1.722 Stimmen.

2.2.4 Umfeld der DKP

2.2.4.1 Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	5.000	900
Vorsitzender:	neun Bundessprecher	
Gründung:	15.-17.03.1974	
Sitz:	Hannover (Bundesgeschäftsstelle seit 1996)	
Publikation:	antifa-rundschau	

Zahlenmäßig starke Organi- sation

Die VVN-BdA blieb die zahlenmäßig stärkste Organisation im Spektrum des linksextremistischen Antifaschismus. In ihr wirken unterschiedliche linksorientierte Kräfte zusammen, wobei jedoch nach wie vor aktive und ehemalige Mitglieder der DKP politisch tonangebend sind. Auch in der VVN-BdA Bayern ist auf Landes- wie auch auf Kreisebene der Einfluss von Linksextremisten, insbesondere aus der DKP, aus der PDS und aus der SDAJ, maßgeblich. Sie unterstützte vielfach linksextremistisch beeinflusste Aktionen.



Beabsichtigter organisatorischer Zusammenschluss

Bei den anlässlich des Bundeskongresses 2000 der VVN-BdA am 7. und 8. Oktober in Frankfurt am Main durchgeführten Wahlen wurden zwei Vertreter aus Bayern in Führungsgremien berufen. Mehrheitliche Zustimmung fand bei den rund 140 Delegierten des Kongresses, der unter dem Motto „Antifaschismus - Verpflichtung für die Zukunft - Gegen den Schlusstrich“ stand, ein Antrag, der einen organisatorischen Zusammenschluss der VVN-BdA und ihrer in den neuen Bundesländern bestehenden Schwesterorganisation VVdN-BdA (Verband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener - Bund der Antifaschisten) für das Jahr 2001 vorsieht.

Veranstaltungs- schwerpunkte

Die VVN-BdA unterstützte Veranstaltungen wie z.B. den Jahrestag des „Angriffskriegs der NATO gegen Jugoslawien“ am 24. März in München; weiter beteiligte sie sich am Ostermarsch in München sowie an Veranstaltungen „gegen Rechts“ und am Antikriegstag in mehreren bayerischen Städten. Einem Beitrag in den vom Landesverband Bayern herausgegebenen „antifa-nachrichten vom Oktober bis Dezember 2000“ zufolge versuchen die Kreisvereinigung Hof und der sächsische Kreisverband Plauen, mit gemeinsamen Veranstaltungen im „fränkisch/vogtländischen Grenzgebiet“ zusammenzuarbeiten.

2.2.4.2 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Deutschland	Bayern
Mitglieder: 300	50
Vorsitzender: Jürgen Wangler	
Gründung: 04./05.05.1968	
Sitz: Essen	
Publikation: POSITION	

Die mit der DKP eng verbundene SDAJ versteht sich als Selbstorganisation von Schülerinnen und Schülern, Studentinnen und Studenten, Auszubildenden und jungen Arbeitenden, unabhängig von ihrer Herkunft. Die SDAJ kämpft nach eigener Darstellung für eine Welt ohne Ausbeutung und Rassismus, für eine Welt, in der die Menschen und nicht die Konzerne das Sagen haben.

*Ideologischer
Gleichklang mit
der DKP*

Am 29. und 30. Januar führte die SDAJ in Gladbeck/Nordrhein-Westfalen ihren 15. Bundeskongress durch. Nach Angaben der DKP-Zeitung „Unsere Zeit“ (UZ) vom 4. Februar nahmen an der Veranstaltung rund 130 Delegierte und Gäste teil. Aus dem Ausland waren auch Vertreter der kommunistischen Jugendverbände Österreichs, Dänemarks, Griechenlands und Zyperns erschienen. Die KPF und die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) hatten ebenfalls Delegationen entsandt. Jürgen Wangler aus Bayern wurde zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Dem neuen Bundesvorstand gehören 20 Personen an, von denen sechs Personen die Geschäfte des Verbands führen. Der neue Vorsitzende hob in seiner Rede die in den letzten Jahren gelungene personelle und organisatorische Stärkung der SDAJ hervor. In den nächsten zwei Jahren will sich die SDAJ mit einem „Zukunftspapier („Der Imperialismus muss überwunden werden!“ und „Sozialismus ist die gesellschaftliche Alternative“) und einer „Handlungsorientierung“ beschäftigen, sich um die Schüler- und Jugendpolitik kümmern und ihr Verbandsmagazin „POSITION“ stärken. Im Zentrum der Internationalismus-Arbeit soll weiterhin auch die Solidarität mit Kuba und Serbien stehen.

Bundeskongress

*Neuwahl des
Bundesvorstands*

Die SDAJ veranstaltete ihr Pfingstcamp vom 9. bis 12. Juni auf einem Gelände der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“. In einem Beitrag des DKP-Zentralorgans UZ vom 16. Juni heißt es dazu, leider hätten keine echten Anti-AKW-Aktionen stattgefunden, gleichwohl sei das Camp eine perfekte Dialektik von Spaß und Politik gewesen. Wie traditionell üblich, hätten sich die Teilnehmer mit dem Mobiliar des Camps im Bau von Barrikaden geübt und Verhaltensmaßregeln bei gewalttätigen Polizeieinsätzen diskutiert.

Pfingstcamp

Weiter beteiligte sich die SDAJ an zahlreichen Veranstaltungen, wie z.B. an der Luxemburg-Liebke-Demonstration am 15. Januar in Berlin, am Jahrestag des „Angriffskriegs der NATO gegen Jugoslawien“ am 24. März in München, am Ostermarsch in München, an der 1.-Mai-Demonstration in München, am DKP-Parteitag in Duisburg und an der Demonstration am 26. September (Oktoberfestanschlag) in München.

Veranstaltungen

2.3 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	2.000	140
Vorsitzender:	Stephan Engel	
Gründung:	1982	
Sitz:	Gelsenkirchen	
Publikationen:	Rote Fahne und Theorieorgan „lernen und kämpfen“	

Ideologische Ausrichtung

Die MLPD wurde 1982 in Bochum als „politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in der BRD und Westberlin“ gegründet. Die Partei bekennt sich zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Mao Tse-tung. In ihrem Zentralorgan „Rote Fahne“ führt sie in ihren ständigen „Informationen für neue Leserinnen und Leser“ unter anderem aus: „Die MLPD wendet den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen schöpferisch auf die heutige Situation an.“

Die Mitglieder stammen vor allem aus Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Sie sind in Betriebszellen, Ortsgruppen und Bezirken organisiert, die einer „zentralen Leitung“ mit Sitz in Gelsenkirchen unterstehen. Die MLPD zählt bundesweit rund 2.000 Mitglieder, davon etwa 140 in Bayern. Nebenorganisation der Partei ist der Jugendverband REBELL. Von der MLPD beeinflusst ist der Frauenverband Courage.

Weitgehende Isolierung

Die MLPD ist aufgrund ihrer sektiererischen Haltung im gesamten linksextremistischen Lager isoliert. Von anderen linksextremistischen Parteien grenzt sie sich durch scharfe kritische Äußerungen ab.

Teilnahme an Landtagswahl

Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai erhielt die MLPD, die 1995 nicht kandidierte, 5.994 Wählerstimmen (= 0,1 %). Der Parteivorsitzende Stefan Engel führte die Landesliste „MLPD/Offene Liste“ an. Bei der Bundestagswahl 1998 hatte die Partei in Nordrhein-Westfalen 3.727 Erststimmen, im gesamten Bundesgebiet seinerzeit 7.213 Stimmen erreicht. Obwohl die MLPD damit mehr Stimmen erhielt als die DKP, ändert dies an ihrer sektiererischen Position in der linksextremistischen Parteienlandschaft nichts.

Mit der im Wahlkampf gestarteten Kampagne „Neue Politiker braucht das Land“ bot sich die Partei als „Alternative des echten Sozialismus“ an. Nach Angaben der Parteizeitung „Rote Fahne“ (Nummer 10 vom 10. März) hätten Mitglieder innerhalb einer Woche

63 Informationsstände mit 445 Teilnehmern durchgeführt. 210 MLPD-Mitglieder von Gliederungen außerhalb Nordrhein-Westfalens, der Jugendverband REBELL und Rotfuchsgruppen hätten sich an Wahlkampfaktionen beteiligt.

Unter der Leitung der frauenpolitischen Sprecherin der MLPD, Monika Gärtner-Engel, fand am 8. März in München ein „Kritischer Aschermittwoch“ statt. Vor rund 60 Zuhörern sprach Monika Gärtner-Engel insbesondere über die Stärkung der Rolle der Frauen. Sie kündigte an, dass die MLPD dazu ein Buch mit dem Titel „Der Klassenkampf und der Kampf um die Befreiung der Frau“ herausgeben werde. Dieses Buch bildet nach Ansicht von Monika Gärtner-Engel die wichtigste theoretische Grundlage für den Selbstveränderungsprozess der Partei.



In Bayern beteiligte sich die MLPD darüber hinaus an Veranstaltungen gegen Faschismus/Rassismus und betrieb einzelne Info-Stände, hauptsächlich zu dem Thema „Echter Sozialismus“.

Veranstaltungen
in Bayern

2.4 Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	200	100
Gründung:	1973	
Sitz:	München	
Publikation:	Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ)	

Mehrere örtlich tätige maoistisch orientierte Arbeiterbasisgruppen schlossen sich 1973 zum AB zusammen. Dieser beruft sich in seinen programmatischen Aussagen auf den Marxismus-Leninismus und die Ideen Stalins sowie Mao Tse-tungs. Sein Ziel ist die Beseitigung der „herrschenden Ausbeuterklasse“ und die „Errichtung einer Diktatur des Proletariats“, um den Kommunismus in einer „klassenlosen Gesellschaft“ zu verwirklichen. Der AB bekennt offen, dass dies nur mit Gewalt zu erreichen sei, da die „herrschende Klasse“ nicht freiwillig auf ihre Macht verzichte.

Bekenntnis zur
Gewalt

Der AB ist vorwiegend in Bayern tätig. Es bestehen Gruppen in Augsburg, München, Nürnberg und Regensburg. „Freundeskreise“ in München, Nürnberg und Regensburg sollen den AB finanziell unterstützen.

Organisations-
strukturen

Zwei AB-Flügel

In weiteren Städten des Bundesgebiets verfügt der AB über Ortsgruppen bzw. Stützpunkte. Die Gesamtmitgliederzahl blieb konstant bei etwa 200, davon rund 100 in Bayern. Der AB ist in zwei Flügel gespalten. Der größere, die Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung (Gruppe KAZ) steht der DKP, der kleinere Flügel der PDS nahe. Der Großteil der Mitglieder der Gruppe KAZ hat sich 1997 in Form einer Doppelmitgliedschaft der DKP angeschlossen. Beide Flügel sehen sich in der Tradition des AB, zeigten aber wie in den Vorjahren nur geringe Aktivitäten.

2.5 Marxistische Gruppe (MG)

Deutschland	Bayern
Mitglieder: 10.000	700 Aktive
Leitung: Funktionsgruppe	
Gründung: 1969/1970 („aufgelöst“ zum 1. Juni 1991)	
Sitz: München	
Publikation: GEGENSTANDPUNKT	

*Regelmäßige
Veranstaltungen*

Die MG, 1969/1970 aus der Gruppierung Rote Zellen hervorgegangen, hat am 21. Mai 1991 ihre „Auflösung“ erklärt. Sie blieb jedoch mit etwa 10.000 Anhängern eine der größten linksextremistischen Organisationen in Deutschland. Von den rund 4.200 Anhängern in Bayern sind etwa 700 aktiv. Die Aktivisten trafen sich bei regelmäßigen „Jour fixe“ bzw. GEGENSTANDPUNKT-Diskussionsveranstaltungen in München und Nürnberg. Dabei wird nicht der frühere Organisationsname verwendet, sondern die Bezeichnung der von führenden MG-Funktionären herausgegebenen politischen Vierteljahresschrift GEGENSTANDPUNKT. Diese Publikation erscheint seit 1992. Die MG befasste sich in ihren öffentlichen Äußerungen, die regelmäßig auch im „Lokalradio München“ (LORA) gesendet werden, mit Themen wie „Korruption - vom Zusammenwirken von Staat und Kapital“, „Der Rechtsstaat und Entschädigungsfragen aus der NS-Zeit“ und „Arbeitszeiten nach Maß des Kapitals“.

2.6 Münchner Bündnis gegen Rassismus*Linksextremis-
tischer Einfluss*

An dem linksextremistisch beeinflussten Münchner Bündnis gegen Rassismus mit seinen rund 40 Anhängern beteiligen sich linksextre-

mistische Gruppierungen wie die PDS, DKP, AB, Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP), die Sozialistische Arbeitergruppe (SAG), die linksextremistisch beeinflusste Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) und - anlassbezogen - auch demokratische Gruppierungen. Die Leitung bei Treffen und Veranstaltungen oblag meist Aktivisten der linksextremistischen Gruppierungen. Diese zeichneten auch für Flugblätter des Bündnisses presserechtlich verantwortlich. Das Bündnis fungierte als Träger für eine Vielzahl von Aktivitäten, zu denen kleinere Gruppen alleine nicht in der Lage waren. Es beteiligte sich auch an Veranstaltungen von linksextremistischen, insbesondere autonomen Gruppierungen.

Schwerpunktthemen des Münchner Bündnisses gegen Rassismus waren Antirassismus sowie Antifaschismus. Hierzu wurden zahlreiche Demonstrationen, Diskussionsveranstaltungen, Flugblattverteilungen, Info-Stände und Mahnwachen durchgeführt.

*Schwerpunkt-
themen*

Zum Gedenken an das Oktoberfestattentat gründete sich am 26. September ein Bündnis, das noch am selben Tage eine Gedenkveranstaltung in München durchführte, an der sich auch die trotzkistische SAG als Unterstützer beteiligte. Die SAG betreibt mit Hilfe ihrer 1994 gegründeten Tarnorganisation „Linksruck-Netzwerk“ eine gezielte Infiltration bei den Jungsozialisten der SPD. Mit dieser „Ent-rismus“ genannten Strategie sollen Kader zur Stärkung der eigenen Organisation unter den Jusos angeworben werden. Das „Linksruck-Netzwerk“ verfügt in Bayern über Ortsgruppen in Augsburg, München, Regensburg, Rosenheim und Würzburg.

*„Linksruck-
Netzwerk“*

3. Gewaltorientierte Linksextremisten

3.1 Autonome Gruppen

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	rund 6.000	500
Gründung:	meist themenbezogene Zusammenschlüsse seit Ende der 70er Jahre	
Sitz:	lokale Gruppen	
Publikationen:	Szeneblätter, z.B. INTERIM; auf lokaler Ebene unter anderem: barricada	

3.1.1 Überblick

*Unverminderte
Gewaltbereit-
schaft*

Die Gewaltbereitschaft der Autonomen stellt weiterhin einen wesentlichen Teil der Bedrohung der Inneren Sicherheit in Deutschland dar. Wie in den Vorjahren waren Autonome für über 80% der linksextremistisch motivierten Gewalttaten verantwortlich. Autonome Gruppierungen beschäftigen sich mit nahezu allen Themenbereichen linksextremistischer Propaganda. Durch geschickte Agitation versuchen sie, auch demokratische Protestbewegungen für ihren Kampf gegen den Staat zu mobilisieren. Die Schwerpunkte ihrer Aktivitäten liegen nach wie vor im Bereich Antifaschismus. Daneben gewannen auch Themen wie Ausländer- und Flüchtlingspolitik („Antirassismus“) und Aktionen gegen beabsichtigte Castor-Transporte wieder an Bedeutung. Gerade bei ihren Aktionen gegen den Rechtsextremismus gelingt es ihnen vermehrt, demokratische Gruppen einzubeziehen.

In Bayern sind derzeit keine autonomen Zusammenhänge feststellbar, die - nach dem Vorbild terroristischer Gruppierungen wie die Revolutionären Zellen (RZ) - Modelle des „Guerillakampfes“ propagieren und aus der „Legalität“ heraus als so genannte Feierabendterroristen planmäßig terroristische Straftaten verüben.

3.1.2 Ideologische Ausrichtung und Aktionsformen

*Ablehnung von
Staat und
Gesellschaft*

Autonome haben kein einheitliches ideologisches Konzept. Sie folgen unklaren anarchistischen und anarchokommunistischen Vorstellungen. Die einzelnen Gruppen bilden sich meist über Aktionsthemen. Einig sind sich die Autonomen in der Ablehnung von Staat und Gesellschaft. Ihr Ziel ist die gewaltsame Abschaffung des Staats und seiner Institutionen, um an seiner Stelle eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ zu errichten. Das provozierende Auftreten der Autonomen in der Öffentlichkeit, ihre staatsfeindliche Haltung, die Ablehnung gesellschaftlicher Normen und Werte, aber auch das Bejahen von Gewalt zur Durchsetzung ihrer Forderungen und Ziele kommen der Protesthaltung mancher junger Menschen entgegen, vor allem, wenn diese mit Problemen im Elternhaus oder in der Schule bzw. Ausbildung konfrontiert werden. Dieses gemeinsam empfundene, alle Bereiche umfassende Lebensgefühl geht über - möglicherweise unterschiedliche - politische Vorstellungen hinaus und schafft Bindungen. Angehörige bzw. Aktivisten der Autonomen unterscheiden sich soziologisch zunächst kaum von anderen Jugendlichen oder jun-

*Attraktivität für
junge Menschen*

gen Erwachsenen. Sie sind Schüler, Studenten und Auszubildende, schließen aber vielfach ihre Lehre oder Studium nicht ab.

Das Erscheinungsbild und vor allem die Taktik der Autonomen bei Demonstrationen hat sich gewandelt. Die Formierung von so genannten schwarzen Blöcken bei Demonstrationen als Symbol für militanten Antifaschismus und eine Politik, die das Gewaltmonopol des Staats nicht anerkennt, ist nur noch vereinzelt festzustellen. Inzwischen machen Autonome den Demonstrationsablauf primär von der Einschätzung der Durchsetzbarkeit und des Kräfteverhältnisses gegenüber der Polizei ab. Die starke Polizeipräsenz zur Verhinderung tätlicher Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten bei rechtsextremistischen Versammlungen hat dazu geführt, dass die Zielsetzungen autonomer Antifa-Gruppierungen, rechtsextremistische Strukturen und Personen gezielt „anzugreifen“ und „faschistische Veranstaltungen effektiv zu be- und verhindern“, größtenteils nicht erreicht werden konnten. Die Autonomen führen kaum noch eigene öffentliche Veranstaltungen durch („Minimalkonzept“). Sie mischen sich stattdessen unter die Teilnehmer anderer Gegenveranstaltungen und gehen bei geringer oder fehlender polizeilicher Präsenz militant „gegen Faschisten“ vor. Die zeitweise Differenzierung zwischen Gewalt gegen Personen und Gewalt gegen Sachen wird zunehmend aufgegeben. Die seit dem letzten Jahr relativ hohe Zahl der Körperverletzungsdelikte von Linksextremisten gegen „Rechte“ oder vermeintlich „Rechte“ zeigt, dass die Autonomen Gewaltanwendung gegen politische Gegner als legitimes Mittel ansehen.

Geänderte Taktik

„Minimalkonzept“

3.1.3 Strukturen

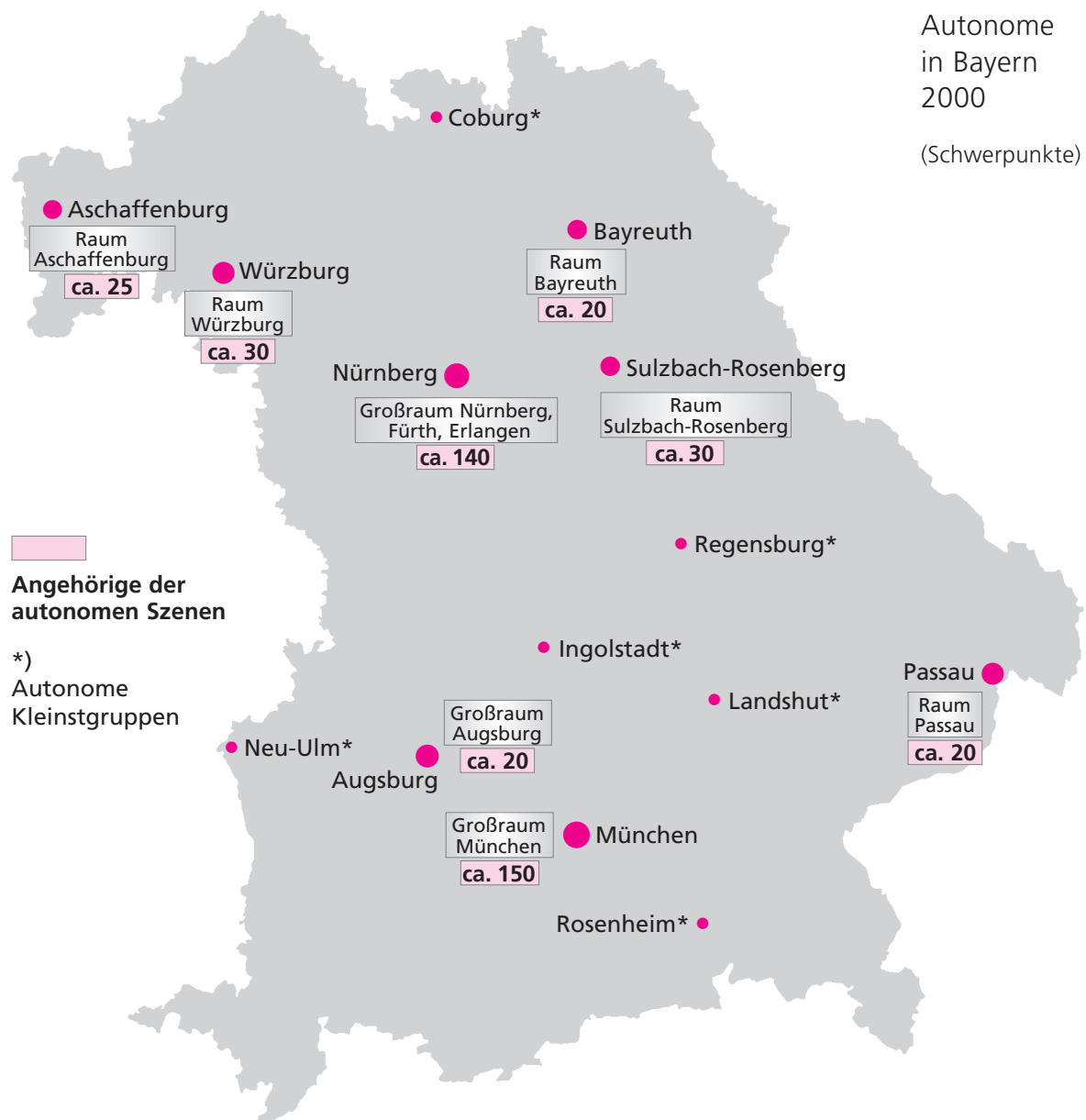
3.1.3.1 Autonome in Bayern

Insgesamt gehören den autonomen Strukturen in Bayern knapp 500 Personen an. Die autonomen Gruppierungen bezeichnen sich als rote antifa nürnberg (ran), antifaschistisch kämpfen (münchen), Antifaschistische Jugendfront (AJF), Antifaschistische Aktion (AA), Jugend gegen Rassismus (JgR), Antifaschistische Aktion in der OA (AAOA) und Organisierte Autonomie (OA). Die frühere grundsätzliche Ablehnung von Organisationsformen und verbindlichen Strukturen haben die Autonomen größtenteils aufgegeben.

Strukturelle Ansätze

Örtliche Brennpunkte der Autonomen in Bayern sind Nürnberg und München. Die autonome Szene in Nürnberg mit etwa 140 Anhän-

Schwerpunkte in Bayern



gern ist gefestigt. Das „Stadtteilzentrum Schwarze Katze“ und das „Internationale Kulturhaus“ haben als Anlauf- und Kontaktstellen das „Künstlerhaus K4“, vormals „Kommunikationszentrum (KOMM)“, endgültig abgelöst. Die etwa 150 Münchner Autonomen beschäftigten sich ganz überwiegend mit dem Thema „Antifaschismus“. Anfang des Jahres trennte sich die neue militante Gruppe antifaschistisch kämpfen münchen[ak(m)] von der Antifaschistischen Aktion München (AAM). Als Anlauf- und Kontaktstelle hat für sie der autonome „Infoladen“ im Stadtteil Haidhausen nach wie vor zentrale

Bedeutung. Die Passauer Autonomen zeigten insgesamt geringe Aktivitäten. Daneben bestehen autonome Gruppierungen unter anderem in den Bereichen Aschaffenburg, Augsburg, Bayreuth, Neu-Ulm, Sulzbach-Rosenberg und Würzburg. Auch aus anderen Städten wurden Aktivitäten der autonomen Szene bekannt; dort bestehen meist nur Klein- und Kleinstgruppen.

Seit 1998 tritt das Antifaschistische Aktionsbündnis Bayern (AABB) öffentlich in Erscheinung. Dieses Bündnis dient vor allem dazu, den „antifaschistischen Widerstand“ in Bayern zu beleben bzw. zu organisieren. Die gemeinsamen Treffen der an diesem Bündnis teilnehmenden autonomen Antifa-Gruppierungen bilden die Grundlage für die Koordination der politischen Arbeit und der bayernweiten Kampagnen und Aktionen. Durch das Bündnis soll die örtliche Antifaschismus-Arbeit wesentlich verstärkt werden. Im AABB sind knapp 20 Gruppierungen organisiert, darunter Gruppen aus Aschaffenburg, Augsburg, Bayreuth, Ingolstadt, Landshut, München, Nürnberg, Passau, Regensburg, Sulzbach-Rosenberg, Ulm/Neu-Ulm und Würzburg.

*Bayerisches
Aktionsbündnis*

Ein Pendant zum AABB entstand auch in Baden-Württemberg. In einem Faltblatt „antifaschismus mehr als nur gegen nazis“ erläutert das Antifaschistische Aktionsbündnis Baden-Württemberg (AABW) seine Zielsetzung:

*Verbindungen
nach Baden-Württemberg*

„Ein wirkungsvoller Antifaschismus muss sich gegen die Wurzeln des Faschismus richten, die im kapitalistischen System, sowie in gesellschaftlicher und staatlicher, rassistischer und sexistischer Unterdrückung liegen. Der Kampf gegen den Faschismus muss (...) den Kampf für eine klassenlose Gesellschaft bedeuten! Deshalb: Kein Antifaschismus ohne revolutionäre Perspektive!“

Diesem Aktionsbündnis gehören auch einzelne bayerische Szenen an.

3.1.3.2 Antifaschistische Aktion/ Bundesweite Organisation (AA/BO)

Die AA/BO hat wesentliche Bedeutung für die gewaltbereite autonome antifaschistische Szene und ist eine Art Dach für gewaltorientierte Gruppierungen zur Verankerung und Verbreiterung des Widerstands gegen Staat und Gesellschaft. Der AA/BO gehören Gruppierungen aus rund zehn Städten im Bundesgebiet an. Ihr ist es trotz aller Widerstände gelungen, im autonomen Bereich eine dauerhafte Organisationsstruktur zu schaffen. Eine zentrale Rolle in dieser Orga-

*Dachorganisation
des militanten
Widerstands*

nisation nimmt die militante Autonome Antifa (M) in Göttingen ein. Die Aktivitäten der Mitgliedsgruppe AA Passau sind deutlich zurückgegangen. Aus Bayern gehören der AA/BO außerdem noch die rote antifa nürnberg (ran) und die Antifaschistische Aktion in der OA (AAOA) aus Nürnberg an. Im Rahmen der Vernetzung von Gruppen spielen vor allem ehemalige Passauer Aktivisten bundesweit eine wichtige Rolle. In Berlin, Hamburg und Göttingen wirken sie stabilisierend auf die politische Arbeit der dortigen Gruppierungen.



Die linksextremistische Zielsetzung der AA/BO zeigt sich unter anderem an der von ihr propagierten

These, dass sich der Antifaschismuskampf gegen die Grundpfeiler der „bürgerlichen Herrschaft“ richten müsse. Die Parole lautet: „Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem imperialistischen System.“

Antifaschismus

In einem Aufruf zur diesjährigen „Luxemburg-Liebke-Demonstration“ am 9. Januar in Berlin führt die AA/BO aus, Ansatzpunkt ihrer Politik sei der revolutionäre Antifaschismus. Es werde immer deutlicher, dass der rechte Vormarsch der Gesellschaft zwar in Wechselwirkung mit der faschistischen Ideologie der Rechtsextremisten voranschreite, die wesentlichen Entwicklungen reaktionärer Tendenzen jedoch aus der Mitte der Gesellschaft kämen. Die antifaschistische Bewegung müsse deshalb in gesellschaftliche Bereiche intervenieren. Dennoch bleibe der Kampf gegen den organisierten Neofaschismus ein bedeutender Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit.

Bundesweite Kampagne

Die von der AA/BO initiierte Kampagne „Antifa Offensive 99 - den rechten Vormarsch stoppen“, in deren Rahmen bundesweit eine Vielzahl von Demonstrationen, Veranstaltungsreihen und anderen Aktionen gegen rechtsextremistische Strukturen stattfand, hat ihr Ziel, die Basis für die AA/BO zu verbreitern und weitere Mitstreiter zu gewinnen, auch nach eigenen Angaben nicht erreicht. Nach Ansicht der AA/BO hat die „Antifa-Offensive 99“ jedoch hinsichtlich des Aufbaucharakters, der Weiterentwicklung und der Verfestigung der Strukturen der Antifa-Bewegung ihren Zweck erfüllt. So gebe es ein Potenzial von ungefähr 30 Gruppen, die an der Politik der AA/BO und einer Zusammenarbeit mit ihr interessiert seien.

Die AA/BO sieht sich als Impulsgeberin für autonome Antifa-Gruppen. Eine schlagkräftige antifaschistische Bewegung aus der Sicht der AA/BO-Gruppen sei nur durch eine Bündelung aller Kräfte und durch

weitere Verbesserung der Organisation zu erreichen. Dies entspricht jedoch nicht dem Grundverständnis des überwiegenden Teils der autonomen Szene. Autonome, wie die im „Bundesweiten Antifa Treffen“ (BAT) lose organisierten Gruppen, sind zwar bereit, sich an Aktionen zu beteiligen, begegnen aber einem höheren Organisationsgrad mit großer Skepsis. Dies hat letztendlich dazu beigetragen, dass der erhoffte Zuwachs an Mitgliedsgruppen ausblieb.

3.1.4 Informationelle Vernetzung

Die aktiven bayerischen Szenen sind als Mitgliedsgruppen der AA/BO bzw. durch lose Kontakte zur AA/BO oder als Teil der Struktur der „Bundesweiten Antifa Treffen“ (BAT) in den Informationsaustausch autonomer Gruppierungen eingebunden. Für den lokalen, überregionalen und internationalen Informationsaustausch verwenden Autonome darüber hinaus Szenepublikationen, Infoläden, Szenelokale/Anlaufstellen sowie verdeckte informelle Strukturen wie Telefonketten, aber auch Mailboxverbundsysteme und das Internet. In Bayern bestehen Infoläden unter anderem in Augsburg, München, Nürnberg und Landshut. Bei bundesweiten Infoladen-Vernetzungstreffen wird über „Konzepte und Perspektiven“, aber auch über „Kämpfe und Widerstandsformen“ diskutiert. Um die Vernetzung und den Austausch der Infoläden untereinander zu fördern, wurden „zentrale Internetseiten“ eingerichtet.

Infoläden

Linksextremisten nutzen seit Jahren die Vorteile der modernen Kommunikationsmöglichkeiten. Das in früheren Jahren genutzte „Spinnennetz“ ist seit der Auflösung der Rote Armee Fraktion (RAF) nicht mehr existent. Eine immer größere Bedeutung hat inzwischen die Nutzung des Internets erlangt. Darin werden, zum Teil über ausländische Anbieter, Nachrichten und Publikationen mit teilweise strafbarem Inhalt verbreitet. „Antifa-Treffen“, vor allem überregionale, werden in der Regel frühzeitig im Netz angekündigt. Die Beiträge umfassen auch Selbstdarstellungen autonomer Zusammenschlüsse sowie Angebote verschiedener linksextremistischer Publikationen, z.B. die anarchistische „graswurzelrevolution“.

Nutzung des Internets

3.1.5 Autonome Publikationen

Eine weitere Informationsmöglichkeit bietet sich den Autonomen durch die Szenepublikationen. Diese werden oft konspirativ herge-



stellt und verbreitet. Neben der Berichterstattung über autonome Aktivitäten schüren die Publikationen vor allem den Hass gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Sie enthalten ferner unverhohlene Aufforderungen und Anleitungen zu Gewalttaten, unter anderem gegen Rechtsextremisten und deren Einrichtungen. Von den bundesweiten Szeneblättern hat nach wie vor die regelmäßig erscheinende, aus Berlin stammende Publikation INTERIM zentrale Bedeutung.

Themenschwerpunkte in den autonomen Publikationen waren „Antifaschismus“, „Zustand und Perspektiven antifaschistischer Arbeit“, „revolutionäre Organisation der Linken“, „rassistische Flüchtlingspolitik“ und „Repression gegen Antifaschisten“. Daneben waren wie in den Vorjahren eine Vielzahl von Selbstbezeichnungsschreibern zu

Anschlägen sowie Handlungsanleitungen zu Straftaten abgedruckt. Die Themenbereiche „kurdischer Befreiungskampf“ und die „Anti-AKW-Bewegung“ fanden nur geringe Beachtung.



In Bayern publizieren Autonome aus dem Bereich Nürnberg vor allem in der regelmäßig erscheinenden Schrift barricada und seit Juni auch in der „Grossraumzeitung - Nürnberg/Erlangen/Fürth“. In München erscheint seit Anfang des Jahres die Publikation „Out of control“. Oft werden auch nur Artikel aus bundesweiten Szenepublikationen wie INTERIM von den bayerischen Szeneblättern übernommen und durch Hinweise auf aktuelle Themen und Termine der örtlichen oder regionalen Szene ergänzt.

3.1.6 Schwerpunktthemen und Aktionen

Beherrschendes Thema für die Autonomen in Bayern war auch in diesem Jahr der Antifaschismus. Bedeutung behielt auch die seit geraumer Zeit geführte Strategiediskussion. Eine untergeordnete Rolle spielten die Themen Asylproblematik/Rassismus, der „Friedenskurs“ der PKK, die EXPO 2000 und der Gipfel des Internationalen Wäh-

rungsfonds (IWF) in Prag. Im Zusammenhang mit den Aktionen war auch eine Reihe von Gewalt- und Straftaten zu verzeichnen. Die Zahl der Gewalttaten beträgt 39 (vgl. auch Nummer 3.2 dieses Abschnitts).

*Zunahme der
Gewalttaten*

3.1.6.1 Strategiedebatte

Seit geraumer Zeit ist in der autonomen Szene eine Diskussion über die Zukunft revolutionären Widerstands im Gang. In zahlreichen Beiträgen in Szenepublikationen wie der militanten autonomen Szenepublikation INTERIM wird dabei eine Verengung der Aktionsthemen insbesondere auf den Bereich Antifaschismus beklagt. Gefordert wird, bei der Wahl der Themen und Angriffsziele des gewaltbereiten Widerstands auch neue Technologien mit einzubeziehen. Themen der Zukunft seien „Antifaschismus“, „Antirassismus“ und „Anti-Castor“. Als Mittel müssten alle Aktionsformen bis hin zu Brand- und Sprengstoffanschlägen in Betracht gezogen werden. Ziel der gegenwärtigen Diskussion ist es, die Handlungs- und Mobilisierungsfähigkeit auch in Zukunft aufrechtzuerhalten und langfristige Perspektiven zu entwickeln. Derzeit sehen sich viele Gruppen in einer Schwächephase. Über den Zustand der autonomen Antifa-Bewegung und anderer revolutionärer Politikansätze in Deutschland heißt es in dem in Berlin erscheinenden „Antifaschistischen INFO-BLATT“ (AIB) Nummer 50 vom Mai:

*Suche nach neuen
Aktionsthemen*

Schwächephase

„Im Moment steht die Antifabewegung mit dem Rücken zur Wand, sie ist damit belastet, Angriffe auf allen Ebenen abzuwehren. Unserer Ansicht nach hat ein revolutionärer Ansatz momentan in Deutschland keine Perspektive.“

Nummer 502 vom 18. Mai der Publikation INTERIM veröffentlichte den Beitrag einer „verdeckt organisierten“ Gruppe aus der Region Stuttgart-Neckar-Alb mit der Überschrift „Clandestino - für eine Wiederentdeckung militanter Politik“. Die Gruppe, die nach eigenen Angaben bereits seit längerem versucht, über militante Aktionen politisch zu intervenieren, will die Diskussion über politische Militanz und militante Perspektiven in die „jüngere Generation der Anti-Atombewegung“ tragen. Die Verfasser fordern unter anderem eine Debatte über die neue Einstellung zu militanter Politik. Wörtlich heißt es:

*Erörterung militanter
Politikformen*

„Uns geht es bei der Praktizierung militanten Widerstands nicht nur darum, konkret einzugreifen und auf eine Verbreitung dieser Aktionsformen zu setzen. (...) Politische Militanz ist für uns die Basis und Voraussetzung für

neu zu entwickelndes linksradikales Bewusstsein. Unsere Erfolgserlebnisse bestehen zwar nicht in der Herbeiführung revolutionärer Verhältnisse, doch können wir zumindest in den reibungslosen Ablauf des Systems eingreifen und werden für dieses zum unkalkulierbaren Risikofaktor.“

Ziel sei es, eine Initiative zu starten, um den Rückzug und die momentane Orientierung großer Teile der „Restlinken“ an reformistischen Strategien zur Diskussion zu stellen. Hierzu soll eine Debatte über das staatliche Gewaltmonopol als herrschendes Ordnungsprinzip gesucht und die These eingebracht werden, dass eine Überwindung des Herrschaftssystems nur mit nicht integrierbaren Politikformen und Inhalten möglich sei.

*Spaltergruppe mit
antikapitalistischer
Zielsetzung*

Auch in München zeigten sich Auswirkungen dieser Debatte. Nach einer Spaltung der AAM entstand im Januar 2000 eine neue Gruppierung mit der Bezeichnung antifaschistisch kämpfen münchen [ak(m)]. In einer Stellungnahme erklärten die ak(m)-Angehörigen, in der AAM habe es nie Diskussionsansätze gegeben, die über die reine Antifaschismusarbeit hinausgegangen seien. Dies sei aber notwendig, um eine gemeinsame theoretische Grundlage für die politische Praxis zu entwickeln. „Radikaler Antifaschismus heißt deshalb für uns, den Nährboden anzugreifen: Das kapitalistische System“.

In einem in der Berliner Szenezeitschrift INTERIM Nummer 492 vom 27. Januar veröffentlichten Kritikpapier begründeten Angehörige der ak(m) ihre Trennung von der AAM. In derselben Ausgabe ist auch eine Stellungnahme der AAM abgedruckt.



Demnach müsse ein neues Praxiskonzept die langfristige Arbeit in den Vordergrund stellen. Die ak(m) sei nicht nur antifaschistisch, sondern auch antistaatlich orientiert. Dazu gehöre auch die Bündelung der radikalen antifaschistischen Kräfte in München. Das erste Projekt der ak(m) stellte die Herausgabe der Zeitung „Out of control“ dar.

Die militante autonome Gruppierung „Organisierte Autonomie“ (OA) aus Nürnberg vertrat in der Nürnberger Szenepublikation „barricada“ vom Januar 2000 zu ihrem strategischen Ansatz die Auffassung, Ziel müsse es sein, eine revolutionäre Organisation aufzubauen, die auf kollektiver, gesamtgesellschaftlicher Analyse und Kritik sowie Strategie und Praxis basiere, um eine wirksame „Gegen-

macht von unten“ gegen die herrschenden Verhältnisse zu schaffen. Nach Auffassung der OA sei derzeit die Antifaschistische Aktion/Bundessweite Organisation (AA/BO) innerhalb der Antifa-Bewegung die am weitesten entwickelte Kraft und der einzige kontinuierlich arbeitende bundesweite autonome Organisationsansatz. In Nürnberg soll zunächst ein Stadtteil (Gostenhof) zur „Roten Zone“ erklärt werden. Dort wolle man sich konzentrieren und gegenseitig stärken, um zu einem gemeinsamen solidarischen Handeln gegen die herrschenden Kräfte zu kommen, das heißt, den Kampf gegen Staat und Gesellschaft, insbesondere aber gegen Rechtsextremisten und deren Strukturen, führen zu können:

„Es geht darum, erst einmal einen Stützpunkt mit Ausstrahlungskraft, einen Fixpunkt mit Anziehungskraft zu errichten. Längerfristig darf es natürlich nicht bei dem einen bleiben.“

Wie die OA weiter betonte, könne die Präsenz in den Stadtteilen dafür sorgen, dass „Nazis keinen Fuß auf den Boden“ bekämen und die „Autorität anderer Büttel der herrschenden Ordnung“ gezielt untergraben werde.

*Streben nach
lokaler Dominanz*

3.1.6.2 Antifaschismus

Im Mittelpunkt der Aktivitäten autonomer Gruppen in Bayern standen wie im Vorjahr Aktionen und auch Gewalttaten gegen rechtsextremistische Veranstaltungen, aber auch gezielte Angriffe gegen einzelne tatsächliche und vermeintliche Rechtsextremisten. Von den 39 in Bayern verübten Gewalttaten entfallen 38 auf diesen Bereich.

*Hauptmotiv der
Gewalttaten*

Die bundesweit verübten Gewaltdelikte im Bereich Antifaschismus stellen den Schwerpunkt linksextremistischer Gewalt dar. Linksextremisten spähen ihre politischen Gegner ebenso wie Rechtsextremisten gezielt aus und veröffentlichen seit Jahren entsprechende Steckbriefe in ihren Publikationen.

Steckbriefe

Durch die öffentliche Diskussion über Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und das Verbot rechtsextremistischer Parteien und Organisationen hat dieses Thema bundesweit erheblich an Bedeutung gewonnen. Die Autonomen werfen den staatlichen Entscheidungsträgern vor, sie äußerten zwar Empörung über fremdenfeindliche Ausschreitungen von Rechtsextremisten, nutzten aber die angeblich auch in breiten Teilen der Bevölkerung vorhandenen Vorbehalte

*Ablehnung staat-
licher Konzepte*

Bündnis- bemühungen

gegen Ausländer und deren Zuzug nach Deutschland zu Gesetzesverschärfungen. Der „Naziterror“ sei überdies willkommener Vorwand für den Ausbau weiterer Überwachungskonzepte. Die „Linken“ dürften sich aber keinesfalls aus der öffentlichen Diskussion heraushalten. So erklärten Angehörige der autonomen Antifa-Szene in der INTERIM Nummer 509 vom 7. September, auch wenn die Debatte aufgesetzt und unehrlich sei, rechtfertige dies keinen Rückzug in beleidigte Untätigkeit. Die kulturelle Hegemonie der Rechtsextremisten stehe jetzt im Mittelpunkt des Interesses und zur Disposition.

Im Rahmen des Antifaschismus bemühen sich Autonome nach wie vor, „Zweck-Bündnisse“ mit linksextremistischen Gruppierungen und Parteien, aber auch mit demokratischen Kräften einzugehen. Gerade die aktuelle Debatte über die Bekämpfung des Rechtsextremismus biete einen geeigneten Ansatzpunkt, neue Kontakte zu knüpfen und den Bezug zu anderen Gruppen herzustellen. Anlass für diese oft kurzzeitigen Bündnisse waren in der Regel Demonstrationen, Versammlungen, Mahnwachen und Informationsstände gegen Aktivitäten rechtsextremistischer Gruppierungen. Exemplarisch für den Stellenwert und die Bedeutung der Bündnispolitik erklärten „Autonome Traditions-Antifas“ in der INTERIM Nummer 509 vom 7. September, bis zum Beginn der 90er Jahre sei die Antifa noch politikfähiger und in der Lage gewesen, in Form und Inhalt deutlich wahrgenommen zu werden. Danach habe sie die Fähigkeit der Zusammenarbeit in Bündnissen verloren:

„Antifa-Gruppen agieren heute nicht mehr im Abgleich und Austausch zu anderen gesellschaftlichen Gruppen, sondern neben ihnen. Das ist für eine politische Bewegung, die auch in die Gesellschaft wirken und diese verändern will - und Antifa kann keine prinzipiell antagonistische Bewegung wie Nie wieder Deutschland sein - zu wenig.“

Auch wenn es mühselig und undankbar sei, gehöre zu den Aufgaben der Antifa das permanente Suchen nach Bündnispartnern. Diese finden die Autonomen auch in der PDS.

Auch die PDS setzt ihre Diskussion um Bündnispolitik und Aktionsformen in der Antifaschismuserbeit fort. In einem Leserbrief („Neues Deutschland“ vom 20. Juli) äußert sich ein Mitglied der „Linken StudentInnengruppe/LSG Leipzig“ zum Verhältnis zwischen der autonomen Szene und der PDS. Er führte unter anderem aus, er verstehe nicht, wie man repressive Maßnahmen der Polizei gutheißen könne. Steine werfen sei eine Form militanter politischer Auseinanderset-

zung, egal wie dies im Einzelfall zu bewerten sei. Die autonome Antifa bleibe für absehbare Zeit die konsequenteste Kraft. Die PDS sei auf Anstöße aus der autonomen Szene und diese umgekehrt auf Unterstützung der PDS angewiesen.

3.1.6.3 Antifaschistische Aktionen in Bayern

In Bayern beteiligten sich Autonome unter anderem an folgenden Aktionen:

Am 22. Januar versuchten linksextremistische Gruppierungen, in einem breiten „Bündnis gegen Rechts“ einen Aufzug des Landesverbands der Jungen Nationaldemokraten (JN) Bayern in Neuburg a.d. Donau zu verhindern. Die rund 50 teilnehmenden Autonomen waren zum Teil mit Bauzaunteilen bewaffnet und störten den Aufzug mit Sprechchören, Pfeifkonzerten und durch drei kurzzeitige Blockaden. Dazu aufgerufen hatte die autonome „Aktionsgruppe Antifaschismus Ingolstadt“ im Internet unter dem Motto „Den ersten Naziaufmarsch im neuen Jahrtausend zum Fiasko werden lassen!“. Die Polizei leitete wegen der Blockaden unter anderem Verfahren wegen gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr ein.

Angriffe auf
NPD-Veranstaltungen

In Hammelburg, Landkreis Bad Kissingen, störten etwa 100 Autonome aus verschiedenen nordbayerischen Städten am 26. Februar einen NPD-Aufzug. Während der Gegenkundgebung, die unter dem Motto stand: „Die Faschos marschieren und Deutschland schläft wieder - haut die Glatzen bis sie platzen - nicht mit uns!“, kam es unter anderem zu Sachbeschädigungen an Fahrzeugen von NPD-Teilnehmern. Die Polizei nahm mehrere Personen fest, unter anderem wegen des Verdachts des Landfriedensbruchs.

In Fürth demonstrierten am 1. Mai etwa 3.000 Personen, darunter zahlreiche Autonome, gegen einen Aufzug der NPD. Nachdem Gegendemonstranten den Zugweg der NPD versperrten, änderte die Polizei die Demonstrationsroute der NPD. Als etwa 300 Gegendemonstranten auch den neuen Zugweg mit Sitzblockaden abriegeln wollten, löste die Polizei die Blockaden auf. Im Zusammenhang mit der Gegenveranstaltung nahm die Polizei insgesamt 15 Gegendemonstranten unter anderem wegen Verstößen gegen das Versammlungs- und Waffengesetz, Körperverletzung und Widerstands gegen Polizeibeamte fest. Am Abend desselben Tages griffen in München etwa 30 Autonome eine Gruppe von sechs zurückgereisten Teil-

nehmern der NPD-Kundgebung in Fürth an. Die Autonomen drohten: „Die Antifa haut euch jetzt ein paar aufs Maul!“, worauf die Angegriffenen in verschiedene Richtungen flüchteten. Ein NPD-Anhänger wurde verletzt.

*Ausschreitungen
gegen eine
NPD-Kundgebung
in Passau*

Die Antifaschistische Aktion Passau (AAP), Mitgliedsgruppe in der militanten Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO), organisierte die linksextremistischen Gegenaktionen gegen eine Großkundgebung der NPD am 27. Mai in der Nibelungenhalle in Passau. Ziel war hier die Verhinderung oder zumindest massive Störung der NPD-Kundgebung durch Blockadeaktionen und andere Aktivitäten. In Kleingruppenaktionen versuchten die Autonomen ihr Blockadekonzept umzusetzen. Im Verlauf dieser Aktionen wurde ein Polizeibeamter auf die Fahrbahn gestoßen und von einem Bus angefahren. Der Polizeibeamte erlitt eine Fußfraktur. Fünf Reisebusse mit Teilnehmern der NPD-Versammlung wurden durch Steinwürfe beschädigt. An den Bussen entstand Sachschaden von etwa 30.000 DM. Die Täter waren zum Teil schwarz gekleidet und verumumt. Vor, während und nach den Versammlungen nahm die Polizei 52 Personen, davon 36 aus dem linksextremistischen Spektrum, wegen Landfriedensbruchs, Verstößen gegen das Versammlungsgesetz und sonstiger Straftaten fest. Die Polizei stellte unter anderem Stahlketten, Stuhlbeine, Pflastersteine, Messer, Nietenarmbänder, CS- und Pfeffersprays als Waffen sicher. Es gelang den Linksextremisten nicht, die eigentliche Veranstaltung der NPD in der Nibelungenhalle zu stören. Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit mussten 1.500 Polizeibeamte eingesetzt werden.

*Proteste gegen
die Großkund-
gebung der DVU*

In Passau demonstrierten am 23. September auf Initiative der örtlichen autonomen Szene etwa 300 Teilnehmer gegen die alljährlich stattfindende Großkundgebung der rechtsextremistischen Deutschen Volksunion (DVU) in der Passauer Nibelungenhalle. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Buntes Leben, statt brauner Terror“. Die Polizei leitete sieben Ermittlungsverfahren, unter anderem wegen Körperverletzung, Beleidigung, Sachbeschädigung, gegen Linksextremisten ein. An einer vor der autonomen Antifa-Demonstration veranstalteten, von einem breiten Bürgerspektrum mit etwa 2.600 Teilnehmern getragenen Gegenkundgebung der Stadt Passau beteiligten sich etwa 50 Personen, die dem linksextremistischen Spektrum zugeordnet werden.

*Angriffe auf
NPD-Info-Stände*

Am 30. September, 12. und 27. Oktober beteiligten sich in München Linksextremisten und Autonome an mehreren Gegenaktionen gegen

NPD-Veranstaltungen bzw. Info-Stände. Dabei versuchten insbesondere Linksextremisten mehrfach NPD-Anhänger anzugreifen und die Info-Stände zu zerstören. Dies gelang ihnen am 12. und 27. Oktober. Die Polizei nahm insgesamt über 40 Personen, darunter auch drei Rechtsextremisten, fest. Den Festgenommenen werden Landfriedensbruch, Körperverletzung, Sachbeschädigung und andere Delikte zur Last gelegt.

Am 4. November demonstrierte das „Antifaschistische Aktionsbündnis Augsburg“ (AABA), dem neben Angehörigen der autonomen Szene auch die Ortsgruppen der DKP und der PDS angehören, in Augsburg mit rund 300 Teilnehmern unter dem Motto „Nazis morden, der Staat schiebt ab: Gegen den Rassismus der Parlamente, der Amtsstuben, der Gerichtssäle und der Straßen!“. Während der Demonstration skandierten Teilnehmer unter anderem Sprechchöre wie „Nie, nie nie wieder Deutschland!“ In einem Aufruf des Bündnisses im Internet hieß es, Rassismus gehöre zur Grundeinstellung breiter Bevölkerungsschichten. Die staatlichen Instrumentarien zur Ausgrenzung, Entrechtung und Diskriminierung von Migranten, insbesondere Asylbewerbern, seien vielfältig und durch zahlreiche rassistische Sondergesetze zementiert.

*Demonstration
gegen „Rassismus“*

3.1.6.4 Weitere Aktionen

Wie in den vergangenen Jahren kam es am 1. Mai wieder zu erheblichen Ausschreitungen. Autonome riefen zu Aktionen zum „revolutionären 1. Mai“ auf. Die militanten (autonomen) Antifas mobilisierten für diesen Tag darüber hinaus zu Protesten gegen geplante Demonstrationen der NPD unter anderem in Berlin, Hamburg und Fürth. Die im Vorfeld bekannten Aufrufe ließen eine deutliche Konfrontationsbereitschaft militanter Autonome erkennen. Aus Berlin wurden sogar Gewaltaufrufe mit der Aufforderung zur Tötung von Rechtsextremisten und Polizisten bekannt:

„Naziaufmarsch ... gnadenlos kaputtmachen! Blut auf Asphalt ... Sicher ist auf jeden Fall, dass viel kaputtgemacht wird, zahlreiche Scheiben zu Bruch gehen, Autos brennen, Bullen verbluten.“

Deutliche Konfrontationsbereitschaft

Bei den Veranstaltungen in Berlin kam es zu zahlreichen Gewalttaten. Die Autonomen schlepten Hindernisse auf die Straße, steckten diese teilweise in Brand, warfen Flaschen und Steine und schossen Leuchtraketen auf Einsatzkräfte der Polizei. Die Bilanz: 391 freiheits-

*Ausschreitungen
am 1. Mai in Berlin*

Krawalle in Hamburg

entziehende Maßnahmen und eine Vielzahl von verletzten Personen, darunter 227 Polizeibeamte.

Auch in Hamburg kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen durch etwa 500 Linksextremisten, darunter rund 100 verummte Personen. Einschreitende Polizeibeamte wurden massiv mit Steinen und anderen Wurfgeschossen angegriffen. Auf den Fahrbahnen errichteten Autonome Hindernisse und zündeten sie teilweise an. Die Polizei nahm neun Personen fest und stellte bei 123 die Identität fest. 16 Polizeibeamte wurden verletzt.



Die von der autonomen Neuen ArbeiterInnenbewegung organisierte 1.-Mai-Kundgebung in Nürnberg verlief wie in den Vorjahren weitgehend friedlich. Allerdings wurde im Rahmen der Abschlusskundgebung ein Polizeibeamter durch einen Flaschenwurf am Kopf verletzt. Der Täter konnte ermittelt werden. In einem als Interview in der Publikation „barricada“ vom April abgedruckten Artikel erklärte die autonome Gruppe „Organisierte Autonomie“ (OA), die Veranstaltung unter dem Motto „1. Mai 2000 - Kapitalismus bekämpfen: antipatriarchal, antirassistisch, internationalistisch, revolutionär“ solle auch zur Abgrenzung von den offiziellen 1.-Mai-Veranstaltungen dienen. Ziel der Veranstaltung der OA sei der Kampf gegen die herrschende Ordnung. Es gehe um Propaganda für diesen Kampf. Wörtlich heißt es:

„Der Kapitalismus hat keine Fehler, er ist der Fehler und deshalb kämpfen wir für die herrschaftsfreie und klassenlose, also kommunistische Gesellschaft.“

3.1.6.5 Einflussnahme auf die Antikernkraftbewegung

Geringe Aktivitäten

Auch im abgelaufenen Jahr bewegten sich Linksextremisten im Umfeld der Antikernkraftbewegung. Nachdem es aber keinen Castor-Transport gab, waren die Aktivitäten insgesamt gering. Allerdings ist bei einer Wiederaufnahme der Transporte abgebrannter Brennelemente aus Kernkraftwerken mit einer erheblichen Zunahme der Aktivitäten zu rechnen. Bei den bayerischen Autonomen waren die Themen „Atom-Politik“, „Urankampagne“ und Castor-Transporte bisher kein bestimmendes Thema.

Die anarchistisch geprägte Initiative „X-tausendmal quer - überall“ plant eine „gewaltfreie Blockade“ des nächsten Castor-Transports. Ziel soll dabei sein, eine Wiederaufnahme der Atommülltransporte zu verhindern und damit die Abschaltung der Kernkraftwerke auf Grund ausgeschöpfter Lagerkapazitäten zu erzwingen („Verstopfungsstrategie“). Bislang sollen sich bundesweit über 3.000 Personen bereit erklärt haben, sich an dieser Initiative zu beteiligen, d.h. an der geplanten Sitzblockade gegen den nächsten Castor-Transport mitzuwirken. Die Initiative sieht ihre geplante Aktion als bewussten und offenen „Akt des Zivilen Ungehorsams“. Die Gesamtorganisation der Initiative ist dezentralisiert. Insgesamt existieren im Bundesgebiet etwa 70 „Regionalkontakte“, darunter mehrere in Bayern.

Geplante „gewaltfreie Blockade“

3.1.6.6 Einflussnahme auf die EXPO 2000

Bereits im Oktober 1990 formierte sich in Hannover das so genannte „Anti-EXPO-Bündnis“, ein unstrukturierter Zusammenschluss von etwa 20 Gruppierungen mit dem Ziel, die EXPO 2000 in Hannover zu verhindern. Parallel dazu formierten sich Personen aus der autonomen Szene zu einem militanten Widerstand. Meist unbekannte Täter verübten damals eine Vielzahl von Straftaten, die sich insbesondere gegen vermeintliche oder tatsächliche Repräsentanten der EXPO 2000 richteten. Ende 1998 wurden in der autonomen Szene wieder verstärkte Bemühungen festgestellt, die darauf abzielten, den Widerstand gegen die EXPO 2000 anzutreiben und zu vernetzen. Im Frühjahr fand auch in München ein Anti-EXPO-Seminar und ein Anti-EXPO-Treffen statt. Das Interesse, am EXPO-Widerstand mitzuwirken, war insgesamt aber gering.

Straftaten im Vorfeld der EXPO

Bis Ende Mai war ein Anstieg der Aktivitäten des EXPO-Widerstands festzustellen. In der Region Hannover wurden verschiedene Straftaten verübt. Auch in Berlin kam es zu themenbezogenen Gewalttaten. Zur Eröffnung der EXPO 2000 am 1. Juni in Hannover riefen Linksextremisten, vor allem Autonome, zu unterschiedlichen Protestaktionen auf. Diese reichten von einer Großdemonstration am 27. Mai unter dem Motto „Die Beherrschung verlieren - EXPO NO!“ bis zu Stör- und Blockadeaktionen am 1. Juni unter dem Motto „Die EXPO wird nicht eröffnet“. Das von den Initiatoren erhoffte Echo innerhalb der linksextremistischen Szene blieb jedoch aus. Am 27. Mai beteiligten sich an der Demonstration in Hannover etwa 1.000 Personen, fast ausschließlich aus dem linksextremistischen Spektrum. Neben

Protest- und Störaktionen

Autonomen waren unter anderem auch die anarcho-syndikalistische Freie ArbeiterInnen Union (FAU), die trotzkistische Gruppe Linksruck, die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) sowie die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) vertreten.

Störungen des Anreiseverkehrs

Die Eröffnung der Weltausstellung am 1. Juni verlief ohne Vorkommnisse. Am Morgen versuchten EXPO-Gegner allerdings, den Anreiseverkehr durch schwere Straftaten zu stören. Unbekannte Täter legten brennende Reifen auf die Gleise der ICE-Strecke im Bereich Hannover und Göttingen. Bei einem versuchten Hakenkrallenanschlag auf einen S-Bahn-Zug entstand Sachschaden in Höhe von rund 200.000 DM. Auf dem Messeschnellweg verhinderten BGS-Kräfte die Errichtung einer Holzbarrikade. Eine Demonstration in der Innenstadt mit 400 Teilnehmern verlief dagegen friedlich. Am Abend kam es zu Störaktionen durch Kleingruppen der Anti-EXPO-Szene (AES). Die Polizei nahm insgesamt 327 Störer fest.

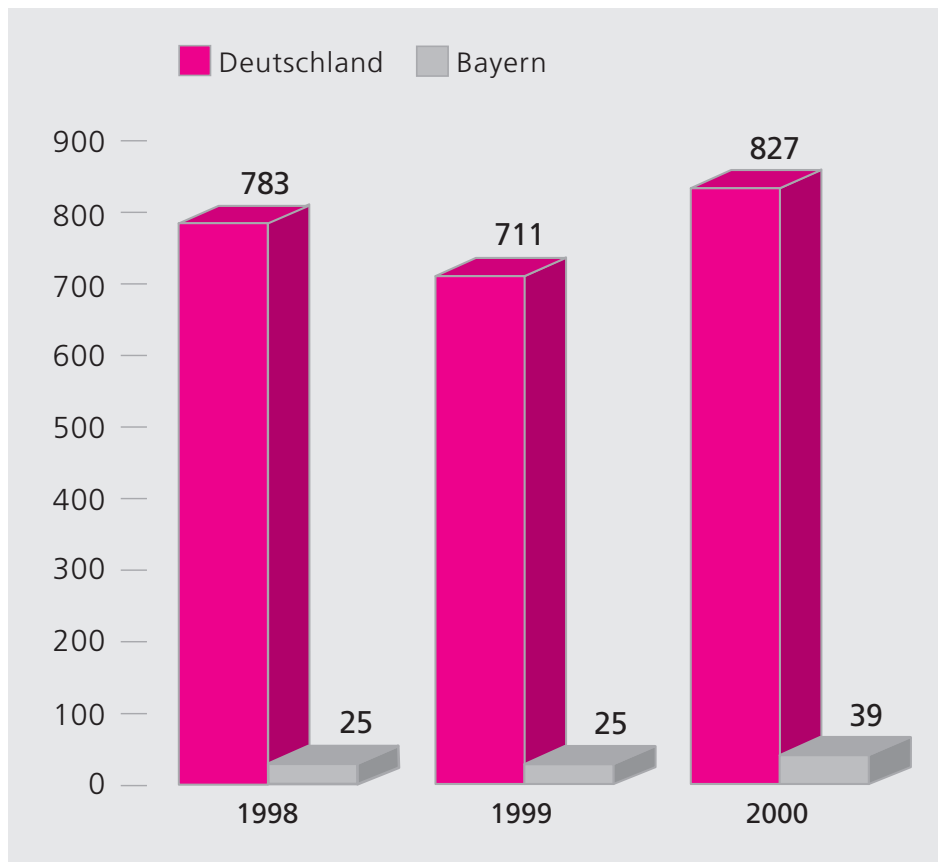
Propaganda- aktionen in Bayern

In Bayern wurden keine nennenswerten Straftaten im Zusammenhang mit der EXPO 2000 bekannt. Vereinzelt konnten im Raum Nürnberg/Erlangen und in München Aufkleber, Flugblätter und Schmiere-reien wie „EXPO NO - Eröffnung verhindern! 01.06.2000 EXPO stoppen! Kapitalismus abschaffen!“ festgestellt werden. Dem EXPO-Widerstand gelang es nicht, andere „linke Bewegungen“ für seine Aktionen zu gewinnen. Der Verlauf der Störaktionen war auch für die autonome Szene insgesamt enttäuschend. Sie konnte ihr Ziel, die EXPO 2000 zu verhindern oder zumindest empfindlich zu stören, nicht erreichen.

3.2 Gewalttaten und sonstige Straftaten

Hauptmotiv Antifaschismus

Bundesweit wurden 827 Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender linksextremistischer Motivation gegenüber 711 Gewalttaten im Vorjahr festgestellt. In Bayern wurden insgesamt 39 (1999: 25) links-extremistisch motivierte Gewalttaten begangen. Der Anteil Bayerns an diesen Straftaten in Deutschland beträgt 4,7 %. In 38 Fällen war der Antifaschismus Motiv für die von Linksextremisten in Bayern verübten Gewalttaten. Sie stehen im Zusammenhang mit Gegenveranstaltungen zu Versammlungen rechtsextremistischer Gruppen, insbesondere der NPD, und Angriffen gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten. Die Opfer wurden von den verummten Angreifern geschlagen und mit Reizgas verletzt. Den Schwerpunkt bildete



Entwicklung
linksextremis-
tisch motivier-
ter Gewalttaten

die Gegenveranstaltung gegen eine Kundgebung der NPD am 1. Mai in Fürth, in deren Zusammenhang in zehn Fällen Körperverletzungen und in zwei Fällen Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte begangen wurden. Im Zusammenhang mit den unfriedlich verlaufenen Aktionen gegen die Kundgebung der NPD am 27. Mai in Passau wurden zwei Delikte des Landfriedensbruchs begangen. Bei zwei weiteren unfriedlichen Aktionen gegen Info-Stände bzw. Veranstaltungen der NPD am 30. September und 27. Oktober in München wurden zwei Delikte des Landfriedensbruchs und acht Körperverletzungsdelikte erfasst.

Auch Gewalttaten gegen Einzelpersonen und öffentliche Einrichtungen wurden begangen:

Am 28. März wurde in Nürnberg ein vermeintlicher Rechtsextremist von drei schwarz gekleideten und verummten Personen von hinten angegriffen und mit Reizgas, Faustschlägen und Fußtritten verletzt. Einige Stunden danach griffen in Nürnberg sechs unbekannte und verummte Täter zwei vermeintliche Rechtsextremisten in gleicher Weise an.

Am 21. August griffen in einer Nürnberger Gaststätte zwei Linksextremisten einen Mann an, der ein T-Shirt mit der Aufschrift „Radikal Volkstroi - Es naht der Tag der Rache“ trug. Die Täter prügeln auf den Mann ein und warfen ihn aus dem Lokal.

Unbekannte Täter entzündeten am 2. November in Rothenburg ob der Tauber, Landkreis Ansbach, in einer Telefonzelle Folien und Schnüre. Durch das Feuer entstand Sachschaden von 10.000 DM. An die Telefonzelle hatten die Täter ferner die Parolen „Nazis raus!“, „Antifaschistische Aktion“ und „Anarchy“ angebracht.

3.3 Antiimperialistischer Widerstand (AIW)

Berufung auf
RAF-Ideologie

Beim AIW handelt es sich um militante Gruppen, die ihren bewaffneten Widerstandskampf gegen die in Deutschland bestehende Gesellschaftsordnung aus verdeckten Strukturen heraus führen wollen. Der AIW orientiert sich an den ersten ideologischen Leitlinien der RAF und will Gewalttaten nach dem Prinzip der Revolutionären Zellen (RZ) verüben. Das Ziel sind zunächst Sachbeschädigungen; es werden aber langfristig auch Angriffe auf Menschen nicht ausgeschlossen.

Solidarisierung
mit inhaftierten
Straftätern

Schwerpunkt der Gruppen des AIW war der „Aktionstag gegen die staatliche Unterdrückung“ am 18. März. Die überwiegend aus Gruppen und Einzelpersonen des Antiimperialistischen Widerstands bestehende Initiative „Libertad!“ verbreitete in der von ihr herausgegebenen Zeitung „So oder So“, Nummer 5 vom Januar, den Aufruf eines bundesweiten „Koordinierungskreises 18. März 2000“. Der Aktionstag stand unter dem Motto: „Das Schweigen brechen - die Initiative ergreifen - für die Freiheit der politischen Gefangenen.“ Die Verfasser des Aufrufs forderten alle „linken“ Initiativen und Solidaritätsgruppen auf, gemeinsam die Solidarität mit allen politischen Gefangenen und von „Repression“ Betroffenen zu organisieren. Im Aufruf heißt es unter anderem:

*„Solidarität mit dem antifaschistischen und dem Anti-Atom Widerstand!
Die Gefangenen aus der RAF müssen endlich raus! Weg mit der Todesstrafe - Freiheit für Mumia Abu Jamal und Abdullah Öcalan!“*

Die wenigen Veranstaltungen im Bundesgebiet verliefen bei geringer Beteiligung störungsfrei.

Kontakte ins
Ausland

Die Initiative „Libertad!“ unterhält mittlerweile international gefestigte Kontakte zu ausländischen Gruppen, die zu den Themen „poli-

tische Gefangene“ und „staatliche Repression“ arbeiten. Die Einrichtung eines internationalen Netzwerks übt auf Gruppen der autonomen/antiimperialistischen Szene eine wachsende Anziehungskraft aus. „Libertad!“ ist das einzige, seit Jahren kontinuierlich arbeitende politische Projekt, in dem Angehörige des ehemaligen RAF-Umfelds maßgeblich in Erscheinung treten.

Im Internet verbreitet „Libertad!“ einen Aufruf gegen die Einführung der „Isolations- und Einzelhaftgefängnisse“ in der Türkei. In dem Aufruf unter dem Motto „Kein Stammheim am Bosphorus“ heißt es, mit der Aufgabe des bisher in der Türkei praktizierten Gefängnisystems der Großzelle und dem Übergang zur europäischen Gefängnisnorm erwarte die politischen Gefangenen dort jetzt das, was die „wehrhafte Demokratie“ unter anderem in Deutschland schon länger praktiziere: Hochsicherheitstrakte, Isolations- und Einzelhaft.

*Agitation gegen
den Strafvollzug
in der Türkei*

3.4 Revolutionäre Zellen (RZ)

Die erstmals im Jahre 1972 in Erscheinung getretenen RZ waren unabhängig voneinander operierende Kleingruppen, die sich als antiimperialistisch und sozialrevolutionär bezeichneten. Ihre Taktik bestand im Allgemeinen darin, mit Anschlägen bei möglichst geringem Einsatz und Risiko möglichst hohen Sachschaden anzurichten, der nach ihrer Auffassung den betroffenen Einrichtungen bzw. Unternehmen mehr schadet als der Ausfall einer Führungsperson. Die Mitglieder agierten aus streng abgeschotteten Zellen heraus. Sie lebten jedoch nicht im Untergrund und waren deshalb auch nicht darauf angewiesen, sich eine konspirative Logistik zu schaffen. Anschläge der RZ bzw. der aus der RZ abgespaltenen Frauengruppe Rote Zora waren seit 1995 nicht mehr zu verzeichnen.

Im Rahmen der Ermittlungen des Generalbundesanwalts zu den „Revolutionären Zellen/Rote Zora“ (RZ) in Berlin wurden seit Ende des Jahres 1999 mehrere mutmaßliche Mitglieder der Berliner RZ festgenommen. Zwei Beschuldigte sollen zudem unter anderem am Anschlag auf den damaligen Vorsitzenden Richter am Bundesverwaltungsgericht, Dr. Günter Korbmacher, beteiligt gewesen sein, der am 1. September



Festnahmen

1987 in Berlin durch gezielte Pistolenschüsse am Unterschenkel verletzt wurde. Mit diesen Festnahmen und den weiteren Ermittlungen ist es den Sicherheitsbehörden gelungen, wesentliche Strukturen der seit 1995 inaktiven RZ aufzuklären.

*Reaktionen auf
die Exekutiv-
maßnahmen*

Die Reaktionen der linksextremistischen Szene auf diese Verfahren waren relativ gering. Sie beschränkten sich vorwiegend auf Beiträge in Szenezeitschriften. Darin wurde versucht, die Geschichte der RZ aufzuarbeiten, aber auch zum Teil massive Kritik am Aussageverhalten von Beschuldigten geübt. Straftaten wurden nur wenige bekannt. So veröffentlichte das autonome Szeneblatt INTERIM in der Ausgabe Nummer 492 vom 27. Januar die Selbstbezeichnung einer „militanten zelle“ zu einem Anschlag mit zündzeitverzögerten Brandsätzen auf die Stromversorgung einer BGS-Einrichtung in der Nacht zum 17. Januar in Berlin-Grünwald. Die Täter bezeichneten ihren Anschlag als Reaktion auf die Exekutivmaßnahmen am 19. Dezember 1999 gegen mutmaßliche Angehörige der RZ. Die „staatsterroristische“ Kampagne gegen die RZ solle offenbar die „radikale Linke“ einschüchtern und militanten Antirassismus, wie die RZ ihn als emanzipatorisches Projekt begründet und praktiziert hätten, kriminalisieren.

Mehrere RZ-Angehörige wurden strafrechtlich verurteilt.

*Lebenslange
Freiheitsstrafe
für Johannes
Weinrich*

Das Berliner Landgericht verurteilte am 17. Januar den Terroristen Johannes Weinrich wegen Mordes, fünffachen versuchten Mordes und Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion am 25. August 1983 auf das Maison de France in Berlin zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe. Das Gericht erkannte auf die besondere Schwere der Schuld. Bei der Tat waren ein 25-jähriger Mann getötet und 23 weitere Personen zum Teil schwer verletzt worden. Ein mitangeklagter ehemaliger syrischer Diplomat erhielt wegen Beihilfe eine zweijährige Haftstrafe auf Bewährung. Er hatte sich freiwillig gestellt und gestanden, den für den Anschlag bestimmten, in der syrischen Botschaft in Ost-Berlin gelagerten Sprengstoff an Weinrich übergeben zu haben. Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR hatte die Vorbereitung des Anschlags auf das Maison de France auf dem Territorium der ehemaligen DDR geduldet, obwohl es über das Ziel der Vorbereitungen informiert war. Weinrich gehörte der internationalen Terrorgruppe um den Venezolaner Carlos an. Die Organisation internationaler Revolutionäre, wie sich die Gruppe um Carlos nannte, verband Kräfte und Ziele südamerikanischer, nahöstlicher, deutscher, japanischer, italienischer und anderer Terrororganisationen.

Vor dem Frankfurter Landgericht hat am 17. Oktober der Prozess um den Terroranschlag auf die Wiener OPEC-Konferenz 1975 begonnen. Dabei sagte der angeklagte Ex-Terrorist Hans-Joachim Klein ausführlich zu seiner Person und seinen frühen Kontakten zur RAF und den RZ sowie seinem Leben vor und nach dem „OPEC“-Überfall aus. Dagegen verweigerte der mitangeklagte Rudolf Schindler zunächst jede Aussage. Beiden werden gemeinschaftlich begangener Mord sowie drei Mordversuche vorgeworfen. Klein erklärte, nach dem Hungertod des RAF-Terroristen Holger Meins 1974 habe er sich entschlossen, selbst Anschläge zu verüben, und sich den RZ angeschlossen. 1977 hatte sich Klein spektakulär vom Terrorismus losgesagt, als er seine Waffen einem deutschen Magazin schickte. Dann hatte er sich über 20 Jahre in Frankreich verborgen.

*Strafverfahren
gegen Hans-
Joachim Klein*

Das Kammergericht Berlin verurteilte am 18. Dezember Tarek Mohamad Mousli unter anderem wegen Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung RZ Berlin in Tateinheit mit gemeinschaftlicher Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion auf die zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber am 6. Februar 1987 in Berlin sowie strafbarem Umgang und Verkehr mit explosionsgefährlichen Stoffen zu zwei Jahren Freiheitsstrafe. Die Vollstreckung der Strafe wurde für die Dauer von drei Jahren zur Bewährung ausgesetzt. Die Bundesanwaltschaft und die Verteidigung verzichteten auf Rechtsmittel.

*Urteil gegen Tarek
Mohamed Mousli*

4. Übersicht über erwähnenswerte linksextremistische und linksextremistisch beeinflusste Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Ende 2000 Bayern Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
1. Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten		
1.1 Kernorganisationen:		
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 14 Bezirksorganisationen, aufgeteilt in Kreis- und Grundorganisationen 26.09.1968, Essen	600 4.500	Unsere Zeit (UZ) wöchentlich, 10.000 Marxistische Blätter zweimonatlich, 3.000
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) - neuer Name beschlossen auf SED-Parteitag am 16./17.12.1989 -, Berlin	88.600	Neues Deutschland (ND) - PDS-nahe Zeitung - werktäglich, 70.000 DISPUT monatlich, 11.000 PDS-Pressedienst wöchentlich, 2.200 UTOPIE-kreativ-Diskussion sozialistischer Alternativen monatlich, 800 Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS monatlich, 1.000
PDS Landesverband Bayern mit 11 Kreisverbänden und 29 Basisorganisationen 11.09.1990, München	650 (einschließlich Sympathisanten)	TITEL (Informationsforum der PDS Bayern) unregelmäßig, 500
Verein für Arbeiterbildung Nordbayern 28.03.1993, Fürth	50	Nordbayerischer Landbote unregelmäßig, 100
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) 1973, München	100 200	Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ) vierteljährlich
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 10 Parteibezirke, über 100 Ortsgruppen und Stützpunkte 17./18.06.1982, Essen	140 2.000	Rote Fahne wöchentlich, 7.500 lernen u. kämpfen (luk) monatlich, 1.000

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Ende 2000 Bayern Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP) 24./25.06.1995, Köln	20 100	Sozialistische Zeitung (SoZ) vierzehntägig, 2.000
Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) Frankfurt am Main	40 1.000	Sozialismus von unten zweimonatlich, 3.500 Linksruck monatlich, 7.000
Marxistische Gruppe (MG) München 1969/70 AK Rote Zellen, München („aufgelöst“ zum 01.06.1991)	700 (Aktive) 10.000	GEGENSTANDPUNKT Herausgeber: ehemalige Funktionäre der MG vierteljährlich, 7.000

1.2 Nebenorganisationen:

Nebenorganisation der DKP:

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) Landesverbände, Kreisverbände und Ortsgruppen, 04./05.05.1968, Essen	50 300	POSITION unregelmäßig, 1.500
---	--------	---------------------------------

Nebenorganisation der MLPD:

Jugendverband REBELL	20	Rebell - Beilage zur Roten Fahne -
----------------------	----	---------------------------------------

1.3 Beeinflusste Organisationen:

DKP-beeinflusst:

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschi- stinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) Landesvereinigungen mit Kreis- und Ortsvereinigungen 15.-17.03.1947, Frankfurt am Main	900 6.200	antifa-rundschau vierteljährlich, 7.500
--	-----------	--

MLPD-beeinflusst:

Frauenverband Courage	20 500	Courage vierteljährlich
-----------------------	--------	----------------------------

Trotzkistisch beeinflusst:

Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) Vorfeldorganisation der trotzkistischen „Sozialistischen Alternative VORAN“ (SAV) 1992, Köln	50 300	
--	--------	--

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Ende 2000 Bayern Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
--	--	--

2. Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten

Autonome	etwa 500	über 6.000	zum Teil unregelmäßig erscheinende Szeneblätter wie: radikal, INTERIM; auf lokaler Ebene u.a: barricada
davon: Antifaschistische Aktion/Bundes- weite Organisation (AA/BO) Juli 1992	40		unregelmäßig erscheinende Publikationen, für die die AA/BO als Herausgeber verantwortlich zeichnet

3. Von mehreren Strömungen des Linksextremismus beeinflusst

Münchner Bündnis gegen Rassismus München	40	
Antifaschistisches Aktionsbündnis Nürnberg	20	
Münchner Kurdistan-Solidaritätskomitee München	20	

5. Abschnitt

Extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

1. Allgemeines

1.1 Merkmale des Ausländerextremismus

Ausländergruppen werden als extremistisch eingestuft, wenn sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Dazu zählen insbesondere die Organisationen islamischer Extremisten, die als Endziel einen islamischen Staat, wie z.B. im Iran, auch in Deutschland errichten und damit wesentliche Grundsätze unserer freiheitlichen Verfassung beseitigen wollen. Der gesetzlichen Beobachtung unterliegen auch Gruppierungen, die eine gewaltsame Änderung der politischen Verhältnisse im Heimatland erstreben und dadurch auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

*Einstufung als
extremistisch*

1.2 Entwicklung der Organisationen

Die Gesamtzahl der Mitglieder extremistischer Ausländervereinigungen erhöhte sich in Bayern geringfügig von 10.400 im Jahre 1999 auf 10.470. Darin eingerechnet sind rund 1.800 Anhänger der in Deutschland verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Wie in den Vorjahren stellten die Organisationen extremistischer Türken (einschließlich kurdischer Volkszugehöriger) mehr als 90 % aller auslän-

*Leicht gestiegene
Mitgliederzahl*

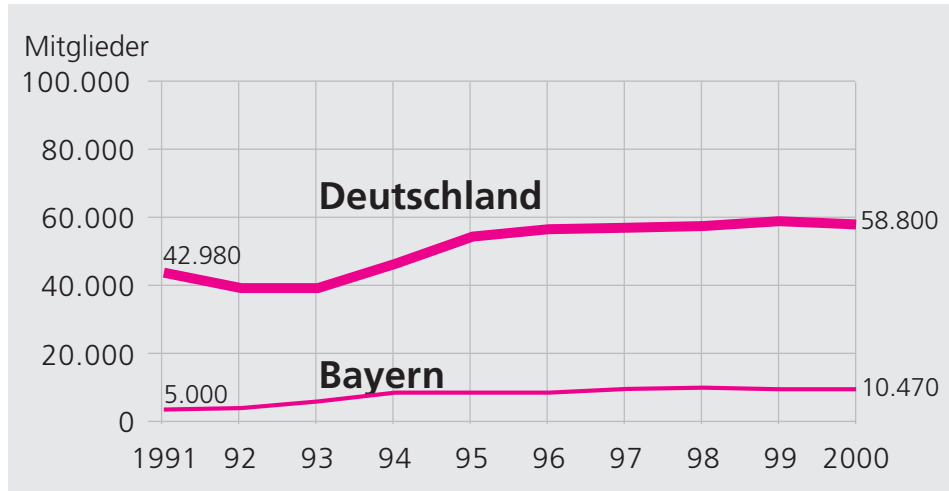
	Links- extremisten	Extreme Nationalisten	Islamische Extremisten	Gesamtzahl Mitglieder
Kurden	1.950 (2.150)	- -	- -	1.950 (2.150)
Türken	450 (375)	2.100 (2.000)	5.170 (5.170)	7.720 (7.545)
Sonstige*	350 (245)	80 (90)	370 (370)	800 (705)
Gesamtzahl	2.750 (2.770)	2.180 (2.090)	5.540 (5.540)	10.470 (10.400)

(in Klammern die Vergleichszahlen des Vorjahrs)

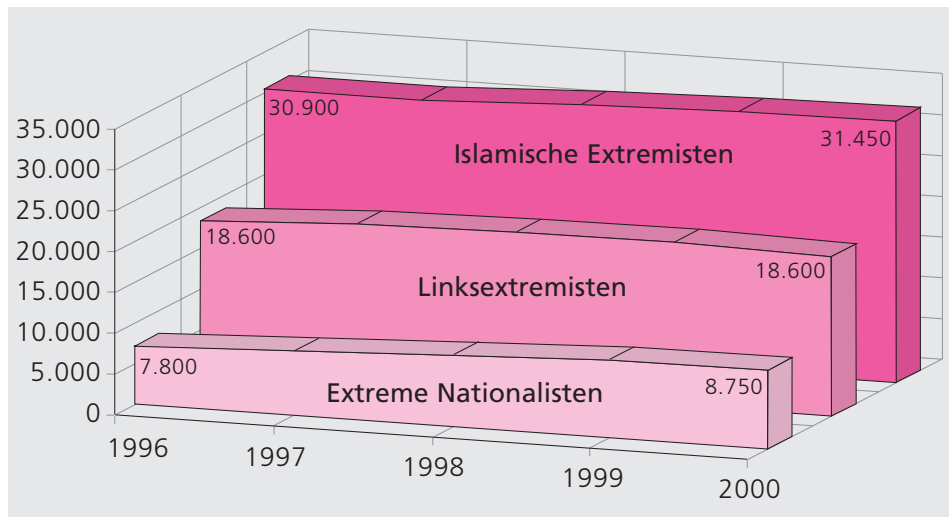
* Albaner, Araber, Inder, Iraner, Srianker u.a.

Mitgliederstärke
extremistischer
Ausländer-
organisationen
in Bayern

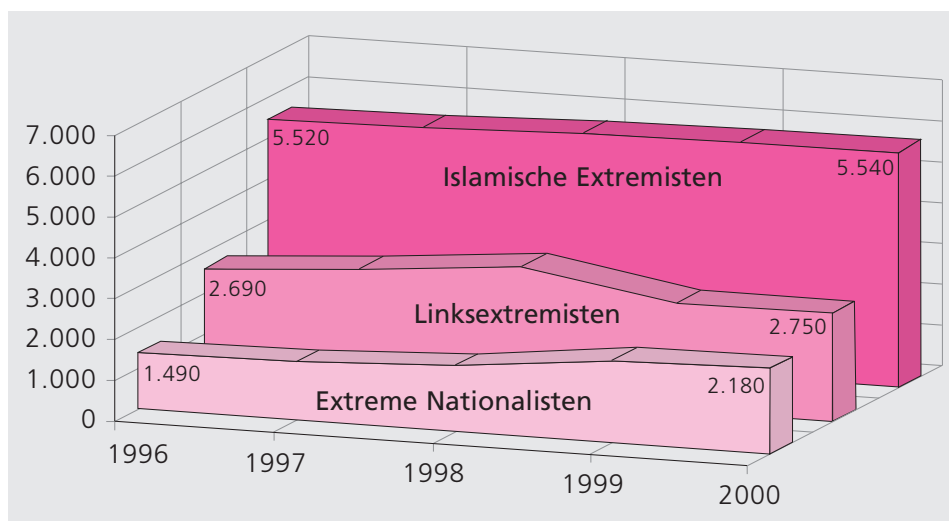
Entwicklung
der Mitglie-
derzahlen
extremistischer
Ausländer-
organisationen



Ausländische
Extremisten
in Deutschland



Ausländische
Extremisten
in Bayern



dischen Extremisten in Bayern. Über die Hälfte aller ausländischen Extremisten ist dem islamischen Fundamentalismus zuzurechnen.

Im Vergleich zur Bedrohung der Inneren Sicherheit durch militante türkische Linksextremisten und Anhänger der Arbeiterpartei Kurdis­tans (PKK) bedeutet der islamische Fundamentalismus eine zwar weniger spektakuläre, langfristig aber größere Gefahr für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung, insbesondere im Hinblick auf seine weltweiten Expansionsbestrebungen. Die konsequente Durchsetzung der Vereins- und Betätigungsverbote gegen die PKK und türkische Linksextremisten in Bayern hat sich bewährt; die relativ geringe Zahl von Gewalttaten in Bayern belegt dies. Die weitere strafrechtliche Aufarbeitung der mörderischen Auseinandersetzungen beider Flügel der verbotenen Devrimci Sol vor allem in Norddeutschland führt die Brutalität der Anhänger dieser verbotenen Organisationen deutlich vor Augen.

1.3 Integrationsfeindlichkeit des islamischen Extremismus

Der Islam als Religion und seine Ausübung werden nicht vom Verfassungsschutz beobachtet. Der Beobachtung unterliegen jedoch Bestrebungen, die von islamischen Gruppen ausgehen und sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand Bayerns bzw. des Bundes richten (islamischer Fundamentalismus), aber auch solche, die durch Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

*Gesetzlicher
Beobachtungs-
auftrag*

Die im Bundesgebiet aktiven islamisch-extremistischen Gruppierungen wollen die in ihren Heimatländern bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnungen durch ein auf der Scharia (islamisches Rechtssystem) basierendes islamistisches Gesellschaftssystem ersetzen. Zum Teil streben sie sogar die Errichtung eines antilaizistischen Gottesstaats auf der ganzen Welt an. Die Islamisten gehen davon aus, dass mit der Scharia eine alle Lebensbereiche umfassende islamische Gesellschaftsordnung vorgegeben sei, die es überall zu verwirklichen gelte. Ihrer Überzeugung nach entsprechen die gesellschaftspolitischen Vorstellungen des Islamismus wegen ihres göttlichen Ursprungs als einziges gesellschaftliches System in allen Aspekten vollständig der menschlichen Natur. Die Trennung von Staat und Religion in westlichen Staaten wird daher nicht nur als „un-islamisch“ angesehen, sondern als Verstoß gegen die göttliche Ordnung.

*Weltweites
Expansionsstreben*

Verstoß gegen das Gleichheitsprinzip

misch“ abgelehnt, sondern auch aktiv bekämpft. Die Gleichheit der Menschen wird verneint. Nur Muslime sind völlig rechtsfähig und können gleiche Rechte haben, sofern diese nicht im Widerspruch zur Scharia stehen. Menschenrechte nach westlichem Verständnis werden nur zum Teil anerkannt. Die Scharia liefert zudem die Legitimation für unmenschliche Strafen.

Intoleranz

Der islamische Fundamentalismus ist geprägt von Intoleranz gegenüber Andersgläubigen. Aufgrund seines Absolutheitsanspruchs fordert er einen aktiven Kampf gegen alle „Ungläubigen“ und die weltweite Islamisierung, falls nötig durch Unterwerfung aller Nichtmuslime.

Ablehnung der Demokratie

Westliche Demokratie- und Gesellschaftsvorstellungen werden abgelehnt, sofern sie nicht im Einklang mit dem Koran und der Scharia stehen. Dies bedeutet die Ächtung des demokratischen Prinzips der Volkssouveränität und der Chancengleichheit der Parteien. Ferner gibt es keine Gewaltenteilung, keine Legislative, keine Kontrolle der obersten Staatsgewalt. Eine Eingliederung von Muslimen in demokratische Systeme ist damit wesentlich erschwert. Der islamische Fundamentalismus ist daher zwangsläufig integrationsfeindlich.

Islamische fundamentalistische Gruppen wenden sich deshalb massiv gegen eine echte Integration. Sie versuchen, vor allem junge Menschen zu beeinflussen und sie zu einer Ablehnung unserer demokratischen Ordnung und unserer freiheitlichen Gesellschaft zu bewegen. Dazu dienen die privaten Koranschulen extremistischer Organisationen wie auch die Pflicht für Frauen und Mädchen, Kopftücher zu tragen. Dies trägt zur bewussten Abgrenzung von westlichen Lebensgewohnheiten bei.

Ambivalente Haltung zur Gewalt

Dem Politikverständnis von Islamisten ist auch ein taktisches Verhältnis zur Frage der Gewaltanwendung immanent. Nach Ansicht islamistischer Theoretiker schließt der „Jihad“ (wörtlich: Innerer Kampf, Anstrengung oder Heiliger Krieg) als Instrument zur Verwirklichung der islamistischen Gesellschaftsordnung alle zum Sieg verhelfenden Mittel ein. So befürwortet die Mehrzahl der islamistischen Gruppierungen aus dem arabischen Raum Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele. Die im Bundesgebiet mitgliederstärkste islamistische Gruppierung, die türkische „Islamische Gemeinschaft in Deutschland“ (IGMG), setzt dagegen auf politische Aktivitäten zur Veränderung der gesellschaftlichen Ordnungen in der Türkei und in Deutschland.

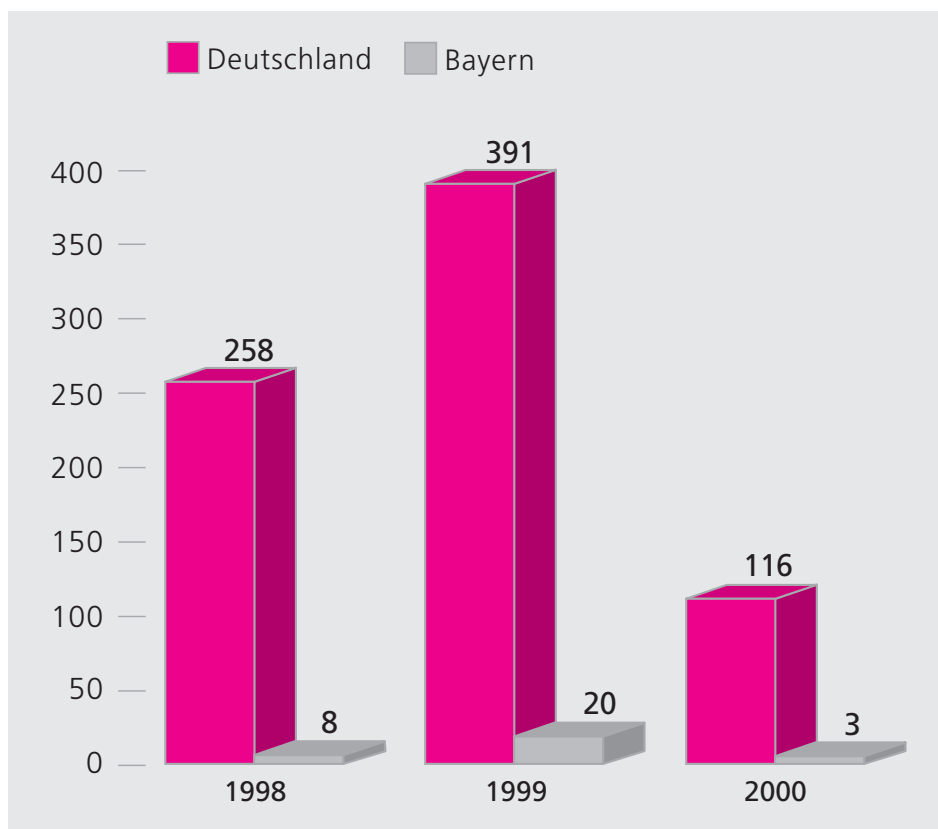
1.4 Entwicklung der Gewalttaten

Bundesweit wurden im Berichtszeitraum 116 Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem ausländerextremistischem Hintergrund bekannt. Dies entspricht einem Rückgang von etwa 70 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahrs.

*Deutlicher
Rückgang*

Die hohe Anzahl von Gewalttaten im Vorjahr ist auf die damaligen Aktionen der Anhänger der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) nach der Festnahme des Vorsitzenden Abdullah Öcalan am 15. Februar 1999 zurückzuführen.

Die Zahl der politisch motivierten Gewalttaten von Ausländern in Bayern ist im Berichtszeitraum von 20 auf drei gesunken. Der Anteil Bayerns liegt damit, bezogen auf die hier lebenden Ausländer, im Ländervergleich im unteren Bereich. Ausländische Extremisten verübten zwei Körperverletzungsdelikte zur Unterstützung deutscher Linksextremisten bei Gegenaktionen zu NPD-Kundgebungen. Beim dritten Vorfall bezeichneten zwei Türken einen Deutschen wegen seiner Glatze als „Nazi“, schlugen ihn zu Boden und traten ihn mit Stiefeln.



Entwicklung der
Gewalttaten
durch ausländi-
sche Extremisten

2. Türkische Gruppen

2.1 Islamische Extremisten

2.1.1 Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	27.000	5.000
Vorsitzender:	Dr. Yusuf Isik (kommissarisch)	
Gründung:	1985	
Sitz:	Köln	
Publizistisches		
Sprachrohr:	Milli Gazete (Nationale Zeitung)	

Islamisch-extremistische Ideologie

Die IGMG erstrebt zunächst die Abschaffung der laizistischen Staatsordnung in der Türkei zugunsten einer islamischen Staats- und Gesellschaftsordnung mit dem Koran als Grundlage des Staatsaufbaus und als Verhaltenskodex des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Fernziel ist eine weltweite Islamisierung im Sinn eines doktrinären Islam-Verständnisses.

In Bayern ist die IGMG mit rund 70 Ortsgruppen vertreten. Die Schwerpunkte sind Nürnberg und München.

Interne Differenzen

Die IGMG ist ein Sammelbecken von Anhängern der seit 1998 in der Türkei verbotenen Wohlfahrtspartei (RP) und deren Nachfolgerin, der Tugendpartei (FP). Richtungsstreitigkeiten in der FP zwischen den so genannten „Erneuerern“ und den „Traditionalisten“ wirken sich mittlerweile auch auf die IGMG in Deutschland aus. Innerhalb der IGMG-Vereine haben sich bereits größere Gruppen gebildet, die offen ihre Unterstützung für eine liberalere und demokratischere Oppositionsgruppe in der FP bekunden. Vor allem jüngere Mitglieder der IGMG wollen den doktrinären Kurs der RP unter ihrem ehemaligen Vorsitzenden Prof. Necmettin Erbakan nicht mehr unterstützen. Die älteren IGMG-Mitglieder befürworten dagegen weiterhin die politische Linie Erbakans. Obwohl die „Erneuerer“ immer mehr Zustimmung finden, bilden die „Traditionalisten“ der älteren Generation, die beharrlich zum politischen Kurs Erbakans stehen, nach wie vor die Mehrheit. Auch die Führung der Tugendpartei (FP) in der Türkei und die Verbandsführung der IGMG werden wie bisher von extremistischen Kräften dominiert, die einen totalitären islamistischen Herrschaftsanspruch erheben. Dies wurde auf dem Parteitag der FP am 14. Mai erneut deutlich, wo der bisherige Parteivorsitzende in sei-

ner Funktion bestätigt wurde, während sein der gemäßigteren Oppositionsgruppe zuzurechnender Gegenkandidat scheiterte.

Im Gegensatz zu anderen islamistischen Organisationen ist die IGMG seit einigen Jahren um ein rechtlich unangreifbares Erscheinungsbild bemüht. Sie verzichtet fast völlig auf agitatorische Aussagen und gibt vor, nur verfassungskonforme Ziele zu verfolgen. So behauptet die Organisation in letzter Zeit zunehmend die Bereitschaft ihrer Mitglieder zur Integration in die deutsche Gesellschaft und versichert, sie werde das Grundgesetz achten. Zweifel an der Ernsthaftigkeit solcher Äußerungen sind dennoch begründet. Die IGMG lässt nach wie vor ein vorbehaltloses Bekenntnis zur bestehenden Rechts- und Gesellschaftsordnung vermissen und macht die Integrationsbereitschaft von der Gewährung „uneingeschränkter“ Religionsfreiheit abhängig. Sie ist also überzeugt, dass ihre mit wesentlichen Prinzipien des Grundgesetzes kollidierenden islamistischen Bestrebungen als vom Grundgesetz geschützte Religionsausübung zu gelten haben. Ihr Streben nach verpflichtender Anerkennung von Koran und Scharia steht damit in unlöslichem Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

*Taktisch bedingte
Zurückhaltung*

Trotz taktisch motivierter anders lautender Erklärungen hat sich die Grundhaltung der IGMG also nicht geändert. Bereits im November 1999 hatte die IGMG als neue Strategie propagiert, den Westen mit den eigenen Waffen zu schlagen. Man wolle sich in Zukunft nach außen pro-westlich und pro-amerikanisch geben sowie für Menschenrechte und Religionsfreiheit eintreten. In den Ortsvereinen selbst solle dagegen die Ideologisierung und Abschottung verstärkt werden. In Umsetzung dieser Strategie pflegt die IGMG inzwischen Kontakte zu Politikern demokratischer Parteien, zu politischen Stiftungen und Personen des öffentlichen Lebens. Obwohl sie sich sogar einer begrenzten Anpassung an die Lebensverhältnisse in Deutschland widersetzt, empfiehlt sie ihren Mitgliedern den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft wegen des damit verbundenen Wahlrechts. Auch diese Empfehlung ist kein Indiz für Integrationsbereitschaft, sondern Teil der von der IGMG verfolgten Strategie zur Durchsetzung ihrer islamistischen Positionen im gesellschaftlichen Leben der Bundesrepublik Deutschland.

*Integrations-
feindlichkeit*

Am 3. Juni hielt die IGMG in Köln ihre 6. Generalversammlung ab. Daran beteiligten sich knapp 30.000 Besucher aus dem In- und Ausland. Der frühere türkische Ministerpräsident und ehemalige RP-Vorsitzende Prof. Necmettin Erbakan war als Ehrengast anwesend. Trans-

Jahreskongress

parente enthielten Aufschriften wie „Demokratie ja, aber bitte auch für uns“ und „Wo bleibt die Gleichstellung mit den Christen?“. Im Vergleich zum Vorjahrestreffen, zu dem rund 40.000 Personen erschienen waren, fand die diesjährige Veranstaltung weniger Resonanz.



Emblem
der IGMG

Die IGMG begrüßte das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 23. Februar, das der „Islamischen Föderation“ Berlin die Abhaltung islamischen Unterrichts an öffentlichen Schulen gestattet. Auch die „Islamische Föderation“ unterhält enge Verbindungen zur türkischen Tugendpartei (FP). So sprach eine frühere FP-Abgeordnete, die wegen Verstoßes gegen das Kopftuchverbot ihren Parlamentssitz in Ankara verlor, im Frühjahr 2000 in Hessen auf einer Veranstaltung der „Islamischen Föderation“.

Die IGMG-Zentrale in Köln rief wie im Vorjahr zu Spendenaktionen auf, so z.B. für hilfsbedürftige Muslime in Tschetschenien und Palästina. Ferner organisierte die IGMG eine Unterstützungskampagne für Prof. Necmettin Erbakan, den das türkische Staatssicherheitsgericht im März wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe und einem lebenslangen Verbot der politischen Betätigung verurteilt hatte.

Am 14. Oktober führte die IGMG das „5. Jugend- und Kulturfest“ in Essen durch. Daran beteiligten sich rund 5.000 Personen, darunter etwa 2.000 Frauen. Als Gastredner trat der ehemalige Justizminister der Regierung Erbakan/Ciller auf, der in seinem Vortrag die Juden für die angespannte Wirtschaftslage der Türkei verantwortlich machte.

2.1.2 Hilafet Devleti (Der Kalifatsstaat)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	1.100	170
Vorsitzender:	Metin Kaplan	
Gründung:	1984	
Sitz:	Köln	
Publikation:	Ümmet-i Muhammed (Die Gemeinde Mohammeds)	

Der Kalifatsstaat (Hilafet Devleti) ist eine am „Führerprinzip“ orientierte, streng hierarchisch gegliederte Organisation. Sein Endziel ist die Weltherrschaft des Islam unter dem Kalifat seines Anführers Metin Kaplan. Als erste Stufe auf dem Weg zu diesem Ziel wird der gewaltsame Sturz des laizistischen Regierungssystems in der Türkei angestrebt. Der Kalifatsstaat lehnt Demokratie und jede Trennung

*Gewalt-
bereitschaft*

von Politik und Religion strikt ab. Mit Aufrufen zum gewaltsamen Vorgehen gegen den türkischen Staat beeinträchtigt der Verband auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland. Der islamistische Alleinvertretungsanspruch des Kalifatsstaats, sein Antisemitismus und seine Gewaltbereitschaft gefährden die Innere Sicherheit. Mit Nachdruck wendet sich der Kalifatsstaat gegen die Integration türkischer Staatsangehöriger in die deutsche Gesellschaft.

In Bayern existieren Ortsgruppen unter anderem in Ingolstadt, Augsburg und Nürnberg. Das Vereinsleben vollzieht sich in kleinen abgeschotteten Zirkeln, zu denen fremde Personen keinen Zugang haben. Mit seiner totalen Abgrenzungsstrategie gegenüber anderen islamistischen bzw. islamischen Organisationen sowie seinen militanten Aussagen hat sich der Kalifatsstaat selbst in muslimischen Kreisen isoliert. Der „Treue-Eid“, auf den alle Anhänger nach eigenen Angaben des Verbands vereidigt sind, belegt, dass viele von ihnen auf Geheiß ihres selbst ernannten „Kalifen“ auch zu Gewalttaten bereit sind. Er lautet:

Isolation

„Unser Hodscha! Vor den Augen Allahs schwören wir, dass wir - solange du die im Koran und in den Aussprüchen Mohammeds formulierten Vorschriften beachtest - deine Befehle, ungeachtet dessen, ob sie uns gefallen, ausführen werden, auch wenn die Ausführung dieser Befehle uns den Tod oder eine Gefängnisstrafe bringen würde.“

Der Verband betreibt einen intensiven Märtyrerkult. In der Zeitung „Ümmet-i Muhammed“ vom 31. August wird unter anderem ausgeführt, es sei der Wunsch eines jeden Muslim, für Allah und seinen Weg Märtyrer zu sein. Dieser Wunsch sei sauber, klar und ehrenhaft. Diejenigen, die sich für Allah einsetzten und für ihn kämpften, seien die besten Menschen und ehrenhaft. Die Seelen, die durch den Märtyrertod entstanden seien, seien die saubersten und größten. Wer sich für Allah opfere, sei nicht tot. Er sei ein Märtyrer. Es sei nicht richtig, die Märtyrer als Tote zu bezeichnen. Wer im Kampf für Allah nicht sterbe, müsse Allahs Fahne weiterhin tragen.

Märtyrerkult

Dieser Märtyrerkult wird mit dem Ziel eines baldigen Umsturzes in der Türkei verbunden, der den Übergang zu einer als Ideal gedachten islamischen Ordnung bringen soll. Die „Ümmet-i Muhammed“ vom 17. August führt hierzu aus:



„Muslime müssen sich, nachdem sie sich dem Kalifatsstaat angeschlossen haben, anschicken, ihre mit dem Jihad zusammenhängende Pflicht zu

erfüllen. Während das Leid der Muslime allmählich ein Ende findet, läuft die Zeit der Ungläubigen, der Hohnsüßigen und der Unterdrückten unwiederbringlich ab!“

*Verurteilung von
Metin Kaplan*

Am 15. November verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf Metin Kaplan wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Kaplan seine Anhänger zweimal öffentlich zur Tötung eines Widersachers - des „Gegenkalifen“ Halil Ibrahim Sofu - aufgefordert hatte. Sofu war in der Nacht zum 8. Mai 1997 von drei maskierten Personen in Berlin erschossen worden. Unter Berufung auf eine Aussage des Propheten Mohammed hatte Kaplan am 1. September 1996 geäußert:

„(...) wenn ein zweiter Kalif auftaucht, während es bereits einen Kalifen gibt, schlägt dem zweiten Kalifen den Hals ab.“

Der Mitangeklagte Hasan Basri Gökbulut wurde in Abwesenheit zu einer dreijährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Ein dritter Angeklagter wurde freigesprochen, da ihm eine Beteiligung an strafbaren Handlungen nicht nachgewiesen werden konnte. Mit seinem Freispruch entfiel auch für die beiden anderen Angeklagten der Vorwurf der Mitgliedschaft bzw. Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung. Gökbulut, der Stellvertreter Kaplans, der nicht in Untersuchungshaft war, ist seit dem 24. Oktober nicht mehr zu den Verhandlungen erschienen. Er hält sich versteckt und wird mit Haftbefehl gesucht. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

*Solidarisierung
mit dem ange-
klagten „Kalifen“*

Das Verbandsorgan „Ümmet-i Muhammed“ protestierte regelmäßig gegen Kaplans Verhaftung, die von seinen Anhängern als Angriff auf den Islam gewertet wird, und kommentierte den Prozess ausführlich. Seine Anhänger solidarisierten sich mit ihm durch häufige Teilnahme an den Verhandlungsterminen. Den Höhepunkt der Solidaritätskampagne bildete eine Kundgebung am 6. November in Düsseldorf. Der Verband konnte zu dieser Demonstration 4.000 Personen, darunter zahlreiche Frauen und Kinder, mobilisieren. In seinen Prozessserklärungen vertrat Kaplan unverändert die Ideologie des Kalifatsstaats. Danach ist der Islam

„sowohl eine Religion als auch ein Staat, sowohl die Gottesverehrung als auch die Politik: Der Islam ist niemals mit der Demokratie vereinbar! Kurzum läuft das demokratische Regime im Kern, im Grunde und Endergebnis dem Islam zuwider, sogar im höchsten Maße.“

Auch am Ziel eines Umsturzes in der Türkei hält der Verband weiter fest. Der Mitangeklagte Hasan Basri Gökbulut forderte die Rückgabe Anatoliens an die Muslime:

*Unveränderte
Zielsetzung und
Gefährlichkeit*

„Anatolien, dieses Land gehört uns! (...) Es ist nicht möglich, dass in einem islamischen Land ein System herrscht, welches nicht dem religiösen Glauben der Menschen entspricht, die die eigentlichen Besitzer dieses Landes sind. (...) Dieses Land steht uns zu! Es gehört uns! Wir verlangen lediglich das, was uns zusteht. Wir sind im Recht - in jeder Hinsicht! Niemand darf uns dieses Recht nehmen.“

Die öffentlichen Aktionen während des Prozesses verliefen weitgehend friedlich. Dieses Verhalten diene dazu, Kaplan als Opfer einer religionsfeindlichen Intrige deutscher und türkischer Behörden erscheinen zu lassen. Für die Zeit seiner Gefängnisstrafe wird diese taktische Zurückhaltung wohl beibehalten werden. Die Gefährlichkeit der Organisation hält jedoch unvermindert an. Der Verband steht auch im Verdacht, 1998 terroristische Anschläge in der Türkei unter anderem in Ankara und Istanbul geplant zu haben. Diese Anschläge, zu denen mehrere Attentäter aus Deutschland angereist sein sollen, konnten von türkischen Sicherheitskräften vereitelt werden.

Gegen den am 26. Januar 1999 vom Landgericht Augsburg ebenfalls wegen seines Aufrufs zur Tötung des Dissidenten Halil Sofu zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren verurteilten bayerischen Gebietsverantwortlichen des Kalifatsstaats, Hasan Pala, verhängte die Stadt Augsburg am 1. August ein Verbot der politischen Betätigung und beschränkte sein Aufenthaltsrecht auf das Stadtgebiet.

*Ausländerrechtliche
Maßnahmen*

2.2 Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	7.800	2.000
Vorsitzender:	Cemal Cetin	
Gründung:	1978	
Sitz:	Frankfurt am Main	
Publikation:	Türk Federasyon Bülteni	

Die ADÜTDF ist ein Sammelbecken von Anhängern der extrem nationalistischen türkischen Partei der Nationalen Bewegung (MHP), die

Nationalistische Ideologie

eine Großtürkei nach osmanischem Vorbild propagiert. Eigenen Angaben zufolge versteht sich der Verband als eine Bewegung nationalisierter Türken, deren Hauptanliegen die Integrität des Landes ist. Alle persönlichen Belange müssten den Interessen des Volkes untergeordnet und die türkische Fahne, die die Farbe des Blutes der Märtyrer der ADÜTDF trage, hochgehalten werden. Die Führung der ADÜTDF bekennt sich offen zu ihrer Leitfigur Alparslan Türkeş, dem 1997 verstorbenen langjährigen MHP-Vorsitzenden.

Die Anhänger der ADÜTDF werden häufig auch als „Graue Wölfe“ bezeichnet. Ihr Erkennungszeichen ist ein mit fünf Fingern stilisierter Wolfskopf. In Bayern sind dem Verband rund 25 Vereine zurechenbar.



Verschärfte Diktion

Bislang hatte sich die ADÜTDF in ihren Verlautbarungen gemäßigt gegeben. Ansatzweise war zwar mitunter eine Überbewertung des „Volksganzen“ unter Zurücksetzung der Interessen des Individuums feststellbar; eindeutig gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtete Äußerungen wurden jedoch in der Regel vermieden. In letzter Zeit weisen die Aussagen der ADÜTDF und ihrer Untergliederungen eine stärkere Ausrichtung zum Rassismus, extremen Nationalismus und zum Großmachtstreben, verbunden mit der Herabsetzung ethnischer Minderheiten, auf:

„Von Anbeginn der türkischen Geschichte haben wir andere Völker unter unsere Herrschaft gebracht. Als Herrenrasse haben wir Menschen, die nicht zu unserer Rasse gehören, viel von unserer Lebensart gelehrt. (...) Dort, wo unsere Herrschaft lang andauernd war, wurden fremde Rassen türkisiert und islamisiert. Somit hat unsere Herrenrasse im Laufe der Zeit die Minderheiten assimiliert. (...) In jeder Zeit gab es defekte Rassen, die nichts besseres zu tun hatten, als den Türken zu schaden. Diese Rassen sind behindert und erhalten ihre Befehle von wo anders.“

(Der stellvertretende ADÜTDF-Vorsitzende Fikret Kumru in Türk Federasyon Bülteni Nummer 23)

Die ADÜTDF propagiert unverhohlenen territoriale Ansprüche auf die ursprünglich zentralasiatische Heimat der Türken:

„Wenn man eine Linie von Moskau nach Peking und von dort nach Teheran zieht und diese miteinander verbindet, wird ein Dreieck sichtbar, das alle ober- und unterirdischen Schätze des Türkentums beinhaltet.“

(Türk Federasyon Bülteni, Ausgabe Nummer 23 vom Juni 2000)

Zielobjekt der ADÜTDF ist aber auch Europa. Das Bundesvorstandsmitglied Cevat Sanli erklärte vor dem Fürther ADÜTDF-Verein im Oktober:

„Da Deutschland eine wichtige Funktion in der EU inne hat, sind die Türken dann in der Lage, auf Europa Einfluss zu nehmen. Das Ziel der ADÜTDF ist, die einzige und größte türkische Einrichtung in Europa zu werden.“

Zur Mitgliederwerbung ist die ADÜTDF auch in zahlreichen Sport- und Elternvereinen tätig, die vorgeben, keine politischen Ziele zu haben. Jugendliche werden für Ordnerdienste herangezogen und frühzeitig als Vereinsfunktionäre in die politische Arbeit integriert. Der von der ADÜTDF propagierte Nationalismus gibt vielen türkischen Jugendlichen ein „Wir“-Gefühl gegenüber der deutschen Gesellschaft.

Jugendarbeit

In den Ortsvereinen wurde die Funktion des „Jugendvorsitzenden“ geschaffen. Wöchentlich finden für Jugendliche politische Seminare statt, deren Zweck bereits 1998 auf einer Funktionärsfortbildung wie folgt erläutert wurde:

„Nach dem Militärputsch 1980 fanden manche unserer Kampffreunde zuviel Ruhe und vergaßen die eigentliche Sache. Ihr müsst wissen: An erster Stelle kommt die MHP, an die zweite Stelle die Doktrin und an dritter Stelle die Vereine. Gerüchte und Kritik vernichten die Doktrin und das ist letztendlich der Grund, warum eine Organisation vernichtet wird. Deshalb darf es keine Kritik an dem Vorsitzenden der MHP, der Doktrin und an den Vereinen geben.“

Auf derselben Veranstaltung erklärte das ADÜTDF-Führungsmittglied Mikat Sen:

„Die Europa-Türken werden Minderheitenrechte bekommen, z.B. automatischen Sitz im Parlament. Somit wird sichergestellt, dass die Rechte der Türken in den Parlamenten immer vertreten werden. Türken bleiben immer Türken!“

Die ADÜTDF lehnt die Erteilung islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache ab, da sie diesen Unterricht in ihren eigenen Vereinen in türkischer Sprache anbieten kann. Der Fanatismus der ADÜTDF wird an einem Gedicht deutlich, das der Augsburger ADÜTDF-Verein im Mai in seiner Zeitschrift „Turan“ veröffentlichte:

Fanatismus

*„Du bist es, der die Fahne mit heiligem Blut tränkt. (...)
Du bist der junge Osmane, der am Tor von Bagdad berühmt geworden ist. (...)*

Du bist der, der einen mit 3.000 Persern besetzten Palast mit 40 Grauen Wölfen überfallen hat. (...)

Du bist das Kind einer ehrenvollen Nation, die Gott meine Armee genannt hat und in drei Erdteilen und auf sieben Meeren den Jihad geführt hat.

Du bist der Graue Wolf, dessen Feind in der heutigen Welt nur aus diesem Grund ein jeder ist. Du bist Türke, das ist richtig, aber vergiss nicht: Du bist Muslim.“

*Integrations-
feindlichkeit*

Diese Äußerungen zeigen, dass die ADÜTDF nach Dominanz strebt und einer echten Integration der Türken wie auch der Muslime in die deutsche Gesellschaft ablehnend gegenübersteht. Zwar rät sie ihren Mitgliedern, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen, Motiv hierfür sind aber nur die damit verbundenen größeren Einflussmöglichkeiten.

*Gewalt-
bereitschaft*

Teile der ADÜTDF scheuen auch vor Gewaltanwendung nicht zurück. So verurteilte das Landgericht Köln am 4. August 1999 zwei Mitglieder des ADÜTDF-Vereins in Köln-Nippes wegen gewaltsamer Eintreibung von Spenden zu Haftstrafen. Strafmildernd bewertete das Gericht, dass die Täter im Auftrag der ADÜTDF gehandelt hatten.

Nach wie vor bestehen zwischen der ADÜTDF und linksextremistischen Türken erhebliche Spannungen, die mitunter in Gewalt ausarten. Am 9. Dezember kam es in Rotterdam anlässlich einer Demonstration türkischer Linksextremisten gegen die Haftbedingungen in der Türkei zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Dabei töteten Anhänger der „Grauen Wölfe“ eine Person und verletzten eine zweite Person schwer.

2.3 Linksextremisten

2.3.1 Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	1.000	140
Gründung:	1978 in der Türkei (in Deutschland seit 1983 verboten)	
Die Organisation ist gespalten in:		
Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)		
Türkische Volksbefreiungspartei-Front (THKP-C Devrimci Sol)		
(beide Gruppierungen in Deutschland seit 1998 verboten)		

Die 1978 gegründete und 1983 in Deutschland verbotene revolutionär-marxistische Devrimci Sol versteht sich als eine an den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus ausgerichtete Volksbewegung. Sie zählt zu den militantesten türkischen Extremistengruppen, die mit Hilfe einer bewaffneten Revolution auf die Zerschlagung des türkischen Staates zielen und in der Türkei terroristisch aktiv sind. Seit 1993 ist die Devrimci Sol in den „Karatas-Flügel“, aus dem die 1994 in Syrien gegründete Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) hervorging, und den „Yagan-Flügel“, aus dem sich die Türkische Volksbefreiungspartei-Front (THKP-C Devrimci Sol) entwickelte, gespalten. Das Bundesministerium des Innern hat am 13. August 1998 gegen die DHKP-C als Ersatzorganisation der Devrimci Sol ein Vereinsverbot und gegen die THKP-C Devrimci Sol ein Betätigungsverbot ausgesprochen. Die Sicherheitsbehörden in Deutschland waren schon bisher davon ausgegangen, dass beide Gruppierungen als Teile der Devrimci Sol verboten sind.



*Revolutionäre
Zielsetzung*

Das Bundesverwaltungsgericht in Berlin wies am 1. Februar die Klage der Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) gegen das im August 1998 vom Bundesministerium des Innern verhängte Organisationsverbot ab.

*Bestandskräftiges
Verbot*

Örtliche Schwerpunkte der DHKP-C mit insgesamt rund 130 Anhängern in Bayern bestehen in Aschaffenburg, München und Nürnberg; für die THKP-C Devrimci Sol sind in Bayern nur Einzelmitglieder aktiv.

Die Reform des türkischen Strafvollzugs, insbesondere das Ersetzen von Massenzellen durch Zellen westlichen Standards, war Ursache von heftigen und auch gewalttätigen Protesten in der Türkei und auch in Deutschland. Den Höhepunkt erreichten die Proteste mit einer Gefängnisrevolte im Dezember. Zahlreiche DHKP-C- und TKP/ML-Häftlinge führten zudem ein „Todesfasten“ durch. Die türkischen Sicherheitskräfte beendeten die Häftlingsrevolte am 22. und 23. Dezember gewaltsam. Dabei kamen 28 Menschen, darunter zwei türkische Polizeibeamte, ums Leben. Die DHKP-C bildete zusammen mit der türkischen Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei (MLKP) und der Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) das Solidaritätskomitee mit den politischen Gefange-

*Häftlingsrevolte
in der Türkei*

nen in der Türkei (DETUDAK), um gegen die türkische Strafvollzugsreform zu protestieren. Mittlerweile nimmt die DHKP-C bei diesem Bündnis nur noch eine untergeordnete Rolle ein. Wie die der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) nahe stehende türkische Tageszeitung „Özgür Politika“ meldete, plant das DETUDAK auch weiterhin Protestveranstaltungen. Dazu äußerte das Komitee im Internet, der Einführung von Einzelzellen durch den faschistischen türkischen Staat könne allein mit einer opferbereiten „Kampfliga“ begegnet werden. Weiter erklärten die Verfasser:

„Heute kündigen wir dem Imperialismus und seinen kollaborierenden Knechten ein weiteres Mal an, dass wir in einer ihnen verständlichen Sprache antworten werden. Wir sind entschlossen. Wir werden nicht davor zurückscheuen, jeglichen Preis zu zahlen. Wir werden sterben, aber nicht in die Isolationszellen gehen.“

Dominierend ist die DHKP-C in dem „Kampfkomitee gegen Isolationshaft“ (IKM), das eigens für die Kampagne gegen die Änderungen im türkischen Strafvollzug gebildet wurde. Zu den Aktivitäten des Bündnisses zählen Spendenkampagnen und Unterschriftenaktionen wie „100.000 mal Nein gegen Isolationszellen!“.

*Protestaktionen
gegen den Straf-
vollzug in der
Türkei*

Im Rahmen der Kampagne gegen die Haftbedingungen der politischen Häftlinge in der Türkei und deren Verlegung in Einzelzellen führte die DHKP-C europaweit zahlreiche Aktionen durch. Ihren Höhepunkt erreichte die Kampagne gegen Ende des Jahres. Etwa 25 Anhänger der DHKP-C eröffneten am 3. November mit einer unangemeldeten Kundgebung vor dem türkischen Generalkonsulat in Hürth bei Köln diese Solidaritätskampagne für die in türkischen Haftanstalten hungerstreikenden „politischen Gefangenen“. Drei Tage später traten in Köln ebenfalls Anhänger der DHKP-C in einen Hungerstreik. In Regensburg versammelten sich am 8. Dezember zehn Mitglieder des DETUDAK und traten ebenfalls in den Hungerstreik, um auf das Schicksal der politischen Häftlinge in türkischen Gefängnissen aufmerksam zu machen. Um die Bevölkerung über die Problematik der türkischen „Ein-Zellen-Gefängnisse“ aufzuklären und den Hungerstreik propagandistisch zu unterstützen, rief die DHKP-C ihre Anhänger vom 7. bis 11. Dezember zu bundesweiten „Fackelmärschen“ auf. In der Zeit vom 11. bis 21. Dezember veranstalteten die DHKP-C und das DETUDAK in Düsseldorf, Hamburg, Duisburg, Frankfurt am Main, München, Nürnberg und Regensburg Demonstrationen, an denen bis zu 1.600 Personen teilnahmen.

Der Kampf gegen den „Imperialismus“ bildet seit Jahren einen Schwerpunkt der Agitation der Revolutionären Volksbefreiungsfront (DHKC), des militärischen Arms der DHKP-C. Aktuelle Ereignisse werden in zum Teil aggressiver Form thematisiert und für propagandistische Zwecke genutzt. Die DHKC verbreitet seit Anfang Oktober zwei Flugschriften, in denen sie ihre Solidarität mit dem palästinensischen Volk bekundet. Für den Nahost-Konflikt macht die DHKC ausschließlich Israel verantwortlich. Die Organisation droht, Israel werde für jedes Massaker Rechenschaft ablegen müssen. Die Flugblätter enden mit der Bekräftigung:

„Wir sind auf der Seite unserer palästinensischen Freunde, es lebe der Freiheitskampf des palästinensischen Volkes.“

Am 17. Januar besetzten DHKP-C-Anhänger in Berlin und Stuttgart zwei Tage lang die Bundes- und Landesgeschäftsstelle der PDS. Die PDS tolerierte dieses Vorgehen. Die Anhänger der DHKP-C protestierten damit gegen die Haftbedingungen eines am 29. November 1999 vom Oberlandesgericht Hamburg wegen Mordes und versuchter Geiselnahme zu lebenslanger Haft verurteilten Gesinnungsgenossen, der sich im Hungerstreik befand. Am 19. Januar störten DHKP-C-Anhänger eine Sitzung der Hamburger Bürgerschaft, um ihre Unterstützung des Hungerstreiks zum Ausdruck zu bringen. Am 25. Januar besetzten DHKP-C-Aktivistinnen die Räume des Goethe-Instituts in London. Zu weiteren Aktionen kam es in Wolfsburg, Hamburg, Köln, Duisburg und Ulm. Am 31. Januar brach der Inhaftierte seinen Hungerstreik ab. Damit endeten auch die Solidaritätsaktionen.

Seit 1997 wurden bei Exekutivmaßnahmen in Deutschland und im benachbarten Ausland mehr als ein Dutzend Führungsfunktionäre und Aktivistinnen der DHKP-C festgenommen und zu meist hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Diese Maßnahmen, aber auch die schwierige finanzielle Lage, haben die DHKP-C bereits zur Aufgabe einiger Büros und Stützpunkte gezwungen und die Organisation in ihrem logistischen Aktionspotenzial enorm geschwächt.

Am 12. April verurteilte das Oberlandesgericht Hamburg den früheren Stuttgarter Gebietsverantwortlichen der DHKP-C wegen Verabredung zum Totschlag zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren. Wegen desselben Delikts verurteilte das Gericht einen weiteren Funktionär zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und sechs Monaten. Die beiden Verurteilten waren Mitglieder eines „Rachetrupps“, der aufgestellt wurde, nachdem Mitglieder einer rivalisierenden Gruppierung am

*Agitationsthema
„Imperialismus“*

*Erhebliche
Schwächung
durch Exekutiv-
maßnahmen und
Strafverfahren*

9. August 1997 einen Anschlag auf einen DHKP-C-Aktivisten verübt hatten. Ihrem Auftrag gemäß planten die Verurteilten daraufhin Anschläge auf Anhänger der rivalisierenden Gruppe.

Ein Strafgericht in Paris verkündete am 26. April die Urteile gegen 24 Mitglieder der DHKP-C, denen Bandenbildung zur Verübung terroristischer Aktionen vorgeworfen wurde. 20 Aktivisten wurden zu Freiheitsstrafen zwischen 18 Monaten und acht Jahren verurteilt. Der frühere Deutschland- und Europaverantwortliche der Organisation, der bereits am 17. Februar 1999 durch das Oberlandesgericht Hamburg zu einer Freiheitsstrafe von zehn Jahren verurteilt worden war und derzeit seine Strafe in Deutschland verbüßt, erhielt zusätzlich eine Freiheitsstrafe von acht Jahren und ein Aufenthaltsverbot für Frankreich.

Am 8. Juni verurteilte das Oberlandesgericht Frankfurt am Main zwei DHKP-C-Funktionäre wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Verstoßes gegen das Waffengesetz zu Freiheitsstrafen von drei Jahren und drei Monaten bzw. zwei Jahren und neun Monaten. Bei der Festnahme der beiden im Rahmen einer Verkehrskontrolle wurden in dem Fahrzeug unter anderem eine tschechische Maschinenpistole mit Magazin und 25 Schuss Munition sowie Propagandamaterial gefunden.

Am 11. Juli wurde in Bielefeld ein mutmaßlicher Führungsfunktionär der DHKP-C wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung festgenommen. Er ist dringend verdächtig, von November 1996 bis August 1999 zur Führungsgruppe der DHKP-C in Deutschland gehört zu haben. Nach der Leitung der Gebiete Dortmund, Duisburg und Berlin soll er ab August 1999 die Führung der Organisation in Frankreich übernommen haben. Ihm wird vorgeworfen, als Gebietsverantwortlicher in Deutschland die Parteiarbeit vor Ort organisiert und in diesem Zusammenhang die Anweisung gegeben zu haben, Spenden notfalls gewaltsam einzutreiben und Abweichler zu bestrafen.

Die Oberlandesgerichte Hamburg und Celle verurteilten in mehreren Verfahren am 24. Februar, 11. April, 13. Dezember und 5. Januar 2001 mehrere zum Teil hochrangige Funktionäre und Mitglieder der DHKP-C wegen Rädelsführerschaft bzw. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu Freiheitsstrafen bis zu sechs Jahren und sechs Monaten. Darüber hinaus konnte die Polizei weitere Funktionäre der DHKP-C unter anderem in Bochum und Bielefeld

am 13. Mai bzw. 11. Juli festnehmen. Ihnen wird unter anderem ebenfalls Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen.

2.3.2 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)

Deutschland	Bayern
Mitglieder: 1.800	160
Gründung: 1972 in der Türkei	
Die Organisation ist gespalten in:	
Ostanatolisches Gebietskomitee (DABK)	
Partizan-Flügel	

Die TKP/ML vertritt die Ideologie des Marxismus-Leninismus, ergänzt um die Ideen Mao Tse-tungs. Sie betont den bewaffneten Kampf als Grundform ihres Handelns und ist davon überzeugt, dass der einzige Weg zur Befreiung des türkischen Volkes über den bewaffneten Volkskrieg mit anschließender Bildung einer Volksregierung führt. Ihr militärischer Zweig ist die Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO).

Revolutionär-marxistische Ideologie

Die Entwicklung der TKP/ML ist seit Ende der 70er Jahre durch eine Vielzahl von Fraktionsbildungen und Abspaltungen geprägt. In Deutschland organisierten sich die Anhänger der TKP/ML in der 1976 gegründeten Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF) und der Ende 1986 gebildeten Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK), die sich als demokratische Massenorganisationen präsentieren und ihre Verbindungen zur TKP/ML weitgehend tarnen. Die Abspaltung des Ostanatolischen Gebietskomitees (DABK) im Jahr 1994 (nach einer zuvor aufgehobenen erstmaligen Trennung im Jahr 1987) setzte sich in den Basisorganisationen der TKP/ML fort. Um sich vom Partizan-Flügel abzugrenzen, haben sich beide Basisorganisationen des DABK im Sommer 1997 in Föderation der demokratischen Rechte in Deutschland (ADHF) bzw. Konföderation der demokratischen Rechte in Europa (ADHK) umbenannt.

Zahlreiche Abspaltungen

Die Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) und mehrere andere Gruppierungen türkischer Linksextremisten setzen weiterhin auf den bewaffneten Kampf zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele.

Kritik am
„Friedenskurs“
der PKK

In einer Sonderausgabe der Zeitschrift „Mücadele“ wurde im Januar über die Friedensinitiative des PKK-Generalvorsitzenden Abdullah Öcalan berichtet. Die Autoren warfen Öcalan vor, die Interessen des türkischen und kurdischen Volkes verraten und sich mit den Kräften der Bourgeoisie zusammengeschlossen zu haben. Die PKK habe versäumt, ihre Schwierigkeiten rechtzeitig mit Hilfe der revolutionären Kräfte zu überwinden.

„Die PKK hat die Arena des Kampfes verlassen, deshalb gilt es für die ATIK, die früher von der PKK praktizierte radikale Strategie fortzuführen.“

Mitte des Jahres modifizierte die TKP/ML ihre Meinung und forderte Hafterleichterungen zugunsten des Generalvorsitzenden der PKK Öcalan sowie eine Generalamnestie in der Türkei.

Spenden-
kampagne

Das Auslandsbüro der TKP/ML warb unter dem Titel „Unterstütze den Guerillakampf beim Eintritt in das 21. Jahrhundert“ für die alljährliche Spendenkampagne, die Grundlage für den bewaffneten Kampf sei. Angestrebtes Ziel der Partei sei es, den bewaffneten revolutionären Kampf zu steigern und sich auf die noch größeren Kämpfe im 21. Jahrhundert vorzubereiten. Dies könne entweder durch die materielle Unterstützung der TKP/ML und ihrer Türkischen Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO) geschehen, oder durch die aktive Teilnahme am Kampf. Der in einem Flugblatt veröffentlichte Aufruf schließt mit der Parole:

„Entweder wird unser rotes Blut in die Erde fließen oder unsere rote Flagge wird auf den Gipfeln wehen!“

Gedenkfeier

Das Ostanatolische Gebietskomitee (DABK), einer der beiden Flügel der TKP/ML, führte am 3. Juni in Essen eine Gedenkveranstaltung für den Gründer der TKP/ML, Ibrahim Kaypakkaya, durch. Die PKK-nahe Tageszeitung „Özgür Politika“ berichtete in ihrer Ausgabe vom 5. Juni von etwa 6.000 Teilnehmern.

Mit einer Aufführung im „Reese“-Theater in Augsburg begann am 22. Oktober die Europa- und Deutschlandtournee eines türkischen Kabarettisten. Als Initiator dieser Veranstaltung, an der etwa 400 Personen teilnahmen, fungierte die ATIK, die Basisorganisation des Partizan-Flügels der TKP/ML.

Die TKP/ML, DHKP-C und MLKP führten im Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen in der Türkei (DETUDAK) ab der zweiten Jahreshälfte verstärkt Kundgebungen in Regensburg und Nürnberg, dort auch mit Kranzniederlegungen vor dem Türkischen Generalkonsulat, durch.

*Solidarisierung
mit inhaftierten
Gesinnungs-
genossen*

Dazu wurde in einer Hungerstreikerklärung im Namen der politischen Gefangenen der TKP/ML und DHKP-C verlautbart:

„Nieder mit dem Faschismus. Es lebe unser Kampf. Nieder mit der Kapitulation. Nieder mit der Liquidation. Wir werden sterben, aber nicht in die Isolationszellen gehen. Lang lebe unser Generalwiderstand. Wir werden siegen!“

2.3.3 Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)

Deutschland	Bayern
Mitglieder: 600	60
Gründung: 1964 in der Türkei	
Publikation: Özgür Atilim (Der freie Angriff), vierzehntägig	

Die in der Türkei verbotene und terroristisch operierende MLKP entstand 1994 aus dem Zusammenschluss zweier türkischer linksextremistischer Organisationen. Wie die TKP/ML und die Devrimci Sol erstrebt sie die gewaltsame Zerschlagung des türkischen Staatsgefüges und die Errichtung einer kommunistischen Diktatur.

*Revolutionäre
Zielsetzung*

Die von der PKK propagierte Beendigung des bewaffneten Kampfs führte zur Entfremdung zwischen der MLKP und der PKK. Die Devrimci Sol (DHKP), die Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) und mehrere andere Gruppierungen türkischer Linksextremisten setzen im Gegensatz zur PKK auch aktuell auf den bewaffneten Kampf zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele. Sie warfen Öcalan und der PKK vor, mit ihrer Friedensinitiative die Interessen des türkischen und kurdischen Volks verraten zu haben. Die gespannte Atmosphäre hat sich allerdings gegen Mitte des Jahres wieder etwas beruhigt.

*Ablehnung der
PKK-Strategie*

Am 21. März führten DHKP-C, TKP/ML und MLKP anlässlich des kurdischen Neujahrsfests Newroz eine öffentliche Feier in Nürnberg durch. An der Veranstaltung nahmen etwa 120 Personen teil. Auf

einem dort verteilten Flugblatt wird die Unterdrückung des kurdischen Volks durch den kurdischen Staat thematisiert. Danach wird mit den Worten „Tod dem türkischen Staat! Tod dem Faschismus, es lebe die Befreiung!“ zur Revolution des Proletariats aufgerufen.

6. Gründungstag

Zum 6. Jahrestag ihrer Gründung führte die MLKP am 28. Oktober in Wuppertal eine Saalveranstaltung durch, die von rund 3.800 Personen aus dem ganzen Bundesgebiet besucht wurde. Neben einer Gedenkminute für die im „Kampf gefallenen Revolutionäre“ wurden die anwesenden Jugendlichen aufgefordert, deren Platz einzunehmen. Man müsse wie die Inhaftierten in der Türkei bereit sein, für die Verwirklichung der Revolution zu sterben.

Solidarisierung mit inhaftierten Gesinnungs- genossen

Am 14. Dezember besetzten Anhänger des von der MLKP dominierten Solidaritätskomitees mit den politischen Gefangenen in der Türkei (DETUDAK) die Justizbehörde in Hamburg und am 15. Dezember das Gebäude des WDR in Köln. Sie wollten damit Anhänger der DHKP-C und der TKP/ML unterstützen, die sich in türkischen Gefängnissen aus Protest gegen die Haftbedingungen im „Todesfasten“ befanden. Diese Häftlingsrevolte wurde am 22. und 23. Dezember von türkischen Sicherheitskräften gewaltsam beendet, wobei 28 Menschen, darunter zwei Polizisten, ums Leben kamen. Protestveranstaltungen dagegen unter anderem in München und Nürnberg verliefen friedlich.

3. Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

	Deutschland	Bayern
Anhänger:	12.000	1.800
Vorsitzender:	Abdullah Öcalan	
Leitung:	„Präsidialrat“	
Gründung:	1978 in der Türkei (in Deutschland seit 1993 verboten)	
Publikationen:	u.a. Serxwebun (Unabhängigkeit)	

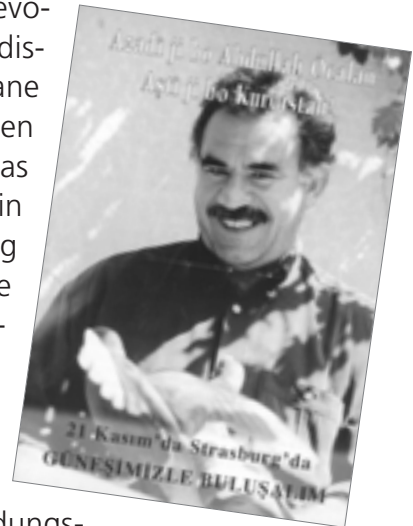
3.1 Ideologie

Sozialistisch- nationalistisches Programm

Die in der Türkei und Deutschland verbotene PKK ist eine gut organisierte, straff geführte, ursprünglich marxistisch-leninistische Kaderpartei. Ihr Programm ist eine Mischung aus sozialistischem und nationalistischem Gedankengut. Gemäß ihrer Satzung soll sie nach dem

Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ geführt werden. Die Einwirkungsmöglichkeiten des Generalvorsitzenden Abdullah Öcalan sind in allen Bereichen stark ausgeprägt.

Im Mittelpunkt stand über zwei Jahrzehnte der aktive „revolutionäre Kampf“ für ein „freies und unabhängiges“ Kurdistan. Der Parteaufbau umfasste seither als höchste Organe außer dem Parteikongress den Generalvorsitzenden, den unter seiner Leitung arbeitenden Parteivorstand und das Zentralkomitee. Die gesamte öffentliche Parteiarbeit in Westeuropa erfolgte bis Ende April unter der Bezeichnung Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK). Dann wurde die ERNK für „aufgelöst“ erklärt. Als Ersatz entstand Anfang Mai die Kurdische Demokratische Volksunion (YDK). Tatsächlich handelt es sich lediglich um eine Umbenennung. Die YDK soll ihre Arbeit auf das „Friedensprojekt“ der PKK ausrichten und die „kurdischen Massen“ nach „demokratischen Prinzipien“ organisieren. In einer Gründungs-erklärung wird die Absicht betont, die Kurdenfrage künftig mit demokratischen Mitteln zu lösen. Darüber hinaus will die YDK den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Legalisierung kurdischer Institutionen in Deutschland legen. Erklärtes Ziel ist die Aufhebung des seit 1993 bestehenden PKK-Verbots in Deutschland.



Äußerlicher
Kurswechsel

Dieser neue Kurs zielt vordergründig auf einen friedlichen politischen Ausgleich mit der Türkei ab. Verlauf, inhaltliche Ausgestaltung und Endgültigkeit des angekündigten Veränderungsprozesses sind jedoch noch völlig ungewiss. Die PKK hat nicht mit der Geschichte des Guerillakrieges gebrochen, sondern anlässlich des Jahrestages des bewaffneten Kampfes (15. August 1984) - nicht zuletzt aus Rücksicht auf die Angehörigen gefallener Guerillakämpfer - den früheren bewaffneten Kampf als Voraussetzung für den neuen Kurs dargestellt.



Die PKK beansprucht seit ihrer Gründung die uneingeschränkte Führungsrolle im Kampf der Kurden für einen eigenen Staat. In der Vergangenheit kam es deshalb wiederholt zu militärischen Auseinandersetzungen mit konkurrierenden Kurdenorganisationen. Diesen Führungsanspruch hat die PKK trotz des Kurswechsels beibehalten. Sie

Unveränderter
Führungsanspruch

versteht sich wie bisher als die alleinige Vertretung der in Deutschland lebenden rund 500.000 türkischen Staatsangehörigen kurdischer Volkszugehörigkeit, obwohl sich nur etwa zehn Prozent dieser Volksgruppe zur PKK bekennen.

Der Kurswechsel ist innerhalb der PKK nicht unumstritten. Es gab im vergangenen Jahr mehrfach Hinweise auf PKK-interne kritische Stimmen und Oppositionsgruppen, die nach wie vor auf bewaffneten Kampf setzen (vgl. auch Nummer 3.5 dieses Abschnitts).

3.2 Organisation

Verlust der Basis in Syrien

Im Oktober 1998 verlor die PKK nach jahrelanger Duldung durch syrische Behörden ihre Stützpunkte in Syrien. Öcalan musste Damaskus verlassen und reiste auf der Suche nach einem neuen Sitz für die PKK-Führung zunächst in die Russische Föderation, später nach Italien (Rom). Dort suchte er um politisches Asyl nach. Auf Drängen der italienischen Regierung verließ er Rom am 16. Januar 1999 mit zunächst unbekanntem Ziel. Am 15. Februar 1999 wurde er von einem Kommando türkischer Sicherheitskräfte aus Nairobi/Kenia in die Türkei verbracht und dort vom Staatssicherheitsgericht am 29. Juni 1999 zum Tode verurteilt. Über die Vollstreckung des Urteils ist noch nicht entschieden.

Umbenennung der ARGK

Nach der Ergreifung Öcalans übernahm der „Präsidialrat“ als oberstes Entscheidungsgremium - bestehend zunächst aus sieben Personen - die Führung der PKK. Infolge der Beschlüsse des 7. Außerordentlichen Parteikongresses, der vom 2. bis 23. Januar stattfand, wurde die Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK), der militärische Arm der PKK, umbenannt. Sie soll künftig nur noch aus „Volksverteidigungskräften“ bestehen und damit - der äußeren Optik nach - einen angeblich defensiven Charakter erhalten.

Das 1993 vom Bundesminister des Innern verfügte vereinsrechtliche Betätigungsverbot konnte die PKK auch im Jahr 2000 nicht vollständig daran hindern, trotz erheblich erschwelter Bedingungen weiter aus dem Untergrund heraus zu operieren.

In Deutschland ist die PKK in sieben Regionen gegliedert. Die Region Bayern umfasst die Gebiete München, Nürnberg und Ulm mit Teilen Baden-Württembergs. Diese Gebiete sind wiederum in Teilgebiete unterteilt. Den Regionen steht als Regionsverantwortlicher ein profes-

sionelles Kadermitglied vor, dem die Gebietsverantwortlichen unterstellt sind. Der Regionsleiter erhält seine Anweisungen nunmehr von einem aus Führungsfunktionären bestehendem „Koordinationskomitee“ (früher Europäische Frontzentrale - ACM), das auch weiter vorwiegend in den Niederlanden tätig ist. Die hauptamtlichen Kader der PKK leben durch Decknamen getarnt mit häufig wechselnden Aufenthaltsorten in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich. Sie verhalten sich äußerst konspirativ. So ist beispielsweise - von wenigen Ausnahmen abgesehen - den Gebiets- und Regionsverantwortlichen das Benutzen von Handys nicht mehr gestattet. Von den rund 1.800 PKK-Anhängern in Bayern können nahezu 1.000 zu Großveranstaltungen der PKK mobilisiert werden.

*Konspiratives
Verhalten*

Die PKK-Anhängerschaft ist in zahlreichen, der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM) angegliederten örtlichen Vereinen, organisiert. Diese Vereine, die sich nach außen als reine Kulturvereine darstellen, haben die Aufgabe, Ziele und Politik der PKK unter den Anhängern zu verbreiten und zu fördern.

*Tarnorganisationen
der PKK*

Die in das bundesweite Betätigungsverbot einbezogene ERNK (jetzt: YDK) vertritt außerhalb Deutschlands als politischer Arm der Organisation die Interessen und Ziele der PKK sowohl materiell als auch propagandistisch.

Darüber hinaus bedient sich die PKK zahlreicher vom Betätigungsverbot nicht erfasster Nebenorganisationen („Y-Gruppen“). Diese haben die Aufgabe, verschiedene Zielgruppen innerhalb der kurdischen Bevölkerung wie Arbeiter, Frauen, Juristen, Lehrer und Jugendliche für die Interessen der PKK zu gewinnen. Aus den Reihen der Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK) rekrutierte sich bisher mitunter die Guerilla der PKK. Nicht selten wurden dabei Jugendliche gegen den Willen ihrer Eltern zwangsverpflichtet und in Ausbildungslagern im benachbarten Ausland geschult, bevor sie zum Kampfeinsatz in die Türkei geschleust wurden.



Bei der Finanzierung des Parteiapparats sowie der Ausrüstung und Versorgung der verbliebenen Guerillakämpfer kommt der Anhängerschaft in Deutschland eine besondere Bedeutung zu. Die PKK finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, dem Verkauf von Publikationen und den Einnahmen aus Veranstaltungen.

Finanzierung

*Jährliche
Spendenkampagne*

Den größten Anteil der Einnahmen erbringt die jeweils gegen Jahresende durchgeführte Spendenkampagne. Die Zielvorgabe für Bayern lag, wie in den Vorjahren, bei 1,5 Millionen DM. Die diesjährige Aktion stand unter dem Motto „Kampagne für die Freiheit von Kurdistan - lasst uns die Guerilla des Friedens stärken und mit den nationalen Institutionen frei werden“. Sie fand vom 1. Oktober bis 15. Dezember statt. Um dem aufgrund des Friedenskurses der PKK deutlich eingeschränkten Spendenverhalten entgegenzuwirken, sprach die Partei erstmals nicht nur die kurdische Anhängerschaft an, sondern versuchte nach Möglichkeit, auch die finanzielle Unterstützung „befreundeter Kreise“, insbesondere der türkischen, arabischen, persischen und assyrischen Volksschichten, zu erhalten. Trotz aller Bemühungen wurde das angestrebte Spendenziel wie in den Vorjahren bei weitem nicht erreicht.

Des Weiteren gibt es Hinweise, dass die PKK auch vom Rauschgifthandel profitiert, indem sie beispielsweise kurdische Drogenhändler abschöpft. Unter dem Deckmantel der Förderung kurdischer Interessen beabsichtigt die PKK die Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmungen. Hierzu sind die Abhaltung eines ersten kurdischen Wirtschaftskongresses und die Gründung einer kurdischen Bank in Europa im Gespräch.

*PKK-nahe
Fernsehsender*

Ein wichtiges Propagandamedium ist der PKK-nahe Fernsehsender MEDYA-TV, der am 30. Juli 1999 seinen Betrieb aufnahm. Die Beiträge gleichen in wesentlichen Punkten der Berichterstattung seines Vorgängers MED-TV. Der Sender wird von der PKK als Plattform zur Darstellung ihrer politischen Ziele genutzt. Neben seiner Empfangbarkeit über Satellit unterstützt die Organisation derzeit nachhaltig die Aufnahme des Senders in das deutsche Kabelnetz.

3.3 Strategie

*Anpassungs-
strategie*

Die Strategie der PKK ist seit der Festnahme ihres Generalvorsitzenden Abdullah Öcalan geprägt von der Anpassung an die veränderte politische und militärische Lage. Vom 2. bis 23. Januar führte die Partei ihren 7. Außerordentlichen Kongress im iranisch/irakischen Grenzgebiet durch, an dem nach eigenen Angaben rund 400 Delegierte aller Parteiorganisationen teilgenommen haben. Nach Auffassung der PKK wurde auf diesem Kongress ein Neuanfang eingeleitet. So gab sie bekannt, dass der politische und der militärische Flügel (ERNK und ARGK) in der bisherigen Form aufgelöst und neu strukturiert

würden. Das militärische Potenzial der PKK bleibt jedoch als „Verteidigungsarmee“ erhalten. An die Stelle des bewaffneten Kampfs trete aber eine Strategie des „demokratisch-politischen Kampfes“. Darüber hinaus habe der 7. Kongress ein „detailliertes Friedensprojekt“ ausgearbeitet, das einen Dialog bzw. Zusammenarbeit mit allen „demokratischen Kräften“ in der Türkei vorsieht. Das Projekt beinhalte auch die Einstellung jeglicher Art von Auseinandersetzung zwischen nationalen kurdischen Kräften, insbesondere die Kampfhandlungen mit der Demokratischen Partei Kurdistans/Irak (DPK/I) im Irak. Beendet wurde der Parteikongress mit der erneuten und einstimmigen Wiederwahl Abdullah Öcalans zum Vorsitzenden.

*Einstellung des
bewaffneten
Kampfs*

Als Resultat der Beschlüsse des 7. Parteikongresses wurde nicht nur die an die kommunistische Tradition der PKK erinnernde Bezeichnung „Zentralkomitee“ durch „Parteirat“ ersetzt, sondern auch die Parteifahne geändert. Die neue PKK-Fahne zeigt nunmehr auf rotem Grund eine gelbe Sonne in der linken oberen Ecke, in deren Mitte ein roter Stern prangt. Bereits im Februar konnte in einem PKK-Treffpunkt in Bayern das neue Emblem festgestellt werden. Öffentlich und in größerer Anzahl wurde es erstmals im Rahmen der Kurden-Großdemonstration vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg/Frankreich am 21. November verwendet. Dort beteiligten sich rund 15.000 PKK Anhänger, darunter mehrere hundert aus Bayern, an einer friedlich verlaufenen Demonstration aus Anlass des Prozessbeginns. Die Anwälte Öcalans machten in ihrer Klage geltend, die Ergreifung Öcalans in Kenia, seine Verbringung in die Türkei und das gegen ihn verhängte Todesurteil verstießen gegen die Europäische Menschenrechtskonvention.



PKK-Fahne
(Ausschnitt)

Die PKK versuchte mit den organisatorischen und politischen Änderungen deutlich zu machen, dass sie sich von einem ursprünglich durch militärische Zielsetzung geprägten Apparat hin zu einer ausschließlich politisch wirkenden Kraft gewandelt habe. Dieser Veränderungsprozess resultiert aus der nach außen uneingestandenem Einsicht, dass die PKK mit ihrem bewaffneten Kampf weder militärische noch politische Fortschritte erzielt hat. Insgesamt hat die Partei nun eine Strategie formuliert, die auf Politikfähigkeit abzielt. Inwieweit diesen formellen Änderungen auch die damit implizierten inhaltlichen Änderungen des Kurses der PKK folgen, bzw. in welchem Maße diese angewandt und durch die Führungskader umgesetzt werden, bleibt abzuwarten.

*Vorgebliche
Bemühungen um
Politikfähigkeit*

Die Partei der arbeitenden Frauen Kurdistans (PJKK) , die im Juli 1999 aus der 1987 von der PKK gegründeten Nebenorganisation Union der freien Frauen aus Kurdistan (YAJK) entstand, führte vom 29. Juli bis 21. August in Südkurdistan ihren 3. Kongress durch. Dabei wurde der Name der Partei in Partiya Jinen Azad (PJA - auf Deutsch: Partei der freien Frauen) geändert. Die Teilnehmerinnen beschlossen, die Ergebnisse der Umstrukturierung des 7. PKK-Kongresses auf die PJA zu übertragen. Die neue PJA stellt sich somit als Nebenorganisation der PKK dar. Die Organisation wechselte schon öfters ihren Namen. Ihr Publikationsorgan ist die Zeitschrift „Jina Serbilind“ (Die stolze Frau).

*Anhaltende
Konflikte mit
konkurrierenden
kurdischen
Gruppen*

In mehreren Verlautbarungen vom September verurteilte die PKK die seit Mai anhaltenden militärischen Angriffe der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) auf PKK-Guerillaeinheiten im Nordirak. Diese Angriffe seien Teil eines internationalen Komplotts, mit dem die PKK daran gehindert werden solle, ihre Friedenspolitik fortzusetzen. Die Organisation rief über ihre Medien europaweit zu Protestaktionen gegen die PUK auf, die bei überschaubaren Teilnehmerzahlen friedlich und diszipliniert verliefen. In einem auch in Deutschland verbreiteten „Manifest des Friedens und der Einheit“ vom 11. September kritisierte der Parteirat der PKK die ständigen innerkurdischen Auseinandersetzungen, die ihre Ursachen unter anderem in der „Interessen- und Kollaborationspolitik der feudalen kurdischen Clangruppen“ hätten. Diese gelte es zu überwinden, um kurdische Interessen gemeinsam wahrnehmen zu können. In einem am 4. Oktober veröffentlichten Kommuniqué des PKK-Präsidialrats erklärte dieser mit sofortiger Wirkung einen einseitigen Waffenstillstand gegenüber der PUK. Nachdem die PKK den größten Teil ihrer Guerillaverbände bereits 1999 aus dem Südosten der Türkei abgezogen hat, kommt es in ihren Rückzugsgebieten im Nordirak immer wieder zu Konflikten mit den dort etablierten Kräften der PUK und der Demokratischen Partei Kurdistans/Irak (DPK/I). Beide Organisationen sehen ihre traditionellen Einflussbereiche durch die PKK gefährdet und wehren sich folglich gegen deren Dominanz.

Unter dem Titel „Zur Lösung der kurdischen Frage - Visionen einer demokratischen Republik“ erschienen im November zur Frankfurter Buchmesse die Verteidigungsschriften des Vorsitzenden der PKK in Buchform und in deutscher Sprache. Abdullah Öcalan veröffentlichte damit seinen Lösungsvorschlag für die kurdische Frage.

3.4 Unterstützer der PKK

Nach wie vor wird die PKK von zahlreichen deutschen linksextremistischen Gruppierungen unterstützt, die insbesondere die unverzügliche Aufhebung des seit 1993 bestehenden PKK-Verbots fordern. Bundesweit setzen sich neben der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) noch etwa 30 Kurdistan-Solidaritätsgruppen für die Interessen der PKK ein. Von den vier in Bayern existenten Unterstützerkomitees sind wie bisher die in München und Allgäu/Oberschwaben tätigen Gruppierungen in Form von Demonstrationen, Info-Tischen und Podiumsdiskussionen besonders aktiv.

Kurdistan-Solidaritätsgruppen

Der am 24. Mai 1999 in Amsterdam gegründete Kurdische Nationalkongress (KNK) gab im Oktober bekannt, dass er in London/Großbritannien neben Berlin und Stockholm nunmehr seine dritte Niederlassung eröffnet hat. Nach Mitteilung des KNK-Exekutivrats werde sich auch die neue Vertretung für die nationalen Ziele des kurdischen Volks sowie für die internationalen diplomatischen Beziehungen einsetzen. Dem von der PKK dominierten KNK gehören - im Gegensatz zum „Kurdischen Exilparlament“ - auch Kurdengruppierungen aus Armenien, dem Iran, dem Irak und Syrien an. Die Demokratische Partei Kurdistans/Irak (DPK/I) und die Patriotische Union Kurdistans (PUK) waren der Gründung des KNK 1999 allerdings ferngeblieben.

Kurdischer Nationalkongress

3.5 PKK-interne Opposition

Im vergangenen Jahr gab es mehrere Hinweise auf PKK-interne Oppositionsgruppen, die dem von Öcalan initiierten neuen Kurs nicht folgen wollten.

Am 6. Januar berichtete das Kurdistan Informationszentrum (KIZ) in Berlin erstmals über eine Abspaltung einzelner militärischer Einheiten der PKK. Die PKK wandte sich in einer Erklärung gegen Provokateure innerhalb der Organisation, die sich mit jeweils einer Guerillagruppe zu Beginn des Jahres von der Partei gelöst hätten. Trotz intensiver und beharrlicher Bemühungen sei es der PKK nicht gelungen, diese Kämpfer aus dem Gebiet der Türkei abzuziehen. Die Partei unterhalte keinerlei Beziehungen mehr zu diesen Gruppierungen und trage daher auch keine Verantwortung für deren zukünftiges Handeln.

Abspaltung von PKK-Guerillas

Im Juli bestätigte der PKK-Präsidialrat Meldungen, wonach sich am 19. Mai eine Gruppe von rund 60 zum Teil langjährigen PKK-Guerillakämpfern von der Partei getrennt habe, von denen etwa 30 durch die Organisation festgesetzt worden seien. Ihnen wird vorgeworfen, die PKK spalten zu wollen. Die Partei dementierte jedoch die Gefangennahme und Bestrafung der abtrünnigen PKK-Guerillas und bezeichnete derartige Meldungen als Teil des gegen die PKK gerichteten internationalen Komplotts.

*Formierung
einer internen
Opposition*

Ehemalige hochrangige Führungsfunktionäre der PKK haben eine „Nationale Demokratische Initiative Kurdistan“ gegründet. Diese Gruppierung trat erstmals am 18. August mit einer im Internet abrufbaren Erklärung an die Öffentlichkeit. Darin wird die PKK offen aufgefordert, sich dem Einfluss des inhaftierten Generalvorsitzenden Abdullah Öcalan zu entziehen. Dieser vertrete nicht mehr das kurdische Volk, sondern diene dem türkischen Staat. Die „Initiative“ kritisierte in scharfer Form den derzeit von der PKK verfolgten, auf Ausgleich mit der Türkei gerichteten Friedenskurs als verfrüht und als Verrat an der kurdischen Nation. Die von Öcalan verfolgte Politik bedeute die Selbstaufgabe aller bisherigen Ziele der PKK. Öcalan wurde als „ideologisch-politischer Verräter“ bezeichnet, der die Ziele der PKK in eine Sackgasse geführt habe. Insbesondere sei es Verrat, die Guerillakämpfer abzuziehen, obwohl gegenüber dem türkischen Staat noch nichts erreicht sei. Die Träger der „Initiative“ forderten die PKK weiter auf, ihre Politik noch einmal zu überdenken und sich mit den kritischen Anstößen auseinander zu setzen. Eine Spaltung der PKK sei jedoch nicht ihre Intention. Vielmehr sei es das Ziel der Initiative, die Partei von ihrem falschen Weg abzubringen und sie neu zu strukturieren. Um die bisher aufgrund der straffen Kader-Struktur üblichen Repressionen gegen Andersdenkende innerhalb der Partei künftig zu verhindern, wird ein demokratischer Aufbau angestrebt. Kritiker der neuen Friedenslinie der PKK werden in letzter Zeit vermehrt und unter namentlicher Nennung in PKK-nahen Publikationsorganen verunglimpft oder via MEDYA-TV offen der Beteiligung des Komplotts gegen die PKK bezichtigt.

3.6 Aktivitäten und Gewalttaten

Trotz des vereinsrechtlichen Betätigungsverbots führten PKK-Anhänger in Deutschland erneut eine Reihe von Veranstaltungen durch, die in der Regel friedlich verliefen. Dabei gelang es den Organisatoren

mehrfach, mehrere zehntausend Anhänger zu mobilisieren. Während PKK-Anhänger im Vorjahr insbesondere aus Anlass der Ergreifung und Verurteilung ihres Vorsitzenden Öcalan noch eine Vielzahl von schweren Gewalttaten verübten, wurden in diesem Jahr bundesweit kaum Gewalttaten bekannt, die der PKK zuzurechnen sind. In Bayern wurde keine (1999: zehn) Gewalttat bekannt, bei der ein PKK-Zusammenhang anzunehmen ist. Die Polizei musste allerdings insbesondere bei Veranstaltungen mehrfach wegen Verstößen gegen das Betätigungsverbot einschreiten.

*Weitgehend
gewaltfreier
Verlauf*

Die Linientreue und den Fanatismus der PKK-Anhänger zeigen auch zwei Selbstverbrennungen. Im Januar fügte sich ein in der Justizvollzugsanstalt Würzburg in Abschiebehaft einsitzender PKK-Funktionär zur Verhinderung seiner Abschiebung schwere Verbrennungen an einem Bein zu. Aufgrund seiner Verletzungen wurde er in ein Krankenhaus überstellt und die Abschiebung ausgesetzt. Am 8. März übergoss sich ein zuletzt in Augsburg wohnhafter 29-jähriger Kurde vor dem Westportal des Reichstagsgebäudes in Berlin mit einer brennbaren Flüssigkeit und zündete sich an. Kurz darauf verstarb er an den erlittenen Brandverletzungen. Er stand im Verdacht, im März 1994 an den Ausschreitungen anlässlich des Newroz-Festes in Augsburg beteiligt gewesen zu sein. Ein gegen ihn eingeleitetes Strafverfahren wegen Landfriedensbruchs und Nötigung war bereits durch die Staatsanwaltschaft Augsburg eingestellt worden.

*Selbstver-
brennungen*

Das kurdische Neujahrsfest Newroz wurde von der kurdischstämmigen Bevölkerung bundesweit mit zahlreichen friedlichen Veranstaltungen gefeiert. An einem Aufzug am 20. März in München beteiligten sich 155 Personen, darunter auch 30 Kinder. Zwei Teilnehmer wurden festgenommen, weil sie die Parole „Hoch lebe unser Führer APO“ gerufen hatten. In Nürnberg wurde am 21. März ebenfalls ein Demonstrationzug zum Newroz-Fest durchgeführt. Rund 150 Teilnehmer zogen mit Transparenten ohne strafbaren Inhalt durch die Innenstadt. Bei der Abschlussveranstaltung skandierten jedoch mehrere Teilnehmer Hochrufe auf Öcalan.

Newroz-Feiern

Bei einer Newroz-Feier am 8. April in München, an der rund 1.500 Kurden teilnahmen, forderten die Teilnehmer die Aufhebung des PKK-Verbots, da dieses die Politisierungsbemühungen des kurdischen Volks verhindere. Ein Vertreter der YDK, der früheren ERNK, rief alle befreundeten Völker zur Solidarität mit dem kurdischen Volk und Öcalan auf. Die Veranstaltung verlief - wie die Newroz-Feiern im März - friedlich.

„Volksversammlung“

Am 18. Juni veranstaltete die PKK im „Haus der Jugend“ in Frankfurt-Sachsenhausen eine „Volksversammlung“, an der rund 450 Personen teilnahmen. Eine namentlich nicht bekannte PKK-Funktionärin hielt ein rund dreistündiges aggressives Referat, in dessen Verlauf sie Deutschland vorwarf, noch immer Druck auf die PKK auszuüben. Die Bundesrepublik habe sich deutlich auf die Seite der Türkei gestellt. Hier ticke eine Zeitbombe und die PKK sei immer bereit. In der Türkei habe die PKK fast keine Hoffnung mehr auf eine friedliche Lösung, da der türkische Staat immer mehr auf eine gewaltsame Lösung setze. Aus diesem Grund rechne die Referentin auch wieder mit „Krieg“, der auch auf Europa übertragen werde. Die PKK habe viele moderne Waffen angeschafft und es hätten sich rund 5.000 freiwillige Guerillas als Selbstmordkommandos gemeldet. Wenn diese losschlagen würden, wäre dies ein Schlag, von dem sich die Türkei nicht wieder erholen könnte.

„Hungerstreik“

Der Verein Med-Kulturhaus e.V. veranstaltete vom 15. bis 23. Juni in München eine „Hungerstreik-Kundgebung“. Daran beteiligten sich täglich zahlreiche „Hungerstreikende“ im Wechsel mit anderen Teilnehmern. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Für das Leben und die Gesundheit von Abdullah Öcalan“. Sie verlief friedlich.

Solidaritätskundgebung für Öcalan

Am 24. Juni führte die PKK in Düsseldorf eine Großdemonstration zum Thema „Weg mit der Todesstrafe - Frieden jetzt - Freiheit für Abdullah Öcalan“ durch. Anlass war der Jahrestag der Verurteilung Öcalans zum Tode. Die Veranstaltung wurde unter anderem von der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM) organisiert. Die etwa 25.000 Teilnehmer verhielten sich friedlich. Vereinzelt wurden allerdings Fahnen der verbotenen PKK sowie Bilder Abdullah Öcalans gezeigt. Bei der Hauptkundgebung traten Vertreter des Kurdischen Nationalkongresses (KNK), des Europaparlaments und verschiedener Menschenrechtsorganisationen auf. Sie forderten die Abschaffung der Todesstrafe in der Türkei, bessere Haftbedingungen für Abdullah Öcalan sowie eine dauerhafte Lösung des Kurdenproblems. Die Beteiligung an der Veranstaltung blieb erheblich hinter den Erwartungen der Veranstalter zurück, die mit mindestens 50.000 Teilnehmern gerechnet hatten. Schon der Kartenvorverkauf war schleppend verlaufen. Viele Kurden erwarben zwar Karten, nahmen an der Veranstaltung selbst aber nicht teil.

Mehr als 50.000 Personen, darunter rund 1.000 PKK-Anhänger aus Bayern, nahmen am diesjährigen 8. Internationalen Festival für Frie-

den, Demokratie und Freiheit am 2. September im Müngersdorfer Stadion in Köln teil. Die in der Mehrzahl kurdischen Teilnehmer waren aus dem gesamten Bundesgebiet sowie aus dem benachbarten Ausland mit Sonderzügen, Bussen und PKW angereist. Neben kulturellen Darbietungen und politischen Redebeiträgen wurde unter anderem ein Grußwort des PKK-Vorsitzenden verlesen, in dem dieser die Einheit von Partei und Volk beschwor und die türkische Regierung erneut aufforderte, endlich Maßnahmen zur Befriedung des Kurdenkonflikts zu ergreifen. Der kurdischen Bevölkerung müssten Rechte hinsichtlich der Anerkennung ihrer Identität, Sprache und Kultur zugestanden werden. Zahlreiche Teilnehmer brachten ihre Sympathien für die PKK offen zum Ausdruck. Sie zeigten Fahnen der verbotenen Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) sowie Portraits Öcalans. Die namentliche Erwähnung Öcalans in Redebeiträgen führte jedes Mal zu demonstrativer Begeisterung der Besucher. Im Umfeld des Stadions waren mehrere so genannte „Y-Gruppen“ der PKK mit Informationsständen vertreten. Gewalttaten wurden nicht verübt.

*Großveranstaltung
in Köln*

3.7 Strafverfahren und Exekutivmaßnahmen

Die Polizei nahm am 23. März in einem PKK-Treffpunkt in Darmstadt den PKK-Verantwortlichen der PKK-Region Süd fest. Der Generalbundesanwalt ermittelt gegen ihn wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen bzw. kriminellen Vereinigung (§§ 129, 129a StGB) und der versuchten schweren Brandstiftung in drei Fällen im März 1995 auf türkische Einrichtungen in Duisburg.

*Festnahmen von
Führungskadern*

Bei der Einreise in das Bundesgebiet konnte am 30. März der unter dem Decknamen „Mehmet“ bekannte Verantwortliche der PKK-Region Mitte durch Beamte des Bundesgrenzschutzes am Grenzübergang Elten/Nordrhein-Westfalen festgenommen werden. Gegen ihn bestand ein Haftbefehl des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB).

Im Verfahren um die Besetzung des griechischen Generalkonsulats am 16. Februar 1999 in Leipzig, an der insgesamt 73 Kurden beteiligt waren, verurteilte das Landgericht Leipzig am 16. Mai sechs PKK-Aktivisten wegen Geiselnahme, schweren Hausfriedensbruchs und Landfriedensbruchs zu Haftstrafen zwischen zwei und drei Jahren. Die Verurteilten gelten als Hauptakteure der gewaltsamen Beset-

*Verurteilung von
Konsulatsbesetzern*

*Exekutiv- und
Strafverfahren
wegen Mitgliedschaft in einer
kriminellen Vereinigung*

zung des Generalkonsulats anlässlich der Ergreifung des PKK-Führers Abdullah Öcalan.

Das Oberlandesgericht Stuttgart verurteilte am 18. Mai zwei PKK-Funktionäre wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Urkundenfälschung und bandenmäßigen Einschleusens von Ausländern zu Freiheitsstrafen von jeweils 30 Monaten. Zu ihren Aufgaben gehörte es, Reisebewegungen für den konspirativen Kaderaustausch und das Kuriersystem zu organisieren.

Der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof erließ am 26. Juli Haftbefehl gegen einen mit Decknamen „Munzur/Hüseyin“ bekannten PKK-Funktionär wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Er war von Februar bis August für die PKK-Region Bayern verantwortlich.

Am 1. August nahm die Polizei im Hauptbahnhof Stuttgart einen zuletzt unter den Decknamen „Xalo Ali/Ali Dayi“ bekannten PKK-Funktionär fest. Gegen ihn ermittelt der Generalbundesanwalt wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB). Der Festgenommene steht im dringenden Verdacht, von August 1999 bis März 2000 die PKK-Region Baden und das PKK-Gebiet Stuttgart geleitet zu haben. Als Regionsverantwortlicher soll er Gebiets- und Teilgebietsverantwortliche politisch geschult, Anweisungen der Parteiführung weitergegeben und bei der Beschaffung und Verwendung von Ausweispapieren sowie bei Schleusungen von PKK-Mitgliedern aktiv mitgewirkt haben.

Das Kammergericht Berlin verurteilte am 1. August zwei PKK-Funktionäre wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) und in einem Fall zudem wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz zu zwei Jahren und zwei Monaten bzw. zwei Jahren und sechs Monaten Freiheitsstrafe. Den Verurteilten oblag es, Reisebewegungen für den konspirativen Kaderaustausch und das Kuriersystem zu organisieren.

*Strafverfahren
wegen Mordes*

Am 2. August eröffnete das Landgericht Bremen das Hauptverfahren gegen vier mutmaßliche Aktivisten der PKK wegen Mordes an zwei Kurden. Ein Verfahren gegen vier weitere Beteiligte wegen des Verdachts der Beihilfe wurde abgetrennt. Am 24. August 1999 waren auf dem Gelände des ehemaligen Bremer U-Boot-Bunkers „Valentin“ die Leichen zweier Kurden aufgefunden worden. Die beiden Ermordeten hatten in Bremen gegen den Willen ihrer Eltern gemeinsam in

einer Wohnung gelebt und waren als PKK-Sympathisanten bekannt. Die Frau war im Schlick der Weser erstickt worden, ihr Lebensgefährte wies tödliche Verletzungen im Kopfbereich auf. Die Ermittlungen führten zur Ergreifung von PKK-Funktionären, die der Tat dringend verdächtig sind.

Der Generalbundesanwalt hat beim Oberlandesgericht Koblenz gegen einen PKK-Funktionär Anklage wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach § 129 a StGB erhoben. Der PKK-Funktionär steht im Verdacht, als Gebiets- und Regionsverantwortlicher für die PKK tätig gewesen zu sein.

*Anklage nach
§ 129 a StGB*

Am 28. August nahm die Polizei am Kölner Hauptbahnhof einen hochrangigen PKK-Funktionär wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung fest. Der Festgenommene soll im PKK-Komitee „Heimatgerichtete Aktivitäten/Heimatbüro“ eingebunden gewesen sein und im Februar 1999 nach der Festnahme Abdullah Öcalans Besetzungsaktionen in Düsseldorf, Köln und Bonn gesteuert haben.

Das Landgericht Frankfurt am Main verurteilte am 30. August zwei Kurden im Alter von 35 und 40 Jahren unter anderem wegen Geiselnahme zu Freiheitsstrafen von fünfeinhalb bzw. zwei Jahren auf Bewährung. Während der Besetzung des Verkehrsbüros von Kenia am 16. Februar 1999 in Frankfurt am Main anlässlich der Festnahme des PKK-Generalvorsitzenden Abdullah Öcalan in Nairobi/Kenia hatten die Täter damit gedroht, Mitarbeiter des Verkehrsbüros aus dem Fenster des vierten Stockwerks zu werfen.

*Strafverfahren
wegen Geisel-
nahme*

Das Bayerische Oberste Landesgericht in München verurteilte am 5. Dezember zwei PKK-Funktionäre wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung nach § 129 StGB und gewerbsmäßiger Schleusung nach § 92 Ausländergesetz zu Freiheitsstrafen. Die ehemalige Leiterin der PKK-Region Bayern erhielt zwei Jahre und zwei Monate Freiheitsstrafe, wobei Haftfortdauer wegen weiterhin bestehender Fluchtgefahr angeordnet wurde. Der Mitangeklagte wurde zu zwei Jahren Freiheitsstrafe, ausgesetzt auf drei Jahre zur Bewährung, verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die beiden an einer Vereinigung beteiligt waren, deren Tätigkeit darauf ausgerichtet war, fortgesetzt Urkundenfälschungen zu begehen und bandenmäßig PKK-Aktivisten nach Deutschland einzuschleusen. Beide waren unter anderem als Regionsverantwortliche der PKK für Bayern von März 1996 bis März 1997 bzw. März 1998 bis Mai 1999 eingesetzt.

*Verurteilung von
kriminellen Schleu-
sern*

4. Arabische Gruppen

4.1 Muslimbruderschaft (MB) in der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)

Deutschland	Bayern
Mitglieder: 1.200	200
Gründung: 1928 in Ägypten	
Sitz: München	

Sunnitisch-extremistische Ideologie

Die von Hassan Al-Banna in Ismailija/Ägypten gegründete sunnitisch-extremistische MB ist eine multinationale Organisation, bei der eine Unterteilung in nationale Sektionen erkennbar ist. Ziel der MB ist unter anderem die Errichtung von islamischen „Gottesstaaten“.

Emblem der MB



Die Anhänger der MB sind bemüht, sich in der Öffentlichkeit als eine gegenüber der deutschen Rechtsordnung loyale muslimische Interessenvertretung darzustellen. Vorbehalte gegenüber den westlichen Demokratien, auch gegenüber der Staats- und Gesellschaftsordnung in Deutschland, kommen in öffentlichen Verlautbarungen nur selten zum Ausdruck.

Einfluss der MB auf die IGD

Als deutsche Zentrale der MB gilt die Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD). Der IGD sind mehrere Islamische Zentren in Deutschland nachgeordnet. Sie hat ihren Sitz im Islamischen Zentrum München. Die IGD steht unter maßgeblichem Einfluss des ägyptischen Zweigs der MB. Präsident der IGD ist Dr. Ghaleb Himmat, ein in der Schweiz lebender Syrer; Generalsekretär ist der in der Nähe von München wohnhafte Ägypter Ahmed El Khalifa.

Latente Militanz

Viele Mitglieder und Funktionäre der IGD und der Islamischen Zentren stehen der MB und deren Zielsetzung nahe. Deshalb waren aus den Islamischen Zentren wie in den Vorjahren Verlautbarungen und Aufrufe zu vernehmen, die mit der offiziellen gemäßigten Linie der IGD, etwa dem Eintreten für das richtige Verständnis des Islam, nicht übereinstimmten, sondern die Nähe zur MB verdeutlichten. So enthielten die in den Islamischen Zentren gehaltenen Reden wiederholt Aufrufe zum Jihad (Heiliger Krieg zur Verteidigung und Verbreitung des Islam), wobei die Befreiung Jerusalems und der Al-Aqsa-Moschee gefordert wurden. MB-Angehörige beteiligten sich auch an Demonst-

rationen zum Nahost-Konflikt. Besonderes Engagement zeigte hierbei der 1981 in München von MB-Angehörigen gegründete Islamische Bund Palästina (IBP), der in Deutschland die Ziele der „Islamischen Widerstandsbewegung“ (HAMAS), des palästinensischen Zweigs der MB, unterstützt.

4.2 Islamische Heilsfront (FIS) - algerischer Zweig der MB -

Deutschland	Bayern
Mitglieder: 300	45
Gründung: 1989 in Algerien	
Publikation: Al-Ribat (Das Band)	

Die FIS ist der algerische Zweig der international tätigen MB. Ihr Ziel ist die Errichtung eines islamistischen Staatswesens in Algerien. Als sie 1992 in Algerien verboten wurde, gingen zahlreiche FIS-Funktionäre ins Ausland. Der Leiter der „Exekutivinstanz der FIS im Ausland“, Rabah Kebir, hält sich in Deutschland auf.

Nach dem Verbot waren die FIS und ihr militärischer Arm „Islamische Heilsarmee“ (AIS) für zahlreiche Terroranschläge in Algerien verantwortlich. Seit Oktober 1997 halten sie an dem damals einseitig erklärten Waffenstillstand fest.

Waffenstillstand

Auch im Jahr 2000 war die FIS bemüht, sich deutlich und nachhaltig von der mit ihr rivalisierenden „Bewaffneten Islamischen Gruppe“ (GIA) zu distanzieren, die seit ihrer Gründung 1991 zahlreiche grausame Massaker an der algerischen Zivilbevölkerung verübte. In Bayern entwickelten die FIS-Anhänger keine öffentlichen Aktivitäten.

4.3 Al-Gamaa Al-Islamiya (GI)

Deutschland	Bayern
Mitglieder: Einzelpersonen	Einzelpersonen

Die sunnitisch-extremistische Organisation Al-Gamaa Al-Islamiya (GI) spaltete sich Mitte der 70er Jahre von der Muslimbruderschaft ab. Die Anhänger der GI verfolgen unter der Führung von Scheich Omar Abdelrahman das Ziel, durch Schwächung der Wirtschaft die ägypti-

*Abspaltung
von der MB*

*Taktisch motivierte
Waffenruhe*

sche Regierung zu stürzen und ein islamistisches Staatsgebilde in Form eines Gottesstaats zu errichten. In den Jahren 1992 bis 1997 war die GI für zahlreiche Anschläge in Ägypten, auch auf ausländische Touristen, verantwortlich. Mehrere in Ägypten inhaftierte Führer der GI riefen inzwischen zum Waffenstillstand auf. Ein in London lebender Funktionär der GI bezeichnete im Vorjahr die Beendigung der Gewaltaktionen allerdings nicht als Waffenstillstand nach dem Recht der Scharia, sondern als taktischen Schritt, um dem Islam zur Macht zu verhelfen.

4.4 Internationale Islamische Front

Deutschland	Bayern
Mitglieder: Einzelpersonen	Einzelpersonen
Gründung: 1998	

*Folgeschwere
terroristische
Anschläge*

Die 1998 erstmals öffentlich in Erscheinung getretene Internationale Islamische Front unter der Führung von Usama Bin Laden ist ein aus konspirativ tätigen Zellen bestehendes, weltweit aktives Netzwerk mit terroristischer Zielsetzung. Sie wird für die Bombenanschläge auf die US-Botschaften in Nairobi/Kenia und Daressalam/Tansania am 7. August 1998 verantwortlich gemacht. Bei den zeitgleichen Anschlägen wurden über 250 Menschen getötet und weit über 5.000 verletzt. Bin Laden hatte schon im Mai 1998 in Afghanistan Anschläge angekündigt. Am 12. Oktober verübten zwei Selbstmordattentäter einen Bombenanschlag auf ein im Hafen von Aden liegendes amerikanisches Kriegsschiff. Das Attentat forderte unter der Besatzung 17 Tote und 39 Verletzte. Es entstand ein Schaden von 240 Millionen US-Dollar. Verbindungen der Täter zur Internationalen Islamischen Front sind anzunehmen.

Bin Laden führt auch die islamistische Al Qaeda und bemüht sich um Kontakte zu anderen entsprechenden Terrororganisationen wie HAMAS, GIA und Al-Gamaa Al-Islamiya. Er gilt als maßgeblicher finanzieller Unterstützer der panislamistischen Bestrebungen. Besonders ausgeprägt ist sein Kontakt zur ägyptischen Terrororganisation Jihad Islami.

In Deutschland und Bayern halten sich nur vereinzelt Mitglieder und Sympathisanten der Internationalen Islamischen Front auf. Am

25. und 26. Dezember nahm die Polizei in Frankfurt am Main vier mutmaßliche Anhänger der arabischen Mudjahedin und der Al Qaeda des Usama Bin Laden fest. Bei ihnen wurden Waffen und Grundstoffe zur Herstellung von Sprengstoff gefunden. Sie stehen im Verdacht, eine Bestrafungsaktion gegen politische Gegner und Einrichtungen westlicher Staaten vorbereitet zu haben, für die sie in Trainingslagern des Usama Bin Laden ausgebildet wurden. Gegen die aus Algerien, dem Irak und Frankreich stammenden Personen ergingen Haftbefehle.

*Festnahmen in
Frankfurt am Main*

4.5 Hizb Allah (Partei Gottes)

Deutschland	Bayern
Mitglieder: 800	Einzelpersonen
Gründung: 1982 im Libanon	
Sitz: Münster	
Publikation: Al-Ahd (Die Verpflichtung)	

Die Hizb Allah (auch: Hisbollah) ist eine auf Initiative des Iran gegründete schiitische Partei, die seit 1992 im libanesischen Parlament vertreten ist. Sie wird vom Iran finanziell, materiell und ideologisch unterstützt. Zu ihr gehören verschiedene Wohlfahrtsorganisationen sowie der „Islamische Widerstand“ (Muqawame Islamiya), der als militärischer Arm der Organisation insbesondere den bewaffneten Kampf gegen israelische Militäreinheiten im libanesisch-israelischen Grenzgebiet führte. Bis zum Mai war die von Israel seit 1978 besetzte „Sicherheitszone“ im Südlibanon Schauplatz militärischer Auseinandersetzungen. Die Hizb Allah feierte den damaligen israelischen Rückzug aus der „Sicherheitszone“ als Erfolg ihres langjährigen Kampfes. In mehreren Städten Deutschlands fanden „Siegesfeiern“ statt. Bei einer solchen Feier am 10. Juni in München, an der rund 200 schiitische Gläubige aus dem Irak, Libanon, Iran und der Türkei teilnahmen, wurde der heldenmütige Kampf der Märtyrer des „Islamischen Widerstands“ gerühmt, der ein Vorbild für andere Völker sei.

*Schiitisch-extremis-
tische Ideologie*

Die Hizb Allah nahm den seit Ende September eskalierenden Nahost-Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern wiederholt zum Anlass militärischer Aktionen im israelisch-libanesischen Grenzgebiet; ferner entführte sie Soldaten der israelischen Armee. In Deutschland

*Aktionen im
Nahost-Konflikt*

und im übrigen westlichen Ausland waren dagegen weder Anschläge noch sonstige gewaltsame Reaktionen von Anhängern der Hizb Allah zu verzeichnen.

Kurswechsel

Die von der Hizb Allah früher geforderte Errichtung einer „Islamischen Republik“ im Libanon nach dem Beispiel des Iran genießt heute keine Priorität mehr. Vielmehr bekundete die Organisation ihre Bereitschaft, sich in das politische System des Libanon zu integrieren, um durch politische Aktivitäten gesellschaftliche Veränderungen im Libanon herbeizuführen.

In Deutschland ist die Führung der Hizb Allah weiterhin bestrebt, die Anhängerschaft neu zu organisieren. Diesem Zweck dienen auch häufige Besuche hochrangiger Funktionäre und islamischer „Geistlicher“.

5. Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)

Deutschland	Bayern
Mitglieder: 900	100 Aktivisten 300 Sympathisanten
Gründung: 1981 in Paris	
Sitz: Köln	
Publikationen: Modjahed (Kämpfer), Freiheit für Iran	

Islamisch-extremistische Ausrichtung

Der NWRI wurde unter Federführung der islamisch-extremistischen Volksmodjahedin als Zusammenschluss iranischer oppositioneller Gruppierungen gegründet. Im August 1993 schuf der NWRI ein Exilparlament und rief die Generalsekretärin der Volksmodjahedin, Maryam Radjavi, zur „künftigen Präsidentin des Iran“ aus. Der NWRI unterhält im iranisch-irakischen Grenzgebiet eine mehrere tausend Kämpfer zählende Rebellenarmee, die Nationale Befreiungsarmee (NLA).

Bedeutungsverlust

Trotz umfangreicher propagandistischer Aktivitäten verliert der NWRI - entgegen eigener Darstellung - an Bedeutung. Ursache hierfür ist insbesondere die bei der iranischen Bevölkerung populäre Politik der Regierung Khatami, die den ohnehin geringen Zuspruch der Volksmodjahedin in der iranischen Bevölkerung sowie bei den im Ausland lebenden Iranern weiter mindert. Die Volksmodjahedin sind innerhalb der iranischen Exilopposition seit Jahren isoliert, da sie für sich in

Anspruch nehmen, „einzige demokratische Alternative“ zur iranischen Regierung zu sein. Tatsächlich weist die Organisation jedoch selbst ein erhebliches Demokratiedefizit auf, das mit einer erhöhten Gewaltbereitschaft gepaart ist. Belege hierfür sind die streng hierarchisch ausgerichtete Kaderstruktur, der sektenartige Führerkult um das Ehepaar Massoud und Maryam Radjavi, die Propagierung von Gewalt als legitimes Mittel zum Sturz der iranischen Regierung sowie die Durchführung von terroristischen Anschlägen im Iran gegen Repräsentanten des Staates.

In Deutschland tritt der NWRI vor allem mit Spendensammlungen, aber auch mit Demonstrationen in Erscheinung. Die angeblich für humanitäre Zwecke bestimmten Gelder dienen in Wirklichkeit dem Unterhalt der weltweiten Strukturen der Volksmodjahedin sowie wohl auch der Unterstützung der NLA. Die hauptsächlich in Asylbewerberheimen angeworbenen Aktivisten der Volksmodjahedin versuchen seit Jahren, - oft unter Verstoß gegen ihre Aufenthaltsbeschränkung und ohne Sammlungserlaubnis - Gelder zu sammeln.

Finanzierung

Die vom iranischen Staatspräsidenten Khatami angestrebte Annäherung des Iran an den Westen steht im Gegensatz zu den politischen Zielen des von den Volksmodjahedin dominierten NWRI. Daher nutzt die Führung des NWRI jede Möglichkeit, um eine positive Entwicklung der deutsch-iranischen Beziehungen mit öffentlichkeitswirksamen Propagandaaktionen zu verhindern. Der erste Deutschlandbesuch eines iranischen Staatsoberhauptes seit 1967 war deshalb für den NWRI ein besonders wichtiges Ereignis. Khatamis Aufenthalt vom 10. bis 12. Juli bot dem NWRI die Gelegenheit, in Deutschland medienwirksam zu protestieren.

Störung auswärtiger Beziehungen

Bei einer vom NWRI organisierten Kundgebung demonstrierten am 10. Juli in Berlin bis zu 7.000 oppositionelle Iraner, darunter auch etwa 300 NWRI-Anhänger aus Bayern, gegen den Staatsbesuch und die iranische Regierung. Eine weitere Demonstration des NWRI mit etwa 300 Teilnehmern fand am 12. Juli in Weimar statt. Geplante Störaktionen konnten von den Sicherheitskräften verhindert oder unterbunden werden. Da das Resultat der Proteste aufgrund der umfangreichen polizeilichen Gegenmaßnahmen weit hinter den Erwartungen der Verantwortlichen zurückblieb, reagierte die Anhängerschaft der Volksmodjahedin mit erheblicher Enttäuschung. Inwieweit sich dies auf künftige Aktivitäten des NWRI auswirken wird, ist offen.

Protestaktionen gegen den Besuch des iranischen Staatspräsidenten

6. Israel-Palästina-Konflikt

Ein Besuch des israelischen Oppositionspolitikers Ariel Sharon am 28. September auf dem Tempelberg in Jerusalem zur Demonstration jüdischer Präsenz löste in den palästinensischen Autonomiegebieten, in Jerusalem und an der libanesisch-israelischen Grenze die seit Jahren schwersten Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern, Angehörigen der libanesischen Hizb Allah und israelischen Sicherheitskräften aus. Die in der Folgezeit eskalierende Gewalt führte zum vorläufigen Ende des Friedensprozesses zwischen Israel und den Palästinensern. Radikale Araber prägten für ihren Aufstand, der bis zur Lösung des Palästinakonflikts andauern sollte, den Begriff „Al-Aqsa-Intifada“. Die Unruhen forderten auf beiden Seiten zahlreiche Todesopfer.

Der Nahost-Konflikt emotionalisierte alle in Deutschland lebenden Ausländer aus arabischen Herkunftsländern, insbesondere Palästinenser und Libanesen. Palästinensische Gruppierungen bekundeten mit Demonstrationen und Mahnwachen ihre Solidarität mit ihren Landsleuten im Nahen Osten. Besonderes Engagement zeigten hierbei Anhänger des Islamischen Bunds Palästina (IBP), der sich als deutscher Zweig der „Islamischen Widerstandsbewegung“ (HAMAS) betrachtet.

Am 1. Oktober demonstrierten 300 Personen, darunter Mitglieder der HAMAS, vor der israelischen Botschaft in Berlin gegen die „Massenmorde der israelischen Besatzungsarmee an der palästinensischen Bevölkerung“.

Am 6. und 7. Oktober organisierten Angehörige palästinensischer Gruppierungen unter Beteiligung der Hizb Allah (Partei Gottes) und HAMAS bundesweite Demonstrationen, um vor dem Hintergrund der Krisensituation im Nahen Osten sowohl einen unabhängigen Staat Palästina mit der Hauptstadt Jerusalem als auch die Rückkehr der Palästinenser in ihre Heimat zu fordern. An den Veranstaltungen beteiligten sich am 6. Oktober in Berlin etwa 3.800, am 7. Oktober in Frankfurt etwa 2.800, in Bonn 600, in Essen 550 sowie in Hamburg rund 800 Personen. Auf der Berliner Veranstaltung bezeichneten Sprecher „Israelis“ als Kindermörder. In Essen brachen nach der Abschlusskundgebung etwa 200 Personen plötzlich in Richtung „Alte Synagoge“ auf und bewarfen das Gebäude und Polizeibeamte mit Steinen. Mehrere Beamte erlitten Verletzungen. Der Sachschaden an der Synagoge beträgt mehr als 100.000 DM. Die Polizei stellte zahl-

reiche Waffen und gefährliche Gegenstände sicher und nahm insgesamt 175 Personen vorläufig fest; gegen drei von ihnen ergingen Haftbefehle wegen schweren Landfriedensbruchs.

In München veranstaltete das von der Muslimbruderschaft (MB) beeinflusste Islamische Zentrum München (IZM) am 6. Oktober eine Demonstration mit etwa 350 Teilnehmern unter dem Motto „Gegen die Regierung von Israel - Wir brauchen Frieden in Nahost“. Kundgebungsteilnehmer verbrannten drei israelische Fahnen. Zeitgleich fand in Nürnberg eine Veranstaltung des MB-beeinflussten Islamischen Zentrums Nürnberg statt, die friedlich verlief.

In der Zeit vom 12. bis 14. Oktober organisierten Angehörige palästinensischer Organisationen neben öffentlichen Kundgebungen im benachbarten Ausland auch Veranstaltungen in Aachen, Dortmund, Duisburg, Erlangen, Freiburg, Hamburg, München, Saarbrücken und Wuppertal.

Am 21. Oktober demonstrierten rund 3.000 Personen vornehmlich arabischer Herkunft in Berlin gegen die „israelische Aggressionspolitik“. Demonstrationsteilnehmer verbrannten israelische Fahnen und bewarfen ein Polizeifahrzeug mit Steinen.

In der Nacht zum 3. Oktober warfen ein 20 Jahre alter Deutscher marokkanischer Herkunft und ein in Jordanien geborener Palästinenser drei Molotowcocktails über den Schutzzaun der jüdischen Synagoge in Düsseldorf. Durch das beherzte Eingreifen einer deutschen Passantin konnten die Brandsätze gelöscht werden, ohne dass größerer Schaden entstand. Die beiden Täter erklärten nach der Festnahme, sie hätten ein Zeichen gegen die Gewalt Israels im Kampf gegen die Palästinenser setzen wollen.

7. Übersicht über erwähnenswerte extremistische Organisationen von Ausländern sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation, ideologische Ausrichtung	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise)
1. Arabische und algerische Gruppen	
Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) marxistisch-leninistisch	Al Hourriah (Die Freiheit) - wöchentlich -
Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) marxistisch-leninistisch	Al Hadaf (Das Ziel) - wöchentlich - Democratic Palestine - zweimonatlich -
Volksfront für die Befreiung Palästinas -Generalkommando- (PFLP-GC) marxistisch-leninistisch	Ila-Al-Amam (Vorwärts) - wöchentlich -
Hizb Allah (Partei Gottes) schiitisch-extremistisch	Al-Ahd (Die Verpflichtung) - wöchentlich -
Muslimbruderschaft (MB) Zentrale: Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGD) sunnitisch-extremistisch	Risalatul-Ikhwan - wöchentlich -
Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS) und Islamischer Bund Palästina (IBP) sunnitisch-extremistisch	
Islamische Heilsfront (FIS) sunnitisch-extremistisch	Al Ribat (Das Band) - wöchentlich -
Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) sunnitisch-extremistisch	Al-Jamaa (Die Gruppe) - monatlich - Al Qital (Die Schlacht) - wöchentlich -
Al-Gamaa Al-Islamiya (GI) sunnitisch-extremistisch	
Jihad Islami (JI) sunnitisch-extremistisch	
Internationale Islamische Front und Al-Qaeda sunnitisch-extremistisch	

Organisation, ideologische Ausrichtung	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise)
2. Iranische Gruppen	
Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) Sitz: Köln	Modjahed (Kämpfer) - wöchentlich - Freiheit für Iran - unregelmäßig -
Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V. (IMSV) Sitz: Köln islamisch-extremistisch	
Union islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.) islamisch-extremistisch	Qods (Jerusalem) - unregelmäßig -
3. Kurdische Gruppen	
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) marxistisch-leninistisch (in Deutschland seit 26.11.1993 verboten)	Serxwebun (Unabhängigkeit) - monatlich - Kurdistan-Report - zweimonatlich -
Teilorganisationen der PKK:	
Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK)	
Kurdische Demokratische Volksunion (YDK)	
bisher: Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) (in Deutschland seit 26.11.1993 verboten)	
Nebenorganisationen der PKK:	
Kurdistan-Komitee e.V., Köln (in Deutschland seit 26.11.1993 verboten)	
Kurdistan Informationsbüro in Deutschland (KIB) (am 02.03.1995 verboten)	
Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan) (in Deutschland seit 26.11.1993 verboten)	
Kurdistan Informations-Zentrum (KIZ)	
Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM)	
Haus der kurdischen Künstler e.V. (bisher: HUNERKOM)	
Partei der freien Frauen (PJA) bisher: Union der freien Frauen aus Kurdistan (YAJK)	Jina Serbilind (Die stolze Frau) - vierteljährlich -

Organisation, ideologische Ausrichtung	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise)
Union der Journalisten Kurdistans (YRK)	
Union der patriotischen Arbeiter Kurdistans (YKWK)	
Union zur Pflege der kurdischen Kultur und Kunst (YRWK)	Welate Me (Unsere Heimat)
Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK)	Sterka Ciwan (Stern der Jugend) - zweimonatlich -
Verband der StudentInnen aus Kurdistan (YXK)	Ronahi (Licht) - dreimonatlich -
Union der Aleviten aus Kurdistan (KAB)	Zülfikar - monatlich -
Islamische Bewegung Kurdistans (KIH)	Baweri (Glaube)
Kurdischer Roter Halbmond (HSK)	Roja Kurdistane (Sonne Kurdistans)

4. Türkische Gruppen

4.1 Linksextremisten

Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten (TKP/ML)

Partizan-Flügel

Isci-Köylü Kurtuluşu
(Arbeiter-Bauern-Befreiung)
- unregelmäßig -

Partizan (Der Partisan)
- monatlich -

Halkın Günlüğü (Tagebuch des Volkes)
- vierzehntägig -

DABK-Flügel
(Ostanatolisches Gebietskomitee)

Partizan (Der Partisan)
- monatlich -

Özgür Gelecek (Freie Zukunft)
- vierzehntägig -

Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO)
Frontorganisation der TKP/ML

Basisorganisationen der TKP/ML:

Föderation der Arbeiter aus der Türkei
in Deutschland e.V. (ATIF)
Sitz: Duisburg -Partizan-Flügel-

Föderation der demokratischen Rechte in
Deutschland (ADHF) -DABK-Flügel-

Organisation, ideologische Ausrichtung	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise)
Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK) -Partizan-Flügel-	Mücadele (Kampf) - unregelmäßig -
Konföderation der demokratischen Rechte in Europa (ADHK) -DABK-Flügel-	
Bolschewistische Partei Nordkurdistan/Türkei (BP-KK/T) (Abspaltung von der TKP/ML)	Bolsevik Partizan (Bolschewistischer Partisan) - monatlich -
Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) in Deutschland seit 09.02.1983 verboten; nach dem Verbot in zwei Fraktionen (Karatas- bzw. Yagan-Flügel) zerfallen	
Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) aus dem Karatas-Flügel der Devrimci Sol hervorgegangen; in Deutschland seit 13.08.1998 verboten	Kurtulus (Befreiung für das Volk) - wöchentlich - Vatan (Vaterland) - wöchentlich -
Türkische Volksbefreiungspartei-Front (THKP-C Devrimci Sol) aus dem Yagan-Flügel der Devrimci Sol hervorgegangen; in Deutschland seit 13.08.1998 verboten	Devrimci Cözüm (Revolutionäre Lösung) - monatlich -
Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP) Basisorganisation der MLKP: Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei in Deutschland e.V. (AGIF)	Özgür Atılım (Der freie Angriff) - vierzehntägig -
4.2 Extreme Nationalisten Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF) Sitz: Frankfurt am Main	Türk Federasyon Bülteni - monatlich -
4.3 Islamische Extremisten Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) Sitz: Köln	Publizistisches Sprachrohr: Milli Gazete (Nationale Zeitung) - täglich -
Hilafet Devleti (Kalifatsstaat) bisher: Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB) Sitz: Köln	Ümmet-i Muhammed (Die Gemeinde Mohammeds) - wöchentlich -

6. Abschnitt

Scientology-Organisation (SO)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	5.000 bis 6.000	etwa 2.600
Vorsitzender:	David Miscavige	
Gründung:	1952 Los Angeles (Church of Scientology International)	
Sitz:	Los Angeles, USA (in Deutschland unselbständige Teilorganisationen z.B. „Scientology Kirche Deutschland e.V.“)	
Publikationen:	Freiheit, Impact, Ursprung, Source u.a.	

1. Zur Geschichte der SO

*Persönlichkeits-
manipulation als
neue Therapie*

Im Jahre 1950 veröffentlichte der amerikanische Buchautor L. Ron Hubbard (1911 bis 1986) in den USA das Buch „Dianetik - Die moderne Wissenschaft der geistigen Gesundheit“. Darin stellte er seine „Technologie“ zur „Heilung psychosomatischer Krankheiten und geistiger Störungen“ vor. In den folgenden Jahren kam es zur Gründung so genannter „Dianetik-Zentren“ und schließlich zum Aufbau der SO. Hubbard erklärte sein von ihm entwickeltes Verfahren der Psychomanipulation, das er zusammen mit einer totalitären Organisationslehre und -technik in Form eines Kommandosystems („Admin-tech“) entwickelt hat, zwei Jahre später zur Religion und gründete die erste „Kirche“. Er hoffte, damit seine Organisation gegen staatliche Eingriffe abzusichern.

*Etiketten-
schwindel*

*Ermittlungen
gegen die SO*

Seit Jahrzehnten liegt die SO im Konflikt mit den Rechtsordnungen demokratischer Staaten. Die Vorwürfe lauten beispielsweise auf Betrug und Wucher gegenüber Kunden, Bedrohung und Nötigung von Kritikern, auf Verschwörung gegen die Regierung, Steuerhinterziehung und Bildung einer kriminellen Vereinigung. Im Jahre 1972 begannen Bundesbehörden in den USA, umfangreiche Untersuchungen gegen die SO und Hubbard einzuleiten. Die amerikanische Steuerbehörde Internal Revenue Service (IRS) ermittelte gegen die SO wegen Steuervergehen. Auch Interpol war mit der SO und ihrer obersten Autorität, Hubbard, befasst.

Hubbard antwortete im Jahr 1973 mit der „Operation Snow White“ („Operation Schneewittchen“). Ziel war, kritische Berichte über die SO bei Regierungsbehörden - vor allem in den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland - zu beseitigen. Die SO behauptet zwar, illegale Aktionen im Rahmen dieses Programms seien ohne Billigung von Hubbard durchgeführt worden. Ein maßgeblicher Mitarbeiter widerlegte dies jedoch.

Im November 1973 erteilte die damals ranghöchste Scientologin im so genannten Guardian Office, Jane Kemper, im Rahmen der Operation Schneewittchen den Auftrag, alle Interpol-Dokumente in den Besitz der Organisation zu bringen, die sich mit der SO und L. Ron Hubbard beschäftigten. Im Oktober 1974 gab Jane Kemper - zu dieser Zeit in der Position des „Guardian World-Wide“ (weltweiter Sicherheitsbeauftragter) - die Anweisung, die Büros der IRS und die Steuerabteilung des Justizministeriums der Vereinigten Staaten „zu infiltrieren, um alle Akten über Scientology und ihren Gründer L. Ron Hubbard in ihren Besitz zu bringen sowie alle persönlichen Aufzeichnungen von Anwälten, die die Regierung in Sachen Scientology vertreten“.

*Angriff auf
Interpol*

Im November 1974 installierten SO-Agenten im Konferenzraum der Finanzbehörde eine elektronische Abhörvorrichtung. Damit wurden Gespräche von Finanzbeamten abgehört, bei denen über Steuerangelegenheiten der SO verhandelt wurde. Ebenfalls im November gelang es den Scientologen, einen Agenten als Schreibkraft in die Finanzbehörde einzuschleusen. Bereits 14 Tage später hatte dieser Akten beiseite geschafft. Dies war der Anfang eines Massendiebstahls von Behördenakten durch SO-Agenten, der sich über das ganze Jahr 1975 erstreckte.

*Kriminelle
Spionageangriffe
auf US-Behörden*

Nach der Unterwanderung der Finanzbehörde wurde erneut versucht, in den Besitz der Interpol-Akten über die SO und Hubbard zu kommen. Der Auftrag verlangte eine Unterwanderung von Regierungsstellen, welche „die Befugnis hatten, Hubbard unter Strafanzeige vorzuladen oder Gerichtsverfahren gegen ihn einzuleiten“.

Im Februar 1976 gelang es den Scientologen, eine Sekretärin in das Justizministerium der USA einzuschleusen. Mitte März 1976 brachen die Guardian-Office-Scientologen in den Raum der Finanzbehörde ein, in dem die Materialien zur Fertigung von Ausweisen lagen. Zwei SO-Agenten stellten sich selbst offizielle Beglaubigungsschreiben der Finanzbehörde aus. Immer neue Akten gelangten in den nachfolgenden Monaten in die Hände der SO.

Der unablässige Schwund von Akten machte schließlich die Behörden aufmerksam. Am 11. Juni 1976 wurden zwei der Top-Agenten auf frischer Tat ertappt. Am 8. Juli 1977 führten daraufhin 134 „Detectives“ des FBI in den SO-Büros in San Francisco und Los Angeles Hausdurchsuchungen durch. Dabei stellten sie umfangreiches Beweismaterial sicher, darunter die gestohlenen Akten aus den Behörden.

*Verurteilungen
wegen Verschwö-
rung gegen die
US-Regierung*

Am 26. Oktober 1979 wurden neun hohe Funktionäre der „Scientology-Kirche“ von einem amerikanischen Bundesgericht wegen Diebstahls und Verschwörung gegen die Regierung verurteilt. Hauptangeklagte war die Ehefrau Hubbards, Mary Sue Hubbard. Das Beweismaterial zur Überführung Hubbards reichte damals nicht aus.

In der Folge kam es zu einem internen Machtkampf. Die geplante Machtübernahme einiger junger Scientologen nahm nunmehr konkrete Züge an. Hubbard war krank und musste sich vor den Behörden verstecken.

*Hubbards
Nachfolger*

Am 24. Januar 1986 wurde L. Ron Hubbard von der neuen Führungsspitze der SO für tot erklärt. Die näheren Umstände seines Todes sind ungeklärt. Auch nach dem Tode Hubbards dauerte der Machtkampf um die künftige Führung der SO an. An dessen Ende setzte sich David Miscavige durch. Er führt heute die SO.

*Steuerbefreiung
in den USA*

1993 erreichte die SO mit einem Vergleich, von der obersten amerikanischen Steuerbehörde IRS als gemeinnützig anerkannt zu werden. Nach einem Bericht der „The New York Times“ setzte die SO dabei schmutzige Methoden der Einschüchterung und Erpressung ein. Mitarbeiter der IRS wurden bis in die Privatsphäre hinein ausspioniert und zum Teil wegen erfundener Behauptungen mit rund 200 Prozessen überzogen. Die Anleitung für dieses Vorgehen ist in einem Richtlinienbrief Hubbards vom 15. August 1960 über die Einrichtung eines „Department of Government Affairs“ enthalten, der Methoden beschreibt, mit denen Regierungen gefügig gemacht werden sollen.

2. Ideologie und Aktivitäten

*Anhaltspunkte für
verfassungsfeind-
lichkeit*

Nach Feststellung der Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern vom 5./6. Juni 1997 liegen tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen der SO vor. Sie ergeben sich vor

allem aus den Handlungsanleitungen für das so genannte Management, d.h. den Leitungskader, den Äußerungen führender Funktionäre und den weltweiten Aktivitäten der Organisation. Deshalb besteht der gesetzliche Auftrag zur Beobachtung. Ein Bericht über erste Beobachtungsergebnisse wurde der Innenministerkonferenz für ihre Herbstsitzung 1998 vorgelegt. Dieser Bericht ist im Internet unter folgender Adresse abrufbar:

<http://www.verfassungsschutz.nrw.de/dokument.htm>

Die Ideologie der SO stützt sich im Wesentlichen auf die Schriften von L. Ron Hubbard, die nach eigenen Aussagen der Gruppierung unverändert Gültigkeit besitzen. Auch ältere programmatische Äußerungen Hubbards, die sich unter anderem in den so genannten „policy letters“ (Richtlinienbriefen) der SO finden, werden den Mitarbeitern der SO nach wie vor als verbindliche Orientierung vorgegeben.

2.1 Schriften der SO

Analysen einer Vielzahl von Primärmaterialien der SO zeigen tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass bei der Organisation politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen vorliegen. Dies folgt aus dem generellen Absolutheitsanspruch der scientologischen Ideologie. Dieser bezieht sich nicht nur darauf, im Besitz der einzigen Wahrheit zu sein, sondern erfasst den Menschen in all seinen persönlichen sowie zwischenmenschlichen und gesellschaftlich-politischen Lebensbereichen, sobald er in das Kontrollsystem der Organisation eingebunden ist. Bereits vom Grundgedanken von Scientology ergeben sich politische Dimensionen daraus, dass mit scientologischer „Technologie“ nicht nur der Einzelne, sondern die gesamten gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse im Sinn einer grundsätzlichen Neuordnung der Gesellschaft verändert werden sollen. In diesem Sinn wird eine verfassungsfeindliche Wertordnung nicht nur propagiert, sondern eine solche soll als verbindlicher Ordnungsfaktor für Staat und Gesellschaft etabliert werden. Ziel der SO ist es, zur angeblichen Optimierung des Einzelnen und aller sozialen Bereiche Gesellschaft und Staat in ein nach psycho- und sozialtechnischen Prinzipien (social engineering) zentral gesteuertes Kommandosystem zu verwandeln.

*Veränderung der
Gesellschaft mit
SO-Techniken*



*Technokratisches
Kommandosystem*

Festhalten an Hubbard

Die SO in Deutschland bekennt sich auch in ihren aktuellen Veröffentlichungen ausdrücklich zur Person und der unveränderbaren politischen Programmatik ihres Gründers. Verschiedene programmatische Äußerungen der SO deuten sogar darauf hin, dass sie ihre Ziele kämpferisch-aggressiv verwirklichen will. Von Mitgliedern wurde entsprechend einer Werbebroschüre der International Association of Scientologists (IAS) erwartet, dass sie „die Zerschlagung von Gruppen unterstützen, die den Zweck verfolgen, die Anwendung der Scientology-Technologie zu verhindern“. Eine Änderung der ideologischen Ausrichtung ist nicht erkennbar; vielmehr werden weiter Schriften im genannten Sinn veröffentlicht. Auch wird strikt an den internen Richtlinien und den so genannten „policy letters“ festgehalten.

2.1.1 Errichtung einer scientologischen Gesellschaft

Politische Zielsetzung

Bereits in seinem grundlegenden Buch „Dianetik“ hatte Hubbard auf die politische Relevanz und die Reichweite seiner Lehre und Technik hingewiesen. Mit der Entwicklung seiner totalitären „Admintech“, die in elf Bänden niedergelegt ist, hat sich Hubbard ein sozialtechnisches Instrumentarium geschaffen, um sich Gruppen zu unterwerfen. Dies zeigt weiter, dass Hubbard mit der Schaffung und der Praktizierung seiner „Technologie“ einen politischen Anspruch verfolgte. Es soll eine ausschließlich nach scientologischen Richtlinien funktionierende Welt geschaffen werden. Diese neue „wahre Demokratie“ soll an die Stelle der bisherigen Demokratien treten. Alle gesellschaftlichen Probleme sollen dadurch gelöst werden, dass zunächst 10 bis 15 % der politischen Meinungsführer, dann 80 bis 98 % der Bevölkerung „geklärt“ werden und die Gesellschaft schließlich nur noch aus den so genannten Nichttaberrierten, den Clears, besteht. Gleichzeitig soll die „Admintech“ zur Organisation aller gesellschaftlichen Gruppen und der Regierungen weltweit Verwendung finden.

Nach der im Jahr 1990 erschienenen SO-Schrift „Neue Zivilisation - Reference Pack“ ist Ziel der SO eine „neue Zivilisation“. Um dies zu erreichen, sollen Scientologen u.a. „eine Verschwörung kreieren, durch die sich der Machtfaktor immer weiter und weiter ausdehnt“.

Auch die von der Kopenhagener Europazentrale der SO, dem Continental Liaison Office (CLO), herausgegebene „Sicherheitsbroschüre“ enthält Passagen, die auf das politische Ziel der SO hindeuten, weltweit eine nach ihren Vorstellungen gestaltete totalitäre Kontroll-Gesellschaft

zu errichten. Anlass für die Herausgabe dieser Schrift war die Durchsuchung von fünf Vereinsräumen der SO in München am 10. Februar 1998 durch die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I.

2.1.2 Lenkung der Regierung durch Scientology

Bereits am 20. März 1964 stellte Hubbard in einem Vortrag das Projekt „International City“ vor. Hubbard hatte darin u.a. erklärt, die SO sei nur am Planeten interessiert. Hubbard forderte in seinem Vortrag letztlich, alle derzeit existierenden Hauptstädte der verschiedenen Staaten zugunsten der SO zu entmachten, die Welt quasi von seiner Hauptstadt - International City - aus zu regieren:

Projekt
Weltregierung

„Wir hatten in letzter Zeit einige Probleme mit Regierungen. Meiner Meinung nach waren sie unverschämt. Sie waren respektlos und ich habe mir das gründlich angesehen und bin zu dem Entschluss gekommen, dass wir das nicht hinnehmen sollten.“

Im November 1997 wurde die Hubbard-Anweisung vom 13. März 1961 bekannt. Danach soll ein „Department für Behördenangelegenheiten“ u.a. „ständigen Druck auf Regierungen ausüben, um Gesetzgebung von Gruppen zu verhindern, die der Scientology entgegenstehen“. Behörden und unabhängige Gerichte werden von der SO als „Gefahr“ gesehen, der man begegnet, indem „immer ausreichend Drohungen gegen sie gesucht oder erfunden werden“. Die genannte „Abteilung“ hat über den Bereich „Sicherheit“ hinaus zudem die wesentliche Aufgabe, die „Clear Deutschland-Kampagne“ fortzusetzen.

Druck auf
Regierungen

2.1.3 Einführung eines scientologischen Rechtssystems

Eine Ausgabe der SO-Zeitschrift „Freiheit“ aus dem Jahr 1997 enthält unkommentiert einen Artikel Hubbards mit der Überschrift „Ehrliche Menschen haben auch Rechte“. Dieser befasst sich mit der Bedeutung der Rechte des Beschuldigten oder Angeklagten im Strafverfahren und der Rechtsfähigkeit des Einzelnen aus der Perspektive der SO. Der Beschuldigte oder Angeklagte soll sich im Strafverfahren zu seiner Verteidigung nicht auf Rechte berufen dürfen. Vielmehr wird der Kreis der Rechtsträger auf die im Sinn der SO-Ethik „Ehrlichen“ beschränkt, also nur auf diejenigen, die sich der SO verschrieben haben. Die nur eingeschränkte Geltung aller Rechte, also auch der Grund- bzw. Menschenrechte, gehört zu den von Hubbard auf-

Rechte nur
für „ehrliche“
Menschen

gestellten programmatischen Standardforderungen für die von ihm und der SO angestrebte „Zivilisation“.

Die Beschränkung der Rechtsfähigkeit auf die „Ehrlichen“ ist auch in der Ausgabe 75/1997 der Zeitschrift „Impact“ als Ziel der IAS für das Jahr 1998 aufgeführt. Es heißt dort unter der Überschrift „Die Ziele der IAS für 1998“:

„Der Zweck der IAS ist es, die Scientology-Religion und Scientologen in allen Teilen der Welt zu vereinigen, damit die Ziele, wie L. Ron Hubbard sie aufgestellt hat, erreicht werden: ‚Eine Zivilisation, in der die Fähigen erfolgreich sein und ehrliche Wesen Rechte haben können‘, ...“

„Handbuch des
Rechts“

Im bereits 1959 erschienenen „Handbuch des Rechts“ äußert sich L. Ron Hubbard zur Funktion des scientologischen Rechtssystems. Es enthält verschiedene Passagen mit tatsächlichen Anhaltspunkten für das Ziel der SO, eine Gewalt- und Willkürherrschaft zu errichten. Danach wird es im scientologischen Gesellschaftssystem keine Menschen- und Grundrechte mehr geben, wie sie im Grundgesetz definiert sind. Im scientologischen Rechtssystem sind auch keine unabhängigen Gerichte vorgesehen. Vielmehr erforscht ein nicht an Recht und Gesetz gebundener Nachrichtendienst (vgl. auch Nummer 3.2.4 dieses Abschnitts) Sachverhalte und ergreift Maßnahmen.

2.1.4 **Bekämpfung von Kritik an Lehre und Praxis** **- aggressive Expansionstechnik**

Totale Diszi-
plinierung der
Anhänger

In einem Grundlagenwerk fordert Hubbard „totale Disziplin“. Um die Macht zu behalten, so offenbar der Gedanke von Hubbard in seinem Werk „Einführung in die Ethik der Scientology“, müsse man kaltblütig, skrupellos, hemmungslos, gegebenenfalls auch heimtückisch, hinterlistig und mit Gewalt gegen die eigenen Feinde vorgehen, ansonsten würde man die Macht verlieren. Die im „Handbuch des Rechts“ empfohlenen Operationen zur „Abwehr“ von „Unterdrückern“ lassen erkennen, dass die SO gewillt ist, die im Grundgesetz konkretisierten Grundrechte abzuschaffen oder hinsichtlich ihres Schutzbereichs verfassungswidrig einzuschränken und dadurch eine totale, das heißt eine nicht durch Gesetz und Recht im Sinn des Grundgesetzes begrenzte Kontrolle des Einzelnen durch die SO zu erreichen.

Ein HCO-Richtlinienbrief vom 11. Mai 1971, der noch aktuell als Schulungsunterlage Verwendung findet, enthält u.a. Anweisungen

für Scientologen, wie im Fall eines größeren Widerstands bei der Durchsetzung von Zielen der SO zu verfahren ist:

„Wenn Geld und Gewalt regieren und Meinungsführer nicht beachtet werden, wenn sich im Management oder in der Regierung spezielle Privilegien einschleichen, sind Protest-PR, Streiks und Demonstrationen das Werkzeug, das man verwendet. Wenn das nicht funktioniert oder wenn sie unterdrückt wird (Anm.: werden), ereignen sich subversive Aktionen, allgemeine nachrichtendienstliche Aktionen, Schwarze Propaganda und andere Übel.“

Anweisungen
zu subversiven
Aktionen

2.2 Aktivitäten der SO

2.2.1 Angriffe auf Repräsentanten des Staats

Alle Aktivitäten der SO sind auf die Expansion der Organisation ausgelegt. In diesem Zusammenhang sind auch Maßnahmen der Kritikerbekämpfung zu sehen. Kritiker sind alle Personen und Institutionen, die den Zielen der SO nicht zustimmen und ihrer Ausbreitung entgegenstehen. Für deren „Handhabung“ gibt es detaillierte Anweisungen, wie zu verfahren ist.

Aus diesem Grund verunglimpft, beschimpft und verleumdet die SO seit mehreren Jahren Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland. Darüber hinaus richten sich Verunglimpfungen auch gegen die Verfassungsordnung in Deutschland selbst. Sie wird - ähnlich wie in der Propaganda der früheren KPD - mit derjenigen des nationalsozialistischen Deutschlands gleichgesetzt.

Verunglimpfung
von Politikern

Eine Anfang 1998 erschienene Ausgabe der „Freiheit“ enthält Artikel, die das Bestreben der SO sichtbar machen, Werturteile und Sachverhalte zu verbreiten, aus denen sich die Verwerflichkeit der in Deutschland bestehenden Verfassungsordnung ergeben soll. Deutschland wird als Polizeistaat beschrieben, der systematisch die Religionsausübung unterdrücke.

Angriffe gegen
die Verfassungs-
ordnung

Die SO veröffentlichte des Weiteren unter der Überschrift „Religiöse Apartheid: 1997/Teil 2 - Bericht über die fortgesetzte Unterdrückung von Grundrechten religiöser Minderheiten durch deutsche Behörden und Regierungsstellen“ eine Schrift, die eine systematische staatliche Unterdrückung der Scientologen in Deutschland behauptet.

Schließlich publizierte die SO im Internet in englischer Sprache unter der Bezeichnung „About Scientology Hatewatch, The Homepage,

Hatewatch Germany 1997“ Informationen über die angebliche Diskriminierung der Scientologen in Deutschland durch Zwangs- und Willkürmaßnahmen, die insbesondere der nationalsozialistischen Judenverfolgung gleichen sollen.

Die Verunglimpfung gipfelte in einem Schreiben des Office of Special Affairs (OSA) - vgl. auch Nummer 3.2.4 dieses Abschnitts - vom November 1999 an alle Innenminister und Leiter der Verfassungsschutzbehörden. Darin wurde dem Bayerischen Staatsminister des Innern „zweckpolitisches Handeln“ vorgeworfen, weil er seine Warnungen vor der SO sogar auf die Aussagen „eines drogenabhängigen und kriminellen Aussteigers“ stütze. Damit sollte der Eindruck erweckt werden, der Staat verwende auch unrichtige Aussagen, wenn sie nur den eigenen Standpunkt stützten. Die SO wendete dabei ihre Technik an, von Aussteigern und Kritikern ein negatives Bild zu zeichnen, um sie als unglaubwürdig darzustellen.

In diesem Kontext stehen auch Beiträge in der bundesweit in großer Anzahl verbreiteten SO-Publikation „Freiheit“ vom März 2000. Darin polemisierte die SO erneut gegen ihre Beobachtung durch den Verfassungsschutz und unterstellte dem bayerischen Innenminister und seinen Mitarbeitern abermals rechtswidrige Praktiken sowie eine „verfassungswidrige Diskriminierungspolitik“.

2.2.2 Techniken der Verhaltenskontrolle und -steuerung

Durch effiziente Techniken der Verhaltenskontrolle und -steuerung, der „Technologie“, werden die Mitarbeiter in manipulativer Weise unter ständigen Verhaltenszwang gesetzt, um nach dem internen Sprachgebrauch des Managements wie „Maschinen“ zu „produzieren“, d.h. neue Kunden zu werben und zu Anhängern des Systems zu machen. Ziel ist es dabei, aus den als „rohes Fleisch“ bezeichneten Kunden „Produktionsmaschinen“ für die Werbung und Bearbeitung neuer Kunden zu „produzieren“. Die Mitarbeiter unterwerfen sich diesem Reglement, weil sie aus dem engmaschigen, repressiven Kontrollsystem nur schwer ausbrechen können. Hinzu kommt, dass sich die meisten Mitarbeiter ihrer tatsächlichen Rolle innerhalb der Organisation nicht bewusst werden.

Der Leistungsdruck des Systems auf die Mitarbeiter ist dabei so stark, dass sie sich dem technokratischen Regelwerk der „Admintech“ und den Befehlen ihrer Vorgesetzten ohne Widerspruch fügen, unter Um-

*Fabrikation der
Mensch-Maschine*

ständen sogar unter Inkaufnahme der Verletzung staatlicher und strafbewehrter Normen.

2.2.3 Ausforschung und Bekämpfung von Kritikern

Personen, die berechtigte Kritik üben, sollen mit schikanösen Mobbingattacken als „Feinde“ bekämpft werden. Ziel ist es dabei, die Gegner der SO, die als „unterdrückerische Personen“ bezeichnet werden, mundtot zu machen, um die Expansion des Systems ungestört vorantreiben zu können. Gegen Kritiker wird wegen ihrer Gegnerschaft zur SO deshalb zunächst „lautstark“ oder verdeckt mit geheimdienstlichen Methoden diktatorischer Staaten ermittelt. Sie werden dann angezeigt, diffamiert, oder öffentlich bloßgestellt und verklagt, bisweilen bedroht, belästigt und zur Zermürbung auch psychisch gequält. In den USA scheuen sich daher manche Medien bereits, offen gegen die SO Stellung zu nehmen. 1999 wurde folgende Anweisung zur Ausforschung bekannt:

*Psychofolter-
methoden totalitärer
Geheimdienste*

*Anleitung zur
Ausforschung*

„1. Mach dir eine Liste von allen Stellen, die evtl. für uns wichtige Informationen haben oder verbreiten ... 2. Fange an, regelmäßig dort Publikationen zu bestellen oder Scientologen, die sie bereits erhalten haben, dazu zu kriegen, sie für dich auszuwerten ... 4. Stürze dich auf den Lebenslauf von ... und ... finde heraus, was sie in der Vergangenheit gearbeitet und veröffentlicht haben. 5. Berichte mir regelmäßig über den Fortschritt in o. e. Gebieten ...“

Aus einem weiteren Schreiben der SO geht eindeutig hervor, dass Ermittlungen über SO-Kritiker auch im Bereich von Schule und Jugendarbeit geführt werden sollen:

„Nur wirklich echte Scientologen dann nach Lehrern und Schülern des ... Gymnasiums befragen. 3. Herrn ... noch einmal aufsuchen und mit ihm zusammen ... befragen; ... gibt sich dabei als ehemaliger Schüler von (Name der Zielperson) aus und erwähnt ein Verhältnis zu Mitschülerinnen. 4. Wer war Mitglied in der ev. Jugendgruppe in ... Liste von Namen bekommen.“

Dabei soll die Ausforschung nicht nur die Zielperson betreffen, sondern sich auch gegen unbeteiligte Familienmitglieder richten, wie dasselbe Schriftstück belegt:

„6. Wo geht der Sohn von ... in die Schule? 7. Was macht er am Nachmittag - wer passt auf ihn auf? Ist er zuhause oder wo?“

Zur Abklärung eines SO-Kritikers erging die schriftliche Anweisung: „DBC Dienstag früh 5 Uhr“. DBC steht für „Dust Bin Collection“. Dies bedeutet die Durchsuchung des Abfalls von Zielpersonen nach gegen sie verwertbarem Material. Ein vorliegender Erfahrungsbericht über eine solche „Mülleimeraktion“ beschreibt die Vorgehensweise der Durchsuchung des Papierabfalls, wobei sich die agierenden Personen als „Müllmänner“ tarnten.

2.2.4 Kampagne gegen Schutzzerklärung

Über das Deutsche Büro für Menschenrechte der „Scientology Kirche Deutschland e.V.“, das organisatorisch dem Office of Special Affairs (vgl. auch Nummer 3.2.4 dieses Abschnitts) angegliedert ist, setzte die SO ihre 1997 bekannt gewordene Kampagne gegen die Verwendung von Schutzzerklärungen durch deutsche Unternehmen und öffentliche Stellen fort. Mit den Schutzzerklärungen gegenüber Mitarbeitern und Drittfirmen wollen sich Unternehmen und öffentliche Stellen gegen mögliche Einflussnahme- und Ausforschungsversuche von Scientologen schützen. Die SO räumt dem Ziel, die Verwendung von Schutzzerklärungen in der Wirtschaft zu unterbinden, hohe Priorität ein.

*Hohe Priorität
für die SO*

*Einflussnahme auf
US-Regierungs-
behörden*

So kommentierte der Leiter des OSA International, Mike Rinder, auf einer internationalen IAS-Veranstaltung im Sommer 2000 das Vorgehen gegen die im Sprachgebrauch der SO „Sektenfilter“ genannte Schutzzerklärung wie folgt: Die SO habe Einfluss auf US-amerikanische Regierungsbehörden genommen, dass diese den Druck auf die deutsche Regierung erhöhten, um diese aus Sicht der SO diskriminierende Praxis zu beenden. Die SO behandle die Verwendung der Schutzzerklärung als „langfristigen Out-Ethik-Zustand“, der „gehandhabt“ werden müsse. Ferner habe es die IAS in dieser Angelegenheit zu einer Anhörung vor dem amerikanischen Kongress gebracht. Sie habe erreicht, dass Deutschland auf die so genannte „Watch-List“ der Repräsentantin für Handelsbeziehungen gesetzt wurde, einer angeblichen Überwachungsliste für Regierungen mit unseriösen Geschäftspraktiken, die keine sicheren Handelspartner seien. Damit habe man Deutschland das Etikett einer „unterdrückerischen Regierung“ aufgedrückt, wie China nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens, lateinamerikanischen Staaten ohne erfolgversprechende Drogenpolitik oder Staaten mit Staatsterrorismus.

Rinder machte im weiteren Verlauf seiner Ausführungen deutlich, dass die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der SO nicht nur ein Auf-

trag innerhalb der Organisation, sondern auch außerhalb der „Kirchen“ sei.

Unter dem Vorwand, eine fälschliche Aufführung in einer so genannten „schwarzen Liste“ der SO verhindern zu wollen, fragte die SO deshalb bei Unternehmen an, ob sie die deutsche Schutzklärung verwendeten. Mit dem Hinweis auf eventuell bestehende Geschäftsbeziehungen in die USA wurde den betreffenden Unternehmen suggeriert, dass diese Vorgehensweise in den USA als Diskriminierung und als Menschenrechtsverletzung angesehen werde. In einzelnen Fällen hatte die SO damit Erfolg, z.B. bei Unternehmen, die zu US-Konzernen gehören.

*Einschüchterung
von Unternehmen*

2.2.5 Nutzung des Internets

Auch die SO nutzt das Internet bereits seit Jahren zur Selbstdarstellung und Werbung. Sie bietet umfangreiche und technisch aufwendig gestaltete mehrsprachige Seiten im „world wide web“ (www) an. Diese enthalten Angaben über politische Ziele, Teilorganisationen und aktuelle Schriften der SO. Daneben werben Scientologen weltweit mit eigenen Homepages für die SO, darunter auch rund 600 deutsche Mitglieder.

Unter der Bezeichnung „New Era Radio“ ist seit 24. Juli der englischsprachige Radiosender der SO im Internet zu hören. Bei der Gestaltung des Programms orientiert sich die SO in der äußeren Aufmachung an kommerzielle Musik-Anbieter im Internet. Das Angebot wird mit Schlagworten wie „Music for a new Civilization“, „Music with a Message“ oder „Building a better World“ angepriesen. Es besteht aus Musikbeiträgen scientologisch orientierter Künstler, Wortbeiträgen mit scientologischem Gedankengut, das bereits aus Publikationen bekannt ist, und Werbeeinblendungen.

Neuer Radiosender

Die SO nutzt damit - wie bereits auch bei ihren Publikationen und entgeltlichen Kursen - kommerzielle Formen, um Interessenten für ihre spezifischen Inhalte zu gewinnen.

2.2.6 Aktivitäten im Ausland

In Frankreich sind nach Presseberichten vom Oktober 1998 in einem Gerichtsverfahren gegen die SO Hunderte von Gerichtsdokumenten

Frankreich

aus dem Justizpalast in Paris verschwunden. In diesem Zusammenhang sieht sich die SO Vorwürfen der Unterwanderung des Rechtssystems ausgesetzt. Im Zusammenhang mit der Vernichtung von Gerichtsakten vor einem Strafprozess gegen SO-Verantwortliche in Marseille im September 1999 hat die in Frankreich zur Bekämpfung von Sekten eingesetzte „Mission Interministerielle De Lutte Contre Les Sectes“ (MILS) die Vorwürfe gegen die SO wegen Unterwanderung des Rechtssystems öffentlich wiederholt. Der Prozess in Marseille endete mit einer Verurteilung von fünf Verantwortlichen der SO zu Haftstrafen wegen Betrugs. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Das Verfahren in Paris gegen SO-Verantwortliche wegen Betrugs und anderer Delikte soll fortgeführt werden.

Belgien

In Belgien kam es im September 1999 im Zusammenhang mit Ermittlungen der Behörden gegen SO-Verantwortliche u.a. wegen Betrugs, Steuerhinterziehung und des Vorwurfs der organisierten Kriminalität zu umfangreichen Durchsuchungen in SO-Objekten. Die Verfahren sind noch nicht abgeschlossen. Nach Presseberichten sollen sich bereits Hinweise auf Steuerhinterziehung, Datenschutzverstöße und unerlaubte Ausübung der Heilkunde ergeben haben.

Österreich

In Österreich wurde der für die SO zuständige Familienminister nach Presseberichten von einem SO-Verantwortlichen mit der Aufdeckung angeblich belastender Details aus dem Betrieb seiner Privatfirma bedroht. Im Jahre 1999 wurde bekannt, dass an führender Stelle bei der Telecom Austria in Wien ein hochtrainierter Scientologe sitzt. Er hatte Zugang zum Behördennetz Österreichs und war über die staatlichen Telefonüberwachungsmaßnahmen in Österreich informiert.

Großbritannien

In Großbritannien wurde der SO im Dezember 1999 die Anerkennung als Wohltätigkeitsorganisation verweigert. Die Entscheidung stellt ausdrücklich fest, dass die SO keine Religionsgemeinschaft im Sinn der einschlägigen Vorschriften ist und nicht zum Wohl der Allgemeinheit gegründet wurde.

Schweden

In Schweden wurde die SO als kultureller Verein registriert und steuerbefreit, in Südafrika und Venezuela soll sie eigenen Angaben zufolge „als Religion anerkannt“ worden sein.

Osteuropa

Bei der Expansion der SO in Osteuropa spielt die Org München seit Jahren eine bedeutende Rolle. In der Org München wird eine Vielzahl Osteuropäer durch Kurse ausgebildet. Dies gilt insbesondere für Ungarn. Über deutsche Firmen mit Niederlassungen in Osteuropa wur-

de bekannt, dass scientologische Beratungsunternehmen Verwaltungstechnologie nach Hubbard in die Unternehmen transportieren und so über die Vertriebsniederlassungen Zugang in die deutschen Hauptunternehmen erhalten. Nach Presseberichten sollen in Russland weit über fünfzig Firmen, Banken und Kombinate Mitglied der scientologischen Wirtschaftsorganisation WISE geworden sein, darunter auch Rüstungsbetriebe. Dazu kämen noch Direktoren und Manager von 28 staatlichen oder halbstaatlichen Firmen mit Zehntausenden von Mitarbeitern. Auch soll die SO Kontakte in die politische Führungsebene haben. So berichtete die Presse, im Jahr 1999 sei ein Mitglied der SO-Vereinigung Citizens Commission on Human Rights (CCHR) als neue Justitiarin der Stadt Moskau bestellt worden.

Russland

In Spanien wurde der Termin zur ersten Hauptverhandlung im Strafprozess gegen den Präsidenten der Church of Scientology International, Heber Jentzsch, und eine Reihe weiterer SO-Verantwortlicher wegen des Verdachts zahlreicher Straftaten wie Betrug, Steuerhinterziehung und unerlaubte Ausübung der Heilkunde mehrfach vertagt, zuletzt auf Anfang Februar 2001. Im Internet wurden Fernschreiben zwischen der US-Botschaft in Madrid und dem US-Außen- und Justizministerium über den in Spanien anstehenden Strafprozess gegen SO-Verantwortliche veröffentlicht. Danach sollen sich Beamte der US-Botschaft mit SO-Anwälten getroffen und beratschlagt haben, wie der Prozess „diskret“ verzögert oder sogar vermieden werden könne.

Spanien

Für besondere Leistungen erhielt die hochtrainierte Scientologin und Bundesstaatsanwältin Carla Miller von der SO eine Auszeichnung. Sie hatte für Jacksonville, eine Stadt in Florida mit mehr als einer Million Einwohnern, einen auf der Lehre der SO basierenden Ethik-Kodex entworfen, der auch Wissensberichte (Spitzelberichte) beinhaltet. Demnach wird für jede Abteilung der Stadtverwaltung ein Ethik-Officer ernannt, der wiederum dem höheren Ethik-Officer untersteht.

Florida/USA

Am 25. Mai 1999 hat Jacksonville das Ethik-System als Gesetz angenommen; Frau Miller dient der Stadt nun als höhere Ethikbeauftragte. In Zukunft soll auch Unternehmen, die in Geschäftsbeziehungen mit der Stadt stehen bzw. zuziehenden Wirtschaftsunternehmen die Einhaltung der Ethikprinzipien zur Auflage gemacht werden. Dies ist ein Beispiel für die Verwendung der scientologischen Verwaltungstechnologie im Bereich kommunaler Verwaltung bzw. Wirtschaft.

2.3 Bewertung der Schriften und Aktivitäten

*Ziel: Abstaffung
der freiheitlichen
demokratischen
Grundordnung*

Die zitierten Texte und Aktivitäten sind tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass die SO die bestehende demokratische und rechtsstaatliche Ordnung durch die Etablierung einer Gesellschaft mit scientologisch bestimmten Normen ersetzen will. Die aufgeführten Hinweise deuten auch auf die Absicht der SO hin, lenkenden Einfluss auf Regierungen auszuüben. Als Ziel erscheinen nicht nur die Gesellschaft, sondern auch die Staaten, ihre Rechtssysteme und Regierungen. Die scientologische Gesellschaft ist auf die Beseitigung des in Art. 3 Grundgesetz konkretisierten Gleichheitsgrundsatzes, die Abschaffung der universalen Geltung der Menschenrechte, der Unabhängigkeit der Gerichte und der Meinungsfreiheit gerichtet. Der unverhüllte Absolutheitsanspruch der SO ist von Gleichschaltung und Unterdrückung geprägt. Meinungsfreiheit wird nur insoweit gewährt, als die „Leute dem Weg der SO folgen“.

Die SO bestreitet dagegen, die freiheitliche demokratische Grundordnung abschaffen zu wollen. Sie behauptet vielmehr, sie zu respektieren, und negiert jegliche politische Motivation für ihr Expansionsstreben. Sie betont, ihr gehe es vielmehr um die „Erlösung“ des einzelnen Menschen.

Zwar treten die einfachen Mitglieder nicht aus politischen Motiven der SO bei und bewerten Schriften mit gesellschaftsverändernden Absichten der SO ebenfalls wohl nicht als Äußerungen mit politischem Gehalt. Sie werden jedoch zu völligem Gehorsam gegenüber dem System trainiert und auf das Ziel eingeschworen, durch Verbreitung von Scientology die „Welt zu retten“. Damit werden auch zunächst unpolitische Mitglieder in den Dienst der verfassungsfeindlichen scientologischen Ideologie gestellt.

*Umsetzung der
verfassungsfeind-
lichen Ziele*

Die SO will ihre Ziele nicht über die Teilnahme an Wahlen durchsetzen. Die Umgestaltung der Gesellschaft soll vielmehr über eine durch detaillierte Vorgaben genau festgelegte Veränderung des Menschen - als „Befreiung“ bezeichnet - erreicht werden. Wenn alle nach scientologischer Technologie verfahren und sich so in ihrem Willen dem System unterwerfen, werde die scientologische Gesellschaft entstehen. Zu ihrer Entstehung wird durch Werbefeldzüge, aggressive Anwerbungen und aktive Kritikerbekämpfung nach innen und außen unmittelbar angesetzt. Die scientologische Gesellschaft wird nach Aussagen von Insidern in übergeordneten Organisationen der SO bereits in Planspielen skizziert.

3. Organisations- und Kommandostruktur der SO

3.1 Weltweite Kommandostruktur der SO

Die Einrichtungen der SO in Deutschland erscheinen zwar nach außen als rechtlich selbständig, sind jedoch der strikten Befehls- und Disziplinargewalt des Internationalen Managements in den USA unterworfen und sind daher unselbständige Teile.

*Ausländische
Vereinigung mit
unselbständigen
Teilorganisationen*

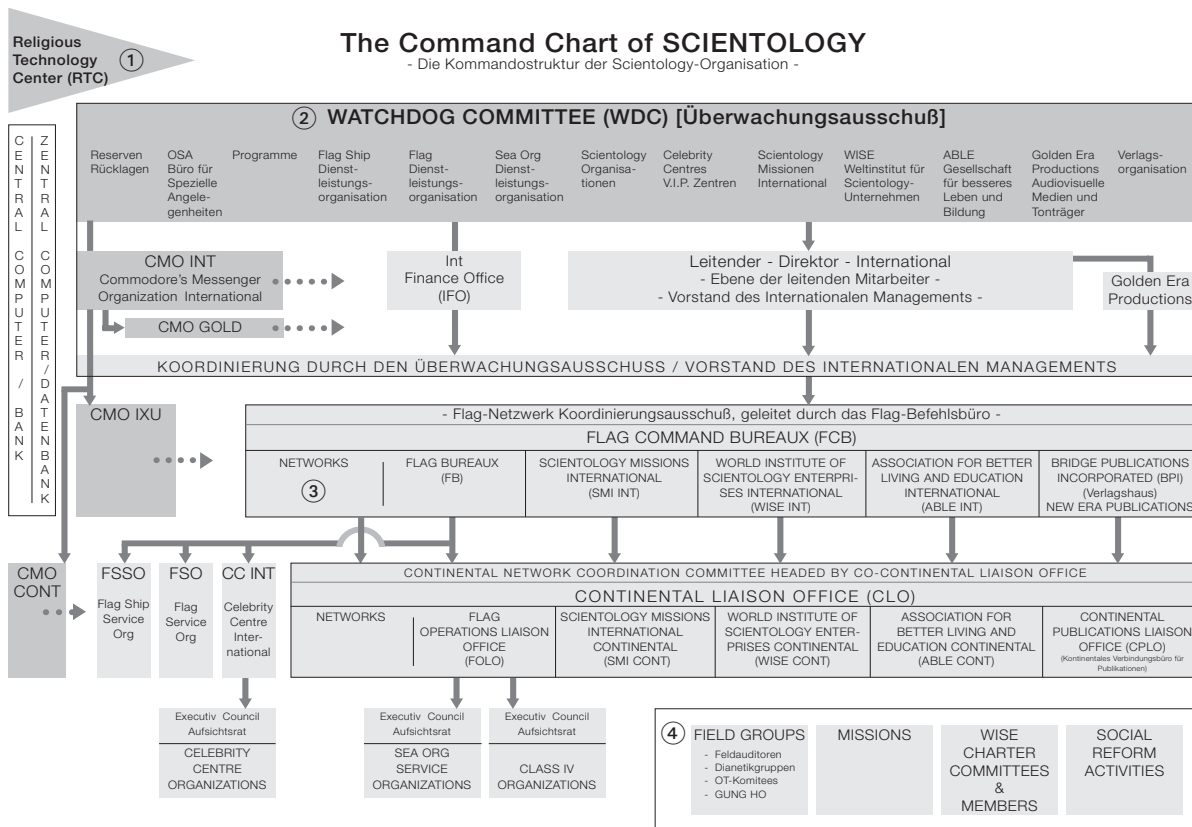
Das Religious Technology Center (RTC) hat die oberste Befehlsgewalt in der SO. Unterhalb des RTC ist das Internationale Management der SO angesiedelt. Dieses stellt nach dem RTC die höchste Führungsebene der SO dar und ist dafür verantwortlich, für jeden Sektor der SO Strategien und taktische Pläne zu entwickeln. Hier wird auch die Führung der verschiedenen Sektoren koordiniert. Derartige Sektoren sind u.a. die Bereiche „Church“, „WISE“, „ABLE“ und „OSA“. Das Internationale Management besteht demzufolge aus mehreren Gruppen, von denen jede eine ganz bestimmte Verantwortung trägt. Die oberste Stufe dieser Führungsebene ist das Watch Dog Committee (WDC). Hierbei handelt es sich um eine „Inspektions- und Überwachungsorganisation“, welche die eigentlichen Management-Gruppen inspiziert und für deren Funktionieren sorgen soll.

3.2 Organisation der SO in Deutschland

3.2.1 „Scientology Kirchen“ (Church-Sektor)

Derzeit existieren im Bundesgebiet zehn „Kirchen“ (Orgs) und „Celebrity Centres“ (CC), und zwar zwei Einrichtungen in München (eine Org, ein CC), je zwei Einrichtungen in Düsseldorf (eine Org, ein CC) und Hamburg (eine Org, ein CC) sowie jeweils eine Org in Berlin, Stuttgart, Frankfurt am Main und Hannover. Außerdem gibt es in Deutschland insgesamt elf „Missionen“, sechs in Baden-Württemberg, drei in Bayern (München, Augsburg und Nürnberg) sowie jeweils eine in Bremen und Hessen.

Am 23. September fand in Augsburg, Frauentorstraße 40, die Einweihungsfeier für die Wiedereröffnung der Scientology Mission Augsburg e.V. statt, an der etwa 10 bis 15 Personen teilnahmen. Erstmals gegründet wurde der Verein 1979 unter dem Namen „College für angewandte Philosophie Scientology Mission Augsburg e.V.“, der 1986 in „Scientology Mission Augsburg e.V.“ geändert wurde.



Hinweise zum besseren Verständnis des Organigramms:

- ① Das RTC ist als selbständige Kontrollstelle konzipiert und nicht in das so genannte Internationale Management eingegliedert. Dennoch handelt es sich beim RTC um die Befehlszentrale der SO.
- ② Das WDC leitet über die „Führungskanäle“ das Management.
 Ein Führungskanal stellt die Verbindung dar, über die die internationalen Scientology-Organisationen Autorität ausüben. Es ist ein Befehlsweg, durch den Programme, Empfehlungen und Managementbefehle zu den Stellen fließen, die mit der Durchführung beauftragt sind.
 Auf den „Beobachtungs- und Durchsetzungslinien“ überwacht als verlängerter Arm des WDC die CMO mit ihren den verschiedenen Managementebenen zugeordneten Einheiten CMO INT, CMO GOLD, CMO IXU und CMO CONT die Erfüllung der vom WDC dem Management gegebenen Befehle.
 Eine Beobachtungs- und Durchsetzungslinie stellt die Verbindung dar, die von den CMO-Einheiten benutzt wird, um die Befolgung von Befehlen des Überwachungsausschusses (WDC) durchzusetzen und zu kontrollieren.
- ③ Netzwerk der LRH-Kommunikatoren: (LRH=L. Ron Hubbard)
 - * Oberstes HCO Netzwerk (HCO=Hubbard Kommunikationsbüro)
 - * Bewahrer der Technologie und Richtlinienkenntnis Netzwerk
 - * Oberstes Netzwerk der Qualifikationsabteilungen und der Internationalen Ausbildungsorganisation
 Finanznetzwerk:
 - * Finanz Durchsetzungsbeauftragter Netzwerk
 - * Flag Finanzbeauftragter Netzwerk (FBO=Flag Banking Officer)
 Unter-Netzwerke: Stellvertreter FBO-Netzwerk für M.O.R.E.
 * Netzwerk der Hauseigentümer
 Büro für Spezielle Angelegenheiten Netzwerk (OSA)
- ④ Es handelt sich um selbständige Scientology-Gruppen, die nicht in den Konzern eingegliedert sind. Verbindungen zum Konzern bestehen über Kommissions- und Franchising-Verträge.

Anmerkung: Das Organigramm wurde erstellt nach Renate Hartwig „Scientology. Das Komplott und die Kumpane“, 1995, sowie nach Originalvorlagen der SO.

Die genannten Einrichtungen der SO sind in Deutschland überwiegend als eingetragene Vereine organisiert. Als Dachverband fungiert die „Scientology Kirche Deutschland e.V.“. Diese Vereine sind jedoch nur scheinbar selbständig; sie haben im weltweiten, aus den USA gesteuerten System kaum eigenständige Funktionen. Faktisch erfolgt die Leitung der SO-Einrichtungen nicht durch die jeweiligen Vereinsvorstände, sondern durch die Executive Directors und die sonstigen Funktionsinhaber nach detaillierten schriftlichen Anweisungen und Vorgaben des Internationalen Managements in den USA über die jeweiligen Verbindungsstellen. Dies zeigt sich u.a. daran, dass Mitglieder der Eliteorganisation Sea-Org aus den USA und dem Kontinentalen Verbindungsbüro in Kopenhagen in deutsche Einrichtungen der SO abgeordnet wurden, um dort Befehle zu erteilen und für die richtige „Handhabung“ der scientologischen Technologie zu sorgen.

*Scheinselbständige
Teilorganisationen*

Auch die Mitglieder der einzelnen SO-Vereine haben weit überwiegend keine Gestaltungsmöglichkeiten, weil die SO laut Vereinssatzungen zwischen Vollmitgliedern und außerordentlichen Mitgliedern, die keinerlei Mitspracherechte haben, unterscheidet. So hat die „Scientology Kirche Bayern e.V.“ (Org München) einen Mitgliederstand von etwa 2.600 Personen, von denen aber nur etwa zehn den Status eines Vollmitglieds haben. Nur Vollmitglieder sind in der Mitgliederversammlung stimmberechtigt und nur aus ihnen kann der nach außen wirksame Vorstand gebildet werden.

Die „Scientology Kirchen“ (Orgs) und „Missionen“ bieten Dianetik, Auditing und Ausbildung auf einer grundlegenden und einer mittleren Ebene an. „Celebrity Centres“ offerieren Dienste für Künstler und Persönlichkeiten des Sports und der Geschäftswelt. In den Einrichtungen werden Mitglieder geworben und Leistungen (Kurse, Auditing) und Waren (Bücher) verkauft. Nachdem im Jahr 1998 zunächst ein deutlicher Umsatzrückgang zu verzeichnen war, scheinen sich die Umsätze der Org München seitdem wieder stabilisiert bzw. sogar geringfügig gesteigert zu haben.

3.2.2 WISE-Sektor

Das World Institute of Scientology Enterprises (WISE) wurde 1979 von der SO gegründet. Es besteht aus Geschäftsleuten oder Firmen aus allen Bereichen der Wirtschaft. Schwerpunkte in Deutschland und

*Wirtschaftliche
und politische
Ausrichtung*



Bayern sind die Immobilienbranche und die Unternehmens-, Führungs- und Personalberatung. Zweck von WISE ist es, Geld für die SO zu beschaffen und durch die Verbreitung von Hubbards Technologie Einfluss auf die Gesellschaft zu nehmen. Damit kommt WISE auch eine führende politische Bedeutung zu. Der Schwerpunkt der Expansionsbestrebungen der SO liegt seit einiger Zeit in Osteuropa (Russland, Ungarn). Kontinentale WISE-Büros finden sich für Europa in Kopenhagen, Mailand, Budapest und Moskau. Über so genannte Hubbard Colleges of Administration wird aktiv versucht, Hubbards Verwaltungstechnologie als vorgeblich erfolgreiches westliches Know-How in russischen Unternehmen und in der Verwaltung zu etablieren. Die Provinz Nowgorod, die Industriestadt Perm, die Hauptstadt Moskau oder die Stadt Vasilieskoje sollen nach Pressemeldungen auf dem direkten Weg sein, administrativ und wirtschaftlich von SO beeinflusst zu werden. Unter den „betreuten Objekten“ sollen sich Staatsbetriebe, mehrere Rüstungsbetriebe mit der Klassifikation bis „streng geheim“, wissenschaftliche Forschungszentren des Verteidigungsministeriums und Fernsehsender befinden.

Mit der Einführung von Hubbards Technologie geht einher, dass im Rahmen der Unternehmenssteuerung rigide Führungsmechanismen in das Unternehmen eingebracht werden, die zu umfassender Kontrolle der Mitarbeiter sowie zur Kontrolle des Gesamtunternehmens durch die SO führen können.

Ein bayerischer Unternehmer musste dies 1999 in seiner ungarischen Niederlassung erfahren, deren Leiter scientologisch geschult worden war. Über alle Mitarbeiter wurden so genannte „Ethik-Akten“ geführt. Nach Presseberichten hat der ungarische Geschäftsführer täglich einer der scientologischen Beratungsfirmen, die ihn geschult hatten, Firmen-Interna weitergegeben.

In Bayern sind die WISE-Aktivitäten nicht sehr ausgeprägt. Federführend für WISE in Bayern ist ein Starnberger Unternehmer.

Unternehmen, die scientologisch geführt werden oder bei denen an zentralen Stellen Scientologen beschäftigt sind, müssen nicht WISE-Mitglied sein. Die Gefährdungslage kann jedoch auch hier in gleicher Weise bestehen, wenn Hubbards totalitäre Verwaltungstechnologie dort Einzug gehalten hat.

3.2.3 ABLE-Sektor

Die Association for better Living and Education (ABLE) versucht, für die SO den sozialen Bereich der Gesellschaft zu durchdringen und scientologische Lösungsansätze zu realisieren.

*Unterwanderung
des Sozialbereichs*

Zu den dem ABLE-Bereich zuzuordnenden Organisationen gehören unter anderem

- Zentrum für individuelles und effektives Lernen (ZIEL),
- „Applied Scholastics“ (Ausbildungsprogramm; u.a. Englisch-Fernkurse),
- „NARCONON“, eine angebliche Drogenrehabilitationsstätte,
- „CRIMINON“, ein Programm zur angeblichen Strafgefangenenrehabilitation.

Mit diesen Organisationen versucht die SO, sich als humanitäre, karitative und sozial verantwortliche Organisation darzustellen. Die Auswahl von Ausbildung, Gefangenen- und Drogenrehabilitation als weiteren Schwerpunkten lässt den Schluss zu, dass die gerade bei diesen Personengruppen gegebene Möglichkeit der leichteren Einflussnahme benutzt wird, um diese für die SO zu werben.

3.2.4 Office of Special Affairs (OSA)

Die SO selbst stellt ihre OSA-Einrichtung für Deutschland mit Sitz in München als Büro für öffentliche Angelegenheiten oder als Presse- und Rechtsamt dar. Teile des OSA sind das Deutsche Büro für Menschenrechte und die Citizens Commission on Human Rights (CCHR). Da die CCHR weisungsgebend für die „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V.“ (KVPM) ist, kann dieses öffentlichkeitswirksame Aushängeschild zur Bekämpfung der Psychiatrie ebenfalls dem Bereich OSA zugerechnet werden.

OSA ist die Nachfolgeorganisation einer bereits in den 60er Jahren aufgebauten Abteilung, die nach eigenem Selbstverständnis auch Nachrichtendienst- und Spionagefunktionen hatte. Zahlreiche Grundlagenpapiere für den damaligen SO-Dienst Guardian Office (GO), z.B. für nachrichtendienstliche Schulung, wurden für den neuen Dienst als OSA-Network Orders übernommen. Im Gegensatz zur rigiden und direkten Vorgehensweise des GO, die in der Vergangenheit zu einem internationalen Ansehensverlust der SO geführt hat, operiert das OSA heute erkennbar vorsichtiger, ohne seine Ziele im Wesentlichen geändert zu haben.

*Geheimdienst
der SO*

Vereinzelt konnten als Reaktion auf die Beobachtung der SO durch den Verfassungsschutz von OSA veranlasste „Verschärfungen“ der Sicherheitsbestimmungen und -maßnahmen in und an den SO-Einrichtungen festgestellt werden. OSA-Mitarbeiter wurden dabei beobachtet, wie sie Methoden (beispielsweise Gegenobservation oder sonstiges konspiratives Verhalten) anwendeten, die offenbar durch spezielle nachrichtendienstliche Schulung vermittelt werden. So hielten sich anlässlich einer Pressekonferenz im Hamburger Innen-senat scientologische Observationskräfte vom 20. bis 24. Oktober in Hamburg auf. Personen des öffentlichen Lebens, die der SO kritisch gegenüberstehen, wurden beobachtet und verfolgt. Die über sie gewonnenen angeblichen Erkenntnisse wurden in Sonderausgaben von SO-Publikationen veröffentlicht mit dem Ziel, ihren Ruf zu beschädigen.

Das Engagement im Bereich angeblicher Menschenrechtsverletzungen gegen Scientologen durch feindliche Staaten und ihre Behörden ist wesentlicher Bestandteil der Expansionsbemühungen, ebenso der von Hubbard betriebene Kampf gegen die Psychiater als „Quelle allen Übels in der Welt“.

Ende Juli wurde mit Unterstützung aus München in Paris ein „Büro für Menschenrechte“ eröffnet. Weitere derartige Büros bestehen in Europa in Brüssel und München.

4. Mitglieder der SO

Die SO hat bundesweit zwischen 5.000 und 6.000 Mitglieder, wobei die Organisation selbst eine deutlich höhere Zahl angibt. Der Mitgliederstand in Bayern ist mit etwa 2.600 im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben. Als Mitglieder werden solche Personen verstanden, die ihre Mitgliedschaft in einem SO-Verein oder einer sonstigen SO-Gliederung, z.B. im WISE- oder ABLE-Bereich, schriftlich erklärt haben oder durch die Belegung von Kursen in einem Verein ihre Mitgliedschaft verdeutlichen.

5. Veranstaltungen der SO

Die SO setzte ihre Bemühungen fort, sich der Öffentlichkeit als angeblich verfolgte Minderheitsreligion darzustellen. Dazu führte sie zahlreiche Veranstaltungen und Kampagnen durch.

5.1 Ausstellung „Was ist Scientology?“

Vom 22. bis 29. März veranstaltete die SO in einem Hotel am Hauptbahnhof in München zu Werbezwecken eine Ausstellung „Was ist Scientology?“. Die Aktion war Teil einer europaweiten Wanderausstellung, die auch in sieben deutschen Städten gastierte. Organisiert wurde die Ausstellung in München von dem „Department of Special Affairs“ (DSA). Bei diesem handelt es sich um die deutsche Unterorganisation des scientologischen Geheimdienstes OSA mit Sitz in den USA, der in allen Ländern mit SO-Niederlassungen tätig ist.

In den Ausstellungsräumen lagen Bücher, Zeitschriften und sonstiges Informationsmaterial zur Einsichtnahme auf. Während der Öffnungszeiten wurden die Besucher ständig von etwa zehn Scientologen eng begleitet. Am Eröffnungstag warb die SO-Swingband „Jive Aces“ im Bahnhofsgebäude für die größtenteils von jungen Leuten besuchte Ausstellung. Dennoch verfehlte die SO ihr Ziel, breites Interesse für ihre Ziele zu wecken und zahlreiche neue Mitglieder zu gewinnen. Die Zahl der Besucher blieb deutlich unter 2.000 Personen.

5.2 Veranstaltung der International Association of Scientologists (IAS) „Kreuzzug für völlige Freiheit“

Im Vorfeld der Ausstellung „Was ist Scientology?“ fand am 17./18. März in einer Veranstaltungshalle in München ausschließlich für geladene Scientologen ein zweitägiges Seminar statt, das der Vorbereitung der jeweils 400 bis 500 Teilnehmer auf die Ausstellung diente. Hauptredner war Andrik Shapers, ein international bekannter Aktivist der IAS, der daneben die Funktion des Präsidenten der „Foundation for Religious Tolerance“ bekleidet.

Wie im Vorjahr setzte Shapers die Beobachtung der SO durch den Verfassungsschutz mit der Verfolgung der Juden im NS-Staat gleich. Unter Hinweis auf die frühere Bundesregierung lehnte er die Demokratie als korrupte Regierungsform ab und forderte dazu auf, für eine „befreite Welt“ zu kämpfen und den „Planeten zu klären“. Der Redner wurde von den Zuhörern frenetisch gefeiert.

Shapers Aussagen belegen, dass die SO nach wie vor an ihrem Welt Herrschaftsanspruch festhält, wie er in den Zielvorstellungen „Clear Germany“, „Clear Planet“ und „International City“ formuliert ist.

5.3 PR-Veranstaltung

Der Mitgliederwerbung diente auch eine Ausstellung unter dem Motto „Das Leben und Werk von L. Ron Hubbard - ein Schriftsteller für den Menschen“ vom 20. Juni bis 10. Juli in München. Veranstalter waren das „L. Ron Hubbard Public Relations Büro“ und die „New Era Publications“. Dokumente und Photos sollten die Besucher über das Leben des Gründers der SO informieren und ihnen dessen Lehre nahe bringen. Die Veranstaltung fand in der Öffentlichkeit kaum Resonanz.

5.4 Weitere Veranstaltungen

Auch im Jahr 2000 meldeten SO-Organisationen bei Kreisverwaltungsbehörden in Bayern mehrere Veranstaltungen an. Davon entfiel ein Großteil auf die SO-Tarnorganisation „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V.“ (KVPM); die übrigen wurden von der „Scientology-Kirche Deutschland e.V.“ durchgeführt. Die Aufrufe zu diesen Aktionen lauteten:

*„Wir sind gegen Psychodrogen bei Kindern“
„Gegen Missstände in der Psychiatrie“
„Sag JA zum Leben, sag NEIN zu Drogen“
„Religiöse Toleranz führt zum Frieden“
„Einhaltung von Menschenrechten, wie Religionsfreiheit, Informationsfreiheit“.*

Die Teilnehmerzahlen der störungsfrei verlaufenen Veranstaltungen lagen zwischen drei und 20 Besuchern. Lediglich eine Veranstaltung am 23. April konnte wegen des Auftritts eines Kinderballetts („Kinder der Freiheit“) kurzzeitig das Interesse von 150 Personen wecken.

Anfang Mai kam es noch zu vereinzelten Verteilaktionen der Zeitschrift „Freiheit“ vom März 2000. Ferner versandte die KVPM im Mai zahlreiche Schreiben an bayerische Behörden, um angebliche Verstöße der Psychiatrie anzuprangern. Des Weiteren ließ sie gleichartige Schreiben von Mitgliedern verschicken, die sich darin als von der Psychiatrie geschädigte Menschen ausgaben.

6. Verwaltungsgerichtsverfahren

Eine endgültige Prozessniederlage erlitt die SO im Streit um die Zulässigkeit der Straßenwerbung in München. Das Baureferat der Landes-

hauptstadt München hatte der „Scientology Kirche“ und drei ihrer Mitglieder untersagt, in der Leopoldstraße Passanten anzusprechen und zu einem Persönlichkeitstest zu überreden mit dem Ziel, Bücher und Kurse der „Scientology Kirche“ zu verkaufen. Die Behörde hatte die Bescheide damit begründet, dass diese Art von Werbetätigkeit auf öffentlicher Straße unzulässig sei und für die Fußgänger eine Belästigung darstelle. Die „Scientology Kirche“ und die drei besagten Mitglieder klagten gegen die Untersagung. Der Freistaat Bayern beteiligte sich im öffentlichen Interesse an dem Verfahren und unterstützte den Standpunkt der Beklagten. Das Bayerische Verwaltungsgericht München wies die Klagen mit Urteil vom 25. November 1999 ab. Nach Ansicht des Verwaltungsgerichts zielt das Ansprechen von Passanten auf der Straße objektiv auf eine entgeltliche Tätigkeit hin und ist somit dem gewerblichen Raum zuzuordnen. Dafür sei eine Sondernutzungserlaubnis nötig, die nicht vorliege. Das Urteil ist inzwischen rechtskräftig.

*Verbot der
Straßenwerbung*

7. Vertrauliches Telefon und Informationsangebot im Internet

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz unterhält ein „vertrauliches Telefon“ (Tel.-Nr. 0 89/31 20 12 96). Opfer, Aussteiger und Angehörige von die SO-Mitgliedern können dort Hinweise über die SO geben. Für Beratungen stehen die anerkannten Beratungsstellen zur Verfügung.

Das Bayerische Staatsministerium des Innern informiert im Internet über die Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung, über Pressemitteilungen und neue Gerichtsentscheidungen unter der Adresse:

<http://www.innenministerium.bayern.de/scientology>

7. Abschnitt

Spionageabwehr

1. Ausgangslage

*Spionage trotz
Zusammenarbeit*

Die Erwartung, dass die Entwicklung der letzten Jahre zu einer verstärkten Zusammenarbeit von Ost und West in vielen Bereichen auch ein deutliches Nachlassen der Spionageaktivitäten gegen unser Land mit sich bringen würde, hat sich nur teilweise erfüllt. Nach wie vor sind von Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, asiatischen Staaten und insbesondere der GUS Spionagebemühungen in den Bereichen Wissenschaft, Technik, Militär und vor allem Wirtschaft erkennbar.

Neben den Versuchen, Rüstungsexportbeschränkungen zu umgehen, steht die Beschaffung von Know-how im Vordergrund. Wirtschaftliche Interessen haben durch die Globalisierung enorm an Bedeutung gewonnen und sind auch im Spionagebereich zum Schwerpunkt geworden. Bayern ist aufgrund seiner Ausrichtung auf Hochtechnologie bevorzugtes Aufklärungsziel.

*Zunehmende
Bedeutung
russischer Nachrichten-
dienstende*

Die Nachrichtendienste der GUS, vor allem die russischen Dienste FSB (Inlandsaufklärung), SWR (Auslandsaufklärung), GRU (Militärischer Nachrichtendienst) sowie der elektronische Aufklärungs-Nachrichtendienst FAPSI, haben nach einer Phase der Verunsicherung beim Zusammenbruch des Sowjetsystems an Macht und Einfluss gewonnen. Der russische Staatspräsident Vladimir Putin, ehemaliger KGB-Offizier, stabilisiert seine Position derzeit durch Einbindung der Nachrichtendienste in sein Machtgefüge.

*Beobachtung
Oppositioneller*

Auch die anhaltende Zuwanderung von Personen aus Ländern mit totalitären Regierungssystemen in die Bundesrepublik Deutschland beschäftigt zunehmend die Spionageabwehr. Unter diesen Zuwanderern befinden sich Oppositionelle, deren Aktivitäten in Deutschland für die Nachrichtendienste der Herkunftsländer von besonderem Interesse sind und die deshalb auch von diesen Nachrichtendiensten in Deutschland ausgeforscht werden. Besonders aktiv sind hier die iranischen, irakischen, syrischen und chinesischen Nachrichtendienste. Auch diese Aktivitäten der fremden Nachrichtendienste verletzen die Souveränität unseres Staats.

2. Wirtschaftsspionage - Ausforschung von Wissenschaft und Technik

Vor allem Russland bemüht sich, den neuesten Stand von Wissenschaft und Technik zur Stärkung der eigenen Wirtschaft und Wissenschaft, aber auch zur Modernisierung der Streitkräfte in Erfahrung zu bringen. Neben dem elektronischen Aufklärungsdienst FAPSI, der mit großem personellem Aufwand die Kommunikationsnetze für seine Ausforschungen nutzt, ist hier besonders der Auslandsaufklärungsdienst SWR tätig.

Im Jahre 1999 kam es zur Aufdeckung eines der bedeutendsten Fälle von Wirtschaftsspionage seit Beendigung des Kalten Krieges. Im Juli 1999 wurden in diesem Zusammenhang ein Ingenieur aus dem Raum München und ein Kaufmann aus Niedersachsen festgenommen. Sie standen in Verdacht, in großem Umfang über mehrere Jahre hinweg an den russischen Geheimdienst SWR technologisches Know-how einer bedeutenden Rüstungsfirma aus dem Raum München geliefert zu haben. Bei den Vernehmungen durch die Strafverfolgungsbehörden räumte der Ingenieur ein, vertrauliche Unterlagen gegen Geld an den Kaufmann übergeben zu haben. Der Kaufmann erklärte, die Unterlagen Russland verkauft zu haben. Die beiden Beteiligten wurden zwischenzeitlich rechtskräftig wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Das zuständige Oberlandesgericht Celle stellte schweren wirtschaftlichen Schaden und im Bereich Wehrtechnik „Nachteile von einigem Gewicht“ für die Bundesrepublik Deutschland fest. Die Menge des „verratenen Materials“ sei erheblich gewesen.

Interesse an Rüstungs-Know-how

Ein Fall aus dem Jahr 2000 belegt, dass russische Austausch-Studenten in Deutschland, die auf Passverlängerungen oder sonstige administrative Maßnahmen der russischen Verwaltung angewiesen sind, von russischen Nachrichtendiensten veranlasst werden, ihre an deutschen Universitäten gewonnenen Erkenntnisse weiterzugeben. Befragungen der Studenten durch den Verfassungsschutz ergaben, dass dies für die Studenten nichts Ungewöhnliches ist und sie es als Selbstverständlichkeit hinnehmen, von russischen Nachrichtendiensten in dieser Weise vereinnahmt zu werden.

Einsatz von Austausch-Studenten

Neben Russland ist aber auch China verstärkt daran interessiert, Defizite durch Beschaffung offener und geheimer Informationen auszugleichen. So wurde z.B. festgestellt, dass ein an einer bayerischen Universität beschäftigter chinesischer Wissenschaftler geheimhal-

tungsbedürftiges Know-how aus einem Forschungsbereich per E-Mail an eine dem chinesischen Nachrichtendienst zuzurechnende Stelle gesandt hatte. Dieses Know-how kann auch zur Entwicklung von ABC-Waffen genutzt werden.

3. Proliferation

*ABC-Waffen und
Trägertechnik*

So genannte Krisenländer, wie beispielsweise Irak, Iran, Syrien und Nordkorea, sind bestrebt, in den Besitz von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen (ABC-Waffen) zu gelangen, um ihre politischen Ziele besser durchsetzen zu können.

Da sie technisch und wissenschaftlich nicht in der Lage sind, derartige Waffen und die dazugehörige Trägertechnologie (z.B. Abschussvorrichtungen) selbst zu entwickeln und herzustellen, sind sie auf den Import entsprechenden Materials sowie die Beschaffung des notwendigen Know-hows angewiesen (Proliferation). Dies wollen internationale Abkommen und nationale gesetzliche Bestimmungen verhindern, da ABC-Waffen in der Verfügungsgewalt von Krisenländern eine unkalkulierbare Gefahr für den Weltfrieden und die Sicherheit der Weltbevölkerung bedeuten.

Mit dem Einsatz von Geheimdiensten, der Gründung von Scheinfirmen, der Verschleierung des Endabnehmers und der Vortäuschung des Verwendungszwecks des zu beziehenden Materials oder Know-hows versuchen die betreffenden Länder, diese Beschränkungen zu umgehen und so ihre Wissenslücken zu schließen.

*Beratung durch
den Verfassungsschutz*

Eine Mitverantwortung, dies zu verhindern, trifft auch die Firmen, die als Lieferanten von diesen Auftraggebern kontaktiert werden. Sie sollten sich im Verdachtsfall vertrauensvoll an das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz wenden. Der Verfassungsschutz ist keine Strafverfolgungsbehörde und unterliegt somit nicht dem Strafverfolgungszwang. Er kann auch die Interessenlage der Personen berücksichtigen, die ihm Informationen zur Verfügung stellen.

4. Spionage im Bereich der Kommunikationstechnik

Die Tendenz der vergangenen Jahre, die Nachrichtenbeschaffung auf technischem Wege zu verstärken, setzt sich fort. Neue Technologien und Verbesserungen bereits eingesetzter Technik ermöglichen in im-

mer stärkerem Maße, den weltweiten Telekommunikationsverkehr abzuhören. Telefongespräche, Fax- und Fernschreibverbindungen sowie E-Mail-Versand können mittels Filter- und Datamining-Software sowie Satellitennutzung von Nachrichtendiensten gezielt auf gewisse Sachverhalte und Stichpunkte hin „durchsucht“ werden.

*Gefahren beim
Telekommunika-
tionsverkehr*

Im Mittelpunkt des Interesses steht in zunehmendem Maße das Bemühen, die Vorkehrungen zum Schutz vor Ausspähung dieser Informationstechnologie auszuschalten bzw. zu umgehen.

Besonders der bereits erwähnte russische Aufklärungsdienst FAPSI fährt hier „zweigleisig“, da er für die elektronische Überwachung der Telekommunikation zuständig ist und gleichzeitig als Firma unter anderem Verschlüsselungssysteme auf den Markt bringt, deren Umgehung für ihn als Hersteller unproblematisch ist.

5. Schutzmaßnahmen - Beratung durch den Verfassungsschutz

Hauptprobleme der Abwehr von Spionageaktivitäten gegen Wirtschaft und Forschung sind die mangelnde Sensibilität gegenüber den Angriffsgefahren und die Unkenntnis über Zielobjekte und Vorgehensweise der Nachrichtendienste. Da die notwendigen Schutzmaßnahmen aber einen nicht unerheblichen finanziellen Aufwand mit sich bringen und gleichzeitig Mitarbeiter in ihrem Arbeitsfreiraum einschränken, kann die Bereitschaft zum Schutz des eigenen Arbeitsbereichs nur durch Schaffung des Gefährdungsbewusstseins erreicht werden.

*Gefährdungs-
bewusstsein*

Die Betroffenen stehen in erster Linie selbst in der Verantwortung. Hilfestellung bietet der Verfassungsschutz, indem er Firmen, Universitäten und sonstige wissenschaftliche Einrichtungen über die Sicherheitsproblematik sowie über Zielobjekte und Methodik der Nachrichtendienste informiert. Nachrichtendienste passen ihre Vorgehensweisen und Angriffsziele den jeweiligen Bedürfnissen und dem Stand der Technik an.

Der Verfassungsschutz kann durch die allgemeine Aufklärung das jeweilige Gesamtlagebild erstellen und somit Wirtschaft und Wissenschaft aktuell beraten. Wesentliche Voraussetzung dafür ist aber, dass Wirtschaft und Wissenschaft den Verfassungsschutz über Fälle des Spionageverdachts informieren. Diese Sicherheitspartnerschaft sollte weiter intensiviert werden.

*Sicherheits-
partnerschaft*

6. **Ausblick**

In einer offenen Gesellschaft und im Zeichen der Globalisierung fehlt es zunehmend an dem Verständnis für die Notwendigkeit, sensible Bereiche abzuschotten.

Der weltweite Wettbewerb der Wirtschaft und der Wissenschaft, damit auch untrennbar verbunden der Politik und der äußeren Verteidigung, erfordert, zumindest Kernbereiche des Wissens und der Technik vor unerwünschtem Zugriff zu schützen. Gerade unser Land ist auf die Sicherung eines Vorsprungs des Know-hows angewiesen, um im Wettbewerb bestehen zu können.

*Eigenschutz der
Wirtschaft*

Um dieser Herausforderung gewachsen zu sein, bedarf es des Zusammenspiels von Eigenschutz der Wirtschaft und der Wissenschaft sowie Spionageabwehr durch den Verfassungsschutz.

Darüber hinaus ist die Bundesrepublik gehalten, im Zusammenwirken mit den Partnerstaaten zu verhindern, dass ABC-Waffen in die Hand von Krisen- und Schwellenländern gelangen. Diesem Ziel dient vor allem die Sicherung der UN-Embargobestimmungen.

8. Abschnitt

Organisierte Kriminalität

1. Ausgangslage

Der Freistaat Bayern hat mit Wirkung vom 1. August 1994 durch eine Änderung des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz zur Unterstützung der Polizeibehörden als ein weiteres Instrument zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität (OK) eingesetzt werden kann. Durch die langfristig angelegte Beobachtung krimineller Strukturen und Personen im Vorfeld konkreter Straftaten konnte beim Vorgehen gegen die OK eine Lücke geschlossen werden.

*Besondere Rolle
des Verfassungsschutzes*

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz konnte seine Erfahrungen in der Aufklärung konspirativ operierender Gruppierungen unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel in den Aufgabenbereichen der Spionageabwehr und der Extremismusbekämpfung in die nunmehr seit sechs Jahren erfolgreich praktizierte Beobachtung der OK einbringen.

2. Beobachtungsschwerpunkte

Seine Erkenntnisse im Bereich der OK erhält das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz vorwiegend durch den Einsatz geheimer Mitarbeiter, aus der Anwendung anderer nachrichtendienstlicher Mittel sowie aus der Zusammenarbeit mit ausländischen Nachrichtendiensten, die jedenfalls in Europa fast ausnahmslos mit der OK-Bekämpfung beauftragt sind. Weitere Informationen erschließen sich aus der Analyse von offen zugänglichem Material sowie aus dem Berichtsaufkommen anderer Aufgabenbereiche, insbesondere aus der Spionageabwehr. Berichte von Sicherheitsbehörden anderer Bundesländer über die Übernahme des Prostitutionsgewerbes durch hochkriminelle ausländische Gruppierungen waren Anlass dafür, in Bayern die Informationsbeschaffung hierzu erneut zu verstärken. Aus den Strukturermittlungen im Bereich der südosteuropäischen Mafia kristallisierte sich als neuer „Geschäftsbereich“ der gewinnträchtige

Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel

*Schwerpunkt der
Aufklärung*

Markt der illegalen Arbeitsvermittlung heraus. Die Ergebnisse der deliktsunabhängigen - also täterorientierten - Aufklärungsarbeit münden oft in polizeiliche Ermittlungen.

Den größten Teil des beobachteten Personenkreises stellen Angehörige der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), Asiaten sowie Personen aus südosteuropäischen Ländern dar. Auffällig werden sie vor allem in den Deliktsbereichen der Prostitution und Zuhälterei, bei Waffendelikten, Menschenhandel und Schleusungen, Fälschungsdelikten sowie dem illegalen Glücksspiel und der im Zusammenhang mit den genannten Straftaten stehenden Geldwäsche.

Beobachtungsschwerpunkte im asiatischen Bereich waren wie in den letzten Jahren neben den Chinesen die Vietnamesen. Von den asiatischen Volksgruppen sind diese zahlenmäßig am stärksten im Bundesgebiet vertreten.

Beispiele erfolgreicher Arbeit

- **GUS-Mafia**

In Bayern treten vermehrt kriminelle Personen aus den GUS-Ländern auf. Es konnten längere Aufenthalte bis hin zur Wohnsitznahme beobachtet werden. Immer wieder kommen solche Personen kurzfristig nach Bayern, halten abgeschottet Besprechungen ab oder treffen sich mit anderen Kriminellen. Um reibungslose konspirative Abläufe garantieren zu können, werden hohe Kosten für Unterbringung, Transfer und Auswahl der Trefförtlichkeiten aufgebracht.

Bereits im Jahre 1999 deuteten übereinstimmende Meldungen aus der Beobachtung der russischen OK durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz auf den Zuzug eines Führers der tschetschenischen Mafia in eine bayerische Kleinstadt hin. Durch Strukturaufklärungsmaßnahmen konnte festgestellt werden, dass dieser in konspirativer Weise versuchte, OK-Strukturen aufzubauen. Mit operativen Maßnahmen war zunächst nur festzustellen, dass sich die Person, die noch mehrere Wohnsitze in anderen europäischen Städten unterhält, längere Zeit hier aufhielt und Kontakte zu bedeutenden Persönlichkeiten suchte.

Die intensive Beobachtung ihrer Aktivitäten und Kontaktpersonen ergab nicht nur die Ausweitung der kriminellen Tätigkeit, sondern auch die Zugehörigkeit und Mittlertätigkeit zu anderen ethnischen, weltweit agierenden Gruppierungen. Das Bayerische Landesamt für

Verfassungsschutz tauschte deshalb intensiv Informationen mit mehreren in- und ausländischen Behörden aus.

Inzwischen befindet sich die Person wieder im Ausland. Die dortigen Sicherheitsbehörden wurden umfangreich informiert.

Durch seine Beobachtungstätigkeit erhält das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz auch regelmäßig Hinweise, dass Strukturen der OK mit Strukturen ehemaliger bzw. aktuell bestehender Nachrichtendienste der GUS verbunden sind. Diese Verflechtungen treten auch in anderen Ländern auf, in denen schlechte wirtschaftliche Bedingungen herrschen und die gleichzeitig über eine große Anzahl gut ausgebildeter, aber schlecht bezahlter nachrichtendienstlicher Mitarbeiter verfügen. Kriminelle finden dadurch einen idealen Nährboden für Korruption und Verrat vor. Genutzt wird vor allem das Wissen und die Logistik der Nachrichtendienste, wobei die materielle Lage ein Abwerben der Mitarbeiter begünstigt. Es ist erwiesen, dass kriminelle Führer persönliche Beziehungen zu hochrangigen Nachrichtendienstangehörigen und Politikern unterhalten und so auch Einfluss auf behördliche Maßnahmen nehmen. Die Bekämpfung der OK wird dadurch zusätzlich erschwert.

OK und GUS-Nachrichtendienste

Ein Beispiel: Durch den Informationsaustausch mit einem ausländischen Nachrichtendienst wurde der Treffpartner eines hochrangigen russischen Kriminellen in Bayern bekannt. Die Person war bis zu diesem Zeitpunkt „ein unbeschriebenes Blatt“. Eingeleitete operative Maßnahmen bestätigten die Verbindung und zeigten gleichzeitig Zugänge der Person zu anderen aktiven Kriminellen aus dem Bereich der GUS auf. Erfahrungswerte aus dem Bereich der Spionageabwehr, der Lebenslauf und das konspirative Verhalten sprechen für einen nachrichtendienstlichen Vorlauf dieser Person. In dem gesamten Informationsaufkommen ist eine ständige Verknüpfung der identifizierten Personen mit ehemaligen bzw. aktuell tätigen östlichen Nachrichtendiensten feststellbar.

• Südosteuropa-Mafia

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz führte auch weitere Strukturaufklärungsmaßnahmen im Bereich der südosteuropäischen Mafia durch. Dabei ergab sich folgender Fall:

Einzelne Bereiche des Baugewerbes sind besonders vom Mangel an Arbeitskräften betroffen. Großunternehmen geben Aufträge an Sub-

*Illegale Arbeits-
vermittlung und
Preisdumping*

unternehmer weiter. Dabei werden Preise festgelegt, die mit dem Einsatz legaler Arbeitskräfte nicht einzuhalten sind. Kriminelle Syndikate nutzen dies aus. Um überhaupt Personal zu bekommen und die Preisvorgaben zu berücksichtigen, beschaffen sich die Subunternehmer über Vermittler illegale Arbeitskräfte. Neben der Ausbeutung der Arbeiter werden dabei Steuern und Sozialabgaben in Millionenhöhe hinterzogen. Durch Korruption und Dumpingpreise sichern sich diese Subunternehmer große Marktanteile. Legal arbeitende Firmen können mit dieser Konkurrenz nicht mithalten.

*Beispiele für die
Zusammenarbeit
Polizei - Verfas-
sungsschutz*

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz konnte ein solches System illegaler Beschaffung von Arbeitskräften aufdecken. Sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Arbeitsvermittlern handelte es sich überwiegend um Südosteuropäer. Die umfangreichen Strukturkenntnisse wurden an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden weitergegeben.

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz konnte außerdem durch operative Maßnahmen Erkenntnisse über eine rumänische Bande von Einbrechern und deren kriminelle Verbindungen gewinnen. Mehrere Täter brachen regelmäßig gezielt in teure Einzelhandelsgeschäfte ein und stahlen Luxusgüter und Bargeld. Das Diebesgut wurde in eigens von Mittätern angemieteten Wohnungen zwischengelagert und über Hehler verkauft. Die Informationen des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz eröffneten den Exekutivbehörden bis dahin noch nicht bekannte Zusammenhänge und Hintergründe und ermöglichten Durchsuchungsmaßnahmen. Es kam zu insgesamt drei Festnahmen und Verurteilungen zu mehrjährigen Haftstrafen.

• Vietnamesische OK

Die vietnamesischen Straftätergruppierungen haben ihre Schwerpunkte wie in den letzten Jahren vor allem in Berlin. Im Jahr 1999 gab es Hinweise, dass so genannte Aussteiger aus der Berliner Szene in Bayern sesshaft wurden, um hier ihre kriminellen Aktivitäten fortzusetzen. Ein Wohnsitzwechsel nach Bayern konnte zwar in Einzelfällen nachgewiesen werden. Die Hinweise auf Fortsetzung ihrer kriminellen Geschäfte konnten allerdings auch durch umfangreiche Ermittlungen nicht bestätigt werden.

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz erhielt durch seine Strukturklärungsmaßnahmen aber wertvolle Hinweise auf kriminelle

Machenschaften anderer organisierter vietnamesischer Straftätergruppierungen, insbesondere im Bereich der Schleusungen. Dem Landesamt gelang es, die Strukturen dieser kriminellen Gruppierung, die als Teil einer international agierenden Schleuserorganisation fungierte, umfangreich aufzuklären. Eine Vielzahl von internationalen Kontaktadressen, Telefonnummern sowie Anlaufstellen wurde bekannt. Zudem konnten wichtige Informationen über die Vorgehensweise dieser kriminellen Gruppierung in Erfahrung gebracht werden. Die darauf folgende Zusammenarbeit mit befreundeten europäischen Nachrichtendiensten, verbunden mit der Weitergabe der Strukturkenntnisse an die zuständige Exekutivbehörde, führte zur Zerschlagung dieser vietnamesischen Schleuserorganisation und zur Festnahme zahlreicher Mitglieder.

*Schleuser-
organisationen*

Die Geschleusten, bei denen es sich überwiegend um chinesische Staatsangehörige handelte, gelangten größtenteils auf dem Luftweg von China nach Jugoslawien. Von dort aus wurden sie - mit falschen Pässen ausgestattet - über Zuliefergruppen aus Tschechien und Ungarn nach Westeuropa ins jeweilige Zielland eingeschleust.

Jugoslawien scheint für derartige Schleusungen ein begehrtes Transitland zur illegalen Weiterreise nach Westeuropa zu sein. Beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz liegen Informationen vor, wonach in Belgrad über 70.000 Chinesen mit dem Ziel der Weiterschleusung in ein westeuropäisches Land oder nach Übersee warten sollen. Die noch nicht bestätigten Erkenntnisse werden überprüft.

Zur anschließenden Legalisierung des Aufenthalts der eingeschleusten Vietnamesen in das Bundesgebiet bedienen sich die Vietnamesen nach Feststellungen des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz seit Jahren der Hilfe staatlicher vietnamesischer Stellen. Einem in Deutschland mittlerweile weit verzweigten Netz von Landsleuten ist es möglich, über die vietnamesische Botschaft echte und verfälschte Dokumente aller Art gegen Bezahlung zu beschaffen. Mit Hilfe dieser Dokumente gelingt es, eine drohende Abschiebung zu verhindern oder eine Verlängerung des Aufenthaltsrechts zu erschleichen.

In einem anderen Fall erhielt das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz einen Hinweis über ein Netz vietnamesischer Zuhälter in Bayern, was zu zielgerichteten Strukturklärungsmaßnahmen führte. Die Frauen - vorwiegend aus Vietnam sowie Tschechien, Polen und Russland - wurden nach ihrer Einreise in Bayern der Prostitution

zugeführt. Die vietnamesischen Zuhälter „bestellten“ die Prostituierten über Vermittler, ebenfalls Vietnamesen. Die meisten Frauen wurden in Zusammenarbeit mit anderen kriminellen vietnamesischen Organisationen eingeschleust und mussten durch ihre Dienste den Schleuserlohn entrichten. Wenn es die ausländerrechtlichen Bestimmungen zuließen, kamen sie auch als Touristinnen ins Land. Die Prostituierten wurden ausschließlich vietnamesischen Landsleuten angeboten und wurden während ihrer Tätigkeit ständig von beauftragten Mitgliedern der kriminellen Gruppierung bewacht. Die Erkenntnisse wurden zu weiteren Ermittlungen an die Polizei abgegeben.

• Chinesische Mafia

Die verstärkte Aufklärung der chinesischen Mafia öffnete dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz weiteren Einblick in den Aufbau und die Strukturen der chinesischen Triaden. Die Erkenntnisse führten einerseits zur Identifizierung von Triadenmitgliedern, auch in Führungsebenen; zum anderen wurden auch der Organisationsaufbau der Triaden und das Zusammenwirken in zahlreichen europäischen Ländern sowie die Verbindung nach Asien bekannt.

Chinesische Triaden

In Deutschland sind - neben anderen kleineren Ablegern - insbesondere Angehörige der Triaden WO SHING WO und SHUI FONG (beides Unterzweige der Hongkonger WO-Gruppe) sowie der Triade 14 K vertreten. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz hat Anhaltspunkte für Aktivitäten von Triadenangehörigen in den Bereichen unerlaubtes Glücksspiel, illegale Wetten und Kreditwucher. Daneben gibt es Anlass zur Vermutung, dass Chinesen mit gefälschten Pässen handeln und Geldwäsche betreiben. Diese Hinweise bedürfen noch eingehender Überprüfung. Der Nachweis derartiger Aktivitäten gestaltet sich jedoch besonders schwierig, da die Gruppierungen ethnisch stark abgeschottet und damit nach außen kaum erkennbar sind.

Im Bereich der Schleusungen verdichten sich die Erkenntnisse, dass einzelne Köpfe der Schleuserorganisationen, bei denen Vietnamesen die Basisarbeit leisten, chinesische Triadenmitglieder sind. So werden durch Rekrutierung chinesischstämmiger Vietnamesen als Bindeglied nicht nur sprachliche Barrieren überwunden. Die Chinesen profitieren auf diese Weise vom Know-how der vietnamesischen Schleuser und können ihre Fäden im Hintergrund ziehen.

Ein Anstieg der illegalen Zuwanderung konnte vor allem für Chinesen aus den südchinesischen Provinzen Fujian und Wenzhou festgestellt werden. Beide Provinzen zählen zu den wirtschaftlich ärmsten Gegenden in China. Von der Armut angetrieben versuchen viele Chinesen den Sprung in den „goldenen Westen“. Um ihre Schleusungen bezahlen zu können, müssen sie sich hoch verschulden und diese Summen im Zielland an die Schleuserorganisation zurückzahlen. Da sie in Deutschland kein Einkommen haben, sehen sie sich gezwungen, die geforderten Gelder durch andere Tätigkeiten heranzuschaffen.

3. **Ausblick**

Die Aufklärungsarbeit des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz auf dem Gebiet der Organisierten Kriminalität hat sich in nun mehr als sechs Jahren bewährt. Der Verfassungsschutz kann Erfolge in der Aufklärung der OK nachweisen.

Das sollte auch andere Länder veranlassen, den Verfassungsschutz in die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität einzubinden. Die bundesweite Beobachtung der OK durch den Verfassungsschutz würde die Arbeit der Polizei wesentlich unterstützen.

*Bundesweite
Beobachtung
als Ziel*

Bayerisches Verfassungsschutzgesetz

(BayVSG)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 1997 (GVBl S. 70, BayRS 12-1-I)

Geändert durch § 2 des Gesetzes zur Anpassung des Bayerischen Landesrechts an Art. 13 des Grundgesetzes vom 10. Juli 1998 (GVBl S. 383) und Art. 4 Abs. 1 des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes vom 10. Februar 2000 (GVBl S. 40)

I. Abschnitt **Organisation und Aufgaben** **des Verfassungsschutzes**

Art. 1 **Organisation des Verfassungsschutzes,** **Verhältnis zur Polizei**

(1) ¹Zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder besteht in Bayern ein Landesamt für Verfassungsschutz. ²Es dient auch dem Schutz vor Organisierter Kriminalität.

(2) ¹Freiheitliche demokratische Grundordnung nach Absatz 1 ist eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. ²Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung gehören mindestens: Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

(3) Organisierte Kriminalität ist die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung für die Rechtsordnung sind, durch mehr als zwei Beteiligte, die auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig tätig werden

- unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen oder

- unter Anwendung von Gewalt oder durch entsprechende Drohung oder
- unter Einflussnahme auf Politik, Verwaltung, Justiz, Medien oder Wirtschaft.

(4) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz ist eine dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Behörde. ²Das Landesamt und Dienststellen der Polizei dürfen einander nicht angegliedert werden. ³Dem Landesamt für Verfassungsschutz steht ein Weisungsrecht gegenüber Dienststellen der Polizei oder die Befugnis zu polizeilichen Maßnahmen nicht zu.

Art. 2 **Zuständigkeit**

(1) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die gesetzlich festgelegten Aufgaben zu erfüllen. ²Dazu gehört auch die Zusammenarbeit Bayerns mit dem Bund und den anderen Ländern in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

(2) Verfassungsschutzbehörden der anderen Länder dürfen in Bayern nur im Einvernehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz nach Maßgabe dieses Gesetzes tätig werden.

Art. 3 **Aufgaben**

(1) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Aufgabe,

1. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung

- verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,
 3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
 4. Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität im Geltungsbereich des Grundgesetzes zu beobachten; solche Bestrebungen und Tätigkeiten können von Gruppierungen oder Einzelpersonen ausgehen. ²Das Landesamt hat in Erfüllung dieser Aufgabe Informationen, insbesondere sach- und personenbezogene Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen über solche Bestrebungen oder Tätigkeiten zu sammeln und auszuwerten. ³Die notwendige Koordinierung mit den anderen Sicherheitsbehörden und den Strafverfolgungsbehörden wird in Richtlinien des Staatsministeriums des Innern im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz geregelt. ⁴Über diese Richtlinien wird die Parlamentarische Kontrollkommission gemäß Art. 20 Abs. 1 Satz 1 unterrichtet.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Aufgabe,

1. nach Maßgabe des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes an der Sicherheitsüberprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. an der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder beschäftigt werden sollen,
3. an technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen, die im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftig sind, gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte

mitzuwirken.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Aufgabe, amtliche Auskünfte zu erteilen

1. im Rahmen der Überprüfung der Verfassungstreue von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben,

2. nach Maßgabe des Art. 14, insbesondere in Einbürgerungs- und Ordensverfahren zur Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland - mit Ausnahme der Verdienstmedaille - und des Bayerischen Verdienstordens, sowie nach Art. 15.

II. Abschnitt

Allgemeine Befugnisse und Datenverarbeitung

Art. 4

Allgemeine Befugnisse

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz die dazu erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten auch ohne Kenntnis der betroffenen Gruppierung oder Person erheben und in Akten und Dateien verarbeiten, diese Informationen nutzen sowie aus Akten und Dateien übermitteln, soweit nicht nachfolgend besondere Bestimmungen gelten.

(2) ¹Die Befugnisse des Landesamts für Verfassungsschutz bei der Mitwirkung nach Art. 3 Abs. 2 Nr. 1 sind im Sicherheitsüberprüfungsgesetz vom 27. Dezember 1996 (GVBl S. 509) geregelt; Art. 6 Abs. 1 Satz 4 bleibt unberührt. ²Das Landesamt für Verfassungsschutz darf, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, an einer Überprüfung nach Art. 3 Abs. 2 Nr. 2 nur mitwirken und nach Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 nur Auskunft erteilen, wenn die betroffene Person der Durchführung der Überprüfung zugestimmt hat; werden der Ehegatte oder die Person, mit der die betroffene Person in eheähnlicher oder gleichgeschlechtlicher Gemeinschaft lebt, in die Überprüfung mit einbezogen, so ist auch deren Zustimmung erforderlich.

(3) ¹Sind für die Erfüllung einer Aufgabe verschiedene Maßnahmen geeignet, so hat das Landesamt für Verfassungsschutz diejenige zu wählen, die die betroffene Gruppierung oder Person voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. ²Eine Maßnahme unterbleibt, wenn sie einen Nachteil herbeiführt, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

Art. 5

Erhebung personenbezogener Daten

¹Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten erheben, soweit das zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist. ²Zur Erfüllung seiner Aufgaben nach Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 darf das Landesamt für Verfassungsschutz personenbezogene Daten jedoch nur im Rahmen von Nach-

ermittlungen erheben, soweit das zur Überprüfung von Informationen erforderlich ist, die bei den Verfassungsschutzbehörden bereits vorliegen.

Art. 6

Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel

(1) ¹Zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz darf das Landesamt für Verfassungsschutz auch nachrichtendienstliche Mittel anwenden. ²Sie dienen der verdeckten Informationsgewinnung und der Sicherheit des Landesamts für Verfassungsschutz und seiner Mitarbeiter. ³Nachrichtendienstliche Mittel sind Maßnahmen zur Tarnung, der Einsatz geheimer Mitarbeiter und andere Maßnahmen, die verbergen sollen, dass das Landesamt für Verfassungsschutz Informationen erhebt. ⁴Bei Sicherheitsüberprüfungen (Art. 3 Abs. 2 Nrn. 1 und 2) darf das Landesamt für Verfassungsschutz nur das nachrichtendienstliche Mittel der Tarnung von Mitarbeitern anwenden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten nach Art. 5 durch Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel erheben, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 vorliegen oder auf diese Weise Erkenntnisse über Nachrichtenzugänge gewonnen werden können oder
2. das zur Abschirmung der Mitarbeiter, Einrichtungen, Gegenstände und Nachrichtenzugänge des Landesamts für Verfassungsschutz gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten erforderlich ist.

(3) ¹Personenbezogene Daten dürfen durch Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel nur erhoben werden, wenn die Daten nicht auf eine andere geeignete Weise gewonnen werden können, die die betroffene Person weniger beeinträchtigt. ²Die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen. ³Sie ist unverzüglich zu beenden, wenn ihr Zweck erreicht ist oder sich ergibt, dass er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann.

(4) ¹Der verdeckte Einsatz besonderer technischer Mittel zur Informationsgewinnung im Schutzbereich des Art. 13 des Grundgesetzes in Abwesenheit einer für die Verfassungsschutzbehörde tätigen Person ist unter besonderer Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit gemäß Absatz 3 nur zulässig, wenn

1. die materiellen Voraussetzungen für einen Eingriff in das Brief-, Post- oder Fernmeldegeheimnis nach

§ 1 Abs. 1 und § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz) vom 13. August 1968 (BGBl I S. 949) in der jeweils geltenden Fassung vorliegen oder

2. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht vorliegen, dass jemand Bestrebungen nach Art. 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 oder 3 durch die Planung oder Begehung von Straftaten nach §§ 129, 130 oder 131 des Strafgesetzbuchs (StGB) verfolgt oder
3. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 durch die Planung oder Begehung von Straftaten nach § 100a der Strafprozessordnung (StPO), §§ 261, 263 bis 265, 265b, 266, 267 bis 273, 331 bis 334 StGB oder § 92 Abs. 2 des Ausländergesetzes (AuslG) verfolgt

und die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. ²Der verdeckte Einsatz besonderer technischer Mittel darf sich nur gegen den Verdächtigen oder gegen Personen richten, von denen auf Grund von Tatsachen anzunehmen ist, dass sie für den Verdächtigen bestimmte oder von ihm herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben oder dass der Verdächtige sich in ihrer Wohnung aufhält. ³Die Anordnung des Einsatzes besonderer technischer Mittel nach Satz 1 trifft der Richter. ⁴Bei Gefahr im Verzug kann der Präsident des Landesamts für Verfassungsschutz einen Einsatz nach Satz 1 anordnen; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen. ⁵Die Anordnungen sind auf längstens drei Monate zu befristen; Verlängerungen um jeweils nicht mehr als drei weitere Monate sind auf Antrag zulässig, soweit die Voraussetzungen der Anordnung fortbestehen. ⁶Liegen die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vor oder ist der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Informationsgewinnung nicht mehr erforderlich, so ist die Maßnahme unverzüglich zu beenden. ⁷Der Vollzug der Anordnung erfolgt unter Aufsicht eines Bediensteten des Landesamts für Verfassungsschutz, der die Befähigung zum Richteramt hat. ⁸Erkenntnisse und Unterlagen, die durch Maßnahmen nach Satz 1 gewonnen wurden, dürfen zur Verfolgung und Erforschung der dort genannten Bestrebungen oder Tätigkeiten sowie nach Maßgabe des § 7 Abs. 3 des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz verwendet werden. ⁹Für die Speicherung und Löschung der durch Maßnahmen nach den Absätzen 4 und 5 erlangten personenbezogenen Daten sowie die Entscheidung über die nachträgliche Information der von Maßnahmen nach Absatz 4 Betroffenen gelten § 7 Abs. 4 und § 5 Abs. 5 des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz entsprechend.

(5) ¹Der verdeckte Einsatz besonderer technischer Mittel im Schutzbereich des Art. 13 des Grundgesetzes ausschließlich zum Schutz der für den Verfassungsschutz in diesem Bereich tätigen Personen bedarf der Genehmigung des Präsidenten des Landesamts für Verfassungsschutz oder eines von ihm bestellten Beauftragten. ²Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse zu Zwecken der Gefahrenabwehr ist nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzug ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.

(6) ¹Zuständiges Gericht zur Entscheidung nach den Absätzen 4 und 5 ist das Amtsgericht am Sitz des Landesamts für Verfassungsschutz. ²Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend.

(7) ¹Die Staatsregierung unterrichtet den Landtag jährlich über die nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 angeordneten Maßnahmen. ²Ein vom Landtag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus.

(8) Die Zulässigkeit von Maßnahmen nach dem Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz bleibt unberührt.

Art. 7

Speicherung und Veränderung personenbezogener Daten

(1) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz personenbezogene Daten in Dateien speichern und verändern, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 vorliegen oder
2. dies für die Erforschung und Bewertung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 erforderlich ist oder
3. das Landesamt für Verfassungsschutz nach Art. 3 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 an Überprüfungen mitwirkt.

²In den Fällen des Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 dürfen personenbezogene Daten in Dateien nur gespeichert werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 vorliegen.

(2) ¹Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person vor Vollendung des 14. Lebensjahres dürfen nicht in Dateien gespeichert werden. ²Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 14. und vor Vollendung des 16. Lebensjahres sind zwei

Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, dass weitere Erkenntnisse im Sinn des Art. 3 Abs. 1 angefallen sind. ³Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 16. und vor Vollendung des 18. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten auf die Erforderlichkeit der Speicherung in Dateien zu überprüfen und spätestens fünf Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, dass weitere Erkenntnisse im Sinn des Art. 3 Abs. 1 angefallen sind über ein Verhalten nach Eintritt der Volljährigkeit. ⁴Für Akten, die zu einer minderjährigen Person geführt werden, gelten die vorstehenden Prüfungs- und Lösungsfristen entsprechend.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Dauer der Speicherung in Dateien und in Akten, die zu einer bestimmten Person geführt werden, auf das Maß festzulegen, das zur Erfüllung seiner Aufgabe nach diesem Gesetz erforderlich ist.

(4) Werden Bewertungen über Betroffene gespeichert, muss erkennbar sein, wer die Bewertung vorgenommen hat und wo die Informationen gespeichert sind, die der Bewertung zugrunde liegen.

Art. 8

Berichtigung und Löschen von Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind; in Akten, die zu einer bestimmten Person geführt werden, ist dies zu vermerken.

(2) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu löschen, wenn ihre Speicherung nach Art. 7 unzulässig war oder ihre Kenntnis für die Erfüllung seiner gesetzlich festgelegten Aufgaben nicht mehr erforderlich ist; Akten, die zu einer bestimmten Person geführt werden, sind unter diesen Voraussetzungen zu vernichten. ²Ob die Voraussetzungen der Löschung und Vernichtung nach Satz 1 vorliegen, ist bei jeder Einzelfallbearbeitung und nach festgesetzten Fristen zu entscheiden. ³Die Löschung oder Vernichtung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass durch sie schutzwürdige Interessen der betroffenen Person beeinträchtigt würden. ⁴In diesem Fall sind die Daten zu sperren; sie dürfen nur noch mit Einwilligung der betroffenen Person übermittelt werden.

(3) ¹Für die Archivierung gelten die Vorschriften des Bayerischen Archivgesetzes. ²Die Anbieterspflicht bestimmt sich nach Maßgabe der nach Art. 6 Abs. 2 BayArchivG abzuschließenden Vereinbarung.

Art. 9 **Errichtungsanordnung**

(1) ¹Für den erstmaligen Einsatz einer automatisierten Datei, in der personenbezogene Daten verarbeitet werden, hat das Landesamt für Verfassungsschutz in einer Errichtungsanordnung, die der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern bedarf, festzulegen:

1. Bezeichnung der Datei,
2. Zweck der Datei,
3. Betroffener Personenkreis,
4. Art der zu speichernden Daten,
5. Eingabeberechtigung,
6. Zugangsberechtigung,
7. Regelmäßige Übermittlungen,
8. Überprüfungsfristen, Speicherdauer,
9. Protokollierung des Abrufs.

²Nach der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern ist die Errichtungsanordnung dem Landesbeauftragten für den Datenschutz unverzüglich mitzuteilen.

³Entsprechendes gilt für wesentliche Änderungen des Verfahrens.

(2) Die Zustimmung des Staatsministeriums des Innern darf nur erteilt werden, wenn die Speicherung personenbezogener Daten auf das erforderliche Maß beschränkt ist.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat in angemessenen Abständen die Notwendigkeit der Weiterführung oder Änderung seiner Dateien zu prüfen.

Art. 10 **Geltung des Bayerischen Datenschutzgesetzes**

Bei der Erfüllung der gesetzlich festgelegten Aufgaben durch das Landesamt für Verfassungsschutz finden die Art. 10 bis 13, 15 bis 23 und 26 bis 28 des Bayerischen Datenschutzgesetzes keine Anwendung.

Art. 11 **Auskunftserteilung**

(1) ¹Ein Anspruch auf Auskunft über die beim Landesamt für Verfassungsschutz in Dateien oder Akten gespeicherten Informationen besteht nicht. ²Hat eine Person ein besonderes Interesse an einer Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten, so entscheidet das Landesamt für Verfassungsschutz nach pflichtgemäßem Ermessen über das Auskunftsbegehren.

(2) Soweit eine Person einer Sicherheitsüberprüfung nach Art. 3 Abs. 2 unterzogen wird oder zu einer Person Auskunft nach Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 erteilt wird, hat diese Person abweichend von Absatz 1 einen Anspruch auf Auskunft über die Daten des Landesamts für Verfassungsschutz, die es im Rahmen der Erfüllung dieser Aufgaben übermittelt hat.

(3) Die Auskunftserteilung unterbleibt, soweit

1. eine Gefährdung der Erfüllung der Aufgaben nach Art. 3 durch die Auskunftserteilung zu besorgen ist,
2. durch die Auskunftserteilung nachrichtendienstliche Zugänge gefährdet sein können oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise des Landesamts für Verfassungsschutz zu befürchten ist,
3. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde oder
4. die Information oder die Tatsache der Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, insbesondere wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten, geheimgehalten werden muss.

(4) ¹Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf keiner Begründung. ²Wird die Auskunftserteilung abgelehnt, ist der Betroffene auf die Rechtsgrundlage für das Fehlen der Begründung und darauf hinzuweisen, dass er sich hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten an den Landesbeauftragten für den Datenschutz wenden kann. ³Dem Landesbeauftragten für den Datenschutz ist auf sein Verlangen Auskunft zu erteilen, soweit nicht das Staatsministerium des Innern im Einzelfall feststellt, dass dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde. ⁴Mitteilungen des Landesbeauftragten an den Betroffenen dürfen keine Rückschlüsse auf den Kenntnisstand des Landesamts für Verfassungsschutz zulassen, sofern dieses nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

III. Abschnitt **Übermittlungsregelungen**

Art. 12 **Informationsübermittlung** **an das Landesamt für Verfassungsschutz** **ohne Ersuchen**

(1) Die Behörden, Gerichte hinsichtlich ihrer Register, Gebietskörperschaften und andere der staatlichen

Aufsicht unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie sonstige öffentliche Stellen des Freistaats Bayern haben von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz die ihnen bei Erfüllung ihrer Aufgaben bekannt gewordenen Informationen zu übermitteln, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben des Landesamts für Verfassungsschutz nach Art. 3 Abs. 1 oder entsprechender Aufgaben auf Grund eines Gesetzes nach Art. 73 Nr. 10 Buchst. b oder c des Grundgesetzes erforderlich sein kann.

(2) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die übermittelten Informationen nach ihrem Eingang unverzüglich darauf zu überprüfen, ob sie für die Erfüllung seiner in Absatz 1 genannten Aufgaben erforderlich sind. ²Ergibt die Prüfung, dass sie nicht erforderlich sind, sind die Unterlagen unverzüglich zu vernichten. ³Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand erfolgen kann; in diesem Fall dürfen die nicht erforderlichen Informationen nicht verwendet werden.

Art. 13 **Informationsübermittlung** **an das Landesamt für Verfassungsschutz** **auf Ersuchen**

(1) ¹Die in Art. 12 Abs. 1 genannten öffentlichen Stellen haben dem Landesamt für Verfassungsschutz auf dessen Ersuchen die ihnen bei Erfüllung ihrer Aufgaben bekannt gewordenen Informationen zu übermitteln, soweit das zur Erfüllung der Aufgaben des Landesamts für Verfassungsschutz nach diesem Gesetz erforderlich ist. ²Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Ersuchen nach Satz 1 nur stellen, wenn die Information auf andere Weise nur mit übermäßigem Aufwand oder nur durch eine die betroffene Gruppierung oder Person stärker belastende Maßnahme gewonnen werden kann. ³Das Landesamt für Verfassungsschutz hat Ersuchen zu begründen, es sei denn, dass eine Begründung dem Schutz der betroffenen Gruppierung oder Person zuwiderläuft oder den Zweck der Maßnahme gefährden würde. ⁴Es hat die Ersuchen aktenkundig zu machen.

(2) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Akten anderer öffentlicher Stellen und amtlich geführte Dateien unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 einsehen, soweit das zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist und die sonstige Übermittlung von Informationen aus den Akten oder den

Dateien den Zweck der Maßnahme gefährden, einen übermäßigen Aufwand erfordern oder das Persönlichkeitsrecht des Betroffenen unnötig beeinträchtigen würde. ²Über die Einsichtnahme in amtlich geführte Dateien hat das Landesamt für Verfassungsschutz einen Nachweis zu führen, aus dem der Zweck und die eingesehene Datei hervorgehen; die Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr ihrer Erstellung folgt, zu vernichten.

(3) ¹Hält eine in Art. 12 Abs. 1 genannte öffentliche Stelle das Ersuchen nach Absatz 1 oder die Einsichtnahme nach Absatz 2 für unzulässig, so teilt sie das dem Landesamt für Verfassungsschutz mit. ²Besteht dieses auf dem Ersuchen oder der Einsichtnahme, so entscheidet darüber die oberste fachliche Aufsichtsbehörde, die für die ersuchte Stelle zuständig ist.

(4) Art. 12 Abs. 2 gilt entsprechend.

Art. 14 **Personenbezogene Datenübermittlung** **durch das Landesamt für Verfassungsschutz**

(1) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an öffentliche Stellen übermitteln, wenn das zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist oder wenn die öffentliche Stelle die Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder sonst für Zwecke der öffentlichen Sicherheit einschließlich der Strafverfolgung benötigt. ²Gleiches gilt, wenn der Empfänger die personenbezogenen Daten zur Erfüllung anderer ihm zugewiesener Aufgaben benötigt, sofern er dabei auch zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beizutragen oder Gesichtspunkte der öffentlichen Sicherheit oder auswärtige Belange zu würdigen hat. ³Der Empfänger darf die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden, es sei denn, dass das Landesamt für Verfassungsschutz einer anderen Verwendung für Zwecke nach den Sätzen 1 und 2 zugestimmt hat. ⁴Satz 1 gilt auch für die Übermittlung personenbezogener Daten innerhalb des Landesamts für Verfassungsschutz.

(2) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Dienststellen der Stationierungsstreitkräfte im Rahmen von Art. 3 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte vom 3. August 1959 (BGBl II 1961

S. 1183) personenbezogene Daten übermitteln. ²Der Empfänger ist darauf hinzuweisen, dass die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie ihm übermittelt wurden.

(3) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an öffentliche Stellen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes sowie an über- oder zwischenstaatliche öffentliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist. ²Die Übermittlung unterbleibt, wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder überwiegende schutzwürdige Interessen der betroffenen Person entgegenstehen. ³Sie ist aktenkundig zu machen. ⁴Der Empfänger ist darauf hinzuweisen, dass die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie ihm übermittelt wurden.

(4) ¹Personenbezogene Daten dürfen an andere Empfänger als öffentliche Stellen nicht übermittelt werden, es sei denn, dass dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes erforderlich ist und das Staatsministerium des Innern seine Zustimmung erteilt hat; die Zustimmung kann auch für eine Mehrzahl von gleichartigen Fällen vorweg erteilt werden. ²Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Übermittlung aktenkundig zu machen. ³Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden. ⁴Das Landesamt für Verfassungsschutz hat den Empfänger darauf hinzuweisen.

(5) ¹Übermittlungspflichten nach bundesrechtlichen Vorschriften bleiben unberührt. ²Das Landesamt für Verfassungsschutz kann andere Verfassungsschutzbehörden auch dadurch unterrichten, dass es diesen den Abruf von Daten im automatisierten Verfahren ermöglicht, soweit deren gesetzliche Aufgaben identisch sind.

Art. 15

Unterrichtung der Öffentlichkeit

¹Das Staatsministerium des Innern und das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichten die Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1. ²Dabei dürfen der Öffentlichkeit personenbezogene Daten bekanntgegeben werden, wenn das Interesse der Öffentlichkeit an der Unterrichtung das schutzwürdige Interesse der betroffenen Person an der Wahrung ihrer Anonymität überwiegt.

Art. 16

Nachberichtspflicht

Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung durch das Landesamt für Verfassungsschutz als unvollständig oder unrichtig, sind sie unverzüglich gegenüber dem Empfänger zu berichtigen, wenn das zur Wahrung schutzwürdiger Interessen der betroffenen Person erforderlich ist.

Art. 17

Übermittlungsverbote

(1) Die Übermittlung von Informationen durch das Landesamt für Verfassungsschutz nach den Art. 4 und 14 hat zu unterbleiben, wenn

1. erkennbar ist, dass unter Berücksichtigung der Art der Informationen und ihrer Erhebung das schutzwürdige Interesse der Betroffenen das Allgemeininteresse an der Übermittlung überwiegt, oder
2. überwiegende Sicherheitsinteressen dies erfordern.

(2) Besondere Rechtsvorschriften, die Informationsübermittlungen zulassen oder verbieten, bleiben unberührt.

IV. Abschnitt

Parlamentarische Kontrolle

Art. 18

Parlamentarisches Kontrollgremium

Die parlamentarische Kontrolle der Staatsregierung hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz erfolgt nach den Bestimmungen des Gesetzes zur parlamentarischen Kontrolle der Staatsregierung hinsichtlich der Maßnahmen nach Art. 13 Abs. 3 bis 5 des Grundgesetzes sowie der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz - Parlamentarisches Kontrollgremium-Gesetz - vom 10. Februar 2000 (BayRS 12-4-I).

Art. 19 und 20 (aufgehoben)

V. Abschnitt

Schlussvorschriften

Art. 21

Erfüllung bundesrechtlicher Aufgaben

Zur Erfüllung von Aufgaben auf Grund eines Gesetzes nach Art. 73 Nr. 10 Buchst. b und c des Grundgesetzes stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz

die Befugnisse zu, die es zur Erfüllung der entsprechenden Aufgaben nach diesem Landesgesetz hat.

Art. 22

Einschränkung von Grundrechten

Auf Grund dieses Gesetzes kann das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung nach Art. 13 des Grundgesetzes und Art. 106 Abs. 3 der Verfassung eingeschränkt werden.

Art. 23

Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz

Das Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz (AGG 10) vom 11. Dezember 1984 (GVBl S. 522, BayRS 12-2-I) wird wie folgt geändert:

1. Art. 2 Abs. 3 Satz 6 erhält folgende Fassung:
„Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung der Parlamentarischen Kontrollkommission für die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes bedarf.“

2. In Art. 3 werden die Worte „den für Sicherheitsfragen zuständigen Ausschuss des Landtags“ durch die Worte „die Parlamentarische Kontrollkommission für die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes“ ersetzt.

Art. 24

In-Kraft-Treten

¹Dieses Gesetz tritt am 1. November 1990 in Kraft.*

²Gleichzeitig treten außer Kraft:

1. Das Gesetz über die Errichtung eines Landesamts für Verfassungsschutz (BayRS 12-1-I),
2. Art. 8 Abs. 2 Nr. 5 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayRS 204-1-I).

* Diese Vorschrift betrifft das In-Kraft-Treten des Gesetzes in der ursprünglichen Fassung vom 24. August 1990 (GVBl S.323). Der Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens der späteren Änderungen ergibt sich aus den jeweiligen Änderungsgesetzen.

Gesetz zur parlamentarischen Kontrolle der Staatsregierung hinsichtlich der Maßnahmen nach Art. 13 Abs. 3 bis 5 des Grundgesetzes sowie der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz

(Parlamentarisches Kontrollgremium-Gesetz - PKGG)

Vom 10. Februar 2000 (GVBl S. 40, BayRS 12-4-I)

Art. 1

Parlamentarisches Kontrollgremium

(1) ¹Das Parlamentarische Kontrollgremium übt die parlamentarische Kontrolle gemäß Art. 13 Abs. 6 Satz 3 des Grundgesetzes zum Vollzug der Maßnahmen nach Art. 13 Abs. 3 bis 5 des Grundgesetzes nach Maßgabe der Art. 48a des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes (AGGVG), Art. 34 Abs. 6 des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) und Art. 6 Abs. 7 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes (BayVSG) aus. ²Dem Parlamentarischen Kontrollgremium obliegt ferner die Kontrolle der Staatsregierung hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz; die Rechte des Landtags und seiner Ausschüsse bleiben unberührt.

(2) ¹Das Parlamentarische Kontrollgremium besteht aus fünf Mitgliedern. ²Die Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums werden zu Beginn jeder neuen Wahlperiode vom Landtag aus seiner Mitte gewählt. ³In gleicher Weise wird für jedes Mitglied ein stellvertretendes Mitglied gewählt. ⁴Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint.

(3) ¹Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag oder seiner Fraktion aus, so verliert es seine Mitgliedschaft im Parlamentarischen Kontrollgremium; Absatz 4 bleibt unberührt. ²Für dieses Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen; das Gleiche gilt, wenn ein Mitglied aus dem Parlamentarischen Kontrollgremium ausscheidet. ³Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für die stellvertretenden Mitglieder.

(4) Das Parlamentarische Kontrollgremium übt seine Tätigkeit auch über das Ende der Wahlperiode des Landtags hinaus solange aus, bis der nachfolgende Landtag ein neues Parlamentarisches Kontrollgremium gewählt hat.

Art. 2

Geheimhaltung

(1) ¹Die Beratungen des Parlamentarischen Kontrollgremiums sind geheim. ²Die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit im Parlamentarischen Kontrollgremium bekannt geworden sind. ³Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus dem Parlamentarischen Kontrollgremium.

(2) ¹Das Parlamentarische Kontrollgremium tritt mindestens einmal im Jahr zusammen. ²Jedes Mitglied kann die Einberufung des Parlamentarischen Kontrollgremiums verlangen. ³Das Parlamentarische Kontrollgremium gibt sich eine Geschäftsordnung. ⁴Ferner obliegt ihm die Wahl seiner bzw. seines Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden.

Art. 3

Rechte des Parlamentarischen Kontrollgremiums und Berichtspflichten der Staatsregierung

(1) Das Staatsministerium der Justiz erstattet dem Parlamentarischen Kontrollgremium jährlich Bericht nach Art. 48a AGGVG.

(2) ¹Das Staatsministerium des Innern erstattet dem Parlamentarischen Kontrollgremium jährlich Bericht nach Art. 34 Abs. 6 PAG und Art. 6 Abs. 7 BayVSG. ²Die Berichterstattung nach diesen Vorschriften kann gesondert erfolgen.

(3) ¹Das Staatsministerium des Innern unterrichtet das Parlamentarische Kontrollgremium ferner regelmäßig umfassend über die allgemeine Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz und über Vorgänge von besonderer Bedeutung. ²Darüber hinaus berichtet es zu einem konkreten Thema aus dem Aufgabenbereich des Landesamts für Verfassungsschutz, sofern das Parlamentarische Kontrollgremium dies verlangt. ³Zeit, Art und Umfang der Unterrichtung des Parlamentarischen Kontrollgremiums werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes des Nachrichtenzugangs durch die politische Verantwortung der Staatsregierung bestimmt.

(4) ¹Das Staatsministerium des Innern erstattet dem Parlamentarischen Kontrollgremium ferner Bericht nach Maßgabe des Art. 3 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz (AGG 10). ²Art. 2 AGG 10 bleibt unberührt.

Art. 4 Änderung von Gesetzen

(1) Das Bayerische Verfassungsschutzgesetz (BayVSG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 1997 (GVBl S. 70, BayRS 12-1-I), geändert durch § 2 des Gesetzes vom 10. Juli 1998 (GVBl S. 383), wird wie folgt geändert:

1. Art. 18 erhält folgende Fassung:

„Art. 18 Parlamentarisches Kontrollgremium

Die parlamentarische Kontrolle der Staatsregierung hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz erfolgt nach den Bestimmungen des Gesetzes zur parlamentarischen Kontrolle der Staatsregierung hinsichtlich der Maßnahmen nach Art. 13 Abs. 3 bis 5 des Grundgesetzes sowie der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz - Parlamentarisches Kontrollgremium-Gesetz - vom 10. Februar 2000 (BayRS 12-4-I).“

2. Art. 19 und 20 werden aufgehoben.

(2) In Art. 3 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz (AGG 10) vom 11. Dezember 1984 (GVBl S. 522, BayRS 12-2-I), geändert durch Art. 23 des Gesetzes vom 24. August 1990 (GVBl S. 323), werden die Worte „die Parlamentarische Kontrollkommission für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes“ durch die Worte „das Parlamentarische Kontrollgremium“ ersetzt.

Art. 5 In-Kraft-Treten, Übergangsvorschrift

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. April 2000 in Kraft.

(2) Die bestehende Parlamentarische Kontrollkommission übt ihre Tätigkeit im bisherigen Umfang bis zur Bildung des Parlamentarischen Kontrollgremiums nach Art. 1 aus.

Sachwortregister

ABLE	215	Arbeitsgemeinschaft Autonome Gruppen in und bei der PDS	106
AG Cuba Sí	113	Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS	108
Aktion Oder-Neiße (AKON)	45	Autonome	123
Aktionsbüro Nationaler Widerstand/ Freilassing	66	Autonome Antifa (M), Göttingen	128
Aktionsgruppe Antifaschismus Ingolstadt	135	barricada	130
Al Qaeda	186	Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA)	185
Al-Gamaa al Islamiya (GI)	185	Blood & Honour Division Deutschland	75
Antifa-Offensive 99	128	Bolschewistische Partei Nord- kurdistan/Türkei (BP-KK/T)	195
antifa-rundschau	147	Bund Frankenland (BF)	66
antifaschistisch kämpfen (münchen) [ak (m)]	125	Bundesweites Antifa Treffen (BAT)	129
Antifaschistische Aktion (AA)	125	Bürgerinitiative für Sozialismus	113
Antifaschistische Aktion Berlin (AAB)	113	Castel del Monte Verlag	92
Antifaschistische Aktion in der OA (AAOA)	125	Celebrity Centres (CC)	211
Antifaschistische Aktion München (AAM)	126	Citizens Commission on Human Rights (CCHR)	215
Antifaschistische Aktion Passau (AAP)	136	Clear Deutschland-Kampagne	201
Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO)	127	Clears	200
Antifaschistische Jugendfront (AJF)	125	Continental Liaison Office (CLO)	200
Antifaschistisches Aktionsbündnis Augsburg (AABA)	137	Courage	120
Antifaschistisches Aktionsbündnis Baden-Württemberg (AABW)	127	CRIMINON	215
Antifaschistisches Aktionsbündnis Bayern (AABB)	127	Das Freie Forum	56
Antifaschistisches Aktionsbündnis Nürnberg	148	Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP)	192
Antifaschistisches INFO-BLATT (AIB)	131	Demokratische Partei Kurdistans/Irak (DPK/I)	176
Antiimperialistischer Widerstand (AIW)	142	Denk mit!	92
Antikernkraftbewegung	138	Denk mit!-Verlag	92
Applied Scholastics	215	Department of Special Affairs (DAS)	217
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)	121		
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	170		

Der Aktivist	40	Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF)	167
Der Angriff	63	Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei in Deutschland e.V. (AGIF)	195
Der Gegenangriff	63	Föderation der demokratischen Rechte in Deutschland (ADHF)	167
Der Republikaner	46	Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan)	193
Der Scheinwerfer	92	Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)	159
Deutsche Aufbau-Organisation (DAO)	59	Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM)	173
Deutsche Geschichte	92	Frankens Widerstand	74
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	114	Französische Kommunistische Partei (FKP)	113
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	56	Freie ArbeiterInnen Union (FAU)	140
Deutsche Stimme (DS)	27	Freie Nationalisten	62
Deutsche Stimme EXTRA	27	Freiheit	196
Deutsche Volksunion (DVU)	42	Freiheitlicher Volks Block (FVB)	26
Deutsche Volksunion e.V.	45	Freizeitverein Isar 96 e.V. (FZV)	65
Deutsches Büro für Menschenrechte	206	Freundeskreis Ulrich von Hutten	57
Deutsches Kolleg (DK)	92	Frieden 2000 - Nachrichten für die Deutschland-Bewegung	58
Deutschland-Bewegung/Friedenskomitee 2000	58	Front National (FN)	89
Devrimci Sol	162	FSB (Inlandsnachrichtendienst der GUS)	220
Dianetik nach L. Ron Hubbard	196	Fünf-Punkte-Papier der PDS	98
Die Artgemeinschaft - Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung (Artgemeinschaft)	92	GEGENSTANDPUNKT	147
Die Freunde im Ausland (DFiA)	88	Germania-Rundbrief	88
Die Republikaner (REP)	46	Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP)	56
Die Ware	110	Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)	65
DISPUT	146	graswurzelrevolution	129
Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag)	59	Grossraumzeitung - Nürnberg/Erlangen/Fürth	130
DVU - Freiheitliche Liste	45	GRU (Militärischer Nachrichtendienst der GUS)	220
Ehrenbund Rudel	45		
Europäische Frontzentrale (ACM) der PKK	173		
EXPO 2000	139		
FAPSI (elektronischer Aufklärungsdienst der GUS)	220		

Haus der kurdischen Künstler e.V.	193	Jugendverband 'solid	109
Hilafet Devleti (Kalifatsstaat)	156	Junge Nationaldemokraten (JN)	40
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	91	junge Welt	97
Hizb Allah	187	Kalifatsstaat	156
Huttenbriefe	57	Kameradschaft Schwabach	65
		Kameradschaften	64
Impact	196	Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS)	63
Info-Läden der Autonomen	129	Kampfkomitee gegen Isolationshaft	164
Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.)	45	Katakombenakademie des Friedhelm Busse	66
Institute for Historical Review (IHR)	88	Koalition der Linken und des Fortschritts - SYNASPISMOS	113
INTERIM	130	Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V. (KVPM)	215
International Association of Scientologists (IAS)	217	Kommunikationszentrum (KOMM)	126
Internationale Islamische Front	186	Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ)	146
Internationales Kulturhaus	126	Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KPBM)	113
Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V. (IMSV)	193	Kommunistische Partei Chinas	113
Islamische Bewegung Kurdistans (KIH)	194	Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	113
Islamische Föderation	156	Kommunistische Partei Deutschlands (KPD/DDR)	106
Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)	184	Kommunistische Partei Indiens (KPI)	113
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG)	154	Kommunistische Partei Indiens-Marxist (KPI/M)	113
Islamische Heilsarmee (AIS)	185	Kommunistische Partei Vietnams (KPV)	113
Islamische Heilsfront (FIS)	185	Kommunistische Plattform (KPF)	106
Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS)	185	Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)	105
Islamischer Bund Palästina (IBP)	185	Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK)	167
Islamischer Widerstand (Muqawame Islamiya)	187	Konföderation der demokratischen Rechte in Europa (ADHK)	167
Islamisches Zentrum München	184	Koordinierungskreis 18. März 2000	142
Jihad Islami	186	Künstlerhaus K4	126
Journal of Historical Review	88	Kurdische Demokratische Volksunion (YDK)	171
Jugend gegen Rassismus (JgR)	125	Kurdischer Nationalkongress (KNK)	177
Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE)	147		

Kurdischer Roter Halbmond (HSK)	194	NARCONON	215
Kurdisches Exilparlament	177	Nation & Europa - Deutsche Monatshefte	61
Kurdistan Informationsbüro in Deutschland (KIB)	193	Nation Europa Verlag GmbH	61
Kurdistan Informations-Zentrum (KIZ)	193	National Journal	88
Kurdistan-Komitee e.V., Köln	193	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	27
Kurdistan-Solidaritätsgruppen	177	Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)	91
Landser	74	Nationale Außerparlamentarische Opposition (NAPO)	30
lernen und kämpfen (luk)	146	Nationale Befreiungsarmee (NLA)	188
Leuchter-Bericht	87	Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)	171
Libertad!	142	Nationale Demokratische Initiative Kurdistan	178
Libertäres Forum bei der PDS	106	Nationale Info-Telefone (NIT)	68
Linksruck	147	Nationaler Widerstand	30
Linksruck-Netzwerk	123	Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)	188
Lokalpatriot	74	Nationalisten Nürnberg	74
Lokalradio München (LORA)	122	National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung (NZ)	59
Marxistische Blätter	146	Nation-Europa-Freunde e.V.	61
Marxistische Gruppe (MG)	122	Neonazikreis um Sven Schlechta	65
Marxistisches Forum (MF)	108	Neues Deutschland (ND)	146
Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)	169	New Era Radio	207
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	120	Nichtaberrierte	200
MED-TV	174	Nordbayerischer Landbote	146
MEDYA-TV	174	Nordische Zeitung (NZ)	92
Mensch und Maß	92	NS Kampftruf	90
Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS	146	NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)	90
Münchner Bündnis gegen Rassismus	122	Odal-Verlag	92
Münchner Kurdistan-Solidaritätskomitee	148	Office of Special Affairs (OSA)	215
Muslimbruderschaft (MB)	184	Organisierte Autonomie (OA)	125
Nachrichten der HNG	91	Ostanatolisches Gebietskomitee (DABK)	167
Nachrichten-Informationen-Meinungen (NIM)	64	Out of Control	130

Partei der arbeitenden Frauen Kurdistans (PJKK)	176	Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen in der Türkei (DETUDAK)	164
Partei der freien Frauen (PJA)	176	Source	196
Partei der Nationalen Bewegung (MHP)	159	Sozialismus von unten	147
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	97	Sozialistische Alternative VORAN (SAV)	147
Partizan-Flügel	167	Sozialistische Arbeitergruppe (SAG)	123
Patriotische Union Kurdistans (PUK)	176	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	118
PDS-Pressedienst	146	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)	97
POSITION	147	Sozialistische Partei Chiles (SP)	113
Proletarischer Internationalismus	112	Sozialistische Zeitung (SoZ)	147
radikal	148	Spinnennetz	129
REBELL	120	Staatsbriefe	92
Religious Technology Center (RTC)	211	Stadtteilzentrum Schwarze Katze	126
Republikanische Jugend (RJ)	50	Südafrikanische KP	113
Revisionismus	86	SWR (Auslandsnachrichtendienst der GUS)	220
Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB)	114	TITEL - Informationsforum der PDS Bayern	146
Revolutionäre Plattform - Aufbruch 2000 (RPF)	36	Tugendpartei (FP)	154
Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)	162	Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO)	167
Revolutionäre Zellen (RZ)	143	Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)	167
rote antifa nürnberg (ran)	125	Türkische Volksbefreiungspartei-Front (THKP-C Devrimci Sol)	162
Rote Armee Fraktion (RAF)	129	Union der Aleviten aus Kurdistan (KAB)	194
Rote Fahne	146	Union der freien Frauen aus Kurdistan (YAJK)	193
Rote Zora	143	Union der Journalisten Kurdistans (YRK)	194
Rudolf-Gutachten	87	Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK)	194
Rudolf-Heß-Aktionswochen	69	Union der patriotischen Arbeiter Kurdistans (YKWK)	194
Samisdat Publishers Ltd.	88	Union islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.)	193
Schutzbund für das Deutsche Volk e.V. (SDV)	92	Union zur Pflege der kurdischen Kultur und Kunst (YRWK)	194
Scientology Kirche Bayern e.V.	213		
Scientology Kirche Deutschland e.V.	213		
Scientology-Organisation (SO)	196		
Skinheads	69		
So oder So	142		

Unsere Zeit (UZ)	146	Vlaams Blok (VB)	51
Ursprung	196	Vlaams Blok Jongeren (VBJ)	51
UTOPIE - kreativ - Diskussion sozialistischer Alternativen	146	Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK)	172
Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB)	195	Volksfront für die Befreiung Palästinas - Generalkommando - (PFLP-GC)	192
Verband der StudentInnen aus Kurdistan (YXK)	194	Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)	192
Verein für Arbeiterbildung Nordbayern	146	Volksmodjahedin	188
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)	117	Vrij Historisch Onderzoek (V.H.O.)	88
Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP)	123	was tun	111
Verlag Hohe Warte - Franz von Bebenburg KG	92	Watch Dog Committee (WDC)	211
VGB Verlagsgesellschaft Berg mbH	92	White Youth-Sektion Bayern	75
Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung (VffG)	88	WISE	213
		Wohlfahrtspartei (RP)	154
		Zentrum für individuelles und effektives Lernen (ZIEL)	215

Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium des Innern, Odeonsplatz 3, 80539 München
Druck: Joh. Walch GmbH & Co. KG, Augsburg

Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100 % Altpapier

Hinweis: Der Verfassungsschutzbericht Bayern 2000 ist auch über das Internet abrufbar:
<http://www.innenministerium.bayern.de>
<http://www.verfassungsschutz.bayern.de>